

7. ARMUTSKONFERENZ

4 . + 5 . M Ä R Z 2 0 0 8

SCHANDE ARMUT

STIGMATISIERUNG UND BESCHÄMUNG



GRAFIKWSL

DOKUMENTATION

Wir bedanken uns ...

... bei den FördergeberInnen der Siebten Österreichischen Armutskonferenz:



... beim Vorbereitungsteam der Konferenz:

Eugen Bierling-Wagner (DIE ARMUTSKONFERENZ.)
Verena Fabris (Volkshilfe Österreich)
Michael Felten (pro-mente austria)
Martina Kargl (Caritas der ED Wien)
Maria Lenglachner (Volkshilfe Österreich)
Josef Mauerlechner (DIE ARMUTSKONFERENZ.)
Michaela Moser (ASB Schuldnerberatungen)
Judith Pühringer (BDV)
Martin Schenk (Diakonie Österreich)
Hans Jörg Schlecher (Neustart)

... und allen weiteren MitarbeiterInnen, ReferentInnen, KünstlerInnen und ModeratorInnen.

Impressum:

Herausgeberin/Verlegerin: DIE ARMUTSKONFERENZ. Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung,
ZVR: 012358276

Redaktion: Josef Mauerlechner

Illustrationen: Nicole Frauscher; Fotos: Günther Lahr, lynntart, DIE ARMUTSKONFERENZ.

Erscheinungsjahr: 2008

Layout: hiasl/Matthias Fürpaß

Logo-Armutskonferenz: Hans Heribert Dankl

Druck: Druckerei Berger, Horn

DIE ARMUTSKONFERENZ im Netz: www.armutskonferenz.at

A –	Betroffenen-Vor!-Konferenz: Sichtbar werden!	6
	Orte der Scham	
	Nicht nur zum Zuhören...	
	Bilder sagen mehr als Worte	
	„SICHTBAR WERDEN“	
	Der Blick von unten	
	Kein Kies zum Kurven kratzen	
B –	Frauen-Vor!-Konferenz: Frauenarmut, Scham und Stigmatisierung	17
	Beiträge zum Theaterstück: Gott ist das peinlich! Alles nur Theater?	
C –	Referate, Foren, Workshops:	
	Die Macht der Stigmatisierung: Status und Scham	22
	Tabu und Stigma in Alphabetisierung und Basisbildung	26
	Nicht nur zu wenig Geld: Armut, Scham und die Folgen	28
	Was kann Soziale Arbeit gegen die Entmutigung von deprivierten Familien tun?	32
	ADL: Ein Sensibilisierungs-Workshop zu Armut und Vielfalt	38
	Fehlt Ihnen etwas? Scham und Stigmatisierung im Gesundheitsbereich	40
	Armut macht krank – Krankheit macht arm	
	Praxisbeispiele	
	„Nur für die, die es wirklich brauchen“: Sozialleistungen für alle oder nur für Bedürftige?	52
	Einmal arm – immer arm?	57
	Keine Wege aus der Armut?	
	Re-Familialisierung des Sozialen	
	Die KlientInnen, die wir nicht mögen.	62
	Thesen zu Hilfeverweigerung und Respektlosigkeit	
	Ökonomische Nutzenkalküle und neue Formen der Stigmatisierung	
	Fremd – illegal – kriminell	66
	ArbeitsmigrantInnen – Gefahr oder Gefährdete	
	Fremde im Österreichischen Strafvollzug	
	Gute Viertel – schlechte Viertel	70
	Wenn die Adresse zum Stigma wird	
	Herausbildung von „schlechten Vierteln“ als Ausdruck zunehmender sozialer Ungleichheit	
	Verkehrte Arbeitswelten	77
	Menschen zweiter Klasse – Klischees sind immer richtig!	78
	Bildbotschaften in Spendenkampagnen – eine exemplarische Analyse	
	Das Dilemma der Sozialkampagnen	
	Ökonomie als Mentorin ungleichheitsfördernder Politik?	82
	Betteln – Strategien gegen die Verdrängung	86
	Initiativen gegen Stigmatisierung	90
	Absageservice, Wellness für Loser und Colonia Catering	
	NEUSTART – Der Saftladen	
	Das eigene Leben	
	Selbst-Verschuldet!?	95
	Leben Sie einmal mit 2,30 Euro am Tag!	
	Überschuldung	
	Finanzielle Verhältnisse von Caritas-KlientInnen	
	„Ich brauche eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern“: Armutsfälle in den Medien.	100
D –	Serviceteil:	103
	Aktionswoche	
	Programm der 7. Armutskonferenz	
	Infos, Projekte und Kooperationen der Armutskonferenz	

Inhalt

Sozialamt und Arbeitsmarktservice, Gesundheitssystem und Schule, Nachbarschaft und Geschäfte, Kultureinrichtungen und Medien ... die „Orte der Scham“ sind so vielfältig wie unausweichlich, das belegen die Erzählungen jener, die sie aus eigener Erfahrung kennen. Respekt dagegen ist Mangelware, auch davon wissen die TeilnehmerInnen eines Workshops für Menschen mit Armutserfahrungen zu Beginn der 7. Armutskonferenz in eindrücklichen Bildern zu berichten.

„Beschämung ist eine soziale Waffe. Beschämung hält Menschen klein und rechtfertigt die Bloßstellung und Demütigung als von den Beschämten selbst verschuldet. Die Betroffenen versuchen eine Erklärung für den Sinn der Verletzung zu ergründen, die sie zuvor erfahren haben. Damit der Akt der Beschämung seinen Zweck erreicht, muss für den beschämenden Mangel die Verantwortlichkeit auf die beschämte Person selbst übertragen werden“, erklärt der Soziologe Sighard Neckel. Wer andere stigmatisiert, sagt: Schande über euch! Ihr seid nicht richtig, ihr gehört nicht dazu, ihr habt versagt. Stigmatisierung ist ein Prozess der Zuschreibung von Merkmalen, die Ablehnung, Beklemmung oder Unbehagen bei Dritten hervorrufen und die Stigmatisierten entwerten. Der Begriff Stigma kommt aus dem Griechischen und bedeutet Brandmal, Kennzeichen, Narbe. Die Betroffenen empfinden Scham. Sie fürchten ihr Gesicht zu verlieren und wissen ihr Ansehen bedroht.

Beschämung hat direkte Auswirkungen auf das unterste soziale Netz, also auf Sozialhilfe und Notstandshilfe, und wird dort zu einem bestimmenden Faktor. Nur 40-50% aller Hilfesuchenden nehmen Sozialhilfe in Anspruch, obwohl sie ein Recht darauf hätten und sie auch bräuchten. Und eine breit angelegte Erhebung zum Sozialhilfevollzug ergab, dass Demütigungen Bedürftiger auf den Sozialämtern in hohem Ausmaß auftreten. Ähnliches wird vom Arbeitsmarktservice berichtet.

Mindestsicherung: Sozialhilfevollzug der Länder verbessern, neue Angebote am AMS schaffen

Um Armut nachhaltig zu bekämpfen, braucht es deshalb dringend auch eine Reform des Sozialhilfevollzugs, der in allen Bundesländern grobe und rechtswidrige Mängel aufweist. Neben der existenzsichernden Höhe ist das ein zentrales Kriterium für die Effektivität eines Mindestsicherungssystems. Genauso dringend werden Reformen und neue Angebote im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gebraucht. Für BeamtInnen und BeraterInnen braucht es Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, am besten unter Beteiligung jener, die Tag für Tag auf der anderen Seite ihres Schreibtisches stehen. Denn Stigmatisierung wirkt unabhängig davon, ob dahinter auch eine Stigmatisierungsabsicht steht oder nicht. Ressourcen und „Teilleistungen“ von Betroffenen müssen gesehen und respektiert werden. Vielfältige Problemlagen wie Wohnen, Kinderbetreuung, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Schuldenregulierung müssen mit Perspektive auf ihre Zusammenhänge bearbeitet werden. Nur wenn der ganze Mensch in den Blick kommt und ernst genommen wird, können gemeinsam adäquate Lösungen für multiple Problemlagen gefunden werden: Arbeitsvermittlung, Wohnen, Kinderbetreuung, Therapien für gesundheitliche Probleme und psychische Beeinträchtigungen, Schuldenregulierung, ...

Die so entstehenden Anforderungen decken sich kaum mit dem Selbstverständnis vorhandener Angebote.

Gesundheit: Stigmatisierung hat negativen Einfluss auf Krankheitsverläufe

Erfahrungen, wie sie im Workshop zum Gesundheitssystem berichtet wurden, zeigen, dass PatientInnen auf Stigmatisierung mit Verbergen und Rückzug reagieren. Beschämung hat einen negativen Einfluss auf den Krankheitsverlauf. Irene Holzer von der Grazer Marienambulanz betont die Bedeutung des Abbaus von Zugangsbarrieren für

Eugen Bierling-Wagner
Verena Fabris
Michael Felten
Martina Kargl
Maria Lenglachner
Bernhard Litschauer-Hofer
Josef Mauerlechner
Michaela Moser
Judith Pühringer
Martin Schenk
Hans Jörg Schlechter

Armutsbetroffene. „Da geht es um aufsuchende Arbeit mit interdisziplinären Teams, Versicherung für derzeit Nicht-versicherte, ambulante Angebote und Dolmetschhilfen.“

Im offiziellen österreichischen Gesundheitsbericht des Ministeriums kommen sozioökonomische Analysen und Strategien noch nicht vor. In der Gesundheitsförderung gibt es bis jetzt keine integrierten Ziele zur Verringerung des hohen Krankheitsrisikos Ärmere. Anderswo gibt es schon Erfahrung mit einem umfassenderen Vorgehen. In acht europäischen Staaten sind größere Programme zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit dokumentiert. Auch für Österreich ist eine Gesundheitsstrategie gegen den frühen Tod und das hohe Krankheitsrisiko Armutsbetroffener notwendig.

Schule: „Einmal arm“ darf nicht „immer arm“ heißen

„Einmal arm‘ darf nicht ‚immer arm‘ heißen“, appelliert die Sozialwissenschaftlerin Carmen Ludwig von der Universität Giessen und beschreibt Strategien zum Durchbrechen der Vererbung von Armut. „Notwendig dafür ist ein Bildungssystem, das die schwierigen Bedingungen im Elternhaus durchbrechen kann und nicht durch mangelnde Durchlässigkeit fortführt. Und entscheidend sind die Angebote im Wohnumfeld der Betroffenen: Soziale Kontakte, Jugendtreffs, Jugendhilfe etc. Kinder und Jugendliche brauchen soziales und kulturelles Kapital, um soziale Aufstiegschancen zu erhöhen.“ Eine Schule, die nicht sozial ausgrenzt, ist zentraler Bestandteil einer wirksamen Strategie von Armutsbekämpfung und -vermeidung und stärkt die Aufstiegschancen von Kindern aus benachteiligten Familien. Das Schulsystem hat eine zentrale Verantwortung dafür, ob die Bildungschancen vom Talent des Kindes oder vom Einkommen der Eltern abhängen. Anstelle eines defizitorientierten Ansatzes zeichnen sich die sozial erfolgreichen Schulkonzepte durch die Orientierung an den unterschiedlichen Lebenswelten ihrer

SchülerInnen aus und fördern diese individuell in durchmischten statt in „gleichgemachten“ Klassen. Das geht nur mit einer neuen Unterrichtsqualität, einer neuen LehrerInnenausbildung und einer neuen Raumarchitektur in den Schulen. Damit Zukunft nicht von der Herkunft abhängt, braucht es einen Bildungsweg, der nicht sozial selektiert, sondern individuell fördert. Es braucht eine gut ausgebaute Frühförderung vor der Schule; wichtig wäre auch, Schulen in sozial benachteiligten Bezirken oder Regionen besonders gut auszustatten und zu fördern, damit sie für alle Einkommensschichten attraktiv bleiben.

Wohnen, Beratung, Medien, Kultur, öffentlicher Raum: Es braucht Strategien gegen Stigmatisierung

Stigmatisierung findet in allen Lebens- und Erfahrungsräumen statt. Ob es um „schlechte“ Adressen in heruntergekommenen Wohnvierteln, bevorzugende BeraterInnen, um Mitleid heischende Sozialkampagnen oder Reportagen oder um die Unmöglichkeit geht, am Kulturleben teil zu haben. Einsicht in Zusammenhänge allein ist aber nicht genug. Allorts gilt es Initiativen und Strategien gegen Beschämung und Stigmatisierung zu entwickeln und weiterzuführen: Von Menschen mit Armutserfahrungen organisierte öffentliche Kundgebungen gegen Armut, Forumtheateraufführungen, die es Betroffenen ermöglichen, ihre Situation selbst und aus ihrem Blickwinkel an die breite Öffentlichkeit und an EntscheidungsträgerInnen zu vermitteln, KlientInnen-Einbindung in Entwicklungsprozesse sozialer Organisationen, Kulturpässe, Kunstprojekte, und und und.

An der Notwendigkeit, Armut und Ausgrenzungserfahrungen durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen und soziale Rechte zu bekämpfen und den Zugang aller zu den gesellschaftlichen Ressourcen zu sichern, ändert all das nichts.

BETROFFENEN-VOR!-KONFERENZ

Sichtbar werden! Sichtbar machen!

Montag, 3. März 14.30 – 18.00

Austausch und Vernetzung.

Stärkung und Präsenz von Betroffenen (VertreterInnen von Initiativen und Selbsthilfegruppen armutsgefährdeter und -betroffener Frauen und Männer) und ihrer Erfahrungen auf der 7. Armutskonferenz

Erarbeitung von Forderungen

Detailprogramm: www.armutskonferenz.at

Sichtbar werden! Betroffenen-Vor!-Konferenz

Seit 2006 organisieren sich Selbstorganisationen von Menschen mit Armutserfahrungen unter dem Motto „Sichtbar werden“. Drei österreichweite Treffen, einige Seminare und Straßenaktionen wurden bislang mit Unterstützung der Armutskonferenz durchgeführt. Um Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit Armutserfahrungen auch auf der 7. Österreichischen Armutskonferenz deutlich zu stärken, wurde dieser eine Betroffenen-Vor!-Konferenz vorangestellt.

Michaela Moser ist Sozialethikerin, Sozialexpertin der Armutskonferenz und Mitarbeiterin der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen asb

„Wir sind keine BittstellerInnen, wir wollen Respekt.“ Diese zentrale Forderung des ersten österreichweiten Treffens von Selbstorganisationen von Menschen mit Armutserfahrungen, das 2006 in Wien stattfand, muss als Motto auch aller Folgeveranstaltungen, darunter auch die Betroffenen-Vor!-Konferenz zur 7. Österreichischen Armutskonferenz, verstanden werden.

Armutsbetroffene als AkteurInnen sichtbar machen, steht als Ziel und Weg im Zentrum der seither stattgefunden gemeinsamen Aktivitäten von MitarbeiterInnen von Straßenzeitungen, AktivistInnen von Erwerbsarbeitslosengruppen, AlleinerzieherInnen- und MigrantInnenorganisationen, Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen. „Sichtbar werden sollen unsere Alltagserfahrungen. Sichtbar werden sollen unser Können und unsere Stärken. Sichtbar werden sollen unsere Forderungen und Wünsche zur Verbesserung der Lebenssituation“, heißt es im Presstext zum ersten gemeinsamen Treffen.¹

Auch auf den Armutskonferenzen selbst war und ist das nicht selbstverständlich.

Die oft geforderte und sehr viel seltener auch nur ansatzweise eingelöste ‚Partizipation der Betroffenen‘ kann an vielem scheitern, kann aber auch gelingen. Die Herausforderungen sind vielfältig, eine gewisse ‚Anstrengung‘ wird allen Beteiligten abverlangt. Ob es nun um ein Brechen des Mythos vom möglichen „Aufstand der Armen“, die Überwindung von Besserwissererei und wechselseitigen Vorurteilen, das Lernen offen und sensibel aufeinander zuzugehen, und dadurch Empfindlichkeiten – und Privilegien – ernst zu nehmen, aber auch ablegen zu können, das Hinterfragen der verwendeten Kategorisierungen der „Betroffenheit“ oder die Einsicht in die Notwendigkeit einer Dreifachstrategie von Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation und die entsprechende Bereitschaft zum Teilen geht.²

1) Die Armutskonferenz: Sichtbar Werden. Mehr Respekt! Presstexte, <http://www.armutskonferenz.at>

2) Siehe dazu auch Moser, Michaela und Schenk, Martin: Armutsbetroffene als Akteure. Partizipation und Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrungen, in: Dimmel, N., Heitzmann, K., Schenk, M.: Armut in Österreich: Handbuch, erscheint im Herbst 2008 im Studienverlag.

Orte der Scham

Viele TeilnehmerInnen waren gekommen zum Workshop der **Betroffenen-VOR!konferenz**, aus allen Teilen Österreichs, ein Teilnehmer kam sogar aus Bremen. Viele davon haben sich aus der Scham und der damit verbundenen Isolation herausgeschält, haben Initiativen gegründet und geben Straßenzeitungen heraus.

Die Idee des Workshops bestand nun darin, gemeinsam „Orte der Scham“ zu benennen und in Gruppen dazu theatralische „Bilder-Denkmäler“ zu entwickeln und darzustellen.

Nach einigen Aufwärmübungen zum Kennenlernen und zur Motivation der Spielfreude wurden „Orte der Scham“ erinnert, assoziiert, ausgesprochen: Behörden und Ämter, Institutionen, Bildungseinrichtungen, NachbarInnen, öffentlicher Raum, Familie kommen in den Sinn. Zentraler Ort ist aber auch das Zuhause, in dem einen/r die Selbstscham überkommt, wenn man nicht vor und zurück kann, mit dem Rücken zur Wand steht und sich einfach als „Loser“ fühlt, ohne oft genau zu wissen, was man wirklich falsch gemacht hat. Die Selbstscham treibt schließlich in die Isolation, weil man Berührungängste zu den Menschen aufbaut, denen es nicht so geht, die Arbeit und Geld haben.

Es tut sichtlich gut, über diese Dinge zu sprechen, hier sind Menschen, die sich verstehen und nicht verurteilen.

Ein weiterer Ort wurde einstimmig beschlossen: die Medien. Gerade als jemand eine Geschichte erzählt, dass er die Mög-

Mit Hilfe bewährter Theatermethoden, angeleitet von SchauspielerInnen der Grazer Theaterwerkstatt InterACT, wurden im Rahmen der Betroffenen-Vor!-Konferenz „Orte der Scham“ benannt und ins Bild gesetzt.

lichkeit hatte, in den Medien seine Anliegen vorzubringen, und durch die Schneidekunst sein Bericht zu einem Fragment verstümmelt wurde, dem seines Erachtens nach die wichtigste Botschaft fehlte, erscheint ein Team vom ORF um einen Beitrag für „Salzburg heute“ zu machen: Große Aufregung, viele Wort- und Bildmeldungen. Das Fernseheteam scheint ebenfalls davon begeistert, gerade in diesem Moment erschienen zu sein und dreht und dreht.

Nachdem sich die Gemüter wieder ein wenig beruhigt hatten und das Fernseheteam wieder verschwunden war, kehrten wir zu den Orten der „Scham“ zurück:

Zu jedem Themenkreis fand sich eine Gruppe, die dazu ein theatrales Bild stellte. Schließlich wurden die durchaus eindrucksvollen Bilder auf der Bühne gezeigt und in einem ersten Schritt dynamisiert, das heißt die Beteiligten konnten eine Bewegung machen, hin zu einer Lösung des dargestellten Problems. Es war sehr spannend zu beobachten, dass oft schon ein kleiner Schritt reichen würde, um die Situation etwas zu entschärfen. Für uns von InterAct war es auch interessant, dass die Ergebnisse mit jenen fast identisch waren, die wir in unserem einwöchigen Workshop mit Betroffenen im Vorfeld unseres Theaterstückes: „Kein Kies zum Kurven kratzen“ erzielt hatten.

Martin Vieregg
und
Gabriele Skledar
sind Theater-
pädagogInnen und
SchauspielerInnen
bei InterACT

Nicht nur zum Zuhören...

Im spielerischen Zugang mit Beschämungserfahrungen wird deren Grausamkeit und die Belastungen, die sie für die Betroffenen mit sich bringen, deutlich. Aber auch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die gemeinsame Suche nach Lösungen wird gestärkt.

Bei der Armutskonferenz in Salzburg hatte auch ich die Möglichkeit meine Anliegen vorzubringen, die Probleme in anderen Bereichen zu hören und kreativ an Lösungsvorschlägen mitzuarbeiten.

Weil diese Veranstaltung für alle zugänglich war, haben auch viele „Betroffene“ diese Möglichkeit in Anspruch genommen. Das beweist, dass JEDE/R etwas zu sagen hat und – dank der Armutskonferenz – auch die Chance hat, diese Anliegen an den richtigen Stellen vorzubringen. Die Vielzahl an Personen mit mehr oder weniger dem gleichen Schicksal schaffte eine beeindruckende Stimmung. Menschen, die sich niemals vorher gesehen hatten, pflegten einen so selbstverständlichen Umgang miteinander, dass eine absolut positive Stimmung entstand.

Der erste Nachmittag dieser Konferenz wurde dazu genutzt, einander erst einmal kennen zu lernen. Obwohl das aufgrund der enormen TeilnehmerInnenzahl grundsätzlich nicht gerade einfach ist, wurde es unter Leitung der Theatergruppe InterAct aus Graz spielerisch einfach. Durch einige Spiele stellten sich vor allem die verschiedensten anwesenden Gruppen vor, die Namen einzelner Personen würde man sich dann während der Konferenz merken. Neben der Straßenzeitung „Augustin“ aus Wien nahmen auch einige VerkäuferInnen der „Kupfermuck'n“ aus Linz teil, der Verein „AhA“ (Arbeitslose helfen Arbeitslosen) und viele andere Gruppierungen waren auch dabei.

Schon die ersten Vorstellungsrunden hatten bewirkt, dass ein unbeschreibliches Zusammengehörigkeitsgefühl entstanden war. Die Mitglieder von InterACT haben es hervorragend verstanden, allen TeilnehmerInnen von Anfang an das Gefühl zu vermitteln, dass man hier nicht nur zum Zuhören, sondern sehr wohl zum aktiven, kreativen Mitmachen zusammengekommen ist.

In der nächsten Aufgabe, die von InterACT gestellt wurde, war diese Kreativität auch gleich gefragt. Eine äußerst interes-

sante Frage wurde in den Raum gestellt: „Welche Orte der Stigmatisierung erfährt man im täglichen Leben?“ Auf einer Flipchart wurden alle Wortmeldungen notiert und es stellte sich heraus, dass es nahezu an jeder öffentlichen Einrichtung zur Stigmatisierung sozial Schwacher kommt. Beginnend am AMS und Sozialamt, aber auch beim praktischen Arzt oder Ärztin (da keine E-Card), in einigen Lokalen und sogar teilweise auf der Straße – aufgrund der Kleidung – bis hin zur Teilnahme am Kulturgeschehen (obwohl gerade in diesem Bereich mit dem Kulturpass bereits eine enorme Verbesserung herbeigeführt wurde), im Hinblick auf Vergünstigungen in öffentlichen Verkehrsmitteln usw.

Nach dieser Bestandsaufnahme wurden drei Gruppen gebildet, jede davon hatte die Aufgabe, einen Teilbereich dieser Stigmatisierungsorte in einer kurzen Szene darzustellen. Meine Gruppe wählte eine Situation, in der vorbeigehende Menschen auf einen Obdachlosen verächtlich blickten und mit dem Finger auf ihn zeigten. Ich wurde für die Rolle des Obdachlosen ausgewählt und musste dabei eine sehr deprimierende Erfahrung machen. Obwohl es sich nur um eine gespielte Szene handelte, war dieses „Spiel“ für mich enorm belastend. Ich hatte Mühe, die Szene fertig zu spielen, so unangenehm war das Gefühl. Das lag sicher auch daran, dass ich vor vier Jahren tatsächlich für vier Monate obdachlos war. Grausame Erinnerungen wurden durch dieses Szenenbild wach.

Die folgenden zwei Tage lang wurden dann aktuelle Themen in verschiedenen Workshops behandelt und in Diskussionsrunden Lösungsvorschläge eingebracht. Zusätzlich zu den Workshops waren auch zwei Ausstellungen mit dem Thema „Prekäres Leben“ zu bewundern. Eine davon, von zwei Augustin-MitarbeiterInnen kreiert, zeigte anhand von Fotos und Collagen auf, wo man überall mit Stigmatisierung konfrontiert wird.

In der anderen Ausstellung waren Skizzen von StudentInnen der Kunstuniversität zu sehen, die in einem Projekt ebenfalls auf Stigmatisierung und prekäres Leben aufmerksam machten. Das wurde mit Zeichnungen von Augustin-VerkäuferInnen versinnbildlicht bzw. mit Sprechblasen der gezeichneten Personen verstärkt.

Rudolf Lehner
ist Mitarbeiter bei der Wiener Straßenzeitung „Augustin“ und im Projekt „Sichtbar Werden“ der Armutskonferenz

Verschiebung der Schamgrenze

Nachdem ich bereits intensiv meine ganz persönlichen Eindrücke geschildert habe, möchte ich im Anschluss über meine Erkenntnisse dieser Konferenz berichten:

Wir stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Der Arbeitsmarkt steht uns nicht zur Verfügung. Tatsächlich ist es in der Praxis so, dass das AMS entweder Kursmaßnahmen verordnet, welche zwar die Arbeitslosenstatistik „positiv“ verfälschen, schlussendlich aber den Kursteilnehmern keine neuen Perspektiven bieten. Der neue Trend neben dem so genannten Job Coaching ist die Vermittlung zu Personalleasing-Firmen. Damit gibt es zwar wieder weniger Arbeitslose, das Lohnniveau liegt aber weit unter € 1.000,-. Das derzeitige Lohnniveau ist eines der größten Probleme in diesem Land. Aufgrund dieser Tatsache wird die ehemalige Mittelschicht immer mehr verdrängt. Genauer betrachtet gibt es eigentlich gar keine Mittelschicht mehr.

Langsam geht der Trend sogar dahin, dass sich immer mehr Menschen zur Unterschicht bekennen. Dabei ist mir persönlich nicht ganz klar, liegt das an der Verschiebung der „Schamgrenze“ aufgrund der Aufklärungsarbeit von Organisationen wie dem Augustin oder der Armutskonferenz, oder liegt es sehr wohl auch daran, dass Menschen mit geringstem Einkommen

sich dieser Einstufung zur Unterschicht selbst zuordnen. Schließlich sind aufgrund der Lebenshaltungskosten jedenfalls Abstriche im Lebensstandard notwendig. Das führt sogar dazu, dass neue Schlagwörter kreiert werden, die Unterschicht wird ja jetzt „Prekariat“ genannt. Die Betroffenen wissen schon lange, dass ihre Lebenssituation prekär ist, für den Wahlkampf wurde dieser Ausdruck sogar zum Slogan.

Es sei hier aber auch erwähnt, dass bereits Teilerfolge erzielt wurden. Nicht jede/r PolitikerIn verwendet nur Schlagworte. Aufgrund der Intervention der Armutskonferenz gibt es mittlerweile den Mobilpass für alle sozial Schwachen, auch die Mindestsicherung wurde zur ernsthaften Thematik in der Regierung (wie auch immer sich diese in Zukunft zusammensetzen wird).

Zusammenfassend ist zu sagen, die prekäre Lebenssituation betrifft immer mehr Menschen. Es wird daher notwendig sein, die Anforderungen und die Definition der Ansprüche der BürgerInnen neu zu überdenken. Es ist daher absolut wichtig, im Zuge der Armutskonferenz zielstrebig weiter zu arbeiten und die Problematiken nicht nur auf zu zeigen, sondern weiterhin – Schritt für Schritt – eine bessere Lebenssituation für einen Großteil der österreichischen Bevölkerung zu bewirken.

Der Blick von unten

Diese und folgende Illustrationen wurden im Rahmen des Projekts „Der Blick von unten“ von Nicole Frauscher geschaffen. (Siehe Seite 14)



Bilder sagen mehr als Worte

Bildertheater ist eine eindrückliche Möglichkeit bei MitspielerInnen und ZuseherInnen gleichermaßen Bewusstsein zu wecken und sie zum Handeln anzustoßen.

„Stigmatisierung bezeichnet die zu sozialer Diskriminierung führende Charakterisierung einer Person oder Gruppe durch die Zuschreibung gesellschaftlich oder gruppenspezifisch negativ bewerteter Merkmale.

Das soziale Stigma als Brandmal kennzeichnet somit ein Auffälligkeitsmerkmal, das als Ausdruck der Abwertung Einzelner oder von Gruppen Ursache und Folge sozialer Randständigkeit sein kann. Dabei wird von einer Normalität ausgegangen, von der abgewichen wird.

Beispiele für soziale Stigmen waren oder sind das Vorliegen von Vorstrafen, Obdachlosigkeit, körperliche oder geistige Behinderungen, psychische Störungen, Krankheiten aber auch die sexuelle Orientierung oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität, Religion oder Volksgruppe.

Auf subtilere Weise wird auch bereits die Armut zum sozialen Stigma, wenn sie etwa als mangelnde Leistungsbereitschaft charakterisiert wird, wenn die Schuld für Armut alleine in einem persönlichen Versagen gesucht wird, wenn Betroffenen ein Ausruhen in der deutlich ideologisch postulierten, jedoch tatsächlich inexistenten, sozialen Hängematte unterstellt wird, etwa bei Arbeitslosen oder SozialhilfeempfängerInnen. Sichtbares Merkmal ist dabei etwa die Kleidung der Betroffenen, an der der soziale Status für jeden sichtbar ist.“ (Definition aus Wikipedia)

Soweit die Lexikondefinition, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

„Wir befinden uns am Vor(bereitungs)treffen zur 7. Österreichischen Armutskonferenz. Wer bereitet was vor? Wer ist interessiert? Wie interessiert man Menschen, nicht, noch nicht oder doch schon Betroffene? Jedenfalls nicht mit altklugen Belehrungen oder ellenlangen Vorträgen. Unsere, eigentlich Aufgabe eines jeden logisch und klar denkenden Menschen, ist es, zu sensibilisieren. Ein Spiel wie beim Billard. Ein Anstoß und es ergibt sich Erstaunliches! Und Erstaunliches hat ein Workshop zweier TheaterpädagogInnen und SchauspielerInnen von InterACT geleistet. Zumindest angestoßen.

Neben den Merkmalen der Ausgrenzung gibt es auch Orte der Ausgrenzung oder der Scham. Wovon auch, und das war und ist wichtig, nicht nur am Rande der Gesellschaft Lebende betroffen sind: Behörden und Ämter – auch ein Bauherr hat da so seine Schmerzgrenze –, Institutionen, Presse, Funk und Fernsehen, Bildungseinrichtungen (Schulen, Kurse, sogar Fahrschulen, wenn ich mir die Gebühren nicht leisten kann), NachbarInnen..., öffentlicher Raum (also Sitz- oder Ruhegelegenheiten nur für Konsumierer!). Für den Einzelnen bedrohliche Situationen.

Bildertheater ist eine, wie ich meine, sehr eindrückvolle Möglichkeit Bewusstsein zu wecken, in einer Form, die in keinster Weise Ängste schürt. Eine alltägliche, in unserem Fall natürlich auf das Thema bezogene Situation, wird dargestellt.

Bilder sagen mehr als Worte.

Hier einige Beispiele:

9 Uhr früh:

Ein Mensch liegt scheinbar hilflos auf der Straße. Die Haare fettig, die Kleidung schmutzig. Die PassantInnen machen einen Bogen um ihn. Wieder so ein Besoffener. Selbst schuld. Einige zeigen auf den Mann, machen abfällige Bemerkungen. Andere verschließen die Augen, wenden sich ab, hören nicht den stummen Hilferuf.



Der Mann kam gerade vom Sozialamt, wurde niedergestoßen und ausgeraubt, hat eine Kopfverletzung und befindet sich in Lebensgefahr. „Armut gefährdet Ihre Gesundheit“ sollte auf seiner Stirn geschrieben stehen.

Michi Schütte

ist Mitarbeiter bei der Wiener Straßenzeitung „Augustin“ und im Projekt „Sichtbar Werden“ der Armutskonferenz

Oder wie fühlt es sich so an?

Ein Mensch liegt scheinbar hilflos auf der Straße. Die Frisur gepflegt, der Anzug nicht von der Stange. Der Aktenkoffer neben ihm. Ein Geschäftsmann! Was hat man ihm angetan? Die PassantInnen werden zu SamariterInnen, versuchen ihm zu helfen, rufen die Rettung.

Der Mann kam aus einem Gürtelokal, hatte etwas zuviel an Alkohol und Drogen. Kann man nur hoffen, dass ihr adäquat gekleidet seid, wenn euch Ähnliches passiert.



Selbe Zeit beim Amt der Arbeit oder des Sozialen:

Durchaus unterschiedlich sind die Voraussetzungen auch beim Amt der Arbeit. Jung, dynamisch, studiert, das eröffnet Chancen. Der junge Mann im Vordergrund ist durchaus noch fordernd und das zu Recht.

Die Spirale der Hilflosigkeit dreht sich aber kontinuierlich weiter. Das Verhalten der „BittstellerInnen“ ändert sich sukzessive mit der Erfolglosigkeit beim Ansuchen auf Leistungen und vor allem durch das Erkennen, dass ich entweder zu alt, zu krank, zu unter- oder überqualifiziert für das bin, was ich hier eigentlich erhoffe: eine Arbeitsstelle!

Allein die Masse der BewerberInnen deutet darauf hin, dass etwas nicht im rechten Lot sein kann. Von gespannter Hoffnung bis hin zur Verzweiflung reicht die Palette der Befindlichkeiten und die Spirale dreht sich seltsamer Weise nie nach oben. Obwohl so eine Spirale das sehr wohl könnte.

Konkret steht der Sachbearbeiter in einer absoluten Machtposition. Ein Beispiel: Ich bekomme eine Arbeitsstelle zugewiesen, also die Einladung zum Vorstellungsgespräch, bin aber nur eine/r von 600! Die „Assistentin des Vorstandes“ oder Bürodame gibt mir zu verstehen, dass sie nun genug hat und verweigert mir die schriftliche Ablehnung. Was für mich, wenn ich den Sachbearbeiter nicht von meiner „tätigen Mithilfe“ überzeugen kann, eine Sperre der Bezüge bedeutet!

Arme Menschen mit Geldentzug zu bestrafen sollte doch viel eher strafbar sein. Wo bleibt die Würde? Wie man leicht erkennen kann... bei manchen schon am Boden.

Weitere Bilder stellen Situationen dar, wie sie uns ebenso tagtäglich begegnen. Ausgrenzung (jung-alt, dick-dünn, auch nicht sichtbare, wie oben beschrieben. Also auch arm-reich).

Oder auch der Druck innerhalb einer Gruppe, der Familie, in der Firma (Mobbing).

Habt ihr euch schon in so einer oder ähnlichen Situation befunden? Dann redet darüber. Nur wenn man etwas tut, tut sich etwas!

Vorurteile oder Vorverurteilungen dienen im Grunde nur dem Schutz der eigenen Angreifbarkeit, oder anders ausgedrückt dem Erhalt des eigenen Status. Wie erklärt sich die immer weiter ansteigende offene und versteckte Armut, wenn wir nicht die Augen öffnen? Angst. Angst vor Verlust. Nicht nur finanziell, sondern auch sozial.

Hast du heute schon getankt?"

„SICHTBAR WERDEN“ Ein Projekt der Armutskonferenz.

Vernetzung und Stärkung, sowie das Sichtbar machen von Selbstorganisationen von Menschen mit Armutserfahrungen und deren Anliegen und Lösungsvorschlägen stehen im Zentrum des Projekts „Sichtbar werden“. Die bislang gemachten Erfahrungen machen Lust auf weitere Aktivitäten im Kampf um ein besseres Leben.

Im April 2006 fand auf Initiative der Armutskonferenz das 1. österreichweite Treffen von Armutsbetroffenen im Wiener WUK unter dem Titel „Sichtbar werden“ statt und startete den Versuch so unterschied-

Schon im Oktober 2006 fand die nächste dreitägige Zusammenkunft, diesmal in Linz, statt, bei der sogar drei PolitikerInnen anwesend waren, bei denen wir unsere Forderungen deponieren konnten, außerdem stellten wir riesige Pappfiguren her, die wir mit unseren Anliegen bemalten und beschrifteten. Mit diesen marschierten wir durch die Linzer Innenstadt bis zum Taubenmarkt, wo wir mit den PassantInnen diskutierten. Die Demo war für uns der erste Auftritt in der Öffentlichkeit, um uns „sichtbar“ zu machen und alle waren begeistert.



Traude Hlawaty
ist Mitarbeiterin der Wiener Straßenzeitung „Augustin“ und im Projekt „Sichtbar Werden“ der Armutskonferenz

liche Gruppen wie Arbeitslose, Menschen mit psychischen Krankheiten, Angehörige von psychisch Erkrankten, Behinderte, AlleinerzieherInnen, MigrantInnen und StrassenzeitungsverkäuferInnen und deren Anliegen auf einen Nenner zu bringen.

Es gab verschiedene Workshops und am Ende der dreitägigen Konferenz stellten wir fest, dass die Grundanliegen von allen „die gleichen waren“. Natürlich hatten die verschiedenen Gruppierungen spezielle Forderungen, doch die wichtigsten wie gesunde Ernährung, medizinische Versorgung und gleiche Behandlung für alle wollten wir alle. Es war ein voller Erfolg und wir beschlossen uns bald wieder zu treffen, erste Kontakte wurden geknüpft, Telefonnummern und E-mail-Adressen ausgetauscht und neue Freundschaften geknüpft.

Im November trafen wir uns für zwei Tage wieder in Wien, wo uns zwei engagierte Anwälte und Martina Kargl von der Caritas Wien darüber aufklärten, dass wir auch Rechte haben und nicht nur Pflichten. Das war für uns etwas vollkommen Neues und steigerte unser Selbstwertgefühl enorm. Nach einigen Vorbereitungstagen in Wien fuhren wir im November 2007 nach Graz, wo wir eine neue Gruppe kennen lernten, die Großes mit uns vorhatte.

Die Theaterleute von InterACT wollten mit einigen von uns in nur eineinhalb Tagen eine Performance einstudieren, die wir dann auf einer Demo als Straßentheater aufführen sollten. Andere verpackten Kekse, die sie dann mit kleinen Kärtchen, auf denen unsere Forderungen standen, versahen und an die PassantInnen verteilten.



Lautstark und mit „Polizeischutz“ machten wir die Grazer Innenstadt unsicher. Abends lud uns die Straßenzeitung Megaphon zu einem afrikanischen Essen ein. Am letzten Vormittag führte InterACT ein Forumtheaterstück auf, bei dem auch ein Vertreter von Sozialminister Buchinger zugegen war, der sich über das gesehene Stück sehr betroffen zeigte. Langsam konnten wir kleine Erfolge verbuchen, wir wurden „sichtbar“, durch unsere Aktionen konnten sie uns nicht mehr ganz totsicheren.

Im März 2008 kam die große Überraschung. Wir wurden zur 7. Österreichischen Armutskonferenz eingeladen, wo bis dato ExpertInnen über unsere Befindlichkeiten tagten. Im Mai 2008 durfte ich mit nach Brüssel zur 7. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen fahren und erfuhr, dass die Armen europaweit die gleichen Probleme haben.

Unser nächstes Treffen von „Sichtbar werden“ findet im November 2008 wieder in Wien statt, wozu wir wieder PolitikerInnen einladen und verschiedene Aktionen veranstalten, die wir ab September gemeinsam beschließen werden.

Übrigens gibt es unter uns ein Phänomen, egal ob ich mit meinen FreundInnen in Linz, Graz oder Wien telefoniere, wir alle sprechen nie von „sichtbar werden“, immer nur von der Armutskonferenz, obwohl wir ja keine „wirklichen“ Mitglieder dieser sind, sondern „nur“ Betroffene, trotzdem ist es für uns alle die Armutskonferenz.

Erfolge als Ansporn zum Weitermachen

Der Kulturpass ermöglicht es uns, dass wir auch am kulturellen Leben teilnehmen können. Jedes Jahr findet im Frühling ein „Tag auf Hunger nach Kunst und Kultur“ statt, bei dem wir in vielen Kulturstätten in den Backstage-Bereich dürfen oder an Führungen in Museen gratis teilnehmen können. Der Armutskonferenz haben wir es auch zu verdanken, dass es endlich eine Grundsicherung geben wird, auch der Mobilpass kam durch ihre Hartnäckigkeit zustande. Einige von uns waren sogar schon im ORF bei Sendungen wie „Thema“, „Wie bitte“ oder „Orientierung“ zu sehen, Maria Moser von „Orientierung“ begleitete uns sogar nach Brüssel. Auch „Radio Widerhall“ wurde auf uns aufmerksam und lud uns bereits zweimal ein, eine Sendung zu gestalten. Als einzige wirklich Betroffene konnte ich auf der Konferenz „Teil haben und Aktiv sein“, die auf Einladung des Sozialministers Buchinger zustande kam und an der ca. 250 „sogenannte“ ExpertInnen teilnahmen, ein Referat über die Situation von SozialhilfeempfängerInnen und Obdachlosen halten.

All diese Erfolge sind für uns Ansporn, weiter zu machen mit „Sichtbar werden“, um ein besseres Leben für die Betroffenen zu ermöglichen.

Weitere Informationen und Materialien zum Projekt „Sichtbar werden“ und den Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen auf www.armutskonferenz.at

„Der Blick von unten“

Ein Projekt in Kooperation mit der „Armutskonferenz“ und der Klasse „Kunst und kommunikative Praxis“ an der Universität für angewandte Kunst.

„Armut auf absolutem Niveau ist Leben am äußersten Rand der Existenz. Die absolut Armen sind Menschen, die unter schlimmen Entbehrungen und in einem Zustand der Verwahrlosung und Entwürdigung ums Überleben kämpfen, der unsere durch intellektuelle Phantasie und privilegierte Verhältnisse geprägte Vorstellung übersteigt.“ (Präsident der Weltbank, Robert Strange McNamara)

In Kooperation mit der „Armutskonferenz“ haben wir in Armut geratene Menschen an die Universität für angewandte Kunst eingeladen.

Die Gespräche, die wir in fünf Sitzungen mit den Gästen führten, konnten uns ein differenziertes Bild von den alltäglichen Bedürfnissen und Nöten dieser Menschen vermitteln. Die detaillierten und berührenden Schilderungen der Gäste bildeten die Grundlage für eine künstlerisch-ästhetische Auseinandersetzung mit dem Thema „Armut“.

Abseits dieser Sitzungen sind einige Studentinnen auch tageweise mit verschiedenen Verkäufern der Zeitschrift „Augustin“ in der Stadt unterwegs gewesen, um sich einen Einblick in die konkreten Lebensverhältnisse der „Augustin“-VerkäuferInnen verschaffen zu können.

Neben Skizzen, Texten und Portraits war es die Aufgabe der StudentInnen, konzeptuelle Ansätze zum Thema „Armut“ zu entwickeln. Da Portraits auch voyeuristische Blicke auf sich zu ziehen vermögen, suchten die Studentinnen und Studenten vermehrt nach alternativen Gestaltungsmöglichkeiten in der Darstellung.

Inzwischen liegen unterschiedliche Ansätze der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema vor; die Arbeiten sind in öffentlichen Präsentationen zur Diskussion gestellt worden.

Im Zentrum aller Überlegungen stand für die StudentInnen stets der einzelne Mensch. Gerade weil das Thema uns alle betreffen kann (ganz besonders den Berufsstand der bildenden Künstlerin/des bildenden Künstlers) war der Zugang von Anfang an ein stark persönlicher und von Empathie getragener.

Ich sehe die gemeinsame Arbeit nicht als abgeschlossen an, die erarbeiteten Fragestellungen sind vielmehr Grundlage einer weiterführenden Auseinandersetzung mit dem Thema „Armut“.

Im Wintersemester 2008/2009 werden wir an einer Publikation arbeiten, die das bisher entstandene Material beinhaltet.

Neben der Präsentation in der Klasse, bei der Armutskonferenz in Salzburg und in der VinziRast in Wien, haben wir Gespräche mit verschiedenen Personen zum Thema geführt: mit Uni.Prof. für Soziologie Sighard Neckel, Cecily Corti und Christian Spiegelfeld von der VinziRast in Wien, Eugen Bierling-Wagner und Martin Schenk von der Armutskonferenz und mit zahlreichen Gästen die uns von der Armutskonferenz vermittelt wurden: Traudi, Peter, Klaus, Christian, Christine...



Mitwirkende StudentInnen:

Lucia Sindinger,
Jakob Glasner,
Roswitha Weingrill,
Johannes Mandorfer,
Elena Waclaviczek,
Carina Sacher,
Anna Wahrlichler,
Anna Demmelbauer,
Katharina Unger,
Christina Boula,
Claudia Voit,
Felix Kislich,
Nicole Frauscher,
Jasmina Hirschl,
Tina Oberleitner

Karl-Heinz Ströhle
lehrt an der Universität für
angewandte Kunst, Wien:
Klasse Erwin Wurm

Lucia Sindinger, Studentin

Ein Projekt in Zusammenhang mit einer heiklen Thematik im sozialen Bereich zu machen, ist eine sehr diffizile Sache. Man bewegt sich als Außenstehender, der (momentan) nicht von der Problematik betroffen ist, immer am Rande des Voyeurismus. Man ist sich dessen bewusst, dass man gewissermaßen die Rolle eines Beobachters einnimmt, man muss sich aber auch bewusst sein, dass man leicht selbst zum Betroffenen werden kann.

Ich habe beschlossen, mich der Problematik dadurch anzunähern, dass ich versuche mich vollkommen auf die Geschichten der betroffenen Menschen einzulassen, die uns an der Universität für Angewandte Kunst im Rahmen eines Seminars besucht haben - auf ihre Geschichten so, wie sie sie vermittelt haben und so, wie ich sie verstanden habe. Dabei wollte ich möglichst objektiv sein, nicht urteilen und genau das weitergeben, was ich erfahren durfte. Allerdings ist mir bald klar geworden, dass die Geschichten der Menschen, wenn ich sie durch meine Zeichnungen darstelle, immer eine Interpretation meinerseits sein müssen. Die Bilder, die ich produziere, entstammen

meiner Vorstellung und haben deshalb nur begrenzt mit der realen Vergangenheit der Menschen zu tun.

Trotzdem glaube ich, dass sie einen gewissen Zweck erfüllen können: Man kann bestimmte Sachverhalte besser verstehen, wenn man konkrete Beispiele, gewisse Denkanstöße hat, auf die man sich einlassen kann. Ich habe das Privileg gehabt, in einem (relativ) unverfänglichen Rahmen einige Menschen ein bisschen kennenzulernen, die tatsächlich von Armut betroffen sind und bereit waren, von ihrem Leben zu erzählen. Meist ist es im Alltag nicht so einfach sich mit Menschen auszutauschen, die sich in einer solchen Situation befinden, und Hintergründe zu erfahren, die einen anfangen lassen zu begreifen, wie leicht es einem passieren kann, dass man sich in so einer Lage wiederfindet. Aus dem Abstraktum Armut, das ein teils klischeebehafteter, verschleiender und kollektiver Begriff ist, können sich durch den persönlichen Kontakt Individuen ausgliedern, die selbst für sich sprechen. Ich hoffe mit meiner Arbeit die Erfahrung weitergeben zu können, die ich gemacht habe.

Roswitha Weingrill, Studentin

Am Morgen des ersten Besuches unserer Gäste vom Augustin half ich bei der Ausstaffierung unserer Klassenräume für eben diesen Besuch. Wir diskutierten gemeinsame verschiedene mögliche Varianten aus Tischen, Sesseln und um eine angenehme Ambiente zu schaffen. Wir wollten ja hier keinen Vortrag veranstalten, auch sollten sich unsere BesucherInnen nicht wie in einem Schaukasten fühlen, dennoch wollten wir auch Kommunikation ermöglichen, was sich bei der Vielzahl an StudentInnen als schwierig erwies. Schlussendlich entschieden wir uns für eine kaffeehausartige Situation, bei der zwei grüne, gepolsterte Sessel hinter einem kleinen Tisch standen. Dennoch hinterließ diese scheinbar unwichtige Diskussion über das Setting zu einem künstlerischen Projekt aus dem sozialen Raum Eindrücke, die sich später vor allem in dem Bewusstsein widerspiegeln, dass es bei unseren BesucherInnen ganz deutlich um eine spezielle Gruppe von Armut Betroffenen handelt.

Als nun unsere BesucherInnen kamen, hatte ich bereits so viele mögliche Bilder im Kopf, dass ich nicht mehr wirklich hinschauen wollte und großflächig aufschrieb, was sie uns erzählten. Dabei fiel mir vor allem auf, dass die Geschichten und Erlebnisse, die zur Obdachlosigkeit geführt hatten, sich teilweise nicht besonders von Geschehnissen aus meinem Bekanntenkreis unterscheiden. Immer wieder gehen Menschen kleinere Risiken ein, irren sich in Menschen oder begehen auch so manche Dummheit, manchmal aus emotionalen Umständen heraus. In den meisten Fällen hat das aber weiter weniger schwerwiegende Kon-

sequenzen als Obdachlosigkeit. So fragte ich mich, welche spezifischen Fügungen, Konstellationen oder auch vielleicht Zufälle dazu führen, dass ähnliche Entscheidungen oft gänzlich unterschiedliche Auswirkungen haben können.

Parallel dazu mußte ich des Öfteren an eine Diskussionsrunde denken, der ich vor einiger Zeit beigewohnt hatte. Dabei war es um das Grundeinkommen gegangen und in Folge um die Grundbedürfnisse und - rechte jedes Menschen. Dabei fragte ich mich besonders ob es denn ein Menschenrecht sei, sich Wünsche zu erfüllen bzw. das Wagnis einzugehen, für ein besseres Leben einiges an Sicherheit aufzugeben. Sein gewohntes Leben für den Traummann in Italien aufzugeben, hat doch auch etwas Romantisches.

Auch Fragen nach selbstverschuldeter Armut, daraus folgender rechtmäßiger Bedürftigkeit und der moralischen Verpflichtung für andere ebendiesen Personen zu helfen, stellten sich ein. So versuchte ich in meinen Aufzeichnungen zu verfolgen, welche Wörter und Satzfragmente in den verschiedenen Zusammenhängen eher einem Weg in die Obdachlosigkeit als zu einem erfüllten Leben führen könnten. Zur visuellen Unterscheidung benutzte ich die grünen Polstersessel unseres Arrangements als Platzhalter für unsere BesucherInnen, während ich eine einfache Hausform verwendete, um all jene zu zeigen, die möglicherweise nicht arm sind, vielleicht ein unerfülltes Leben haben und auch in irgendeiner Weise arm sind oder auch einfach nur nicht an unserem Projekt teilnehmen und in vielen Fällen unsichtbar bleiben.

Kein Kies zum Kurven kratzen – Neuer Armut entgegenwirken

Das partizipative Kunst- und Forschungsprojekt „Kein Kies zum Kurven kratzen“ macht die alltäglichen und emotionalen Auswirkungen neuer Armut deutlich. Die Initiative von InterACT zeigt damit vor, wie Betroffene, Bevölkerung und Politik die gemeinsame Lösungssuche ernsthaft angehen könnten.

„forum.findet.stadt.07: Kein Kies zum Kurven Kratzen – Neuer Armut entgegenwirken“ ist ein partizipatives Kunst- und Forschungsprojekt.

Es nimmt seinen Ausgangspunkt in dem Widerspruch, dass auf der einen Seite Gewinne der Unternehmen und Vermögen der Spitzenverdiener steigen, während andererseits bis zu 150.000 SteirerInnen an oder unter der Armutsschwelle leben – darunter vielfach Frauen, Kinder und Jugendliche (vgl. Steirische Statistiken Heft 9/2006). Viele von ihnen haben das Gefühl, dass es trotz aller Anstrengungen und Bemühungen oft nicht zum Notwendigsten reicht.

Das Projekt versteht sich als künstlerische und wissenschaftliche Intervention in den sozialen und politischen Raum, mit der auf unterschiedlichen Ebenen zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation und Lösungssuche aktiviert wird. Es will auf kreative Weise dazu beitragen, die Situation von Menschen in finanziell schwierigen Lebenslagen zu verbessern und Ideen und Vorschläge an die Politik zu formulieren. Interaktive Theaterkunst und szenisches Forschen werden mit politischer Beteiligung verbunden, über einen künstlerischen und dialogischen Prozess werden Lösungsansätze – unter Einbeziehung von unmittelbar Betroffenen – entwickelt.

Das Projekt richtet sich in besonderem Maße an Menschen, die über Erfahrungen mit finanziellen Notlagen verfügen, die armutsgefährdet oder akut arm sind. Ziel war es dabei nicht nur, deren kreative Kompetenz zu fördern und zur positiven Darstellung ihrer Fähigkeiten beizutragen. Vielmehr sollte erreicht werden, dass Menschen, die am öffentlich-politischen und kulturellen Leben sonst nur wenig partizipieren, mit ihrer eigenen Stimme sprechen und auf unkonventionelle Weise zur Artikulation ihrer Anliegen und Interessen ermutigt werden.

„Kein Kies zum Kurven Kratzen – Neuer Armut entgegenwirken“ realisierte sich bislang auf zwei Strängen: Zum einen wurde im Mai, Juni und September 2007 mit mehr als 40 Straßentheateraktionen in Graz und in der gesamten Steiermark auf das Thema „Neue Armut“ aufmerksam gemacht. Diese Straßentheaterszenen wurden von ca. 3.000 ZuschauerInnen miterlebt. Zum anderen wurde unter Mitwirkung von unmittelbar Betroffenen die Forumtheaterproduktion „Kein Kies zum Kurven Kratzen“ entwickelt, die alltägliche und emotionale Auswirkungen von finanziellen Engpässen und prekären Lebenslagen aufzeigt und bei den interaktiven Aufführungen zur gemeinsamen Lösungssuche einlädt.

Mehr als 1.000 Menschen wirkten bislang an den Aufführungen mit und realisierten insgesamt 160 Einstiege, um dem Geschehen auf der Bühne eine Wendung zu geben und eine mögliche Lösung für die kritische Situation zu zeigen. Mehr als 300 Lösungs-ideen und politische Vorschläge wurden formuliert.

Die auf diese Weise entstandenen Lösungsideen und politischen Vorschläge wurden in einem inhaltsanalytischen Prozess zu Vorschlägen und Anliegen verdichtet, verschiedenen Themenbereichen zugeordnet und mit den armuterfahrenen TeilnehmerInnen am Projekt, mit dem Projektbeirat und weiteren ExpertInnen diskutiert, bevor sie VerantwortungsträgerInnen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft über das Medium Theater vermittelt werden.

Kein Kies zum Kurven kratzen. forum.findet.stadt07 - Neuer Armut entgegenwirken. Bericht 2007. InterACT – Graz 2007.

Wrentschur, M.: 'Kein Kies zum Kurven Kratzen – Neuer Armut entgegenwirken. Ein Projekt zur kreativen Beteiligung von Armutsbetroffenen', in: Knapp, G. & Pichler, H. (Hrsg.) Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Perspektiven gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich (Klagenfurt, Ljubljana, Wien: Hermagoras 2008), S. 692 – 723.

Schrieff, U. M.: „...Und wenn Theater die Armut sichtbar macht?“ – Das Forumtheater als Instrument einer Öffentlichkeitsarbeit im Kontext der Sozialen Arbeit am Beispiel der Forumtheateraufführungen „Kein Kies zum Kurven Kratzen“, Diplomarbeit am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz, 2007

Michael Wrentschur
ist Soziologe und
Theaterschaffender;
Künstlerischer Leiter von
InterACT, Werkstatt für
Theater und Soziokultur
in Graz;
Hochschullehrer am
Institut für Erziehungs-
und Bildungswissenschaft
der Universität Graz

FRAUEN-VOR!-KONFERENZ

Das arme Mensch – ge-scheiter(t)?

Frauenarmut, Scham und Stigmatisierung

Montag, 3. März 19.00 – 21.00

Kennenlernen und Vernetzung

Austausch zum und Einstieg ins Thema

Dienstag, 4. März 9.00 – 12.00

Analysen und Gegenstrategien zu

Frauenarmut, Scham und Stigmatisierung

Impulsreferate und Arbeitsgruppen

Detailprogramm: www.frauenarmut.at

Frauenarmut, Scham und Stigmatisierung

Wer sich schämt, will sich verbergen, im Erdboden versinken, sich den Blicken entziehen. Das Verschwinden-Wollen und Verbergen des eigenen Gefühls- und Innenlebens charakterisiert zahlreiche schamvolle Ereignisse. Und es bezieht sich nicht nur auf die Umwelt, sondern mindestens ebenso sehr auf den eigenen inneren Blick.

Scham ist ein Gefühl, das zumeist nur in Verhüllung und Maskierung erscheint. Die gewitzte Antwort auf Beschämung ist bereits der Versuch, sich der ärgsten Nöte der Schamerlebnisse zu erwehren, nämlich des wehrlosen Ausgeliefert-Seins an den Blick und die Beurteilungen der Anderen.

Scham entsteht in verschiedenen Kulturen bei unterschiedlichen Anlässen. So mögen Jugendliche schamvoll verbergen, dass sie noch keine/n Freund/in haben. Während alte Menschen sich für ihre sexuellen Gefühle und Aktivitäten schämen. Bescheidenheit kann genauso ein Ausdruck von Scham sein wie egoistisches Verhalten Scham auslösen kann.

Scham ist immer auch ein Ausdruck von gewünschtem bzw. unerwünschtem Verhalten in einer bestimmten Kultur bzw. Subkultur. Die Besonderheit von Scham liegt in dem unbewussten gegenseitigen Einverständnis von beschämenden und beschämten Menschen, dass die entstandene Situation, das gezeigte Verhalten schämenswert ist. Die beschämte Frau widerspricht durch ihr Verhalten, durch ihre Lebenssituation, durch das was ihr passiert ist ihren eigenen inneren Werten – diese innere „Verurteilung“ macht es besonders schwer sich gegen Beschämungen zu wehren.

Vieles spricht dafür, dass auch die mit Armut verbundene Scham geschlechtsspezifisch unterschiedlich erlebt wird. Die Frauen-Vor!-Konferenz hat Stigmatisierungserfahrungen armutsbetroffener Frauen und mögliche Gegenstrategien anhand einer Szene des Forumtheaterstücks „Kein Kies zum Kurven kratzen“, sowie in Workshops und Diskussionen be- und erarbeitet.

Von Armut betroffene Frauen erleben sich als schwache Mitglieder unserer Gesellschaft. Ihre Schwäche können sie nur teilweise verbergen, als einzige Möglichkeit bleibt oft der Rückzug. Kontakte und Freizeitaktivitäten werden vermieden, nicht nur weil es die finanziellen Möglichkeiten verwehren sondern auch um die Diskrepanz zwischen der eigenen Situation und der der Anderen nicht spüren und sehen zu müssen.

Viele setzen ihre ganze Kraft ein, damit ihre Armut oder Armutsgefährdung möglichst für die anderen unsichtbar bleibt. Als Mütter, oft alleinerziehend, versuchen sie durch persönlichen Verzicht und mit viel Phantasie und Kreativität ihren Kindern die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern.

Frauen mit Armutserfahrungen sehen sich oft als inkompetent, da es doch offensichtlich ist, dass sie nicht geschafft haben was sonst alle schaffen. Sie sind Verletzungen der Intimitätsgrenzen stärker ausgesetzt. Gerade Hilfsangebote sind oft mit der Auflage verbunden, intime Details offen zu legen. Die Geschichte des Scheiterns möglichst eindrucksvoll und detailliert zu beschreiben, jeder Millimeter Schutzwall und Intimitätsgrenze kann Hilfe und Un-

Michaela Moser
ist Sozialethikerin,
Sozialexpertin der
Armutskonferenz und
Mitarbeiterin der
Dachorganisation der
staatlich anerkannten
Schuldenberatungen asb

Katja Russo
ist Psychologin und
Mitarbeiterin von Frauen
beraten Frauen Wien

Margit Appel
ist Politologin und
Erwachsenenbildnerin
und Mitarbeiterin
der Katholischen
Sozialakademie
Österreichs (ksoe)

Die Frauen-Vor!-Konferenz wurde von der Arbeitsgruppe „Frauen und Armut“ organisiert.

Moderation: Klaudia Paiha, Marion Breiter

Workshops: Katja Russo, Marion Breiter, Margit Appel, Michaela Moser, Elisabeth Wöran, Angelika Dawson, Ingrid Schmidbauer, Sybille Pirklbauer

Forum-Theater:

Moderation: Lisl Nusshold, Theaterpädagogin und Schauspielerin bei InterACT

Schauspiel: „Phoenix“ Silvia Gangl, Darstellerin bei „Kein Kies zum Kurven kratzen“ und Gabriele Skledar, Theaterpädagogin und Schauspielerin bei InterACT

Weitere Informationen zu den Aktivitäten der Arbeitsgruppe: www.frauenarmut.at

terstützung verwehren. Die helfende Person muss ganz genau „wissen“, „verstehen“ und „nachvollziehen“ können, warum die Situation so ist wie sie ist. Sie macht einen „Ressourcen- und Kompetenzcheck“, stellt Ziele und Prognosen auf. Aufgrund der allgemeinen Zuständigkeit von Frauen für ihre Kinder sind diese stärker der sozialen „Hilfe“ und „Kontrolle“ von öffentlichen Institutionen ausgesetzt als Männer.

Oder sie werden im Rahmen von AMS-Reintegrationsbemühungen in die Erwerbstätigkeit oder in Schulungsangebote „gedrängt“, deren Umsetzung oftmals ein fragiles System von Armutsbewältigungs- und damit Überlebensstrategien ins Wanken bringen und nicht zwingend zur Armutsüberwindung beitragen. Geringe Entlohnung, oft in Teilzeitarbeitsverhältnissen, entfernte Arbeitsorte mit langen Anfahrtszeiten, erhöhte Ausgaben für Kinderbetreuung, Bekleidung, Essen, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz erhöhen den individuellen Stress.

Frauen mit Armutserfahrungen fühlen die Diskrepanz zwischen Ideal und Realität. Sie haben sich ihr Leben anders vorgestellt, wollten es besser machen, vielleicht anders als ihre Mütter und Großmütter, sie hatten doch auch viel mehr Möglichkeiten. Sie haben es nicht geschafft und sind von sich selbst enttäuscht. Sie fühlen die Anhängigkeit, vom Jugendamt, vom AMS, vom Vater der Kinder, vom Partner etc. Sie denken viel über Schuld nach.

Der Umgang mit Schamerfahrungen bindet viel Energie, verstärkt Selbstzweifel und verleitet Frauen dazu, möglichst in eine Art Unsichtbarkeit zu verschwinden.

Ethische Herausforderungen – politische Handlungsstrategien

Wenn in Österreich 13% aller Frauen armutsgefährdet sind, dann sind es 87% nicht. Was sind die jeweiligen ethischen Herausforderungen, was die politischen Handlungsstrategien?

Für nicht armutsgefährdete Frauen besteht die Herausforderung darin, sich Freiheit von etwas zu bewahren bzw. zu

erreichen – nämlich von Geld! Für armutsgefährdete Frauen besteht die Herausforderung darin, sich Freiheit für etwas zu bewahren bzw. zu verschaffen – nämlich Würde und Perspektive! Sich aus der Opferrolle und dem damit verbundenen „verständnisgenerierendes“ Flair, das Solidaritätseffekte mobilisieren kann, Aufmerksamkeit und in den gängigen medialen oder politischen Diskursen oft auch moralische Oberhand bringt, zu befreien.

Armutsgefährdete Frauen haben wenig Möglichkeiten, ihre Situation durch Einmischung in die politischen Verhältnisse zu verändern: es fehlt ihnen an Zeit, Geld und Kontakten. Dazu kommt die Scham, durch öffentliches Engagement als Armutsbetroffene sichtbar zu werden.

Für eine Änderung der Verhältnisse braucht es jene, die nicht von Armut betroffen sind: sie können Zeit für ehrenamtliches Engagement einsetzen, weil sie sie nicht zur Gänze zur Sicherung ihrer Existenz verkaufen müssen. Gut gemeintes caritatives Engagement reicht aber nicht! „Statushohe“, privilegierte Ehrenamtliche neigen dazu, ihre Privilegien zu erhalten und im Rahmen ihrer Interpretationen davon, wie Armut entsteht, „statustiefen“, unterprivilegierten „Bedürftigen“ zu helfen. Um das zu ändern, braucht es die Politisierung der „Helferinnen“ und Strukturen, in denen solidarische Selbsthilfe Armutsbetroffene sich entwickeln und stattfinden kann.

Entsprechend der jeweiligen Lebenslage (armutsgefährdet, nicht armutsgefährdet) wäre also jeweils zu reflektieren, in welche Weise bei gesellschaftlichen Prozessen der Verfestigung von Benachteiligungen bzw. der Verfestigung von Privilegien mitgespielt wird. So wären als „ethische Versuchung“ einerseits (armutsgefährdete Frauen) Anpassung, Selbstaufgabe, Doppelrolle, Entwürdigung... und andererseits (nicht-armutsgefährdete Frauen) Paternalismus, Fürsorge, Besserwisserei, Mitleid, Überheblichkeit... in den Blick zu nehmen und die jeweils eigenen Handlungsmotive im Kontext eines Politisierungsprozesses kritisch in den Blick zu nehmen, ganz gleich ob es um Talkshow-

auftritte, das Engagement in der Selbsthilfegruppe, die Beteiligung an Projekten wie „Sichtbar werden“, karitativ angelegte ehrenamtliche Tätigkeiten, anwaltschaftliches Handeln oder Spenden geht.

Bedürftigkeit als menschlicher „Normalzustand“

Bedürftig – oder gar abhängig – zu sein, gilt in der neoliberalen Erfolgsgesellschaft als Schande. Frauen haben heutzutage alle Möglichkeiten, heißt es oft und wer sich ordentlich anstrengt, in allen Lebensbereichen die richtigen Entscheidungen trifft und früh genug (ökonomische) Unabhängigkeit anstrebt, findet gute Arbeit und schafft es auch Job und Familienleben locker unter den Hut zu bringen.

Eine feministische Ethik des Sorgens (Care-Ethik) widerspricht diesem Ansatz vehement und betont, dass wechselseitige Abhängigkeit wesentlich zum Mensch sein dazu gehört. Statt stärkerer Eigenverantwortung und Leistungsdruck brauche es mehr Einsicht und kollektive Verantwortung und Einsatz für das gute Leben aller einzelnen und ein Auflösen des angeblichen Dualismus von Abhängigkeit und Freiheit.

Hilfe zu brauchen und in Anspruch zu nehmen darf nicht länger „peinlich“ sein, sondern muss vielmehr als menschlicher Normalzustand anerkannt werden. Keine Frau und kein Mann kann ohne die Zuwendung und Fürsorge anderer überleben und schon gar nicht gut leben. Abhängigkeit und Verletzlichkeit sind keine Schande sondern vielmehr Teile dessen was das Menschsein konstituiert. Bedürftigkeit zum Ausgangspunkt für eine neue Politik des Sozialen zu setzen, würde dieser Einsicht Rechnung tragen. Und es würde auch die Perspektive auf Fürsorgetätigkeiten, die derzeit von einer Vielzahl an Frauen un- oder schlecht bezahlt übernommen wird, grundlegend ändern.

Nicht die oftmals geforderte verstärkte „Eigenverantwortung“ ist also notwendig, sondern die Durchsetzung eines Prinzips des verantwortlichen Lebens, im Blick auf sich selbst und die eigene Bezogenheit auf andere, und darauf, wie wechselseitige Abhängigkeiten respektvoll gestaltet und das wechselseitige fürsorgliche Tätigsein unabhängig von tradierten Geschlechterrollen gelebt werden können, in den intimen Bereichen des Zusammenlebens genauso wie in der Gestaltung einer erneuerten Politik des Sozialen.

Strategien gegen Stigmatisierung und Beschämung

Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen (Auszug)

Verbesserung der Einkommenssituation:

- 1.200,-- Mindestlohn
- 1.000,-- Mindestsicherung
- Individualprinzip
- Mindestsicherung für Kinder (bei Bedarf auch für über 18jährige)
- Spezifischere bedürfnisgerechte AMS-Maßnahmen

Stärkung der sozialen Infrastruktur

- Mehr Information zu und Transparenz von Beratungsangeboten
- Forcierung ganzheitliche Beratungsansätze (Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Umfeld)
- Erleichteter Zugang zu Sozialwohnungen (insbesondere für von Gewalt betroffene Frauen)

Politisierungsprozesse - Bewusstseinsarbeit

- Bild des freien und unabhängigen Menschen in Frage stellen, Abhängigkeit und Unterstützung als menschliche Grunddimensionen positiv besetzen
- Autonomie und Bezogenheit nicht gegeneinander ausspielen
- Vorurteilen, stigmatisierenden und pauschalisierenden Bildern (zB von Alleinerzieherinnen) entgegenwirken
- Politische Beteiligung verstärken, persönliche Scham ablegen, auch Schweigen kostet Energie
- eigene Erfahrungen als Expertise ernst nehmen
- Fragen stellen! Strategien entwickeln

Beiträge zum Theaterstück **Gott ist das peinlich!**

Gabriele Skledar, SchauspielerIn, InterACT

Der Inhalt: Elfriede Schmölzer, gelernte Schneiderin, Mutter zweier Töchter und Ehefrau, erlebt den sozialen Abstieg vom scheinbar gesicherten Mittelstand. Alles scheint bestens, ihr Mann Herbert ist Fabrikchlosser, verdient gut: Elfriede näht, hat Privatkunden, manchmal auch größere Aufträge für eine Firma (Hemdkrägen annähen etc.), ist aber nicht angemeldet. Ein Kredit wird aufgenommen, um die Wohnung neu einzurichten, schließlich kommen ja viele fremde Leute als KundInnen, da will man nicht armselig wirken. Die Welt scheint in Ordnung, bis Herbert einen Bandscheibenvorfall hat. Der Beginn einer Abwärtsspirale auf allen Linien. Herbert ist lange im Krankenstand und kann seine alte Arbeit aus körperlichen Gründen nicht mehr machen.

Der Kundenkreis von Elfriede wird kleiner, nur wenige können es sich leisten, Kleidung nähen zu lassen, sie kaufen lieber billig beim Textildiskonter. Immer wieder kommt es wegen des Geldes zum Streit. Es reicht plötzlich nicht mehr fürs Notwendigste, die vielen Zahlungsverpflichtungen: Kreditrate, Versandhaus, Miete, Strom... können nicht abgedeckt werden, fressen die Familie auf. Jeder Schulausflug wird zum Problem. Es ist so peinlich! Man kann doch nicht zugeben, nicht einmal 35 € für einen Ausflug zu haben.

Herbert findet endlich wieder Arbeit bei einer Leiharbeiterfirma. Er verdient viel weniger, tut sein Bestes, aber es reicht eben nicht! Schließlich trennt sich das Paar, die jüngere Tochter zieht zur Mutter, die ältere Tochter ist schon lange weg, hat in eine andere Stadt geheiratet, der Kontakt ist fast abgebrochen, es hat immer Unstimmigkeiten gegeben mit dem Schwiegersohn, der laut Herbert glaubt "etwas Besseres zu sein", weil er Ingenieur ist und viel Geld hat. Für die getrennten Ehepartner kommen jetzt zum finanziellen Desaster noch Isolation, Selbstzweifel und Depression dazu. Herbert ist arbeitslos, Elfriede findet keine Arbeit, Tochter Petra geht noch zur Schule, muss aber nebenbei arbeiten.

Die Ereignisse, die im Forumtheaterstück „Kein Keis zum Kurven kratzen“ in mehreren Szenen gezeigt werden, wurden für die Armutskonferenz in einen Monolog von Elfriede verpackt. Eine Armutsforscherin von der Uni bittet um ein anonymes Interview und sie erzählt, wie es gekommen ist. Ich spiele die Rolle der Elfriede, als Mutter mit vier Kindern kenne ich das Gefühl, immer mit einem Bein im Abseits zu stehen. Viele Erlebnisse teile ich, aber ich habe es irgendwie geschafft.

Während des Monologs merke ich an den Gesichtern der ZuschauerInnen, dass viele die Situation kennen. Dann kommt die Szene beim AMS, wo Elfriede wieder einmal einen Termin hat. Sie hat bereits sämtliche vorgeschlagenen Umschulungen gemacht, findet trotzdem keine Arbeit und bekommt auch keine Bezüge, da sie ja vorher nicht offiziell gearbeitet hat. Die Beraterin macht ihren Job, sie ist hilflos, Elfriede verzweifelt.

Jetzt kommt das Publikum ins Spiel, um zunächst als Frau Schmölzer, später als Beraterin andere Lösungen zu finden. Besonders in Erinnerung ist mir ein Einstieg, in dem die Beraterin es besonders gut meint; sie versucht empathisch auf Elfriede einzugehen, ist unheimlich nett, so nett, dass Elfriede sich nur mehr als Lebensversagerin fühlt. Der Versuch Verständnis zu zeigen, ist beinahe „nach hinten los gegangen“. Ein Beispiel aus der Praxis, das viele in Erstaunen versetzt hat.

Die Armutskonferenz stand unter dem Motto Scham. Zu meinem großen Erstaunen erlebte ich diese wie eine kalte Dusche, als ich von einigen ZuseherInnen nach der Vorstellung gefragt wurde, ob die gezeigte Geschichte meine eigene sei. Elfriede ist eine Bühnenfigur, aber ich teile einige Erfahrungen mit ihr. Diese überschwemmten mich mit großer Heftigkeit und ich wollte mit Elfriede nichts zu tun haben, es war mir schrecklich peinlich mit dieser hilflosen Frau identifiziert zu werden. Kein Geld zu haben ist in unserer Gesellschaft nicht nur zermürbend, sondern auch peinlich, immer mit dem Beigeschmack: „Selber schuld“, das wurde mir wieder einmal schmerzlich bewusst.

Alles nur Theater?

Ursula Dietersdorfer, Kinderfreunde Wien

Das fängt ja gut an: Die FrauenVorKonferenz im Santa-Precaria-Saal! Offensichtlich hat der anders geheißten, warum sonst ist das Schild des vormaligen „Sebastian Rittersaal“ überklebt? St. Precaria? Seltsamer Name! Nicht dass mich das stört, aber ich verstehe erst später, dass damit auch ein symbolträchtiges Zeichen geschaffen wurde. Zunächst werde ich von einer mir noch Unbekannten angeregt, meinen eigenen Namen auf eine Natur!Papierfrau zu schreiben und mich in den Reigen der dort schon versammelten Figuren einzuordnen. Ich werde vorsichtig, hoffe, dass keine gruppenspezifischen Übungen folgen. Ich will nämlich... – ja was eigentlich?

Mitten im Nachdenken folgt die Begrüßung und einleitende Worte, dann eine methodisch angeleitete Übung: Wir stellen uns im Raum auf, und stellen uns somit vor: Woher kommen wir, was arbeiten wir; ui jetzt wird's spannend: sie fragen uns wer schon einmal Arbeitslosenunterstützung erhalten hat oder gar (!) Sozialhilfe. Soll ich die Hand heben? Das mit der Arbeitslosenunterstützung stimmt ja so nicht, aber am Arbeitsamt war ich doch. Und das peinliche Gefühl damals: So weit hast du es also gebracht! ist mir sofort erinnerbar. Überraschend viele Arme in der Höhe – ich atme aus – die sind ja auch nicht voll kommen patschert gewesen und haben offensichtlich auch Job gesucht.

Gerade als ich mich entspanne, kommt die Ansage: jetzt wird Theater gespielt. Nein, nicht das! Die wollen aber nicht nur, dass wir uns das anschauen, sondern da gibt es dann auch den Vorschlag mitzuspielen. Es wird eine Szene auf dem Arbeitsamt gespielt. Eine Akteurin spielt die Beraterin, auf der anderen Seite des Tisches sitzt eine Darstellerin in der Rolle einer Langzeitarbeitslosen. Beide faszinieren mich. Was ist es, das mich trotz innerer Widerstände zuschauen lässt? Ich will wissen, ob die „echt“ sind.

Keine Zeit zum Grübeln, die spielen ziemlich überzeugend, dass die Frau trotz vielfältiger Bemühungen und Umschulung keinen Job findet. Die Beraterin muss echt sein, das geht so ab am Arbeitsamt, und wie die angezogen ist, so was kann man gar nicht spielen; aber auch die andere spielt so, dass sie mich glauben lässt, sie gibt Auskunft über ihr eigenes Schicksal. Was will die Moderatorin jetzt?

Jemand aus der Gruppe soll die Rolle der Beraterin übernehmen. Das kann ja ordentlich unangenehm werden, da meldet sich sicher niemand. Aber schon gibt's Bewerberinnen für die Beraterinnenrolle, sie versuchen ihr Bestes. Sie hören zu, geben Tipps, ermahnen, verstehen, versprechen, verweisen weiter. Im Anschluss an je eine Beratungssequenz erzählt die schauspielernde Langzeitarbeitslose, wie es ihr ergangen ist. Und das ist ziemlich unterschiedlich: Sich von der Beraterin ernst genommen zu fühlen, gepaart mit deren Expertise hat ihr am besten zugesagt. Auch das Publikum, eine Gruppe zwischen Thinktank und Expertise, aber auch moralische Instanz mit zeitweisem Hang zur Besserwisserei, kann Kommentare abgeben. Es entwickeln sich Gesprächssequenzen. Was meinen wir zum „Spiel“, und was kann denn angesichts der nicht sehr hoffnungsträchtigen Situation wirklich getan werden?

Was mir noch auffällt ist: Es gibt Momente beim Zuschauen, in denen die Situation insgesamt schwer auszuhalten ist. Warum eigentlich? Da fällt mir ein: Auch ich war ja zunächst arbeitslos. Mein darauffolgender Job war Berufsorientierungskurse für Arbeitslose anzubieten – ein AMS-Projekt. Der Verdienst war mäßig, und die Arbeitssicherheit auch. Aber das Selbstwertgefühl war sofort besser, als ich auf der anderen Seite war. Weg von der Arbeitslosigkeit, die als Jobsuche getarnt war, hin zur Seite derer, die ihr Geld selbst verdienen. Und last but not least: die Existenzangst war schlagartig weg!

Ein weiterer Gedanke beschäftigt mich noch lang: Was wir hier sehen, ist für viele Frauen kein Theater, und gerade deswegen müssen wir darum so ein Theater machen! Theater um die Aufmerksamkeit auf die zwischen Prekariat und Armut lebenden Frauen zu lenken. Eine Bühnenheilige haben wir ja schon: St. Precaria.

Die Macht der Stigmatisierung: Status und Scham

Scham ist ein soziales Gefühl, das untergründig in unserem Alltag beständig präsent ist. Für das Selbstbild von Menschen spielt es eine maßgebliche Rolle. Beschämungen eignen sich daher in besonderer Weise dazu, als soziale Waffe zu fungieren. Armut und Unterlegenheit sind typische Anlässe von Gefühlen sozialer Scham, die das Individuum belasten und zu einem Rückzugsverhalten führen.¹

Scham ist ein Wertgefühl. Es zeigt die Empfindung an, in der eigenen Selbstachtung herabgedrückt worden zu sein. Schamgefühle entziehen dem Verhalten subjektive Sicherheit. Unabweisbar macht sich geltend, eine Wertminderung erfahren zu haben, die die gewohnte oder erwartete Teilhabe am Leben mit anderen in Frage stellt. Scham gründet in der „sozialen Angst“ (Sigmund Freud), verlassen zu werden oder ausgestoßen zu sein. Maßgeblich ist hierbei die Wertung des anderen oder der Gruppe, sei sie real oder von uns in der eigenen Vorstellungswelt antizipiert. Die innere Selbstwahrnehmung, persönlich entwertet zu sein, mobilisiert dann alle somatischen Reaktionen innerer Hemmung und des Errötens, durch die das Schamgefühl zur anthropologischen Grundausstattung des Menschen gehört.

Drei Ängste sind es, die das Subjekt in der Scham beherrschen: seine Kohärenz als AkteurIn, seine Akzeptanz als Mitmensch, seine Integrität als Person verloren zu haben. Im Augenblick der Scham fällt aller Schutz von einer/m ab, den die/der einzelne um sich herum aufbauen konnte. Man verliert an Distanz, weil Fremde in verborgene Zonen eindringen konnten. Man verliert an Würde, wenn Körper, Trieb oder Bedürftigkeit zur Besichtigung freistehen, das Subjekt zu jener „inneren Rückwendung“ auf sein bloß körperliches Dasein veranlasst wurde, das der geistig-moralischen Person als minderwertiger Modus ihrer Existenz erscheint. Man verliert schließlich an Ehre, insofern ein behaupteter Status innerhalb einer Gruppe durch das tatsächliche Verhalten nicht mehr gedeckt ist und damit die Grundlage wechselseitiger Wertschätzung im Verhalten entfällt.

Muster der Beschämung

Was auch immer historisch mit Scham belegt sein mag – Nacktheit oder Schmutz, Feigheit oder Ruhmsucht, Frevel oder Armut, Dummheit oder Misserfolg –, wer sich selbst so zur Enttäuschung wird, dass er vor Scham versinken möchte, der legt dieser Empfindung stets implizit eine Norm

zugrunde, an deren mangelnder Verwirklichung durch Scheitern oder Versagen sein Schamgefühl sich aufrichten kann. Der Anlass beschämender Bloßstellungen findet sich denn auch im persönlichen Verfehlen einer Norm, deren Einhaltung zum Inhalt des eigenen Selbstbildes gehörte. Scham entsteht folglich immer dann, wenn man einen „Riss zwischen der Norm der Persönlichkeit und ihrer momentanen Verfassung“ (Georg Simmel) erlebt.

Anlässe von Scham sind in den unterschiedlichsten Kontexten und Konstellationen des Alltagslebens verborgen. Hier stellen sie eine latente Unterströmung des Erlebens dar, über die sich peinliches Schweigen legt, weil sie ohne eigenen Wertverlust nicht darstellungsfähig sind. In eine einfache Unterscheidung gebracht, sind es Körper, Persönlichkeit und Status, die jeweils für die Anlässe sozialer Schamgefühle sorgen, der Mensch in seiner physischen Natürlichkeit, in seiner selbstbeanspruchten Identität sowie in der sozialen Wertschätzung.

Zurückweisung, die man in seiner Leiblichkeit oder als SexualpartnerIn erfährt, Gewalt, die das Subjekt physisch erleidet, Kontrollverluste in Anwesenheit Dritter untergraben die Selbstsicherheit, mit der man in seinem Körper lebt. Überhaupt tritt am Körper die beschämende Wirkung sozialer Herabsetzung am stärksten hervor, berührt sie doch jene Sphäre einer Person, die mit ihrer Natur am engsten verbunden scheint. Die soziale Abwertung wird hier gleichsam organisch mit dem Individuum verbunden, das daher fundamental und im Ganzen betrachtet als wertlos erscheint. Gerade in der Gesellschaft der Gegenwart, die den Körper als die letzte Sinnprovinz der eigenen Existenz zelebriert, kommt ihm die symbolische Bedeutung zu, gleichsam das entscheidende Repräsentativorgan der Person zu sein. Gesund oder krank, schön oder hässlich, gepflegt oder verkommen, schlank oder dick auszusehen, wird der Person als sichtbarer Ausdruck innerer Wesensmerkmale angerechnet, als Verdienst oder Makel des eigenen Seins.

Ein zweiter Bereich sozialer Beschämung ist die Herabsetzung der selbstbeanspruchten Identität. Lieblosigkeit, die mir von eigentlich nahen Personen entgegenschlägt, Tadel oder Spott, den ich von anderen empfangen, taktlose Invasionen in die Privatsphäre oder Beleidigungen verletzen die Integrität der Persönlichkeit

Sighard Neckel

ist Professor für Soziologie an der Universität Wien und Mitglied der Leitung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Seine Forschungsgebiete sind soziale Ungleichheit, Wirtschafts-, Kultur- und Emotionssoziologie.

und werten mich ab. Alle Aufnahme-rituale z.B., die innerhalb einer Gruppe ein Neuer zu überstehen hat, leben davon, dass die Identität der Person zeitweilig vernichtet wird, indem man sie bloßstellt und ihre Schwächen zur Besichtigung freigibt.

Niederlagen oder Misserfolge in sozialer Konkurrenz, Versagen vor gesellschaftlichen Leistungs- oder Darstellungsnormen, persönliche Diskriminierung für die Gruppe, zu der man gehört, Entrechtung, der man ausgeliefert ist, bedrohen schließlich den Status, den eine Person zugebilligt bekam oder für sich unterstellt hatte. Personen ohne jeglichen Status werden daher in vielen Kulturen auch die „Hemdlosen“ genannt, weil sie keine Rechte besitzen, durch die ihre menschliche Blöße bedeckt werden könnte.

Die besondere Last der Scham liegt allerdings darin, „endlos“ sein zu können, von einer zur anderen Sphäre überzutreten und sich dann zu generalisieren. Das ganze Ich scheint wertlos, von Fehlern behaftet, mit einem Makel versehen zu sein. Soweit sich eine Beschämung im Einklang mit selbst beanspruchten Normen befindet, löst sie den Mechanismus von Selbstvorwürfen aus. Noch die Empörung, herabgesetzt worden zu sein, verdrängt nicht die zentrale Sequenz im Erleben, dass die Wahrnehmung der eigenen Identität durch andere zur Erfahrung von sich selbst geworden ist. Indem man sich schämt, teilt man die Fremdbewertung als Selbsteinschätzung und rechtfertigt seine Bloßstellung als selbst verursacht. Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre hat dazu gesagt: „Meine Scham ist ein Geständnis“.

Status und Scham

Scham bezieht sich auf das Selbstwertgefühl einer Person, das von ihrer Wertschätzung durch andere nicht zu trennen ist. Schamgefühle eines Individuums betreffen damit immer schon seine Stellung inmitten eines größeren sozialen Zusammenhanges, sie sind der emotionale Nexus zwischen Individuum und sozialer Struktur, zwischen der gesellschaftlichen Rangordnung und der eigenen Statusposition.

Die Soziologie kennt vier Dimensionen, in denen Status in der modernen Gesellschaft erworben werden kann; sie stellen gleichzeitig die sozialen Quellen dar, denen Wertschätzung in der Gesellschaft entspringt: materieller Wohlstand, dessen Beleg „Geld“, Wissen, dessen Nachweis das „Zeugnis“ ist, die Stellung von Menschen in Organisationen und informellen Gruppen, die sich als „Rang“ und „Zugehörigkeit“

niederschlagen. Bildet man die Anlässe sozialer Demütigung idealtypisch auf diese Möglichkeiten zum Staterwerb in der modernen Gesellschaft ab, lassen sich folgende Techniken der Beschämung unterscheiden:

Die Technik des Ausschlusses einer Person verhindert oder beendet ihre Zugehörigkeit zu informellen Gruppen. Mit dem Ausschluss wird Fremdheit bestraft und gleichzeitig erzeugt, aus sozialen, körperlichen oder kulturellen Gründen. Eine Person mit Fremdheit zu schlagen, ist eine besonders drastische Form der Verachtung. Sie kann dahin gehen, die letzte Gemeinsamkeit zwischen Menschen zu kündigen, „dem Andern gerade die generellen Eigenschaften, die man als eigentlich und bloß menschlich empfindet“ (Georg Simmel), abzusprechen. Achtungsverlust kann sich hier in eine existentielle Scham steigern, deren Urbild das ungeliebte und nicht gewollte Kind ist. Das Opfer dieser Existentialscham ist der sich nutz- und wertlos fühlende Mensch. Dessen Empfindung hat die amerikanische Psychologin Helen Lynd beschrieben: „Wir sind Fremde in einer Welt geworden, in der wir dachten, zuhause zu sein. Mit jeder wiederholten Verletzung unseres Vertrauens werden wir wieder zu Kindern gemacht, unsicher über uns selbst in einer feindlichen Welt.“

Die Technik der Degradierung einer Person nimmt ihr den Rang, den sie in hierarchischen Organisationen innehatte. Durch sie wird Subalternität erzeugt, die das soziale Wertgefühl der Person nachhaltig beschädigen kann. Scham entsteht hier in der Spanne zwischen der eigenen Einschätzung und der öffentlichen Rolle, die eine Person zugebilligt bekam. Die öffentliche Person unterbietet das persönliche Ich-Ideal und mutet dem Individuum zu, sich anderen in einer Position zu zeigen, die den eigenen Maximen der Selbstachtung nicht entspricht. Das Beschämende ist, dienen zu müssen.

Prüfung wiederum ist die Strategie, die kognitive Kompetenz einer Person zu bestreiten, um anderen damit deren Unwissen zu dokumentieren. Als eine öffentlich legitimierbare Demütigung muss sie von Sachlichkeit gekennzeichnet, ihr Inhalt also kodifizierbar, ihr Verfahren gültig und ihr Ziel formell erreichbar sein. Gerade in ihrer Sachlichkeit kann die Technik der Prüfung das Selbstbewusstsein vernichten – als unbezweifelbare Instanz, die in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber der Person des Kandidaten diese nur umso greller in das Licht latenter Abwertung taucht. Das Aus-

bildungssystem, so hat es der französische Soziologe Pierre Bourdieu analysiert, „das in fiktiver Neutralität gesellschaftliche Bewertungen in Zeugnisse transformiert, lässt den gesellschaftlichen und den ‚persönlichen‘ Wert, lässt akademische und menschliche Würde als identisch erscheinen. Nicht gebildet zu sein, wird deswegen als Verstümmelung der Person empfunden, die sie in ihrer Identität und Würde beschädigt und bei allen offiziellen Anlässen mit Stummheit schlägt“.

Armutsscham

Als eine soziale Abwertung lassen sich schließlich alle Vorgänge bezeichnen, die der Arbeit oder der Bedürftigkeit von Menschen soziale Anerkennung in Form materieller Werte entziehen oder ihnen diese Wertschätzung gar nicht erst zubilligen. Abwertung bringt in der Konsequenz Armut hervor, die sie gleichzeitig stigmatisiert. Karl Marx sprach bekanntlich davon, dass der Lohn auch eine moralische Komponente hat: in ihm materialisiert sich nicht zuletzt die soziale Wertschätzung, die einer Arbeit zugemessen wird.

Die materielle Geringschätzung menschlicher Arbeit stellt ebenso eine Demütigung dar wie die Verweigerung einer achtbaren materiellen Existenz für jene, die ihr Leben nicht durch Arbeit bestreiten können. Im modernen Staat müssen sie ihre eigene Schwäche taxieren lassen, um Hilfe erwarten zu können. Aus der Armutsforschung, aus Analysen zur Arbeitslosigkeit und zur Sozialpolitik sind die stigmatisierenden Effekte solcher Bewertungssysteme bekannt und als Unterlegenheitsgefühle bei denjenigen beschrieben worden, deren soziale Lage, Lebensform oder Kompetenz vor dem Hintergrund geltender Normen als persönlich minderwertig charakterisiert wird. Die prototypische Situation einer derart sozial verursachten Scham ist die staatliche ‚Bedürftigkeitsprüfung‘, die jeder Zuweisung von Sozialhilfe vorausgeht. In ihr ist der Klient gewissermaßen gezwungen, seine materiellen Interessen gegen seinen Anspruch auf persönliche Selbstachtung auszuspielen. In einer Reihe konkurrierender Bittsteller stehend, hat er sich als jemand darzustellen, der in besonderer Weise der Hilfe zum Lebensunterhalt bedarf, wodurch er sich gleichzeitig selbst stigmatisiert. Was Adam Smith im Jahr 1759 für das puritanische England beschrieb, ist im sozialmoralischen Innenleben der modernen Gesellschaft bis heute präsent geblieben: „Der Arme dagegen schämt sich seiner Armut. Er fühlt, dass sie ihn entweder aus dem Gesichtskreis der Menschen rückt oder dass sie, wenn sie irgend Notiz

von ihm nehmen, doch kaum irgendein Mitgefühl mit seinem Elend und seiner Not haben. Beides kränkt ihn.“

Beschämungen sind soziale Techniken, um eigene Vorteile gegenüber fremden Ansprüchen konservieren zu können, um abweichende Lebensformen oder Eigenschaften als minderwertig zu klassifizieren, um die eigene Macht in der Interaktion mit Dritten zu erhöhen. Damit der Akt der Beschämung seinen Zweck erreicht, muss für den beschämenden Mangel die Verantwortlichkeit auf die beschämte Person selbst übertragen werden. In der ständischen Gesellschaft sind beschämende Mängel von Personen untereinander nur begrenzt vergleichbar, weil die Standespflichten die Erfüllung je eigener Normen verlangen. In der modernen Gesellschaft hingegen vereinheitlicht sich der Bezugsrahmen sozialer Wertschätzung auf jene Maßstäbe hin, die für die Marktchancen von Personen verbindlich sind. Eine zentrale Rolle spielt hierbei das Leistungsprinzip als formal gleiche, in der Wirklichkeit jedoch sozial selektive Leitnorm der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn keine herkunftsrechtlichen Schranken mehr bestehen, sich Reichtum, Wissen, Titel, Kompetenz durch Leistung zu verschaffen, wird die Tatsache, über bestimmte Ressourcen nicht zu verfügen, als Makel der Person angesehen. „Unterlegenheit“ erhält nunmehr einen persönlich zurechenbaren Charakter.

„selber schuld...“

Die Erfahrung von Ungleichheit und Zurücksetzung erhält nunmehr die soziale Bedeutung, dass ein Statusdefizit auf die jeweils ganz besonderen Merkmale der eigenen Biographie rückgeführt wird. Die Ereignisse ihres sozialen Schicksals bekommen die Subjekte als Folgen individueller Entscheidungen zugerechnet. Soziale Formen der Scham beruhen nun darauf, gesellschaftliche Benachteiligungen zum Anlass moralischer Zuschreibungen von persönlichem Versagen zu nehmen. Der einzelne ist gezwungen, ein persönliches Defizit sich selbst erklären zu müssen, da kollektive Deutungsmuster sozialer Ungleichheit an Aussagewert verlieren. Das Individuum ist immer weniger für seine sozialen Umstände verantwortlich, die sozialen Umstände – so scheint es – allerdings auch immer weniger für das Individuum.

Dieser Prozess der Individualisierung sozialer Lagen und Bewusstseinsformen schafft strukturelle Voraussetzungen, unter denen sich die Sozialscham auch in der modernen Gesellschaft erhält. Die Verwandlung von Außenursachen in Eigenschuld wird zur Struktur der Zuschreibung

sozialen Misserfolgs, und weniger denn je durch kollektive Deutungsmuster sozialer Ungleichheit begrenzt. Die individuelle Verantwortlichkeit für die eigene Biographie steigt an, im gleichen Maße wächst die Angst vor dem persönlichen Versagen. In der Folge wächst auch die persönliche Scham über einen Statusverlust, für den man sich selbst verantwortlich macht. Sie ist an einem typischen Rückzugsverhalten zu erkennen, der Vermeidung von Öffentlichkeit für Probleme, die keine privaten, sondern öffentliche sind, aber erfolgreich privatisiert werden konnten. Entsprechend verkriecht sich die Armut hinter den eigenen vier Wänden. Nicht klar ist, was schlimmer ist – entdeckt zu werden oder nicht entdeckt zu werden, Hilfe empfangen zu müssen oder noch länger zu entbehren. Der deutsche Soziologie Ulrich Beck hat dies einmal so ausgedrückt: „Die Zahlen sind da. Aber man weiß nicht, wo die Menschen sind“.

1) Für eine eingehende Analyse sozialer Scham vgl. Sighard Neckel, Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit, Frankfurt 1991 (Campus) sowie den Aufsatz „Achtungsverlust und Scham“ in Sighard Neckel, Die Macht der Unterscheidung. Essays zur Kulturosoziologie der modernen Gesellschaft, Frankfurt 2000 (Campus).



Nicole Frauscher, Projekt „Der Blick von unten“

Tabu und Stigma in Alphabetisierung und Basisbildung. Erfahrungen moderner „Sprachlosigkeit“

Der Begriff „funktionaler Analphabetismus“ setzt die Kulturtechniken ins Verhältnis zu den Anforderungen einer entwickelten Informationsgesellschaft. Die in der Schulzeit erworbenen Fähigkeiten reichen für viele nicht aus, um den steigenden Anspruchserwartungen entsprechen zu können bzw. jene Funktionen in der Gesellschaft eigenständig auszuführen, die Schriftlichkeit erfordern. In Österreich wird die Zahl der Betroffenen auf 650.000 bis 1.200.000 geschätzt. Was das für diese Menschen bedeutet, wie sie damit umgehen, welche Maßnahmen gesetzt werden, was gut funktioniert, was schlecht – all das war Thema des Workshops.

Zahlen und Fakten

Österreich hat sich nicht an internationalen Studien (OECD: IALS, ALL) zur Erhebung der schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen beteiligt. Somit fehlen für Österreich Zahlen über das tatsächliche Ausmaß des Problems.

Die vorliegenden Zahlen entsprechen den Schätzungen der Europäischen Kommission und gehen auf die Ergebnisse der PISA Studien (repräsentative Erhebung der Kenntnisse von 15-jährigen SchülerInnen; 2000, 2003 + 2006) zurück, an denen Österreich teilgenommen hat. In Prozentzahlen ausgedrückt sind es 14 – 18% der Schülerinnen und Schüler (18.000 jährlich), die sich auf den Niveaustufen 1+2 befinden, also unterhalb der Stufe 3, die als Mindestanforderung für das Bestehen in der heutigen Informationsgesellschaft angesehen wird². Die Grenzen sind fließend und reichen von fehlenden Kompetenzen im Lesen und Schreiben bis zu Schwierigkeiten, das Gelesene zu verstehen oder zu schreiben.

Als Kulturtechniken zählen Fähigkeiten im Lesen (Textverständnis), Schreiben, Rechnen und PC-AnwenderInnenkenntnisse. Die Europäische Kommission formuliert zusätzlich sogenannte soft skills, die Teamfähigkeit, Fremdsprachenkenntnisse, Eigenständigkeit oder Flexibilität umfassen³. Die Anforderungen der Gesellschaft steigen kontinuierlich und somit die Herausforderungen an die Bildungssysteme, Benachteiligungen auszugleichen und Bildungserfolge sicherzustellen.

Was bedeutet dies für die Menschen?

Die Schulerfahrungen von Erwachsenen mit Basisbildungsdefiziten sind meist

geprägt von Frustrationserlebnissen und Stigmatisierung. Sie machen sich für ihre Defizite verantwortlich: Eigene Faulheit und Dummheit werden oft als Ursache angeführt, und sie schämen sich dafür. Sie übernehmen die generelle Zuschreibung, die fehlende Schriftsprachkompetenz mit Dummheit, ja selbst verschuldetem Unvermögen gleichsetzt. Die frühen Kindheits- und Jugendjahre sind oft geprägt von ökonomischer und sozialer Armut und fehlender Unterstützung.

Eine weitere Reaktion ist das Unterlassen von Fragen und die unterdrückte Neugierde; später die Vermeidung von Situationen, die Schriftlichkeit erfordern. Es wird schnell signalisiert, dass „eh alles klar“ ist und es werden Strategien eingesetzt wie „ich habe meine Brille vergessen“.

In unserer Informationsgesellschaft sind Menschen, die nicht lesen und schreiben, in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten benachteiligt und von wichtigen Informationen für die unterschiedlichsten Belange des Lebens ausgeschlossen. Sie laufen Gefahr, aus (Arbeits-)Prozessen ausgeschlossen zu werden und sie nehmen meist nicht Anteil am kulturellen Leben. Auch der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Basisbildungsdefiziten ist erwiesen.

Mithalten und Teilhabe an Entwicklungen erfordern zunehmend gefestigte Schriftsprachkompetenzen, für die Teilnahme an Weiterbildungen, aber auch für die persönliche Weiterentwicklung.

Konsequenzen für die Praxis

Den vielfältigen Zusammenhängen gilt es Rechnung zu tragen, sollen die betroffenen Erwachsenen erreicht und das Angebot genutzt werden.⁴

Hierzu gehört beispielsweise die nicht diskriminierende Bewerbung der Angebote, eine ausgewiesene Ansprechperson für Fragen und erste Beratung, sensibilisiertes Personal, aber auch ein gut ausgestattetes, einladendes Lernumfeld. Qualifizierte TrainerInnen sorgen für einen wertschätzenden, respektvollen Umgang und unterstützen die Lernenden auf ihrem Weg.⁵

Die Kursangebote müssen so ausgerichtet sein, dass die Lernenden in die Auswahl der Inhalte und Ziele mit einbezogen werden. Dies erfordert seitens der TrainerInnen oder TutorInnen einen Perspektivwechsel. Sie erkennen die Ressourcen der

Antje Doberer-Bey
ist Gründungsmitglied des „Netzwerk.Alphabetisierung.at“ und tätig im Bereich Basisbildung mit Erwachsenen deutscher Erstsprache

Alfred Berndl
arbeitet bei ISOP Graz – Innovative Sozialprojekte mit Schwerpunkt Basisbildung

Elisabeth Freithofer
leitet im Integrationshaus Wien einen Ausbildungslehrgang für MigrantInnen und Flüchtlinge

Lernenden und treten mit ihnen in einen Dialog; zur Klärung der Interessen und der nächsten Lernschritte oder zur Feststellung etwaiger Lernblockaden. Die Lernprozesse werden gemeinsam reflektiert und die Lernzuwächse den Lernenden rückgemeldet. Dies unterstützt sie dabei, das Lernen selbst in die Hand zu nehmen, und fördert die Eigenverantwortlichkeit.

Ziele von Alphabetisierungs- und Basisbildungskursen

Neben dem Erwerb der Kulturtechniken ist die Vermittlung positiver Lernerfahrungen (ich kann etwas, ich kann lernen) wichtigstes Ziel. In Kursen erfahren die TeilnehmerInnen oft erstmals, dass sie ernst genommen und ihre Bemühungen anerkannt werden; dass Lernen auch Spaß machen kann, Fehler zum Lernen dazugehören; dass verschiedene Meinungen und Kritik (auch an dem/r TrainerIn) Platz haben.

Die Sinnhaftigkeit des Lernens wird durch lebensrelevante Inhalte und Themen vermittelt. Indem die Interessen und Ziele der Lernenden aufgegriffen werden, erarbeiten sie das, was sie in ihren beruflichen oder privaten Zusammenhängen benötigen.

Links:

www.vhs21.ac.at/2bw/basisbildung

www.alphabetisierung.at

(Netzwerk Alphabetisierung + Basisbildung: Qualitätsentwicklung und Weiterbildung)

www.bifeb.at/veranstaltungen

(Lehrgang universitären Charakters zur Ausbildung von „Alphabetisierungs- und BasisbildungspädagogInnen“).

Perspektiven und Forderungen

Österreich braucht eine Kampagne, die Menschen einlädt, an Bildungsangeboten teilzunehmen, und die die Chancen und Möglichkeiten von Bildung auch für die persönliche Weiterentwicklung aufzeigt.

Ein flächendeckendes und qualitätsgesichertes Basisbildungsangebot, das leistbar ist, muss bereitgestellt werden. Jährlich können lediglich an die 900 Menschen in Österreich an Basisbildungskursen teilnehmen.

Die finanzielle Absicherung sowohl der Angebote als auch der TrainerInnen ermöglicht die erforderliche Kontinuität. Auch die professionelle Entwicklung der Trainerinnen und Trainer muss gesichert sein, durch geförderte Aus- und Weiterbildung, bezahlte Team-Sitzungen, Supervision und Intervention.

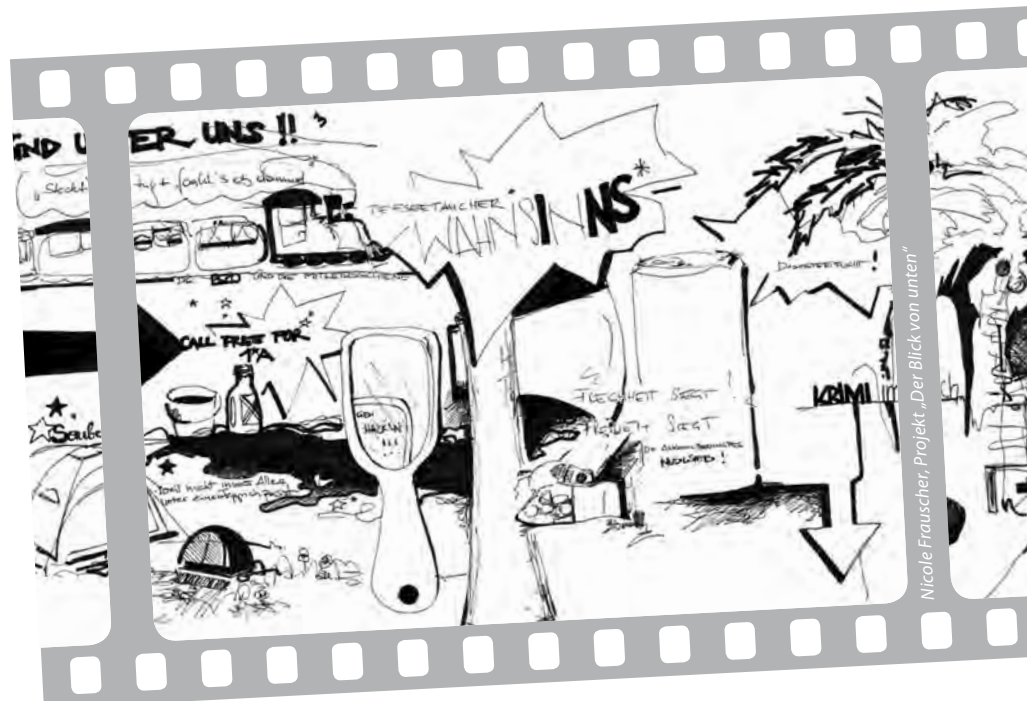
1) Der Begriff „Analphabetismus“ ist stigmatisierend und sollte somit vermieden werden.

2) OECD: www.pisa.oecd.org

3) www.alphabetisierung.at/begrifflichkeiten

4) Qualitätsstandards für die Basisbildung, unter www.alphabetisierung.at/service

5) Berufsbild Basisbildung, unter www.alphabetisierung.at/service



Nicole Frauscher, Projekt „Der Blick von unten“

Nicht nur zu wenig Geld: Armut, Scham und die Folgen

Armut ist zunächst durch Einkommensschwäche gekennzeichnet. Doch wem es an Geld fehlt, der leidet bald unter sozialen Folgeproblemen wie der Furcht, sein Ansehen einzubüßen. Die Scham kann sinnvolle Strategien der Armutsbewältigung erschweren.

Wer sich mit Armut beschäftigt, kennt die Beobachtung: Arme schämen sich für ihr Schicksal. Immer noch werden Leistungen des Wohlfahrtsstaats nicht in Anspruch genommen, weil Menschen, die in Not geraten sind, das Stigma fürchten, das den Armen anzuhaften scheint. Dies ist ein Bericht aus einer Untersuchung, die die genauen Umstände dieser Vorgänge zum Gegenstand hatte.

Scham ist ein Produkt der besonderen Fähigkeit des Menschen, die Perspektive anderer auf sich selbst zu antizipieren, sich sozusagen mit den Augen seiner Mitmenschen zu sehen und deren vermeintliche Bewertung in das eigene Handeln einfließen zu lassen. Mit dieser Eigenschaft haben sich Gesellschaftstheoretiker immer beschäftigt. Adam Smith (1759) bezeichnet sie in seiner *Theory of Moral Sentiments* als Grundlage des Zusammenlebens. Weil der Mensch das Bedürfnis nach Anerkennung durch seine Umwelt besitzt, ist seinem Streben nach persönlichem Vorteil eine wichtige Grenze gesetzt. Sozialpsychologen wie Cooley (1902) und Mead (1913) weisen darauf hin, dass die Entwicklung der Persönlichkeit eng an die antizipierte Wahrnehmung durch die soziale Umgebung gekoppelt ist.

Doch was genau ist Scham? 1901 hat der Berliner Soziologe Georg Simmel versucht, die mannigfaltigen Umstände, unter denen sie auftritt, auf eine Formel zu bringen. Sie hat immer mit dem Hervortreten eines Mangels einer Person zu tun, wenn sich die Aufmerksamkeit eines Beobachters auf diese richtet. Und ein Mangel in diesem Sinn kann Erving Goffman (1956) zufolge dann vorliegen, wenn sich herausstellt, dass eine erwartete Eigenschaft nicht gegeben ist oder ein erwartetes Verhalten nicht erfolgt. Erwartungen müssen in einer Gesellschaft nicht gleichförmig sein, sie können zwischen Schichten und Milieus variieren. Simmels (1908) Beispiel des Loches im Ärmel zeigt, dass man feine Unterschiede beachten muss, will man die Scham mancher Personenkreise verstehen: Der Junge

schämt sich wegen des Loches nicht, er hat vielleicht Furcht vor Strafe. Auch der Arbeiter schämt sich (zu Simmels Zeit) nicht, er muss aber damit rechnen, bei einer Bewerbungsvorsprache abgewiesen zu werden. Dagegen schämt sich die „heruntergekommene Person“, die einem früheren Bekannten begegnet, weil das Loch im Ärmel sozialen Abstieg und das Nichterreichen der von beiden geteilten Aspiration symbolisiert.

Arme sind in Gegenwartsgesellschaften der Scham besonders ausgesetzt, weil sich eine Ideologie der Eigenverantwortlichkeit für die persönlichen Geschicke durchgesetzt hat. Nachdem die Aufklärung dem Schicksal und höheren Mächten als Welterklärungen die Glaubwürdigkeit entzogen hat, wird Wohlstand in der Moderne als Leistungsanzeiger betrachtet. Armut gilt in weiten Kreisen als Folge persönlichen Versagens und scheint mangelnde Leistungsfähigkeit anzuzeigen. Anders als in früheren Epochen, als Armut nicht unerwünscht war, weil sie Gelegenheit zur Mildtätigkeit gab, wird Armen heute keine besondere Würde zugestanden (Groenemeyer 1999).

Kurt Salentin
ist Soziologe an der
Universität Bielefeld.
Forschung zu Armut,
Immigration, Integration

Unsere Studie (Andreß et al. 1999, Salentin 2002) beschäftigte sich mit der Rolle der Scham bei der Bewältigung von Problemen, die sich aus finanzieller Knappheit ergeben. Die im folgenden analysierten Daten stammen aus dem Projekt „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich“ der Universität Bielefeld, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde. 1994 und 1995 wurde 3.600 Personen in je drei sozialstrukturell typischen Kommunen im Osten und im Westen der Bundesrepublik Deutschland ein standardisierter Fragebogen, der Daten zu den Einkommens- und Erwerbsverhältnissen und zum in soziale Netzwerke eingebetteten Umgang mit Niedrigeinkommen umfasste, postalisch zugesandt. Die zufällig ausgewählten Zieladressen stammten im Osten aus Einwohnermeldeämtern, im Westen von einem Direktmarketingversand, wobei anders als in den meisten Repräsentativstudien Haushalte des unteren Einkommensbereichs durch Zusatzinformationen überrepräsentiert werden konnten. 784 Antworten trafen ein, von denen 685 von Befragten im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 65 Jahren berücksichtigt werden. Diese Einschränkung ergibt sich aus der Vorgabe, daß die Zielgruppe die Option der Erwerbsarbeit besitzen sollte. Die um Fehlsendungen etc. bereinigte Rücklaufquote betrug im Osten 23%, im Westen 21%. Die disproportionale Einkommensschichtung, die gezielt herbeigeführte ungleiche Ost-West-Verteilung und andere Faktoren werden bei statistischen Berechnungen durch ein Gewichtungsverfahren korrigiert.

Zunächst konnte mit den Daten gezeigt werden, dass niedriges Einkommen sich im Alltag auf mehrfache Weise zum Problem entwickelt. Der Fragebogen erfasst das Verhalten in fünf Situationen, die wie folgt beschrieben wurden:

- *Freunde von Ihnen wollen ein gutes Restaurant besuchen und möchten, dass Sie mitkommen. Eigentlich wollen Sie nicht, weil Sie sich dieses Essen finanziell nicht erlauben können. Sie schwanken, wie Sie sich verhalten sollen.*
- *Im Supermarkt sieht Ihr Kind Süßigkeiten oder Spielzeug, das es unbedingt haben möchte. Eigentlich möchten Sie diese Gegenstände aber nicht kaufen. Das Kind quengelt.*
- *In Ihrem Haushalt steht eine größere Anschaffung an, etwa weil Ihre Waschmaschine kaputtgegangen ist und nicht repariert werden kann. Sie haben aber keine ausreichenden Rücklagen und müssen sich möglicherweise verschulden.*
- *Sie begeben sich zu einer Behörde, um eine staatliche Sozialleistung zu beantragen (z. B. zum Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt).*
- *Im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen werden viele Stellen gestrichen, und auch Ihnen droht Arbeitslosigkeit.*

Welche subjektive Bedeutung wird diesen Situationen beigemessen? Stets rangieren die ökonomischen Aspekte an erster Stelle, hier die Konsumeinschränkung aus finanziellen Gründen oder der bevorstehende Einkommensverlust. Daneben stehen aus Sicht der Befragten aber nicht-ökonomische Belange auf dem Spiel:

- Sie fürchten, ihre Sozialkontakte zu verlieren, weil diese Kontakte mit kollektiven Konsumhandlungen verbunden sind oder mittelbar an das gefährdete Arbeitsverhältnis geknüpft sind.
- Sie sorgen sich um das Wohlergehen der Familie, des Partners oder der Partnerin und sehen die Harmonie der engen persönlichen Beziehungen bedroht, weil sie Angehörigen etwa Konsumwünsche verweigern und Einschränkungen aufbürden müssen.
- Durch den Ausschluss vom Arbeitsmarkt und sichtbare materielle Armutsindikatoren sehen Sie Ihr Ansehen in den Augen von Freundinnen, Freunden und Nachbarn und ihr Selbstwertgefühl gefährdet. Darin wird die Scham vor der Armut und ihren Folgen deutlich.

Im Sinne der Stresstheorie (Lazarus/Folkman 1984) bildet Niedrigeinkommen damit einen Stressor, in dessen Schlepptau multiple Sekundärbelastungen ihre Wirkung entfalten.

Die obigen Situationen werden in unterschiedlichem Umfang als unangenehm, beunruhigend und emotional belastend wahrgenommen. Nach der Stärke dieser Belastung haben wir ebenfalls gefragt. Wie erklärt sich nun diese Empfindung, genauer, durch welchen Aspekt des Problemgemenges wird die erlebte Situation zur Belastung? Die Regressionsanalyse ist ein statistisches Verfahren, das Zusammenhänge zwischen Merkmalen aufdeckt. Diese werden als Effektstärken quantifiziert und lassen sich als Kausalwirkung interpretieren. Die Untersuchung ergibt, dass meist der Einfluss des bedrohten Ansehens stärker zur subjektiven Belastungsempfindung beiträgt als der ökonomische Aspekt, der jedoch durchweg auch einen Effekt besitzt. Lediglich der drohende Jobverlust wird hauptsächlich durch die zu erwartende Einkommenseinbuße zur emotionalen Belastung, und es spielt keine Rolle, dass Arbeitslosigkeit auch das Ansehen bedrohen kann.

Gegenstand der Stresstheorie ist die Art und Weise, in der Menschen Belastungen verarbeiten. Armut und ihre unmittelbaren Folgen stellen offenbar eine emotionale Belastung dar, wie die obige Betrachtung der Situationswahrnehmung gezeigt hat, weshalb es sich anbietet, das Instrumentarium der Theorie auf weitere Fragen anzuwenden, insbesondere auf das Verhalten zur Problembewältigung. Der Begriff der Bewältigung suggeriert allerdings einen erfolgreichen Umgang, was einerseits eine manchmal problematische Wertung einschließt und andererseits der Tatsache nicht gerecht wird, dass sich viele Probleme eben gar nicht ohne weiteres lösen lassen. Deshalb hat sich eine Unterscheidung des Verhaltens nach seiner Wirkungsrichtung entweder in eine Emotions- oder eine Problemorientierung durchgesetzt. Schwere Krankheiten etwa verlangen nach Reaktionen, die die emotionalen Folgen mildern, da sich am Problem kaum etwas ändern lässt. Daher spricht man auch von palliativen Reaktionen. Zu dieser Klasse von Reaktionen gehören Fluchtreaktionen (Evasion), Vermeidungsverhalten, Vergleiche mit noch schlechter Gestellten und die kognitive Verharmlosung, wie auch das Ausleben der emotionalen Anspannung. Während emotionsorientierte Verhaltensweisen nicht die eigentliche Ursache angehen, sind problemorientierte Reaktionen prinzipiell geeignet, die Quelle der Belastung aus der Welt zu schaffen oder zu verändern. Zum einen lassen sich Ursachen unmittelbar bearbeiten, etwa durch Bewerbung um eine neue Arbeit, zum anderen ist es aber oft von großer Bedeutung,

das eigene Vorgehen genau zu planen und vorzubereiten und dazu Informationen zu beschaffen, wobei es meist Vorteile bringt, soziale Unterstützung zu mobilisieren, also beispielsweise in Netzwerken um Information, Rat und Hilfe nachzusuchen. Die unterschiedlichen Reaktionsweisen wurden separat abgefragt und dann rechnerisch zu je einer Maßzahl für die beiden Wirkungsrichtungen zusammengefasst.

Am Rande sei hier noch bemerkt, dass wir, ausgehend von der gerade getroffenen Unterscheidung, untersucht haben, ob Arme tatsächlich ein mangelhaftes Bewältigungs-Verhaltensrepertoire aufweisen. Diese Vermutung wurde im Zusammenhang mit dem Streit um eine sog. „Kultur der Armut“ (Lewis 1966, Rommelspacher 1989) geäußert. Die räumliche Konzentration von Armut, Devianz und familiären Problemen führe zu Resignation und pathologischen Einstellungen, die bewirkten, dass Gelegenheiten zum Ausstieg aus der Armut ungenutzt bleiben. Wie schon US-Untersuchungen zuvor konnten wir allerdings zeigen, dass Arme unter sonst gleichen Bedingungen ebenso problemorientiert reagieren wie Nichtarme (Salentin 2000).

In einigen Situationen ist nicht eindeutig zu unterscheiden, ob ein Verhalten emotions- oder aber problemorientiert wirksam und was situationsspezifisch am Ende für die Betroffenen „besser“ ist. Nichtsdestoweniger ist diese Unterscheidung dann analytisch nützlich, wenn wie in den geschilderten fünf Alltagssituationen der Nutzen der eigenen problemorientierten Anstrengung der Betroffenen unstrittig und die Zuordnung konkreter Reaktionen in die beiden Klassen klar ist. Es soll im Folgenden darum gehen, wie die verschiedenen Armutsfolgen die Neigung zu problemorientierten Bewältigungsreaktionen beeinflussen, so wie oben untersucht wurde, wie sie sich auf den Belastungsgrad auswirken. Im allgemeinen geht die Stresstheorie davon aus, dass umso mehr Bewältigungsanstrengungen – beiderlei Art – ausgelöst werden, je mehr in einer Situation für die Person auf dem Spiel steht. Die Analysen bestätigen diesen Trend im großen und ganzen: Je mehr die Befragten ihre finanziellen Verhältnisse, ihre Fähigkeit, Sozialkontakte aufrechtzuerhalten, die Harmonie in der Familie oder das Wohl Nahestehender in Frage gestellt sehen, desto stärker bemühen sie sich, der Ursachen ihrer Probleme Herr zu werden, sei es unmittelbar oder durch Planung und Vorbereitung. Man könnte auch sagen: Wenn der Leidensdruck wächst, werden auch die Selbsthilfeanstrengungen intensiver.

Die Regressionsstatistik fördert indessen eine bedeutsame Abweichung von dieser Regel zutage. Anders als die anderen Anliegen, die durch Armut bedroht sein können, hemmt bedrohtes Ansehen die Bereitschaft zur problemorientierten Bewältigung. Es gilt also: Je mehr jemand befürchtet, durch die Armut in den Augen seiner Umgebung an Wertschätzung einzubüßen, desto weniger wird er oder sie sich bemühen, die Probleme unmittelbar anzugehen – ein fataler Effekt! Zudem ist der Betrag der Effektstärke so groß wie bei den finanziellen Anliegen. Woran liegt das nun? Wir haben dazu die Unterdimensionen der zuvor summarisch betrachteten problemorientierten Reaktionen (Mobilisierung sozialer Unterstützung, Informationssuche, direktes Handeln) isoliert untersucht. Durchweg in allen Situationen wirkt sich der antizipierte Ansehensverlust zu Lasten der Informationssuche aus. Mit Informationssuche ist hier gemeint, zunächst nach Lösungsmöglichkeiten zu fragen oder sich von Sachkundigen in Einrichtungen oder Personen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, beraten zu lassen. In gleicher Weise leidet die Neigung, soziale Unterstützung in Anspruch zu nehmen, die meist die Bitte um konkrete Hilfe einschließt.

Im Einklang mit dieser Beobachtung lässt sich zeigen, dass unter dem Eindruck des bedrohten Ansehens eine bestimmte Unterart der emotionsorientierten, also eigentlich problemabgewandten Reaktionen mehr als andere in Gang gesetzt wird, nämlich die evasiven Bewältigungsformen. Wer sich beschämt fühlt, weil er bzw. sie der Einladung in ein Restaurant nicht folgen kann, antwortete in der Umfrage häufiger, nach einer Ausrede suchen und absagen zu wollen, oder aber nur widerwillig mitzumachen und das Problem zu verschweigen. Angesichts der Notwendigkeit, eine Sozialleistung zu beantragen, gaben die verschämten Befragten häufig an: „Ich schiebe den Behördengang lange auf oder überlege, auf die Leistung zu verzichten“ und „Ich versuche, möglichst wenig an den Gang zum Amt zu denken“. Bei drohender Arbeitslosigkeit neigten sie zur Antwort „Ich gehe in eine Kneipe oder sehe lange fern oder fahre einfach weg, um nicht immer daran denken zu müssen“. Diese Reaktionen haben im Unterschied zu den meisten anderen palliativen Reaktionen, die das Individuum in Abgeschiedenheit von seiner sozialen Umwelt ergreift, die implizite Abwendung von einem Sozialkontakt gemein.

Der Mechanismus, der zu diesem Befund führt, ist offensichtlich: Wer in einer Not-

lage Hilfe sucht, offenbart dabei potentiellen Helfern und Helferinnen mitunter überhaupt erst diese Notlage. Wer hilft, ist in dieser Hinsicht auch Beobachter oder Beobachterin, dem bzw. der gegenüber ein Makel sichtbar wird. Wenn zu fürchten ist, dass dadurch das Ansehen Schaden nimmt, werden Hilfesuchende sorgfältig abwägen, den Gewinn in Anspruch zu nehmen, den Information und soziale Unterstützung ihnen bringen, da sie sich mit diesen auch öffentlich die Schmach zuziehen, die ihrem Problem anhaftet. Arme stecken in einem Dilemma, das sie wohl allzu oft in Untätigkeit verharren und vor einer Bewältigung zurückschrecken lässt, die ein Problem löst, um ein neues zu schaffen. Wahrscheinlich werden dagegen Fluchtreaktionen. Das Problem wird Dritten gegenüber verschwiegen. Die Person weicht durch aktive Evasion oder Aufschieben der belastenden Situation bzw. deren ansehensbedrohenden Folgeauseinandersetzungen aus. Es bedarf sicher keiner großen Phantasie sich auszumalen, bei wie vielen realen Vorgängen der Mechanismus am Werk ist, der hier mit Umfragedaten nachgewiesen wurde.

Armut bedeutet mehr, als mit wenig Geld auskommen zu müssen, denn Armut ist zugleich Bedrohung der sozialen wie der wirtschaftlichen Existenz. Arme leiden mitunter so sehr unter der Furcht, ihren Ruf zu verlieren, dass sie aus Scham sogar den Rückzug aus persönlichen Interaktionen antreten. Armut ist also durchaus geeignet, das emotionale Wohlbefinden zu beeinträchtigen. Die Schmach, die ein Sozialleistungsbezug und andere Manifestationen wirtschaftlicher Schwierigkeiten potentiell nach sich ziehen, schmerzt. Es ist nicht plausibel zu glauben, dass sie ohne zwingenden Grund großflächig in Kauf genommen wird, wie es in der Diskussion um den angeblichen Missbrauch des Sozialstaats immer wieder anklingt.

Der Blockierung des Selbsthilfepotentials durch die Scham, die man als Dilemma der Hilfesuchenden bezeichnen könnte, muss entgegengewirkt werden. Wer in einer Notlage unbefangen von allen Informations- und Beratungsangeboten Gebrauch machen soll, muss dies entweder in dem Bewußtsein einer moralischen Berechtigung tun, was eine gesellschaftliche Neubewertung der Armut voraussetzt, die sich derzeit nicht wirklich abzeichnet. Oder er bzw. sie muss sich auf die vertrauliche Behandlung seines/ihrer Problems verlassen können. Zwei Kriterien sozialpolitischer Intervention ergeben sich daraus zwingend:

1. KlientInnen müssen nicht nur als HilfebezieherInnen, sondern auch als Ratsuchende auf die Wahrung ihrer Anonymität vertrauen können, wenn sie es wünschen. Zu diesem Zweck wären etwa anonyme telefonische Beratungsmöglichkeiten in Ämtern geeignet.

2. Zur Ausgrenzung der Armen trägt auch die Tatsache bei, dass im verzweigten System behördlicher Kompetenzen für sie Ressorts bzw. Leistungsarten zuständig sind, die ihrer Klientel den Stempel der Randständigkeit aufdrücken. Es würde die Behandlung der LeistungsbezieherInnen in eine unspektakuläre Routineangelegenheit zurückverwandeln, wenn diese Dienste mit denen anderer Stellen zu einer Grundversorgung zusammengefasst würden. Die öffentliche Deklassierung als Hilfeabhängige bliebe ihnen so erspart.

Literatur

Andreß, Hans-Jürgen; Burkatzki, Eckhard; Lipsmeier, Gero; Salentin, Kurt; Schulte, Katja; Strengmann-Kuhn, Wolfgang (1999): *Leben in Armut*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Cooley, Charles Horton (1972, zuerst 1902): *Looking-Glass Self (The Social Self)*. S. 50-54 in: Sahakian, William S. (Hg.): *Social Psychology: Experimentation, Theory, Research*. Scranton: Intext.

Goffman, Erving (1956): *Embarrassment and Social Organization*. *American Journal of Sociology*, Bd. 62, S. 264-271.

Groenemeyer, Axel (1999): *Armut*. S. 270-319 in: Albrecht, Günter; Groenemeyer, Axel; Stallberg, Friedrich W. (Hg.): *Handbuch soziale Probleme*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Lazarus, Richard S.; Folkman, Susan (1984): *Stress, Appraisal, and Coping*. New York: Springer.

Lewis, Oscar (1966): *The Culture of Poverty*. *Scientific American*, Bd. 215, H. 4 (Okt.), S. 19-25.

Mead, George Herbert (1967, zuerst 1934): *Mind, Self, and Society: From the Standpoint of a Social Behaviorist*. Chicago: Univ. of Chicago Press.

Mead, George Herbert (1972, zuerst 1913): *The Social Self*. S. 54-58 in: Sahakian, William S. (Hg.): *Social Psychology: Experimentation, Theory, Research*. Scranton: Intext.

Rommelpacher, Thomas (1989): *Kultur - Subkultur - Kultur der Armut? Kritische Überprüfung einer Konzeption*. S. 93-110 in: Breckner, Ingrid et al. (Hg.): *Armut im Reichtum*. Bochum: Germinal.

Salentin, Kurt (2002): *Armut, Scham und Stressbewältigung*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag

Salentin, Kurt (2000): »Kultur der Armut« oder nur Niedrigeinkommen? - Armut und die Bewältigung finanzieller Probleme. *Soziale Probleme*, Bd. 11, Nr. 1/2, S. 116-139.

Simmel, Georg (1908): *Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Duncker & Humblot.

Simmel, Georg (1983, zuerst 1901): *Schriften zur Soziologie: eine Auswahl*. Frankfurt: Suhrkamp.

Smith, Adam (1759): *Theory of Moral Sentiments*. London.

Was kann Soziale Arbeit gegen die Entmutigung von deprivierten Familien tun?

Von Armut, Ausgrenzung und Stigmatisierung geprägte Lebensbedingungen können Menschen entmutigen und resignieren lassen. Sie versuchen dann kaum noch, ihre Situation grundlegend zu verbessern. Insbesondere wenn sich ihre Erfahrung, schlimmen Verhältnissen schutzlos ausgeliefert zu sein, wie ein roter Faden durch die gesamte Biografie zieht und schon in früher Kindheit begonnen hat, kann die Resignation geradezu als logische Konsequenz erscheinen. Sozialpädagogische Fachkräfte können aber Impulse für neue Entwicklungen geben. Wie sie das anstellen können, soll hier skizziert werden.

Seit vielen Jahren beschäftigt mich in der Forschung und der Lehre an der Universität Siegen die Frage, wie Menschen, die einen schweren Start ins Leben hatten und die oft weiterhin unter ungünstigen Bedingungen aufwachsen, sich so günstig wie möglich entwickeln können. Diese Frage ist zunächst darauf gerichtet, neues Wissen zu gewinnen und Wissensbestände auf diese Frage hin zu organisieren. Praktisch wird sie spätestens dann, wenn wir die Frage anschließen: Was können Soziale Dienste dazu beitragen, dass sich Menschen trotz ungünstiger Startbedingungen und ungünstiger Lebensbedingungen so gut wie möglich entwickeln können?

Da liegt der Einwand in der Luft, dass es doch wohl eher darauf ankäme, die ungünstigen Lebensbedingungen zu verändern. Dagegen ist nichts einzuwenden. Was die Soziale Arbeit tun kann, um ungerechte, die Entwicklung von Menschen blockierende, ja oft menschenfeindliche Lebensbedingungen zu verändern, das soll sie tun – so wirksam und professionell wie möglich. Nur dieser Appell, aber auch nur eine ausschließlich darauf bezogene Praxis würden mich allerdings noch nicht überzeugen. Ich lerne in unseren Forschungsprojekten, in denen wir zum Beispiel die Biografie von Pflegekindern ausführlich untersuchen (www.uni-siegen.de/pflegekinder-forschung), immer wieder Menschen kennen, die unter wirklich sehr ungünstigen Bedingungen leben und extrem schwer zu bewältigende Lebenserfahrungen machen mussten. Da möchte man manchmal das Leben noch einmal zurückdrehen und einen neuen Anfang suchen, mit mehr Schutz und mehr liebevollem Umgang und weniger Vernachlässigung, Gewalt, sexuellen Grenzüberschreitungen

und Angst. Aber das geht natürlich nicht. Was bleibt dann?

Andere Professionen definieren und vermessen dann Störungen und bauen darauf Verfahren zur Behandlung auf. In der Sozialpädagogik möchte ich für eine andere Sichtweise werben und diese kurz skizzieren.

Die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen können wir als Menschen betrachten, die in ihrem Leben unterschiedliche Probleme bewältigen müssen. Es ist von der Bewältigung von Problemen die Rede und nicht von ihrer Lösung. Denn oft ist es nicht möglich, ein Problem so zu beseitigen, dass es spurlos verschwindet. Dann bedeutet Bewältigung vielleicht, ein Problem in ein anderes zu transformieren, mit dem man besser leben kann, das nicht als ganz so belastend empfunden wird oder das weniger einschränkend ist. Eine Bewältigungsstrategie kann auch darin bestehen, einen anderen Umgang mit dem Problem zu lernen, mit ihm etwas besser zurechtzukommen, daran nicht zu zerbrechen oder einen etwas eleganteren Umgang mit weniger einschneidenden Folgen zu erreichen. Ein erster Zugang professioneller Hilfe besteht also darin, zu verstehen, um welches Problem es hier geht, wie die Menschen die Probleme und die daraus für sie erwachsenden Aufgaben sehen. Ohne sich diese Aufgaben vor Augen zu führen, kann man die Schwierigkeiten oder gar das Scheitern an der Bewältigung nicht richtig verstehen, und es kommt zu der Verengung der Wahrnehmung auf individuelle Defizite. Das markiert ein Essential sozialpädagogischen Denkens: Es geht hier nicht zunächst um die Diagnose von Störungen und Defekten, sondern um das kognitive und emotionale Verstehen der Probleme, die dieser Mensch zu bewältigen hat.

Für die Bewältigung benötigen die Menschen Ressourcen sehr unterschiedlicher Art. Diese benötigten Ressourcen und die im Einzelfall tatsächlich zur Verfügung stehenden können weit auseinander fallen. Wenn zentrale Ressourcen fehlen, kommt es zu von diesem Menschen zu diesem Zeitpunkt unbewältigbaren Problemen. Auf die Relation von Belastungen und Ressourcen kommt es an. Ich habe dies mit dem Begriff der Belastungs-Ressourcen-Balance zu fassen versucht (Wolf 2007), den ich jetzt an unterschiedlichen Felder des schwierigen Aufwachsens durchdekliniere: Der Ent-

Klaus Wolf

ist Professor für Sozialpädagogik an der Universität Siegen, Forschungsschwerpunkt: Aufwachsen unter schwierigen Bedingungen am Beispiel von Heimerziehung, hoch belasteten Familien und Pflegefamilien

wicklung von Kindern und Jugendlichen, die eine Zeit lang im Heim leben und denen, die in Pflegefamilien aufwachsen oder in hoch belasteten Familien.

Die zusätzlichen Ressourcen müssen an die Lebenserfahrungen der Menschen anschließen und für ihre Lebenswelt passen. Damit haben wir einen Maßstab, an dem wir den Erfolg bzw. Misserfolg beurteilen können: Gelingt es für Kinder und Erwachsene, zusätzliche Optionen zu eröffnen, Entwicklungschancen zu verbessern und Belastungen zu mildern oder werden neue Probleme produziert, Belastungen verschärft und Entwicklungen blockiert? Es kommt dabei auf die tatsächlichen Effekte an, nicht auf die (guten) Absichten, denn es soll ja nicht der Charakter der Fachkraft, sondern ihre Wirksamkeit untersucht werden.

In einem Forschungsprojekt an der Universität Siegen wurden die Lebensbedingungen von hoch belasteten Familien, die von ihnen zu bewältigenden Probleme und ihre Bewältigungsstrategien und Ressourcen untersucht. In ausführlichen (am narrativen Interview orientierten) Gesprächen mit Frauen, Männern und Kindern, deren Familien Sozialpädagogische Familienhilfe erhalten haben, wurde untersucht, wie die Familienmitglieder die Familienhilfe erlebt hatten. Die „Geschichten aus der Familienhilfe“ wurden unter der Frage ausgewertet, durch welche pädagogischen Interventionen die Ressourcen der Familien und der einzelnen Familienmitglieder gesteigert und durch welche sie reduziert worden sind. Dieses Forschungsprojekt hat inzwischen zu einem Landesmodellprojekt in Westfalen geführt (www.uni-siegen.de/zpe/projekte/aktuelle/lamo-spfh), in dem die Forschungsergebnisse zur Qualitätsentwicklung der Praxis genutzt werden. Auch das Sozialpädagogische Institut des SOS-Kinderdorfes in Innsbruck evaluiert die Aufsuchende Familienarbeit in Tirol nach ähnlichen Kriterien.

Eine zentrale Frage ist: Wie können die Erfahrungen von Entmutigung und Kontrollverlust durch sozialpädagogische Prozesse mit dem Ziel von Ermutigung und Rückgewinnung von Kontrolle (im Sinne von: Einfluss auf andere Menschen und auf Dinge) beeinflusst werden. Man kann diese Prozesse für jedes Familienmitglied untersuchen und z.B. das Zusammenspiel von Kontrollverlust des einen und Kontrollgewinn des anderen beschreiben. Ich beschränke mich in der folgenden Darstellung auf die Kontrollchancen der Mütter in den untersuchten Familien. Viele der Frauen hatten es weitgehend oder in Teil-

bereichen aufgegeben, ihre Lebensverhältnisse zu beeinflussen. So sahen einige im Zusammenleben mit ihren Kindern kaum noch Chancen, Prozesse in ihrem Sinne zu gestalten und Einfluss zu nehmen. Oder sie erlebten sich in der Kommunikation mit dem Sozialamt, der Schule oder anderen Institutionen als hilflos. Manche hatten tief resigniert und sahen es als hoffnungslos an, sich zu schützen und z.B. ihre körperlichen Erkrankungen behandeln zu lassen oder sich in einem positiven Licht zu sehen und darzustellen. Diese Haltungen wurden nicht nur in einem niedergedrückten Habitus deutlich, sondern manchmal auch als selbstverständliches Resümee der Erfahrungen: „So ist die Welt, da kannst du nichts machen.“

Von Außenstehenden wurde dieser Umgang mit dem eigenen Leben und den Lebensverhältnissen in der Familie manchmal als Faulheit missverstanden. Insbesondere die Frauen und Mütter wurden in dieser Hinsicht – manchmal selbst von den Mitarbeiterinnen – scharf verurteilt. Da hieß es über Klientinnen, „die ist zu faul, den Müll runterzutragen“ oder „die ist zu faul, sich anzuziehen und läuft noch am Nachmittag im Nachthemd rum“ oder „die ist zu bequem, zum Arzt zu gehen“. Hat man hingegen diese Verhaltensweisen angemessener als Folge von Entmutigung, Resignation und erlernter Hilflosigkeit dechiffriert, kann man die professionelle Soziale Arbeit hinsichtlich ihrer Möglichkeiten befragen, solche Prozesse abzumildern, d.h. Erfahrungen von Ermutigung, Aktivierung und Kontrollgewinn zu vermitteln. Damit ist man bei einem sehr grundlegenden Thema sozialpädagogischer Interventionen, denn das Vertrauen in die eigenen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten ist die Voraussetzung vieler Lernprozesse.

Peter H. Ludwig (1999: 119) hat Ermutigung als „beabsichtigte Zuversichtsanregung“ definiert. Für die sozialpädagogische Begleitung von Familien kann das Thema also so definiert werden: Wie kann die Zuversicht in die Wirksamkeit eigener Handlungen der Familienmitglieder durch die Mitarbeiterin gestärkt werden? Betrachten wir einige wenige Beispiele aus den Interviews.

„Ich hatte nachher schon Angst, zu Behörden und so zu gehen, zum Sozialamt und so bin ich schon gar nicht mehr gegangen, weil ich da ewig schlechte Erfahrungen mit gemacht hab. Denn wurd' ich wieder abgewiesen und denn kriegt ich nichts und das ging drunter und drüber. Denn hat sich das nachher so eingerenkt, bin ich immer mit der Begleitung da hingegangen, die erste Zeit.“

Die Angst ist die – nachvollziehbare – Folge schlechter Erfahrungen, und neue, andersartige Erfahrungen ergeben sich nicht mehr von alleine. Die Begleitung der Mitarbeiterin bietet einen Schutz und sie verändert das Feld: Die Klientin wird im Sozialamt anders behandelt, wenn sie begleitet wird. Durch die Unterstützung ändern sich die Machtverhältnisse in dieser Situation und dies ermöglicht neue Entwicklungen. Zunächst wurde die Mutter in unserem Beispiel allerdings von einer anderen Mitarbeiterin betreut. Der Vergleich fällt zu deren Ungunsten aus.

„Ich hab sie einmal mitgenommen zum Sozialamt, na denn war Feierabend bei mir. Ich kam da überhaupt nicht zum Vor.... Sie hat denn das gesagt, denn hatte die 'nein' gesagt und denn war das für sie erledigt. Und wenn ich mit der Frau Wolter, mit Helga, hingegangen bin, die hat denn noch diskutiert, da haben wir wenigstens was raus gekriegt. Ich stand da (bei der ersten Mitarbeiterin, K.W.) immer wie Pik Sieben auf Bahnsteig acht. Na was soll das, wenn ich mit jemanden reingeh, ich möchte was erreichen und sie sagt, die sagt 'nein', na denn ist gut, denn gehen wir wieder. Und wir haben, wir sind ja hart geblieben, Helga und ich, wir haben denn solange diskutiert, bis wir, und wir haben denn 'n Weg gefunden, das da irgendwie rauszukommen. Das haben wir auch geschafft. Wir hatten ja auch in der Oststadt Mietschulden und das hab ich auch alles alleine, bin ich hingegangen mit Helga und da hab ich das geregelt, dass ich das Bekleidungs-geld denn für Silvio erst mal da lasse und denn hab ich die Mietschulden erst mal alle so zurückgezahlt und denn sind wir mit dem bisschen ausgekommen, was ich denn hatte. (...) Und das haben wir dann so aufgesetzt und denn, das ging. Mit der andern hätt' ich das aber nicht machen können. Die hätt' gesagt, und die hätten 'nein' gesagt und denn wär's gut gewesen, denn wären wir wieder rausgegangen.“

Die eine Mitarbeiterin wurde nicht als Hilfe erlebt, da sie sich auch nicht durchsetzen konnte. Sie verfügte über keinen Überhang, der der Klientin zugute kam. Die Szene mit der zweiten Mitarbeiterin – also mit Helga – wird als gemeinsames Handeln beschrieben: wir sind hart geblieben, wir haben diskutiert. Eine solche Erfahrung und Interpretation erleichtert es, in einer anderen Situation die Regie selbst in die Hand zu nehmen: „... das hab ich dann geregelt ...“.

Eine andere Frau beschreibt ihre Erfahrung so: „Am besten konnte ich aber mit Frau D. darüber reden. Da hab ich, wenn was gewesen war bei die Behörden, da hab ich Frau D. angerufen, hab ihr die Situation erklärt und da hat sie mir das gesagt, so und so, und denn hat sie nachher gesagt, 'Soll ich denn mitkommen?' Da hab ich gesagt, 'Nein, es reicht mir, wenn ich mit Ihnen darüber reden kann.' Das haben wir per Telefon gemacht, und ich versuch das alleine. Und denn hab ich nachher, wenn das alles fertig war, denn nach ein paar Tagen sie angerufen, dass alles o.k. ist und da hat sie sich gefreut, dass ich das alleine geschafft hab.“

Hier begleitet die Mitarbeiterin die Frau nur indirekt: sie sprechen darüber, die Klientin selbst entscheidet über die Dosierung der Unterstützung. Es bleibt ein gemeinsames Projekt, aber die Klientin kann das verbleibende Risiko (des Scheiterns) aushalten.

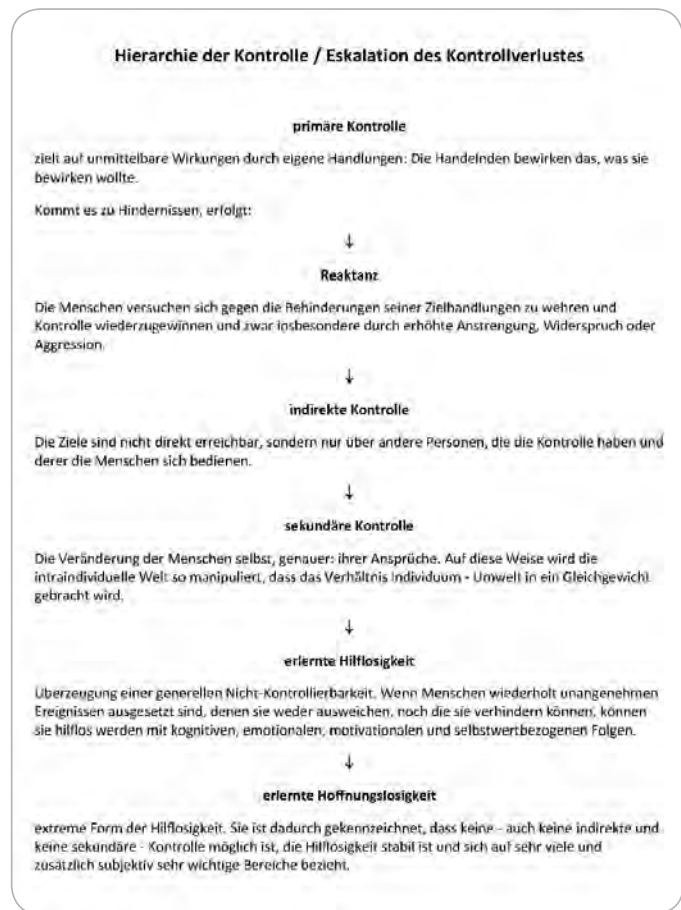
Wiederum eine andere skizziert ihre Erfahrung so: „Hm. Ich schaff das, sagt sie. Ich war schon so oft, war schon so oft unten am Boden, ich bin immer wieder hoch, hab mich immer wieder hoch gerappelt und diesmal auch wieder. Das ist unser ganzer Stolz, dass wir das soweit bis jetzt geschafft haben.“

Hier richtet sich die Aufmerksamkeit der Klientin auf ihre Erfahrung, dass sie sich auch in schwierigsten Situationen nicht hat unterkriegen lassen. Das macht ihr auch für zukünftige Belastungen Mut. Den Erfolg führt sie allerdings auch auf die Mitarbeiterin zurück: wir haben das geschafft.

Genauer lassen sich solche Prozesse durch die Anwendung einiger theoretischer Kategorien analysieren, und man kann dann – was für die Praxis bedeutsam ist – neue Handlungsmöglichkeiten entdecken. Hierzu ist eine Unterscheidung verschiedener Arten der Kontrolle und damit einer Abstufung von der unmittelbaren Kontrolle (Flammer 1990: 153 ff) bis zu einer Situation umfassenden Kontrollverlustes (siehe Grafik) interessant.

Primäre Kontrolle meint also einen unmittelbaren Einfluss der Frau: Sie geht zum Beispiel zum Sozialamt, beantragt Geld und erreicht, was sie wollte; sie spricht mit ihrem Kind und erreicht die von ihr beabsichtigte Verhaltensänderung; sie diskutiert mit ihrem Partner und bewirkt, dass er sich an der Hausarbeit beteiligt. Erreicht sie ihr Ziel nicht, versucht sie möglicherweise, durch Intensivierung ihrer Aktivitäten Kontrolle wiederzugewinnen (Reaktanz). Sie wird vielleicht laut im Sozialamt und weigert sich zu gehen, bevor sie nicht den Chef der uneinsichtigen Sachbearbeiterin gesprochen hat. Erreicht sie auch dann nicht ihr Ziel, besteht möglicherweise die Chance, über andere Menschen diesen Einfluss zu gewinnen (indirekte Kontrolle): Sie bittet die Mitarbeiterin, mitzukommen und sie zu unterstützen, oder sie sucht den Arzt auf, wenn sie sich krank fühlt und ihre Selbstbehandlung erfolglos war. Wie das letzte Beispiel illustriert, ist es keineswegs ungewöhnlich, zunächst (nur) durch Andere Einfluss wiederzugewinnen. Jede/r, die/der eine/n SpezialistIn (RechtsanwältIn, Autowerkstatt usw.) aufsucht, beabsichtigt eine Wirkung zu erzielen, die er unmittelbar nicht erreichen kann. Gelingt es auch auf diese Weise nicht, die Ziele zu erreichen, werden die eigenen Erwartungen vielleicht so korrigiert, dass die Diskrepanz zwischen Erwartungen und Möglichkeiten verringert wird (etwas missverständlich: sekundäre Kontrolle): Lebenspläne werden z.T. als Illusionen interpretiert und verändert und Ziele als unrealistisch angesehen und aufgegeben. Das hat oft zwei Aspekte: Einerseits ist die Anpassung der eigenen Vorstellungen an die realisierbaren Möglichkeiten durchaus eine Chance, eine Spannung zu verringern und sogar neue Ansatzpunkte für primäre Kontrolle zu schaffen. Andererseits können die Vermeidung von Enttäuschungen und die Anpassung an ungünstige Verhältnisse auch einen bitteren Beigeschmack haben, stellen sie doch die Anpassung an eine Realität dar, die oft viele Lebens- und Entwicklungschancen vorenthält.

Noch schwieriger wird die Situation für die Menschen, wenn sich die Überzeugung einer generellen Nicht-Kontrollierbarkeit entwickelt hat. Wenn sie etwa wiederholt bedrohlichen Ereignissen ausgesetzt waren, denen sie weder ausweichen noch die sie verhindern konnten, werden sie hilflos. Eine Folge der Hilflosigkeit ist, dass auch tatsächlich vorhandene Kontrollmöglichkeiten nicht wahrgenommen und damit nicht genutzt werden. Damit werden Situationen, in denen objektiv noch Handlungsmöglichkeiten bestehen, subjektiv als un-



beeinflussbar erlebt. Da dieses Erleben auf eine Verallgemeinerung von Erfahrungen aus wahrscheinlich tatsächlich unbeeinflussbaren Situationen zurückgeführt werden kann, ist es ein Produkt der Verarbeitung dieser Lebenserfahrungen und somit erlernt. Eine extreme Form der Hilflosigkeit ist die Hoffnungslosigkeit, die sich oft auf alle wichtigen Lebensbereiche bezieht.

Mit diesen Kategorien können Interventionsziele im Umgang mit Menschen, die wenig Vertrauen in die Wirksamkeit ihrer Handlungen haben, genauer abgeschätzt werden. Ich will nur einige Konsequenzen nennen.

So ist es nicht nahe liegend von einer Frau, die es aufgrund ihrer Lebenserfahrungen weitgehend aufgegeben hat, an ihre Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zu glauben, vorrangig primäre Kontrolle zu erwarten. Hier käme es eher darauf, in kleinen, gut überschaubaren Feldern kurzfristig positive Controllerfahrungen zu erleichtern und entsprechende Situationen zu arrangieren. Pauschale und umfassende Veränderungsziele – wie sie gelegentlich in der Hilfeplanung zu finden sind – können eher kontraproduktiv sein. Denn positive Controllerfahrungen wirken auch verunsichernd, da sie bisherige Annahmen in Frage stellen, und Situationen,

die bisher als sicher vorhersehbar erlebt wurden („da wird sich nichts ändern“, „bei mir geht es immer schief“), erscheinen bei offenerem Ausgang riskanter. Hier ist eine Begrenzung des Experimentierfeldes und eine Absicherung durch die Mitarbeiterin („wenn es schief geht, bin ich ja auch noch da, aber wir versuchen es mal und es wäre doch gelacht, wenn wir das nicht schaffen“). Die Auswahl der Bereiche, in denen neue Erfahrungen und Interpretationen angestrebt werden, muss sich auch nach der Erfolgswahrscheinlichkeit richten und nicht primär danach, welches Problem in dieser Familie als erstes ins Auge fällt. Denn dort ist die Kette der Misserfolge häufig am längsten, und unmittelbare Veränderungen sind am unwahrscheinlichsten.

Auch die Versöhnung mit den eigenen Möglichkeiten und Grenzen zu erleichtern (sekundäre Kontrolle) kann ein sinnvolles Interventionsziel sein, zumal dann, wenn nach der Trennung von einigen Zielvorstellungen neue und eben beeinflussbare Ziele sichtbar werden. Dazu ist es oft hilfreich, dass die Menschen ihre Aufmerksamkeit auf die neuen Möglichkeiten richten. Dies kann nicht nur explizit in Gesprächen erfolgen, sondern auch durch tatkräftiges Handeln. Wir waren überrascht, dass die Klientinnen oft eine deutliche Anregung, ja Leitung durch die Mitarbeiterinnen akzeptiert und gelobt haben, wenn diese ihnen wohlwollend gegenüberstanden und sie sie als kompetent einschätzten (ähnlich: Schuster 1997 hinsichtlich Direktiven). Ohne Wohlwollen war der Verlauf immer ungünstig, und bei Kompetenzzweifeln wurde er häufig als Verstärkung der Ohnmachtserfahrungen erlebt („wie Pik 7 auf Bahnsteig 8“).

Ideen zu entwickeln, wie auch mit Hilfe anderer Menschen ein neuer Einfluss möglich wird (indirekte Kontrolle), kann ebenfalls ein Interventionsziel sein. So könnte man überlegen, wer z.B. das als widerstrebend erlebte Kind eleganter beeinflussen kann als die Mutter, die sich vielleicht festgefahren hat bei der Bearbeitung der Schulprobleme. Die Frage, „wen könnten wir denn für unser Anliegen gewinnen und einsetzen“, erweitert den Blick auf neue, eben indirekte Kontrollmöglichkeiten.

Mittel- und langfristig geht es oft um die Übertragung von positiven, neuen Kontroll Erfahrungen auf andere, bisher als unkontrollierbar angesehene Felder. Besonders beeindruckend sind Interviewpassagen, in denen deutlich wird, wie Menschen durch den wohlwollenden, ermutigenden und optimistischen Umgang der Mitarbeite-

rinnen neue Handlungsmöglichkeiten entdecken: beginnen, sich auch wohlwollend um sich selbst zu kümmern und sich ganz anders als Frau zu erleben und zu inszenieren, ihre Wohnung anders zu gestalten, Angelegenheiten ihrer Kinder in die Hand zu nehmen oder ihre Partner zu aktivieren.

Den Leserinnen und Lesern werden weitere Konsequenzen einfallen. Wir sind damit auf einem Weg, Verhaltensweisen von Menschen, die zu Klientinnen geworden sind, angemessen zu dechiffrieren und unsere sozialpädagogischen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, gerade auch bei Familien, die sich in sehr schwierigen Situationen befinden. Damit ändern wir die schwierigen Verhältnisse nicht grundlegend, ermöglichen aber neue Bewältigungsformen. So steigt das Vertrauen in den Sinn eigener Aktivitäten, das schließlich auch eine Voraussetzung für politisches Handeln ist.

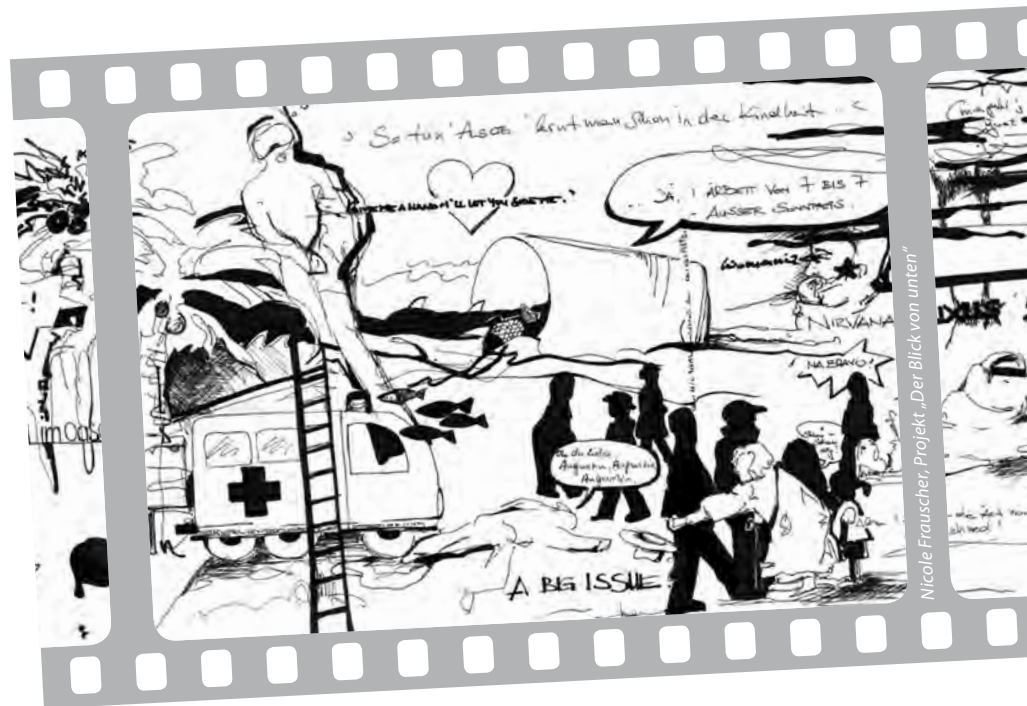
Literatur

Flammer, August (1990): *Erfahrung der eigenen Wirksamkeit. Einführung in die Psychologie der Kontrollmeinung*. Bern: Huber

Ludwig, Peter H. (1999): *Ermütigung. Optimierung von Lernprozessen durch Zuversichtssteigerung*. Opladen: Leske + Budrich.

Schuster, Eva M. (1997): *Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH). Aspekte eines mehrdimensionalen Handlungsansatzes für Multiproblemfamilien*. Frankfurt/Main: Lang (Diss. Uni Dortmund).

Wolf, Klaus (2007): *Die Belastungs-Ressourcen-Balance*. In: Kruse, Elke; Tegeler, Evelyn (Hg.): *Weibliche und männliche Entwürfe des Sozialen. Wohlfahrtsgeschichte im Spiegel der Genderforschung*. Opladen: Budrich, S. 281–292



Nicole Frauscher, Projekt „Der Blick von unten“

ADL: Ein Sensibilisierungs-Workshop zu Armut und Vielfalt

Der Workshop hatte zum Ziel, sich mit unterschiedlichen Perspektiven auf Armut auseinanderzusetzen und den eigenen Blick zu erweitern.

Der Workshop hatte zum Ziel, sich mit unterschiedlichen Perspektiven auf Armut auseinanderzusetzen und den eigenen Blick zu erweitern. Dabei stellten die eigene Erfahrung mit Armut im sozialen Umfeld und der Erfahrungsaustausch mit anderen Workshop-TeilnehmerInnen eine wesentliche Ressource dar, der möglichst viel Raum gegeben wurde. Auf Grundlage dessen wurden die vielfältigen (vorherrschenden) Bilder von Armut erarbeitet sowie die damit verbundenen möglichen Vorurteile und Zuschreibungen reflektiert. Es wurde aber auch der Frage nachgegangen, was Armut für jede/n einzelne/n Workshop-Teilnehmer/in bedeutet. Vor allem dieser letzte Aspekt war immer wieder präsent in der Auseinandersetzung: Armut hat vielfältige Bedeutungen, ist keineswegs eindimensional und wird von jedem/jeder Einzelnen unterschiedlich erfahren. Diese Erfahrungen auszutauschen, nicht mehr vereinzelt zu sein, Gemeinsamkeiten mit anderen zu erleben und dabei auch Perspektiven zu wechseln, war eine der wichtigsten Erfahrungen für uns Workshop-Leiterinnen.

Die ADL-Workshops liefern ein praktisches, auf die persönlichen Erfahrungen der TeilnehmerInnen bezogenes Training, wobei Fähigkeiten und Kompetenzen im Auftreten gegen Vorurteile und Diskriminierung entwickelt werden und das Verständnis zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gefördert wird. Eine Gesellschaft, in der Kulturen und Lebensstile aufeinander treffen, wird mit Hilfe der Programme positiv erfahren. Methodische Ansätze sind dabei:

- Vorurteile sind unbewusst erlernte Verhaltensmuster. Diese können daher wieder bewusst gemacht und verlernt werden.
- Unterschiedliche Erscheinungsformen von Diskriminierung werden thematisiert.
- Durch interaktive Einzel- und Gruppenarbeit, Rollenspiele und Fallanalysen werden Lösungsmodelle erarbeitet und dadurch die soziale und kulturelle Handlungskompetenz erweitert.

- Das Programm kommt ohne moralische Verurteilung aus.
- Es werden Wege gesucht, um erlernte Einstellungen und Erfahrungen zu differenzieren und einen Perspektivenwechsel vorzunehmen.

Die Zielsetzungen der A WORLD OF DIFFERENCE Programme liegen dabei auf der Bewusstmachung eigener und fremder Identität und der damit verbundenen Auseinandersetzung mit der Vielfalt von Lebensstilen.

Die in den Programmen von ADL durchgeführten Selbsterfahrungsübungen sind nicht direkt auf die Thematik „Armut“ zugeschnitten, daher wurden jene Übungen ausgewählt, die uns am sinnvollsten erschienen und entsprechend der Thematik adaptiert.

Die im Vorfeld erhaltenen Informationen, wer teilnehmen würde, entsprach nicht der tatsächlichen Gruppe, die dann vor Ort am Workshop teilnahm. Waren zu allererst vor allem Personen aus Berufsfeldern, die mit Armut in Berührung kommen, angemeldet, schlossen sich einige von Armut Betroffene unserem Workshop an. Die TeilnehmerInnen des Workshops stellten eine heterogenere Gruppe dar als von uns zuerst angenommen: von Armut Betroffene, NGO-MitarbeiterInnen, VertreterInnen von großen Organisationen wie dem AMS und der AK.

Schon bei der Vorstellungsrunde zeigten sich unterschiedliche Beweggründe an diesem Workshop teilzunehmen und auch unterschiedliche persönliche Wahrnehmung von Armut. Sich selbst als „arm“ zu definieren, hat eine breite Bandbreite und ist keineswegs nur auf die ökonomischen Verhältnisse zurückzuführen.

Als Trainerinnen achteten wir sehr stark darauf, dass die Übungen, die vor allem auf die Sichtbarmachung sozialer und ethnischer Unterschiede und der damit einhergehenden Chancenungleichheit und Diskriminierung abzielten, nicht noch mal das Gefühl „arm“ zu sein, verstärkten, vor allem nicht bei den von Armut Betroffenen selbst. Doch es zeigte sich für uns auch hier, dass von Armut Betroffene, die eine der schlechtesten Voraussetzungen in eine neoliberalen und kapitalistischen

Birgit Kupka und
Maria Pohn-Weidinger
sind im Rahmen der Anti
Defamation League (ADL)
in Wien tätig

Gesellschaft wie der unsrigen haben, diese Übungsformen als gegenseitigen positiven Austausch nutzen, möglicherweise – so unser Eindruck – sich gegenseitig stärken konnten und sich nicht in die Rolle der „Armen“ drängen ließen. Auf Basis des Ansatzes von ADL „Jede/r ist Expert/in mit dem, was er/sie mitbringt“ war ein respektvoller und aufbauender Austausch zwischen allen TeilnehmerInnen möglich, wie uns auch als Feedback gegeben wurde. Und auch wir haben es so erlebt. Jede/r konnte sich für die eigene Lebenssituation etwas mitnehmen und auch von den Perspektiven andere Lebenssituationen – nicht zuletzt wir selbst.

Nach der Erfahrung in diesem Workshop sind wir der Meinung, dass Antidiskriminierungsarbeit und Armut für alle Involvierten (und auch nicht involvierten) Menschen ein sinnvolles und anregendes Lern- und Erfahrungsfeld darstellt, dass alle Beteiligte in unterschiedlicher Weise in ihr Leben integrieren können. Allerdings müsste so wohl der Zeitrahmen vergrößert werden, wie auch weitere Übung adaptiert werden, um eine Auseinandersetzung mit der eigenen Identitätskonstruktion, mit eigenem Kulturbegriff bzw. mit „den Anderen“ sowie eine Sensibilisierung von Empathie ausreichend zu ermöglichen. Alle drei wichtigen Phasen konnten bei diesem Workshop leider nur angerissen und ange-dacht werden.



Nicole Frauscher, Projekt „Der Blick von unten“

Scham und Stigmatisierung im Gesundheitsbereich

Ja: Es fehlt an Informationen, es fehlt an Geld, es fehlt an aufsuchender Arbeit – kurz: es fehlt an einem gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem. Das ist eine Erkenntnis des Workshops „Fehlt Ihnen etwas“, der auf der 7. Armutskonferenz stattfand. Doch es gibt Möglichkeiten gegenzusteuern, waren sich die TeilnehmerInnen des Workshops einig.

Auf der Rangliste der Weltgesundheitsorganisation WHO war das österreichische Gesundheitssystem im Jahr 2000 bei einem Vergleich von 191 Staaten auf 9. Stelle gereiht und auch die österreichische Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky betonte gerne die Qualität des österreichischen Gesundheitssystems im internationalen Vergleich. Doch wie schaut es tatsächlich aus? Welche Menschen sind mit Barrieren im Zugang zum Gesundheitssystem konfrontiert? Wem wird eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung verweigert? Welche Gruppen sind besonders von Scham und Stigmatisierung und gesundheitlicher Ungleichheit betroffen?

Tatsache ist, dass die politisch Verantwortlichen in Österreich keine politische Strategie entwickelt haben, um das hohe Krankheitsrisiko von ärmeren Menschen zu reduzieren, obwohl den Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit niemand mehr bestreitet. Auch gibt es kaum Maßnahmen, um Stigmatisierung zu vermeiden, so haben beispielsweise SozialhilfeempfängerInnen immer noch keine E-Card. Erst, wenn die so genannte Mindestsicherung eingeführt wird, soll sich dieser Zustand ändern.

VertreterInnen aus verschiedenen Bereichen bzw. Einrichtungen, die in ihrer beruflichen Praxis mit Personen mit Stigmatisierungs- bzw. Schamerfahrungen arbeiten, zeigten denn auch die strukturellen Mängel im österreichischen Gesundheitssystem und stellten Ansatzpunkte zur Vermeidung von Stigmatisierung und Scham und zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsleistungen vor: Heide Marie Degendorfer-Reiter von Amber-Med in Wien und Irene Holzer von der Grazer Marienambulanz rückten die Situation von MigrantInnen und Menschen ohne Versicherungsschutz in den Vordergrund. Hilde Wolf vom F.E.M. Süd in Wien ging auf geschlechtsspezifische Zusammenhänge im Hinblick auf Gesundheit und Krankheit ein, während Norbert Krammer vom Vertretungsnetz Salzburg vor allem die Situation

älterer Menschen in den Blick nahm. Anna Dieplinger vom Allgemeinen Krankenhaus Linz machte am Beispiel des Sozialdienstes des Krankenhauses klar, wie wichtig das ganzheitliche in den Blick nehmen verschiedenster Problemlagen ist und Andreas Mielck vom Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen in München stellte das Thema in einen großen theoretischen Zusammenhang.

Folgende Forderungen, Vorschläge und Wünsche wurden im Rahmen des Workshops formuliert:

Bewusstseinsbildung:

- Thematisierung des Zusammenhangs zwischen Armut und psychischer Erkrankung
- Durchforsten bestehender Gesetze in Bezug auf Stigmatisierungen
- Bewusstseinsbildung bei ÄrztInnen
- Ressourcenoptimierung durch Interaktion mit allen Beteiligten
- Das System in Frage stellen, die Ursachen im System suchen
- Entpersonalisierung der Risiken, um Stigmatisierung zu vermeiden
- Bewusstsein bei PolitikerInnen schaffen

Konkrete Maßnahmen:

- Alternative Behandlungssettings für sozial Benachteiligte finanzieren
- Eine bedarfsorientierte Grundsicherung von EUR 1000,-
- Bessere Entlohnung für medizinisches Personal
- Rechtsanspruch auf gesundes Wohnen
- Angebot von Kinderbetreuung im Spital, bei Kuren, Rehabilitationsmaßnahmen etc.
- Flächendeckende Krankenhaussozialarbeit
- Mehr ambulantes Angebot

Verena Fabris arbeitet bei der Volkshilfe Österreich, Fachbereich: Gesundheit, Soziales und ist deren Vertreterin in der Armutskonferenz

Armut macht krank – Krankheit macht arm

Vermeidung von Scham und Stigmatisierung bei Maßnahmen zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit

In der letzten Zeit häufen sich nicht nur die Armutsberichte, sondern auch die Berichte über den Zusammenhang zwischen der sozialen Ungleichheit einerseits und dem Gesundheitszustand andererseits. In einer kaum mehr überschaubaren Vielzahl von Arbeiten ist immer wieder gezeigt worden, dass Personen mit niedrigem sozialen Status (d.h. niedriger Bildung, niedriger beruflicher Stellung und/oder niedrigem Einkommen) zumeist einen besonders schlechten Gesundheitszustand aufweisen, dass sie kränker sind und früher sterben als Personen mit höherem sozialen Status (Mielck 2005). Diese „gesundheitliche Ungleichheit“ ist so oft belegt worden, dass an ihrer Existenz nicht mehr gezweifelt wird. Selbstverständlich ist nicht jeder Unterschied im Gesundheitszustand auch gleichzeitig ein gesundheitspolitisches Problem, das Interventionsmaßnahmen erforderlich machen würde. Die statusspezifischen Unterschiede sind jedoch so groß, dass in allen westeuropäischen Staaten versucht wird, diese Ungleichheit zu verringern.

Es konnte z.B. wiederholt gezeigt werden, dass die Sterberate in der unteren Einkommensgruppe sehr viel höher ist als in der oberen. Dabei ist häufig ein „Gradient“ zu beobachten, d.h. eine mit höher werdendem sozialen Status stufenweise geringer werdende Sterberate. Das folgende Beispiel aus Deutschland mag das Ausmaß der Unterschiede verdeutlichen (vgl. Lampert et al. 2007): Männer aus der unteren Einkommensgruppe (maximal 60% des durchschnittlichen Einkommens) weisen eine Lebenserwartung von 70,1 Jahren auf. Bei Männern aus der oberen Gruppe (mehr als 150% des durchschnittlichen Einkommens) liegt die Lebenserwartung dagegen bei 80,9 Jahre; sie ist also um mehr als 10 Jahre höher. Bezogen auf Frauen ist der Unterschied etwas kleiner (76,9 versus 85,3 Jahre), aber immer noch erschreckend hoch.

Erklärungs- und Interventionsansätze

Bei der Erklärung gesundheitlicher Ungleichheiten wird zumeist zwischen den beiden folgenden grundlegenden Hypothesen unterschieden: (a) Der sozio-ökonomische Status beeinflusst den Gesund-

Am Zusammenhang zwischen niedrigem sozialen Status und schlechtem Gesundheitszustand zweifelt heute niemand mehr. Bei der Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit muss die Zielvorstellung gesundheitliche Chancengleichheit heißen. Zur Vermeidung von Scham und Stigmatisierung ist es wichtig, die Verhältnisse zu betonen, die zu sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit führen und nicht das individuelle Verhalten.

heitszustand (plakativ formuliert: „Armut“ macht krank). (b) Der Gesundheitszustand beeinflusst den sozio-ökonomischen Status (plakativ formuliert: Krankheit macht arm). Häufig wird davon ausgegangen, dass der erste Erklärungsansatz wichtiger ist als der zweite. Dementsprechend ist „Armut“ mit einer Vielzahl von Ansätzen versucht worden, den Einfluss des sozio-ökonomischen Status auf den Gesundheitszustand zu erklären. Für viele dieser Ansätze wurde bereits wiederholt belegt, dass sie in der Tat einen Beitrag zur Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit leisten.

Es lassen sich vor allem die folgenden Ansätze und Ergebnisse unterscheiden:

- Arbeitsbedingungen: Von vielen physischen und psychischen Arbeitsbelastungen (z.B. körperlich schwere Arbeit, Lärm, Eintönigkeit, geringe Möglichkeiten des Mitentscheidens) sind die Erwerbstätigen in der unteren Statusgruppe besonders stark betroffen.
- Wohnbedingungen: Belastungen wie Lärm und Luftverschmutzung sind in den unteren Statusgruppen zumeist besonders groß.
- Gesundheitliche Versorgung: Viele Versorgungsmöglichkeiten werden von den unteren Statusgruppen besonders wenig genutzt (siehe unten).
- Gesundheitsgefährdendes Verhalten: Die meisten Ergebnisse liegen für Rauchen, Übergewicht, Bluthochdruck und Mangel an sportlicher Betätigung vor. Die Krankheitshäufigkeit dieser zentralen das Herz und das Gefäßsystem betreffenden Risikofaktoren ist in den unteren Statusgruppen besonders hoch.

Was folgt daraus für die Ableitung von Interventionsmaßnahmen? Auf einer sehr allgemeinen Ebene lassen sich die beiden

Andreas Mielck
arbeitet am Helmholtz Zentrum München – Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt. Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen. Forschungsschwerpunkte: Sozial-Epidemiologie, soziale Ungleichheit und Gesundheit, Versorgungsforschung

folgenden Ansatzpunkte zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit unterscheiden: (a) Verringerung der sozialen Ungleichheit, und (b) Verbesserung des Gesundheitszustandes von status-niedrigen Personen. Der erste Ansatzpunkt würde das Problem quasi an der Wurzel anpacken. Er besitzt jedoch den Nachteil, dass er fundamentale strukturelle Veränderungen erforderlich macht, die (wenn überhaupt) nur in langfristigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erreicht werden können. Die Bemühungen um eine kurz- und mittelfristige Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit sind vermutlich erfolgreicher, wenn sie sich zunächst auf den zweiten Ansatzpunkt „Verbesserung des Gesundheitszustandes von status-niedrigen Personen“ konzentrieren. Demnach lassen sich in Bezug auf die status-niedrigen Personen vor allem die folgenden Ziele unterscheiden: Verringerung ihres Ausgesetztseins gegenüber gesundheits-gefährdenden Umweltbedingungen, Verstärkung ihrer gesundheits-fördernden Umweltbedingungen, Verbesserung ihrer vorbeugenden und heilenden gesundheitlichen Versorgung, Verbesserung ihres Gesundheitsverhaltens, Verbesserung ihrer beruflichen und finanziellen Absicherung bei Krankheit.

Zwei Themenbereiche sind in der bisherigen wissenschaftlichen und politischen Diskussion besonders wenig diskutiert worden: die regionale Verteilung des Problems und die gesundheitliche Versorgung. Sie werden im Folgenden etwas ausführlicher dargestellt.

Die regionale Konzentration von sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit

Es ist offensichtlich, dass sich die Probleme der sozialen und gesundheitlichen Ungleichheit in bestimmten Stadtgebieten bzw. Regionen konzentrieren. Die stärkere Beachtung der regionalen Verteilung des Problems ist vor allem dann wichtig, wenn Interventionsmaßnahmen zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit geplant werden. Zum einen müssen die Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention auf jede einzelne Zielgruppe zugeschnitten sein. Die Maßnahmen, die sich an alle Bevölkerungsgruppen richten, führen eher zu einer Vergrößerung als zu einer Verkleinerung der gesundheitlichen Ungleichheiten, weil mit derartigen Maßnahmen zumeist die oberen Statusgruppen erreicht werden. Je stärker sich eine Maßnahme auf die Mitglieder der unteren Statusgruppen konzentriert, um so eher kann sie zu einer Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit beitragen. Es wäre

daher besonders wichtig, die Maßnahmen zur Gesundheitsförderung auch und vor allem auf die benachteiligten Stadtgebiete zu konzentrieren.

Zum anderen sind viele gesundheitsfördernde bzw. -belastende Faktoren direkt oder indirekt von den Lebensbedingungen in der Wohnumgebung abhängig (Mielck 2008a). In der gegenwärtigen Diskussion wird oft betont, wie wichtig Gesundheitsverhalten und Eigenverantwortung sind. Eine Verbesserung des Gesundheitsverhaltens in den unteren Statusgruppen würde ohne Frage zu einer erheblichen Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit führen. Das Gesundheitsverhalten lässt sich mit Appellen an die Verantwortung für die eigene Gesundheit jedoch nur schwer beeinflussen. Zudem basiert das Verhalten häufig nicht nur auf freien Entscheidungen, sondern es wird maßgeblich geprägt durch die Lebensumstände. Ohne Berücksichtigung dieser komplexen Ursachen des Gesundheitsverhaltens besteht die Gefahr, dass dem „Opfer die Schuld zugeschoben wird“ (blaming the victim).

Besonders deutlich wird dieses Problem bei den Belastungen durch Lärm und Luftverschmutzung: Die Personen aus den unteren Statusgruppen, die in schlechten Wohnungen, in der Nähe von industriellen Schadstoff-Aussendern und/oder stark befahrenen Verkehrswegen leben, tun dies zumeist nicht freiwillig. Häufig werden die beschränkten finanziellen Möglichkeiten keine andere Wahl lassen. Die Mietpreise reflektieren die Unterschiede in der Wohnqualität, und oft sind niedrige Mieten gleichbedeutend mit höherer Umweltbelastung. Hier handelt es sich um eine Exposition, bei der die ausgesetzten Personen nur selten die Möglichkeit haben, diese zu beenden. Diese Art von Belastung ist kein guter Nährboden für Ratschläge zum individuellen Gesundheitsverhalten.

Soziale Ungleichheit und gesundheitliche Versorgung

In Westeuropa verfügen wir über eine gesundheitliche Versorgung, welche fast allen Menschen eine hohe Versorgungsqualität bietet. Das vorherrschende „Solidaritätsprinzip“ gewährleistet ein vom Einkommen weitgehend unabhängiges Angebot der gesundheitlichen Versorgung. Gleiches Angebot ist jedoch nicht gleichbedeutend mit gleicher Inanspruchnahme. Es muss daher zum einen gefragt werden, ob es status-spezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme der gesundheitlichen Versorgung gibt, wie groß sie sind und welchen Einfluss sie auf die gesundheitliche

Ungleichheit ausüben können. Zum anderen stellt sich auch die Frage, ob die Ärzteschaft heute – im Sinne von Virchow! – ein „Anwalt für die Armen“ ist.

Zur Frage nach sozialer Ungleichheit in der gesundheitlichen Versorgung liegen aus Deutschland bisher nur wenige empirische Studien vor [Mielck 2008b]. Die vorhandenen sprechen jedoch eine klare Sprache:

(a) Die Früherkennungsuntersuchen für Kinder (U1- bis U9-Untersuchungen) werden allen Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung kostenlos (d.h. ohne Zuzahlung) angeboten. Kinder aus den unteren Statusgruppen werden trotzdem besonders selten untersucht.

(b) Die Erwachsenen aus den unteren Statusgruppen nehmen die Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention besonders selten wahr.

(c) Auch wenn man die Analyse auf bestimmte Krankheitsgruppen einschränkt: PatientInnen aus den unteren Statusgruppen gehen besonders selten zu einem Facharzt/einer Fachärztin.

(d) Die Versorgung erkrankter Zähne ist in den unteren Statusgruppen besonders schlecht.

(e) Vor allem in den unteren Einkommensgruppen wird darüber geklagt, dass die finanziellen Belastungen durch die Zuzahlungen zu hoch sind.

(f) Verglichen mit den Versicherten im Verband der privaten Krankenversicherten müssen die Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung länger auf eine ärztliche Behandlung warten, sie haben kürzere Gespräche mit dem Arzt/der Ärztin, und sie fühlen sich schlechter von ihren ÄrztInnen über die Erkrankung und die Behandlungsmöglichkeiten informiert.

(g) Bei chronisch Kranken sind, bezogen auf Informiertheit und die Bereitschaft ärztlichen Anweisungen zu folgen, zum Teil erhebliche Unterschiede nach dem sozialen Status der PatientInnen zu beobachten. Bei Typ 2 DiabetikerInnen wurden z.B. die folgenden Zusammenhänge gefunden: Die Blutzucker-Einstellung (gemessen über den HbA1c-Wert) und das Wissen über Diabetes sind in den unteren Bildungsgruppen besonders schlecht. Die DiabetikerInnen mit geringer Bildung nehmen besonders selten an einer Schulung teil.

Diese Unterschiede lassen sich nicht nur auf das individuelle Gesundheitsverhalten der einzelnen PatientInnen zurückführen, sondern auch und vor allem auf das System der gesundheitlichen Versorgung. Das System sollte so beschaffen sein, dass alle Personen entsprechend ihres Versor-

gungsbedarfs versorgt werden, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Wenn bei einer Personengruppe besonders große Hindernisse bei der Inanspruchnahme der Versorgungsangebote vorhanden sind, dann sollte „das System“ dafür sorgen, dass diese Hindernisse so weit wie möglich reduziert werden.

Vermeidung von Scham und Stigmatisierung durch Betonung der „Verhältnisse“

Bei der Forderung nach Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit muss gefragt werden, wie das Ziel „gesundheitliche Gleichheit“ definiert werden kann. Sollen alle Menschen gleich gesund sein und gleich lange leben? Dies ist weder ein erreichbares noch ein erstrebenswertes Ziel. In Anlehnung an die Argumentation des WHO Regionalbüros für Europa lässt sich das gesundheitspolitische Ziel daher wie folgt definieren: Jeder/jede soll eine faire Chance erhalten, sein Gesundheitspotential voll auszuschöpfen, d.h. alle vermeidbaren Hemmnisse zur Erreichung dieses Potentials sollen beseitigt werden. Diese Zielvorstellung lässt sich mit dem Begriff „gesundheitliche Chancengleichheit“ umschreiben. Sie wird kaum vollständig zu erreichen sein; gesucht werden daher realistische, umsetzbare Vorschläge, die dazu beitragen, dieses Ziel so weit wie möglich zu erreichen.

Beim Thema „regionale Verteilung der Belastungen“ lässt sich die Herausforderung so umschreiben: Zum einen muss mehr als bisher betont werden, dass viele soziale und gesundheitliche Belastungen regional konzentriert sind, und dass die Menschen, die in diesen Regionen leben, aus finanziellen Gründen zumeist kaum in weniger belasteten Regionen leben können.

Beim Thema „gesundheitliche Versorgung“ lässt sich die Herausforderung so umschreiben: Auch wenn allen Versicherten die gleiche Versorgung angeboten wird, und auch wenn kein Arzt/keine Ärztin einen ärmeren Patienten/eine ärmere Patientin bewusst schlechter behandeln wird als einen reicheren/eine reichere: Offenbar gibt es größere Unterschiede in der gesundheitlichen Versorgung zu Ungunsten der unteren Statusgruppen. Umgekehrt wäre es sinnvoller, d.h. zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit sollte die Versorgung in den unteren Statusgruppen besonders gut sein.

In beiden Fällen stehen also nicht die individuellen Verhaltensweisen im Vordergrund, sondern die „Verhältnisse“. Die

Unterscheidung zwischen „Verhalten“ einerseits und „Verhältnissen“ andererseits ist immer noch sehr hilfreich, vor allem um auf die Gefahr des „blaming the victim“ hinzuweisen. Belastungen wie Lärm und Luftverschmutzung im Wohngebiet, gesundheitliche Belastungen am Arbeitsplatz, Unterschiede in der gesundheitlichen Versorgung: bei all diesen Faktoren sind die „Verhältnisse“ von entscheidender Bedeutung. Wenn die Bedeutung dieser „Verhältnisse“ betont wird, dann bleibt für individuelle Schuldzuweisung und damit auch für Scham und Stigmatisierung wenig Raum.

Es gibt selbstverständlich noch mehr Möglichkeiten zur Vermeidung bzw. Verringerung von Scham und Stigmatisierung; zu nennen ist hier vor allem die Forderung nach „Partizipation“. Sie besagt, dass Planung und Durchführung einer Maßnahme so stark wie möglich von den Personen bestimmt werden muss, deren Gesundheitszustand verbessert werden soll (Wright et al. 2007). Partizipation ist jedoch nur dann Erfolg versprechend, wenn auch die Wichtigkeit der „Verhältnisse“ betont wird.

1) Rudolf Virchow (1821-1902) war Arzt und Politiker. Er setzte sich für eine medizinische Grundversorgung ein, die Gründung erster kommunaler Krankenhäuser in Berlin geht auf ihn zurück.

Literatur

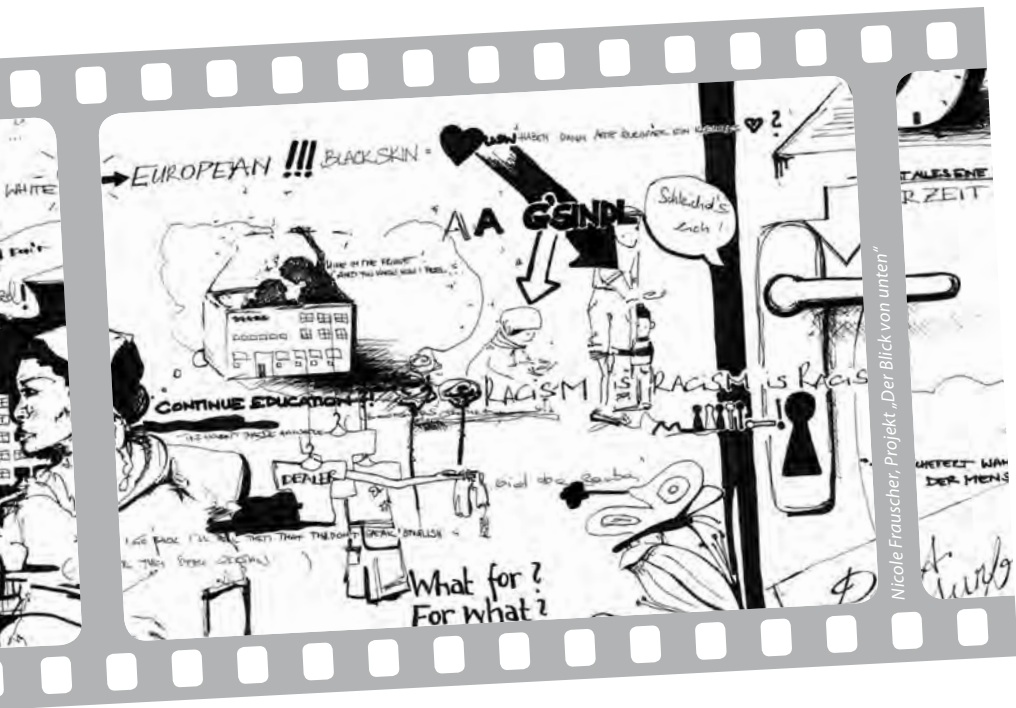
Lampert T, Kroll L E, Dunkelberg A [2007]: Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 2007; 42: 11-18.

Mielck A [2005]: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Einführung in die aktuelle Diskussion. Verlag Hans Huber, Bern.

Mielck A [2008a]: Regionale Unterschiede bei Gesundheit und gesundheitlicher Versorgung: Weiterentwicklung der theoretischen und methodischen Ansätze. In: Bauer U, Bittlingmayer UH, Richter M (Hrsg.): Health Inequalities - Erklärungsansätze gesundheitlicher Ungleichheit. VS Verlag, Wiesbaden. (in Druck)

Mielck A [2008b]: Zum Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und gesundheitlicher Versorgung. In: Tiesmeyer K, Brause M, Lierse M, Lukas-Nülle M, Hehlmann T. (Hrsg.): Der blinde Fleck. Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung. Verlag Hans Huber, Bern, 21-38.

Wright M, Block M, von Unger H [2007]: Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung. Ein Modell zur Beurteilung von Beteiligung. Info-Dienst für Gesundheitsförderung (Zeitschrift von „Gesundheit Berlin“) 3: 4-5.



1: Unterstützung in allen krankheits- und behandlungsbedingten sozialen Problemlagen

Die Versorgung von PatientInnen nach einem Krankenhausaufenthalt ist meist nicht ganz einfach. Ressourcenprobleme und Versorgungsdefizite lassen Angehörige oft verzweifeln. PatientInnen können nicht mehr in den gewohnten Lebensraum zurück, brauchen finanzielle Unterstützung, benötigen adäquate Rehabilitationsmaßnahmen oder sind schlichtweg mit einem chronischen gesundheitlichen Problem überfordert. Im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Linz gibt es eine spezielle Anlaufstelle für PatientInnen und deren Angehörige zur sozialen Beratung. Gratis wird Unterstützung für alle sozialen Problematiken seit mehr als 20 Jahren angeboten. Der Sozialdienst des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Linz ist eine interdisziplinäre Einrichtung, die neben Pflege und Medizin zu den Versorgungsschwerpunkten zählt.

Soziale Arbeit im Gesundheitsbereich

Durch verschiedene gesellschaftliche Faktoren werden Gesundheit und Krankheit von jedem Menschen anders erlebt und mit unterschiedlichen Strategien bewältigt. Sozioökonomische Determinanten von Gesundheit wie Armut, psychosoziale Faktoren, Beschäftigung, finanzielle Ressourcen usw. werden von Diplomierten SozialarbeiterInnen erhoben und in der Folge individuelle Ziele formuliert und Maßnahmen gesetzt.

Sozialarbeit im Krankenhaus unterscheidet sich von Langzeitbetreuungen außerhalb des Krankenhauses und der Sozialarbeit mit DauerklientInnen. Drei grobe Einteilungen können im Gesundheitsbereich vorgenommen werden:

Die **Klassische Sozialarbeit** beinhaltet die gesamten Aktivitäten, die mit dem Ziel vorgenommen werden, die Lebensverhältnisse innerhalb des Gemeinwesens für die ihm angehörigen Menschen zu verbessern (Engelke, 1998).

Die **Klinische Sozialarbeit** ist eine Teildisziplin der Sozialen Arbeit und bezeichnet die Sozialarbeit im Kontext des Gesundheitswesens. Die Interventionen orientieren sich grundsätzlich am Ansatz der Gesundheitsförderung. Darunter verstehen wir nicht nur die Abwehr oder Beseitigung von Krankheit, sondern vielfach auch die Möglichkeit, mit einer Krankheit

Da Soziale Arbeit im Krankenhaus die sozialen, persönlichen und finanziellen Schwierigkeiten von PatientInnen zentral berücksichtigt, kann sie einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit leisten.

oder Behinderung zu leben. „Clinical Social Workers“ in den USA und „Klinische SozialarbeiterInnen“ in deutschsprachigen Ländern können nicht mit der Krankenhaussozialarbeit gleich gesetzt werden. Klinische Sozialarbeit meint die Behandlung von Personen im stationären und im ambulanten Setting in der Suchtarbeit, Psychiatrie, etc. Sie beschäftigt sich mit psychosozialen Störungen und körperlichen Beeinträchtigungen – in ihren Auswirkungen, mit ihren sozialen Gründen und in ihrem sozialen Zusammenhang, wobei mit der professionellen Kompetenz Sozialer Arbeit auf Heilung, Linderung oder Besserung hingewirkt wird (Wendt, 2000).

Hingegen ist die **Krankenhaussozialarbeit** eine Teildisziplin der Klinischen Sozialarbeit. Diese definiert sich durch spezifische Aufgaben, die durch den stationären Aufenthalt und das Entlassungsmanagement beschränkt sind (Bienz, Reinmann, 2004).

Die Sozialarbeit im Krankenhaus berät und begleitet PatientInnen (und bei Bedarf die Angehörigen) aller Altersgruppen, deren Lebenssituation sich aufgrund von Krankheit und Behinderung in physischer, psychischer, sozialer, beruflicher, wirtschaftlicher und/oder in anderer Hinsicht verändert hat (Gödecker Reen & Nau, 2002).

Die Aufgaben (lt. Schweizerischen Fachverband Sozialdienst in Spitälern) können in direkte und indirekte Dienstleistungen unterteilt werden (Bienz, Reinmann, 2004).

Die indirekte Dienstleistungen umfassen die Teilnahme an krankenhausesinternen Arbeitsgruppen, Weiterbildung für Angehörige anderer Berufsgruppen über das Gebiet der Sozialen Arbeit, Vertretung der fachspezifischen Anliegen der Spitäler nach außen, Praxisausbildung von SozialarbeiterInnen bzw. Unterricht an den Ausbildungsstätten.

Die direkte Dienstleistungen beinhalten Themen wie Abklärung der sozialen Situation – Sozialanamnese, Sozialdiagnose, Ziel-

Anna Dieplinger
ist Gesundheitssoziologin
und Leiterin der Abteilung
Sozialdienst am
Allgemeinen Krankenhaus
der Stadt Linz

Praxisbeispiele zur Verringerung von Scham und Stigmatisierung und gesundheitlicher Ungleichheit

formulierung, Evaluierung; Vorbereitung der Krankenhausentlassung, Beziehungshilfe, Unterstützung bei der Organisation finanzieller und materieller Sachhilfe und Vernetzung zu externen Institutionen.



Abb.: nach Ansen, 2004, Beratungsleistungen der Sozialen Arbeit im Krankenhaus

Psychosoziale Aspekte

Die Versorgung von kranken Menschen beinhaltet nicht nur die heilende Behandlung, sondern auch die Sicherung der Lebensqualität. Die PatientInnen erleben durch eine (chronische) Erkrankung eine Zäsur in der Lebensgeschichte, sie müssen sich mit der gesundheitlich veränderten Lebenslage arrangieren. Diese sind mit gravierenden körperlichen und seelischen Veränderungen verbunden. Durch weitgehende Veränderungen im Alltag, soziale und berufliche Rollen kann es zu Überforderungen kommen und PatientInnen geraten in eine Abhängigkeit durch das Versorgungssystem.

„Die Sozial Arbeit im Krankenhaus kann durch psychosoziale Betreuung bei seelischen Belastungen, bei der Krankheitsbewältigung, bei persönlichen und familiären Konflikten und der Erarbeitung einer Zukunftsperspektive unterstützen.“
(Bienz, Reinmann, 2004)

Soziale Beratung

In der sozialen Beratung im Krankenhaussozialdienst dominieren die krankheits- und behandlungsbedingten sozialen, persönlichen, und finanziellen Schwierigkeiten eines Patienten/einer Patientin. Soweit möglich, werden andere beratungsrelevante Themen an Institutionen delegiert, die nach der Krankenhausentlassung die Beratung und Versorgung übernehmen.

„Die Beratung ist eine problembezogene Kommunikation, in der der Berater an

den Ratsuchenden Informationen, Empfehlungen und Deutungen in Bezug auf lebenspraktische Probleme weitergibt.“
(Bienz, Reinmann, 2004)

Das Tätigkeitsprofil der Sozialarbeit im Krankenhaus

Die Soziale Arbeit garantiert eine Vollständigkeit des Behandlungsauftrages. Soziale, materielle und persönliche Probleme der PatientInnen und Angehörigen werden mit methodischer Kompetenz bearbeitet. Die Fähigkeiten zur Gesprächsführung, Krisenintervention, Analyse und Lösung von Belastungen, Methoden zur Gesundheits-erziehung und -beratung, Vermittlung lebenspraktischer Fähigkeiten, Erschließung von Sozialleistungen und die Organisation und Koordination von Nachsorgemaßnahmen stellen die Basis für die Beratung dar. (Ansen, 2004)

Sozialberatung wird von vielen Menschen erst dann in Anspruch genommen, wenn die weiteren Schritte unklar, KlientInnen mit Situationen überfordert sind, die Handlungsfelder fehlen oder auch Ressourcenprobleme auftreten. Sozialarbeit in einem Krankenhaus heißt, für Menschen in den außergewöhnlichsten Lebenssituationen da zu sein, weiter zu vermitteln und Schnittstelle zu sein zwischen Berufsgruppen intern und zu Institutionen im extramuralen Bereich (außerhalb des Krankenhauses).

Literatur

Ansen Harald: 2001, *Tätigkeitsprofil der Sozialarbeit im Krankenhaus*, In: Reinicke Peter, 2001, *Soziale Arbeit im Krankenhaus – Vergangenheit und Zukunft*, Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau

Bienz B., Reinmann A.: 2004, *Sozialarbeit im Krankenhaus, Aufgaben – Methoden – Ziele*, Verlag Haupt Berne, Zürich

Engelke E. (Hrsg.): 1998, *Theorien der Sozialen Arbeit*, Lambertus, Freiburg im Breisgau

Filsinger D. Homfeldt H. G.: 2001, *Gesundheit und Krankheit*, In: Otto / Thiersch, 2001, *Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik*, 705 – 716, Neuwied Kriftel

Gödecher-Green N. & Nau H.: 2002, *Klinische Sozialarbeit, Eine Positionsbestimmung*, Münster

Heim E., Meyer P. C.: 1998, *Soziologische Aspekte des Krankseins*, In: Budeberg / Willi, 1998, *Psychosoziale Medizin*, 385 – 419, Berlin

Nieselstein Petra: 2001, *Sozialarbeit und Öffentlichkeitsarbeit Tue Gutes und sprich darüber*; In: Reinicke Peter (Hrsg.): *Soziale Arbeit im Krankenhaus – Vergangenheit und Zukunft*, Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau

Reinicke Peter: *Ausbildung der Fürsorger/innen in der DDR*; In: *Die Berufliche Sozialarbeit*, H. 3/1990, 38 – 45; *Soziale Berufe*, In: *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 3. Auflage. Frankfurt / Mein, 846 – 849

Wendt W. R.: 2000, *Zukunftsperspektiven für die Klinische Sozialarbeit an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend*, Forum Krankenhaussozialarbeit (1)

Witterstätter K.: 2003, *Soziale Sicherung*, Darmstadt

Praxisbeispiele zur Verringerung von Scham und Stigmatisierung und gesundheitlicher Ungleichheit

2: Aids Hilfe Wien – Aids Hilfe Haus

Auf 1.700 Quadratmetern werden Präventionsworkshops, Beratung zu den Themen HIV/AIDS, Sexualität, Partnerschaft und Beziehung, die anonyme und kostenlose Durchführung des HIV-Antikörpertests sowie die Betreuung HIV-positiver Menschen durch SozialarbeiterInnen angeboten. Betroffenen steht darüber hinaus das Aktiv- und Tageszentrum zur Verfügung. Gemütliches Beisammensein, gemeinsames Essen und organisierte Ausflüge eröffnen neue Perspektiven und helfen gegen Einsamkeit.

Vor 20 Jahren war die Diagnose 'HIV-positiv' mit einem Todesurteil gleichzusetzen. Aufgrund des medizinischen Fortschritts ist AIDS, wenn auch nicht heilbar, so doch behandelbar geworden. Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass Gesundheit nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern auch soziales und psychisches Wohlbefinden bedeutet.

12.000 bis 15.000 Menschen leben in Österreich mit HIV/AIDS, etwa die Hälfte davon in Wien. Viele von ihnen sprechen aus Angst vor Ablehnung mit niemandem über ihre Infektion. Die finanzielle Situation Betroffener wird in Österreich zunehmend

Bereits 1985 öffnete in Wien die erste Aids-Hilfe ihre Pforten. Deutlich erleichtert wurde die Arbeit der Aids Hilfe Wien mit der Eröffnung des Aids Hilfe Hauses am 1. Dezember 1997.

schlechter. Von den SozialarbeiterInnen der Aids Hilfe Wien werden über 600 HIV-infizierte KlientInnen betreut. 90% dieser Menschen leben unter der Armutsgrenze. Gegen dieses 'soziale AIDS' arbeitet die Aids Hilfe Wien, indem sie einerseits HIV-infizierte Menschen durch ihre Angebote unterstützt und kleine Zuverdienstmöglichkeiten bietet und andererseits über HIV/AIDS aufklärt, um Vorurteile abzubauen. Neben Vorträgen und Workshops für die Allgemeinbevölkerung finden jährlich ca. 400 Präventionsworkshops für SchülerInnen statt.

Die Aids Hilfe Wien wird vom Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend sowie dem Fonds Soziales Wien subventioniert. Die Angebote des Aktiv- und Tageszentrums und die direkten Unterstützungsleistungen für die KlientInnen der Aids Hilfe Wien werden aus Spendenmitteln finanziert.

Elke Schlitz
ist Geschäftsführerin der
Aids Hilfe Wien

Mehr Infos:
www.aids.at



Nicole Frauscher, Projekt „Der Blick von unten“

3: Caritas Marienambulanz

Das österreichische Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt, doch weist es auch Lücken auf. Die Caritas Marienambulanz ist seit neun Jahren bemüht, eine dieser Lücken zu schließen.

Leitbild und Ziele:

Niederschwellige allgemeinmedizinische Primärversorgung für Menschen, die keine Krankenversicherung haben (In- und AusländerInnen) aber auch für versicherte Personen (In- und AusländerInnen), die aus den unterschiedlichsten Gründen (Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Scham, Wunsch nach Anonymität, schlechte Erfahrungen, fehlendes Wissen, sprachliche Barrieren, soziale Ungleichheit etc.) die Schwelle in das öffentliche Gesundheitswesen nicht überwinden können.

Hervorzuheben ist aber vor allem die Bedarfsgerechtigkeit der Versorgung, die in dieser Einrichtung angeboten wird. Neben der Beachtung kultureller Aspekte und einem ganzheitlichen biopsychosozialen Behandlungsansatz liegt ein Schwerpunkt der Arbeit auf der Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten, bevor sie chronisch werden.

Einzugsgebiet der Marienambulanz ist das Stadtgebiet von Graz und Graz Umgebung. Muttersprachliche Behandlung, sowie Miteinbezug der Kultur, aus der die PatientInnen kommen, ist eine wichtige

Entwicklung für umfassende Kompetenz der MitarbeiterInnen der Marienambulanz in der medizinischen Versorgung der Zielgruppe. Derzeit decken die MitarbeiterInnen acht Sprachen ab (bei Bedarf gibt es DolmetscherInnen der Caritas und aus dem Dolmetschpool des Kooperationspartners Omega).

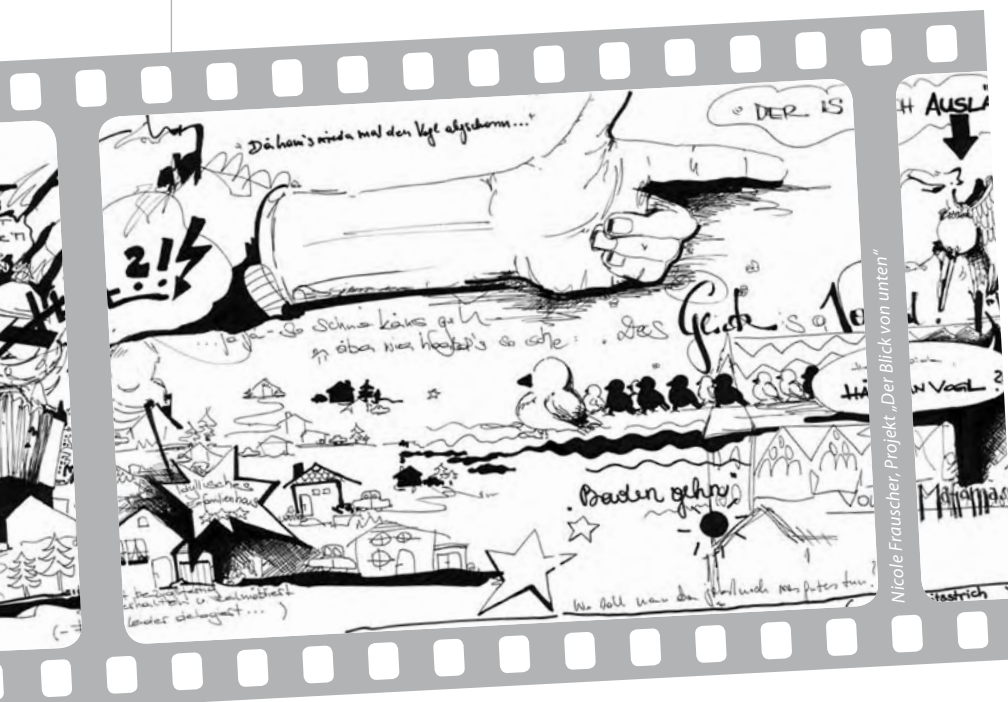
Die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Ambulanz erbringen durchschnittlich jährlich ca 2500 Stunden. Derzeit gibt es fünf hauptamtliche und 31 ehrenamtliche MitarbeiterInnen in der Ambulanz. 26 Ärztinnen und Ärzte bieten in ihren Facharztpraxen in medizinischen Institutionen sowie Krankenhäusern ihre Dienste bei Bedarf kostenlos an!

Angebote:

- Allgemeinmedizinische Ordination: Mo – Fr 12:00 – 13:00 Uhr
- Diabetesordination: 1x/Monat und nach Bedarf
- Hypertonieordination: nach Vereinbarung
- Frauensprechstunde: dienstags 10:00-12:00 Uhr/ 1x monatlich mit Gynäkologin
- Psychiatrisprechstunde: donnerstags von 9:00-14:00 Uhr
- Sprechstunde Kontaktladen Drogenstreetwork: Mo + Di 12:00-14:00 Uhr, Freitag von 8:00-10:00 Uhr
- Sozialpsychiatrisch Aufsuchende Arbeit: 2x wöchentlich

Irene Holzer
Ist ärztliche Leiterin der
Marienambulanz

Mehr Infos:
www.caritas-graz.at



4: Sachwalterschaft, Patientenanwaltschaft, Bewohnerververtretung

Sachwalterschaft

Menschen mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung haben zunehmend Probleme beim Erledigen bestimmter Angelegenheiten: etwa beim Umgang mit Ämtern und Behörden, Abschluss von Verträgen, bei der Regelung der eigenen Finanzen oder bei der Sicherstellung einer angemessenen Wohnsituation.

Zur Vertretung dieser Menschen kann das Gericht eine SachwalterIn bestellen. Diese/r trifft stellvertretend Entscheidungen, wobei sie/er die betroffene Person in ihr Handeln einbezieht.

Patientenanwaltschaft

Gefährdet ein Mensch sich selbst oder andere aufgrund einer psychischen Erkrankung und gibt es keine alternative Möglichkeit, die Gefahr abzuwenden, kann es zu einer Unterbringung kommen: Die/der Betroffene wird zwangsweise in einer stationären psychiatrischen Einrichtung aufgenommen und behandelt.

Die PatientenanwältInnen vertreten diese PatientInnen im gerichtlichen Verfahren, in dem über die Zulässigkeit der Unterbringung entschieden wird. Sie sind vom Krankenhaus unabhängig und treten für deren Rechte sowie Anliegen ein.

Bewohnerververtretung

Im Heimaufenthaltsgesetz ist genau festgelegt, unter welchen Voraussetzungen bei Menschen mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung Freiheitsbeschränkungen in Alten-, Pflege-, Behinderteneinrichtungen und Spitälern vorgenommen werden dürfen.

Die BewohnervertreterInnen haben eine überprüfende und hinterfragende Funktion. Bei gerichtlichen Überprüfungen der Freiheitsbeschränkungen vertreten sie die

Seit 2007 treten die drei Leistungsbereiche des Vereins, Sachwalterschaft, Patientenanwaltschaft und Bewohnerververtretung, gemeinsam als VertretungsNetz auf.

Betroffenen. Sie arbeiten mit allen Beteiligten daran, die Dauer von Freiheitsbeschränkungen zu verkürzen, sowie Alternativen vermehrt zum Einsatz zu bringen.

Angebote

Angeboten wird kostenlose Beratung für MultiplikatorInnen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich sowie für Personen, die Fragen zu Sachwalterschaft, zum Aufenthalt in einer psychiatrischen Abteilung sowie zu Freiheitsbeschränkungen in Alten-, Pflege-, Behinderteneinrichtungen sowie in Krankenhäusern haben.

VertretungsNetz hat 78 Standorte und an die 100 Teams ehrenamtlicher Vereins-sachwalterInnen in allen Bundesländern (außer in Vorarlberg), 143 SachwalterInnen hauptberuflich, 723 SachwalterInnen ehrenamtlich, 43 PatientenanwältInnen, 52 BewohnervertreterInnen; VertretungsNetz gesamt: 1.112 MitarbeiterInnen (inkl. administrative MitarbeiterInnen).

MitarbeiterInnen von VertretungsNetz setzen sich auf Länder- und Bundesebene für die Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen und geistiger Behinderung ein.

VertretungsNetz stellt die Aus- und Fortbildung für die hauptberuflichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen sicher, die in diesen drei Bereichen tätig sind.

Das Bundesministerium für Justiz ermöglicht die Arbeit des Vereins durch Förderungen.

Norbert Kramer
ist Vereinsachwalter,
Sozialarbeiter und Gesellschaftswissenschaftler

Mehr Infos:
www.vsp.at

5: Das Frauengesundheitszentrum FEM Süd

Das Frauengesundheitszentrum FEM Süd in Wien besteht seit 1999 im Kaiser Franz Josef-Spital im 10. Wiener Gemeindebezirk und ist charakterisiert durch niederschwellige, ganzheitliche, alters- und kulturunabhängige Frauengesundheitsförderung.

Vorrangiges Anliegen ist, Mädchen und Frauen in ihren gesundheitlichen Bedürfnissen zu unterstützen und sie zu bestärken, deren Berücksichtigung einzufordern. Aufgabe des Frauengesundheitszentrums ist es im Speziellen, Barrieren des Zuganges zur Gesundheitsversorgung für sozial benachteiligte Frauen, wie Alleinerzieherinnen, Frauen mit geringer Schulbildung und/oder geringem Einkommen sowie Migrantinnen abzubauen und deren gesundheitlichen Anliegen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Im Zentrum stehen dabei die Stärkung von Selbstbestimmung und Empowerment nicht nur im Hinblick auf gesundheitliche Belange, sondern in Bezug auf verschiedenste Bereiche des Lebens.

Da im kommunalen Umfeld des Frauengesundheitszentrums zahlreiche Frauen mit Migrationshintergrund leben, gibt es Beratungs- und Informationsangebote auch in den Sprachen Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Türkisch sowie Arabisch, Englisch und Französisch. In einem multikulturellen und multiprofessionellen Team stehen

Psychologinnen, Psychotherapeutinnen, Ärztinnen, Gynäkologinnen und Sozialarbeiterinnen den Frauen zur Verfügung. Die Arbeitsweise ist charakterisiert durch Flexibilität, unbürokratisches Vorgehen, Kurzfristigkeit, wobei die Türen offen stehen, um mögliche Hemmschwellen abzubauen.

Durch diese Konzeption gelingt es, Frauen zu erreichen, für die bestehende Institutionen der Gesundheitsversorgung und -förderung nicht adäquat sind.

Neben der individuellen Beratung liegt ein zweiter Schwerpunkt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Neben der Pressearbeit und der Erstellung von Informationsbroschüren werden Informationsveranstaltungen sowie Gesundheitsaktionen zu aktuellen Themen der Frauengesundheit durchgeführt, die einen niederschweligen Zugang zur Information gewährleisten.

Das Frauengesundheitszentrum FEM Süd bildet gemeinsam mit dem Frauengesundheitszentrum FEM und dem Männergesundheitszentrum MEN den Verein „Institut für Frauen- und Männergesundheit“. Die Finanzierung erfolgt über Fördermittel der Stadt Wien sowie des Bundes (z.B. Fonds Gesundes Österreich, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend).

Hilde Wolf
ist Leiterin des Frauengesundheitszentrums FEM Süd im Kaiser Franz Josef-Spital (SMZ Süd)

Mehr Infos:
www.fem.at



Nicole Frauscher, Projekt „Der Blick von unten“

Praxisbeispiele zur Verringerung von Scham und Stigmatisierung und gesundheitlicher Ungleichheit

6: AMBER-MED

AMBER-MED ist eine Einrichtung der Diakonie in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz und bietet ambulant medizinische Versorgung und soziale Beratung mit Medikamentenhilfe für Menschen ohne Versicherungsschutz bei akuten oder/und latenten Krankheitssymptomen, mit entsprechend besonderem Bedarf an.

Dies geschieht:

- mit niederschwelligem Zugang zu medizinischer Versorgung
- mit erhöhter Aufmerksamkeit und differenzierter Wahrnehmung ihrer Herkunft, jüngsten Geschichte, Symptome / Beschwerden
- mit posttraumatisch - oder/und sozialintegrativ therapeutischer Begleitung
- mit unterstützender Sozialberatung über Ressourcen und Vernetzung
- mit breitem Fremdsprachenangebot
- mit Vertrauen in Datenschutzsicherheit u. Anonymität

Zielgruppe:

Menschen – v. a. MigrantInnen – mit akuten und/oder latenten Krankheitssymptomen und entsprechendem Heilungsbedarf, die auf Grund

- des politisch-rechtlichen Status keinen Zugang zu behördlicher oder öffentlicher Gesundheitsversorgung finden, Nichtversicherte sind;
- ihrer sozial deprivierten Situation Scheu vor etablierten Ordinationen und/oder Ambulanzen haben;
- wirtschaftlicher Gegebenheiten die finanziellen Mittel für etwaige Behandlungen und Medikamente (od. Heilhilfe) nicht aufbringen können;
- ihres Fremdseins muttersprachliche Betreuung / Beratung suchen;
- der Unkenntnis unseres Gesundheitssystems Integrationshilfe benötigen.

Zielsetzung:

Wiederherstellung und Gewährleistung/ Stabilisierung körperlicher, psychosomatischer, psychischer Gesundheit bei höchstmöglicher Sprach-Verständlichkeit.

*AMBER-MED steht für **AM**bulant medizinische Versorgung, soziale **BER**atung mit **MED**ikamentenhilfe.*

Angebote, kostenfrei:

- den Alltagsbedarf begleitende ambulant medizinische (Not-) Versorgung
- erweiterte Präventiv-Medizin/Beratung
- psychosomatische Facharzt-Betreuung
- Diabetes – Beratung/Betreuung
- Ernährungsberatung
- Ordination für Gynäkologie, Beratung zu Frauenfragen 14-tägig
- Ordination für neurologische Facharzt-Beratung/Betreuung
- Ordination für Kinder- und Jugendheilkunde
- psychotherapeutische Krisenintervention, -Begleitung in Einzel- und/oder Familiengesprächen
- ggf. Zuweisung zu kooperierenden FachärztInnen; diagnostisch, therapeutisch
- bei Bedarf/auf Rezept Abgabe von Medikamenten (Medikamentendepot des ÖRK).
- Sozial- arbeit/beratung zu begleitenden, vernetzenden Ressourcen

Betriebsbasis:

- Zwei Angestellte, ein Zivildienstler
- freiwillig ehrenamtliche Mitarbeit aller tätigen Allgem./FachärztInnen, des medizinischen Personals, der Übersetzenden
- kostenfreie Kooperation von Wiener FachärztInnen, Labors, Instituten für Radiologie
- Privat- u. Firmenspenden
- öffentliche Fördergeber

Erica Riener

ist Projektleiterin von AMBER-MED

Mehr Infos:
amber.diakonie.at

„Nur für die, die es wirklich brauchen“: Sozialleistungen für alle oder nur für Bedürftige?

Wer sollte in Österreich in den Genuss von Sozialleistungen kommen? Sollten Geld- und Sachleistungen allen BürgerInnen zugute kommen oder nur jenen, die sie auch wirklich brauchen?

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit diesen Fragestellungen. Dazu werden zunächst einige empirische Ergebnisse zu den Umverteilungswirkungen der österreichischen Sozialleistungen angeführt, aber auch zur Nichtinanspruchnahme von Fürsorgeleistungen am Beispiel der Sozialhilfe.

Im zweiten Teil werden die Fragestellungen dann aus konzeptueller Sicht diskutiert und die Probleme von „Leistungen nur für Arme“ am Beispiel der österreichischen Sozialhilfe skizziert. Lehren für die geplante bedarfsorientierte Mindestsicherung, die die Sozialhilfe ersetzen soll, beschließen diesen Beitrag.

1. Annäherung an die Forschungsfrage auf Basis empirischer Daten (Michael Fuchs)

Dieses Kapitel versucht auf Basis von empirischen Daten eine Annäherung an die Forschungsfragen zu bieten und diese damit zumindest indirekt zu beantworten. Das Europäische Zentrum hat unter Verwendung des Steuer-/Transfer-Mikrosimulationsmodells EUROMOD mit EU-SILC 2004¹ (Einkommen für 2003) als Inputdatensatz zwei Projekte durchgeführt: eines zur Umverteilungswirkung von bestimmten Abgaben und Transfers² und eines zum Non-Take-Up (Nichtinanspruchnahme) bei der Sozialhilfe³. Um die Einheitlichkeit des Referenzjahres sicherzustellen, beziehen sich alle im Folgenden referierten – im Zeitablauf ohnehin relativ robusten Daten – auf das Jahr 2003.

Struktur monetärer Sozialleistungen in Österreich: geringer Anteil bedarfsgeprüfter Leistungen

Im europäischen Vergleich weist Österreich sowohl eine überdurchschnittliche Abgaben- als auch eine überdurchschnittliche Sozialquote auf. Bei der Fokussierung auf Sozialversicherungsbeiträge (SV-Beiträge) und Einkommensteuer (ESt) auf der Abgabenseite zeigt sich, dass insbesondere die SV-Beiträge mit 14,5% des BIP⁴ relativ hoch ausfallen, während die Einkommen-

und Gewinnsteuern mit 12,7% des BIP⁵ in etwa im europäischen Durchschnitt liegen. Bei den Sozialleistungen dominieren die monetären Transfers (mehr als 70%), die sich auf 20,5% des BIP belaufen und im europäischen Vergleich ebenfalls überdurchschnittlich ausfallen.⁶

Die monetären Sozialleistungen folgen im Wesentlichen dem Prinzip des horizontalen Ausgleichs, d.h. es erfolgt eine grundsätzlich vom Einkommen unabhängige Umverteilung etwa von kinderlosen Haushalten zu Haushalten mit Kindern, etc. Entsprechend machen Sozialversicherungsleistungen inkl. „Pensionen“ für BeamtInnen 72% der monetären Sozialleistungen aus, generelle Leistungen⁷ (insbes. Familienleistungen) weitere 15%. Bedarfsgeprüfte Leistungen erreichen lediglich einen Anteil von 4%⁸, in den EU-25 ist dieser Anteil doppelt so hoch.

Bedarfsgeprüfte Leistungen finden sich in der Pensionsversicherung (Ausgleichszulage), in der Arbeitslosenversicherung (Notstandshilfe), im Familienlastenausgleichsfonds (Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld), bei Ländern und Gemeinden (Sozialhilfe, Wohnbeihilfen, Familienzuschüsse, etc.) sowie bei Stipendien.

Beträchtliche Umverteilung von oberen zu unteren Einkommensgruppen auf Haushaltsebene

Die Armutsgefährdungsrate für die Gesamtbevölkerung ist in Österreich mit 13% im internationalen Vergleich relativ gering.⁹ Weiterführende Analysen zeigen auch, dass die vertikale Umverteilung von oberen zu unteren Einkommensgruppen durch SV-Beiträge, ESt und monetäre Sozialleistungen in Summe ein beträchtliches Ausmaß erreicht. Gemessen am gewichteten Haushaltseinkommen beträgt der Gini-Koeffizient¹⁰ für Bruttomarkteinkommen 0,34 im Vergleich zu 0,24 für verfügbare Nettoeinkommen¹¹, die somit wesentlich gleichmäßiger verteilt sind.

Michael Fuchs
Europäisches Zentrum
für Wohlfahrtspolitik und
Sozialforschung

Karin Heitzmann
Institut für Sozialpolitik,
Wirtschaftsuniversität
Wien

Tab. 1: Umverteilungseffekt von SV-Beiträgen, ESt und monetären Sozialleistungen (Ebene: gewichtete Haushaltseinkommen), 2003

Einkommenskonzept	Gini-Koeffizient
Bruttomarkteinkommen	0,337
Bruttomarkteinkommen minus SV-Beiträge	0,340
Bruttomarkteinkommen minus SV-Beiträge minus ESt	0,295
Bruttomarkteinkommen minus SV-Beiträge minus ESt plus Sozialleistungen* (=verfügbares Haushaltsnettoeinkommen)	0,239

Q: Fuchs/Lietz 2007 (EUROMOD basierend auf EU-SILC 2004)

* Annahme 100% Take-Up; Pensionen mit Ausnahme der Ausgleichszulage werden nicht als monetäre Sozialleistungen, sondern als Markteinkommen gezählt.

Basierend auf Simulationen entrichtete das unterste Fünftel (Quintil) der nach ihrem äquivalisierten (gewichteten) Nettohaushaltseinkommen gereihten Personen im Jahr 2003 6% aller SV-Beiträge und 2% der gesamten ESt und profitierte von 32% aller monetären Sozialleistungen. Auf der anderen Seite brachte das oberste Fünftel 38% aller SV-Beiträge und 59% der gesamten ESt auf, während 12% aller monetären Sozialleistungen auf dieses Quintil entfielen. Das unterste Quintil erhält somit einen wesentlich höheren Anteil an Transfers als es seiner Abgabeneistung entspricht, im obersten Quintil verhält es sich umgekehrt.

Tab. 2: Anteil an entrichteten SV-Beiträgen und ESt bzw. erhaltenen monetären Sozialleistungen per Einkommens-Quintil (Haushaltsebene), 2003

Reihung nach gewichteten Haushaltsnettoeinkommen	SV-Beiträge	ESt	Monetäre Sozialleistungen*
Quintil 1	6%	2%	32%
Quintil 2	13%	7%	22%
Quintil 3	18%	12%	19%
Quintil 4	25%	20%	15%
Quintil 5	38%	59%	12%
Summe	100%	100%	100%

Q: Fuchs/Lietz 2007 (EUROMOD basierend auf EU-SILC 2004)

* siehe Anmerkung Tab. 1.

Trotz des geringen Anteils an bedarfsgeprüften Leistungen und des hohen Anteils an der Erhaltung des Lebensstandards orientierten Sozialversicherungsleistungen sowie an generellen Leistungen haben monetäre Sozialleistungen die stärkste Umverteilungswirkung. Das ergibt sich auch daraus, dass die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos oder krank zu werden, in den unteren Einkommensschichten höher ist. Bei den Familienleistungen erfolgt die umverteilende Wirkung über die Verteilung der

Leistungen im Lebenszyklus (hohe Intensität der Leistungen um die Geburt; Kinder verteilen sich anteilmäßig etwas häufiger auf die unteren Einkommensschichten). Bei der ESt führt der progressive Tarif zu einer ebenfalls recht hohen Umverteilungswirkung. Dagegen haben SV-Beiträge aufgrund der Höchstbeitragsgrundlage sogar einen leicht regressiven Effekt.

Effektives Sozialsystem, aber punktuelle Verbesserungen anzustreben (insbes. Sozialhilfe)

Aus den bisherigen Befunden lässt sich folgende Bilanz ableiten:

- Österreich weist nur einen sehr geringen Anteil an bedarfsgeprüften Transferleistungen auf;
- die Sozialleistungen haben insgesamt eine beträchtliche armutsvermeidende und umverteilende Wirkung.

Das Sozialsystem kann somit als effektiv bezeichnet werden, ein umfassender Veränderungsbedarf ist nicht gegeben. Allerdings sind punktuelle Verbesserungen anzustreben; u.E. nach stellt die Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen der Sozialhilfe¹² das größte Problemfeld dar:

Die Leistung wird von den Ländern als subsidiäres Sicherungsnetz bereitgestellt. Die Zielgruppe besteht aus Personen, für die eigene Ressourcen, Ressourcen der Familie bzw. Ansprüche gegenüber Dritten nicht ausreichen, um die Führung eines menschenwürdigen Lebens sicherzustellen. Sie stellt damit eine klassische bedarfsgeprüfte Leistung dar und soll und wird dies auch nach Reformschritten bleiben.

2003 bezogen 1,3% der Wohnbevölkerung bzw. 1,9% aller Haushalte zumindest einmal im Jahr Sozialhilfe. Seit 1995 hat sich die Gesamtzahl der BezieherInnen massiv erhöht. Im Vergleich mit anderen Ländern ist die Anzahl der BezieherInnen jedoch nach wie vor gering. Mögliche Gründe dafür sind die im internationalen Kontext traditionell geringe Arbeitslosenrate und die Gewährung von Notstandshilfe nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes, während in manchen europäischen Ländern ein direktes Ableiten in die Sozialhilfe erfolgt.

Auf Basis von Simulationen haben jedoch im Jahr 2003 mehr als 50% der anspruchsberechtigten Haushalte Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen. Österreich befindet sich damit im internationalen Vergleich durchaus in „schlechter“ Gesellschaft, für Deutschland etwa, die Niederlande und Finnland sind ähnliche Non-Take-Up-Raten

zu beobachten. Insbesondere im Vergleich zu generellen Leistungen sind bedarfsgeprüfte Sozialtransfers stets durch ein gewisses Maß an Zugangsproblemen charakterisiert:

Zum einen wird im Sinne eines rationalen Kosten-Nutzen-Kalküls auf eine Inanspruchnahme verzichtet, wenn die erwartete Leistungshöhe und/oder Bezugsdauer zu gering ausfällt bzw. die Transfergewährung zu unsicher ist, um die Antragskosten (Informationen einholen, Ausfüllen von Formularen, Einkommens- und Vermögensverhältnisse offen legen, etc.) zu kompensieren. Zum anderen spielen auch soziale und psychologische Kosten eine Rolle, die zunächst die generelle Wahrnehmung von staatlicher Hilfe als degradierend umfassen. Zusätzlich kann die Fokussierung von Transfers auf bestimmte Gruppen bzw. das Verhalten von BeamtInnen gegenüber ihren KlientInnen die Hilfe einer gewissen Stigmatisierung aussetzen.

Jedenfalls müssen die Auswirkungen eines hohen Non-Take-Ups bei Sozialleistungen als problematisch angesehen werden. Die Ziele von Transferprogrammen werden nicht (vollständig) erreicht; die Sicherstellung eines Auffangnetzes für Bedürftige wird nur teilweise gewährleistet. Die Nicht-Teilnahme verursacht weiters ungerechtfertigte Ungleichheiten zwischen anspruchsberechtigten Personen. Dies wird zu einem ernsten Problem, wenn die „Entscheidung“ z.T. unfreiwillig erfolgt, i.e. wenn manche Haushalte von objektiven oder subjektiven Barrieren von einer Antragstellung abgehalten werden (z.B. wenn nur Besser-Informierte partizipieren oder die ablehnende Haltung auf der Wahrnehmung der Hilfe als entmündigend beruht).

Den theoretischen Modellen folgend, legt Non-Take-Up nahe, dass die erwarteten Antragskosten den angenommenen Nutzen der Transferleistung übersteigen. Wenn diese Kosten die Konsequenzen von intransparenten Programmen bzw. mangelhafter Information, etc., sind, implizieren sie Fehler im Design oder in der Implementierung der Sozialleistung. Da Informations- und administrative Hürden häufig eine bedeutende Rolle spielen, können relativ geringfügige Maßnahmen sehr effektiv sein. Generell könnten diese darin bestehen, mehr Informationen zur Verfügung zu stellen, den Antragsprozess zu vereinfachen oder die Prüfung der Anträge transparenter zu gestalten.

Im österreichischen Sozialhilfe-Kontext sind u.a. folgende konkrete Reformpunkte aktuell:

- Vereinheitlichung von Richtsätzen, Einkommens- und Vermögensanrechnung;
- Präzisierung von Leistungen mit unbedingtem Rechtsanspruch;
- Abschaffung des Regresses gegenüber den HilfeempfängerInnen selbst;
- Etablierung eines One-Desk-Prinzips (z.B. für Arbeitslose beim AMS).

Als Ersatz für die derzeitigen Sozialhilfeleistungen ist für 2009 eine bedarfsorientierte Mindestsicherung geplant, die zumindest einen Teil dieser Anforderungen erfüllen sollte.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass immer noch vergleichsweise hohe Armutsgefährdungsraten bei bestimmten Gruppen wie etwa Pensionistinnen in Singlehaushalten, Alleinerzieherinnen oder Familien mit drei oder mehr Kindern zu verzeichnen sind. Das bedeutet insgesamt, dass es nach wie vor zumindest punktuell notwendig ist, Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung in das Zentrum politischer Anstrengungen zu stellen.

2. Selektive Sozialleistungen: Grundsätzliche Anmerkungen

(Karin Heitzmann)

Nach den empirischen Informationen sollen im Folgenden zunächst konzeptuelle Aspekte zur Thematik „Sozialleistungen für alle oder nur für die, die es wirklich brauchen?“ diskutiert werden.

Hinter der Frage, ob Leistungen universell (d.h. undifferenziert für alle) oder selektiv (d.h. differenziert für einige) gewährleistet werden sollen, verbirgt sich vor allem auch ein ökonomisches Problem: (Öffentliche) Sozialleistungen müssen finanziert werden, doch das öffentliche Budget ist knapp. Daher muss entschieden werden, wie das knappe Budget auf unterschiedliche Bedürfnisse aufgeteilt werden soll. Nach ökonomischen Vorgaben muss bei dieser Entscheidung auf zwei Kriterien Rücksicht genommen werden: die Verteilung des Sozialausgabenvolumens muss sowohl effizient sein als auch den gängigen Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechen. Daher werden echte universelle Leistungen nur sehr eingeschränkt angeboten: ein Beispiel wäre die universelle Gesundheitsversorgung in Großbritannien (National Health Service), die allen BürgerInnen offen steht. In Österreich sind etwa 98% der Bevölkerung von der Krankenversicherung (KV) erfasst – insofern ist diese Leistung in dem

Tab. 3: Selektive Sozialleistungen: Optionen

Optionen	Anspruchskriterien	Zielgruppe	Beispiele
Leistungen nach normativ zugeschriebenem Bedarf	Normative Bedarfskriterien	Gruppen	Familienbeihilfe, Unterstützungen für Arbeitslose oder Alleinerziehende, Frauenförderung
Leistungen zur Kompensation	Normative Kriterien zur Herstellung von „Gerechtigkeit“	Gruppen	Sozialversicherung, Opferfürsorge
Leistungen nach diagnos- tischer Differenzierung	„technische“ Bedarfskriterien	Individuen	Pflegegeld, Invaliditätspension
Einkommensabhängige Leistungen	Ökonomische Bedarfskriterien	Individuen	Sozialhilfe, Stipendien

Quelle: zitiert nach Gilbert 2001

Sinne selektiv, als nur jene, die versichert sind, Anspruch auf die Leistungen der KV haben.

Optionen für selektive Sozialleistungen

Welche Möglichkeiten gibt es nun, im Rahmen von selektiven Leistungen leistungsberechtigte von nicht-leistungsberechtigten Personen abzugrenzen? Nach Gilbert (2001)¹³ kann die selektive Verteilung von Leistungen nach mehreren Varianten erfolgen. Er differenziert zwischen zwei Typen von Leistungen, die sich an Bevölkerungsgruppen richten und weitere zwei Typen, die sich an Individuen bzw. Haushalte richten (vgl. Tabelle 3).

Leistungen werden nach **normativ festgesetzten Bedarfskriterien** vergeben, wenn letztlich werturteilsbehaftete Kriterien festgelegt werden, nach denen Personengruppen Leistungen erhalten sollen. So wird etwa bei Auszahlung von Familienbeihilfe von einem generellen zusätzlichen Bedarf, den Familien mit Kindern haben, ausgegangen. Bei der Ausgestaltung von **Kompensationsleistungen** werden die Anspruchskriterien wiederum normativ gesetzt, diesmal allerdings mit dem Ziel, nicht spezifische Bedarfe von Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen, sondern eine Form von „Gerechtigkeit“ (wieder) herzustellen. Beispiele dafür sind sowohl Sozialversicherungsleistungen, die als Kompensation für eingezahlte Beiträge interpretiert werden, aber auch beispielsweise Leistungen der Opferfürsorge: Opfern wurde Unrecht getan, das durch die Gesellschaft (in Form monetärer Zuwendungen) wettgemacht werden soll.

Zwei weitere Typen von selektiven Leistungen fokussieren nicht auf spezifische Bevölkerungsgruppen (wie: Frauen, Kranke, Sozialversicherte oder Opfer), sondern auf Individuen. Die erste Option gewährt Leistungen auf Basis diagnostischer Differenzierungen und damit auf Grundlage von **„technischen“ Bedarfskriterien**.

Beispiele dafür sind einerseits das Pflegegeld, aber auch die Invaliditätspension. Beide Leistungen werden nach einer ärztlichen Untersuchung entweder gewährt oder nicht. Die zweite Option schließlich garantiert Leistungen nur nach Einkommensprüfung: Sie können nur von ressourcenschwachen Personen bzw. Familien in Anspruch genommen werden. Beispiele für diese Art von Leistung, die nach **ökonomischen Bedarfskriterien** gewährt werden, sind etwa die Sozialhilfe, die Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung oder die Notstandshilfe im Rahmen der österreichischen Arbeitslosenversicherung.

Probleme einkommensabhängiger Leistungen

Wiewohl es sich bei den vier zitierten Typen allesamt um Ausgestaltungsformen für selektive Leistungen handelt, sind es insb. einkommensabhängige Leistungen, die in Österreich – wie am Beispiel der Sozialhilfe bereits angeführt wurde – besonders problembehaftet sind: So liegen die Richtsätze der Sozialhilfe nicht nur deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle, die Leistungen der Sozialhilfe werden vielfach auch als besonders stigmatisierend wahrgenommen. Viele BezieherInnen empfinden ihre Abhängigkeit von der Sozialhilfe als persönliches Versagen, für das sie sich schämen. Dazu kommt, dass bei Leistungen der Sozialhilfe sehr genau darauf geachtet wird, dass wirklich keine andere Versorgungsmöglichkeit gegeben ist (Prinzip des „Nachschauhaltens“). Vor allem in Wien sind die BezieherInnenzahlen der Sozialhilfe im letzten Jahrzehnt enorm angestiegen, sodass es zu langen Wartezeiten kommt: von einer Soforthilfe kann daher keine Rede mehr sein. Nicht zuletzt durch Überlastung der Sozialhilfebeamten wird auch immer wieder von unfreundlicher und beschämender Behandlung durch die Bürokratie berichtet – die insbesondere jene erfahren, die gemeinhin als „unwürdige Arme“ gelten. Im Zusammenhang mit der Verwaltung der Sozialhilfe wird zudem häufig bemängelt, dass nicht

nur das Ausmaß an Bürokratie hoch sei (und für viele aus diesem Grund abschreckend), sondern auch etliche Verfahrensmängel zu beklagen seien. So werden vielfach Bescheide nur mündlich ausgestellt – und damit ein Einschreiten gegen den Bescheid erschwert bzw. unmöglich gemacht. Ganz abgesehen davon, dass die Konstruktion der Sozialhilfe teilweise perverse Anreize nach sich zieht. So ist es notwendig, künftiges Erwerbseinkommen für die Tilgung der Sozialhilfe "schuld" zu verwenden, was naturgemäß die Anreize zur Aufnahme von Erwerbstätigkeit gering hält. Schließlich führt der in vielen Ländern administrierte Regress, von dem auch Familienmitglieder betroffen sind, dazu, dass viele an sich hilfsbedürftige Personen diese Art der Hilfe lieber gar nicht erst in Anspruch nehmen. Die im ersten Teil dieses Beitrags angeführten hohen Raten der Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe sind u.a. Resultat dieser Missstände¹⁴.

Nicht zuletzt auf Grund der vielen Mängel der zwischen den einzelnen Bundesländern uneinheitlichen Sozialhilfe wurde in der aktuellen Legislaturperiode eine Reformierung des Sozialhilfe in Angriff genommen, die im Jahr 2009 durch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ersetzt werden soll. Bei der Beurteilung aktueller Reformvorschläge zur Sozialhilfe muss dabei berücksichtigt werden, dass nur ein Teil der angesprochenen Probleme bzw. Herausforderungen die Sozialhilfegesetze im engeren Sinn berühren, ein anderer Teil weniger mit der Gesetzgebung, sondern mit der Vollziehung zu tun hat. Eine bloße Anpassung der Gesetzeslage ohne gleichzeitige Reformierung der Vollzugspraxis wird daher nicht ausreichen, die derzeitigen Probleme der Sozialhilfe nachhaltig zu lösen.

Wie sollte nun aber eine einkommensabhängige Leistung gestaltet sein, die die Fehler bzw. Mängel der Sozialhilfe nicht wiederholt? Beispiele dafür finden sich auch in Österreich. Denn es gibt eine Reihe einkommensabhängiger Leistungen, die hohe Take-Up Raten aufweisen und von denen keine drastischen Probleme im Zusammenhang mit dem Vollzug bekannt sind. Dazu gehören etwa einkommensabhängige Stipendien, die Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung aber auch – wenngleich mit Abstrichen – die Notstandshilfe in der Arbeitslosenversicherung. Für die geplante Bedarfsorientierte Mindestsicherung bedeutet dies, dass sowohl für die Gesetzgebung, vor allem aber für die Vollziehung Lehren aus diesen alternativen Leistungen gezogen werden sollte.

- 1) Zur Verfügung gestellt von Statistik Austria.
- 2) „Effects of Changes in Tax/Benefit Policies in Austria 1998-2005“; gefördert vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projektnr. 11294); siehe Fuchs M., Lietz Ch., Effects of Changes in Tax/Benefit Policies in Austria 2003-2005, in: Czech Sociological Review 3/07, 611-636.
- 3) Teil des Projekts „Accurate Income Measurement for the Assessment of Public Policies“; gefördert im 6. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission (Projektnr. 028412); siehe Fuchs M., Social Assistance – no, thanks? Empirical Analysis of Non-Take-Up in Austria 2003, EUROMOD Working Paper N. 4/07.
- 4) OECD Europa 2003: 11,1%.
- 5) OECD Europa 2003: 12,6%.
- 6) EU-25 2003: 18,1%.
- 7) Im allgemeinen Sprachgebrauch „universelle“ Leistungen. Zur Besserung Abgrenzung gegenüber der im 2. Teil des Beitrags verwendeten Interpretation des Begriffes „universell“ werden diese Leistungen hier als „generelle“ Leistungen bezeichnet.
- 8) Verbleibender Rest auf 100%: Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall 5%, sonstige Transferleistungen 4%.
- 9) EU-25 2003: 16%.
- 10) Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Gleichheit bzw. Ungleichheit der Einkommensverteilung und bewegt sich zwischen 0 und 1 (0: bei absoluter Gleichverteilung der Einkommen; 1: wenn ein/e Einkommensbezieher/In bzw. Haushalt über alle Einkommen verfügt).
- 11) Die Analyse basiert auf der Annahme einer 100%igen Inanspruchnahme von monetären Sozialleistungen durch anspruchsberechtigte Personen; bei tatsächlicher Inanspruchnahme beträgt der Gini-Koeffizient 0,26 (EU-25: 0,30). Gleicher verteilt sind die Einkommen in Europa nur in Schweden, Dänemark und Finnland.
- 12) Im Folgenden als Sozialhilfe bezeichnet.
- 13) Gilbert, N. (2001). Renegotiating social allocations: choices and issues. In: Gilbert, N. (Hrsg). Targeting Social Benefits: International Perspectives & Trends. New Brunswick / London, S. 211ff.
- 14) Zu Vollzugsproblemen bei der Sozialhilfe siehe auch: http://www.armut.at/armutskonferenz_news_studie_sozialhilfevollzug_0108.htm

Keine Wege aus der Armut?

Studien belegen, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung wiederholt und über mehrere Jahre hinweg von Armut betroffen ist. Selektive Bildungssysteme verfestigen die generationenübergreifende Wirkung sozialer Ausgrenzung. Dennoch muss deterministischen Vorstellungen einer „Kultur der Armut“ widersprochen werden.

Die sicher etwas zugespitzte Frage „einmal arm, immer arm?“ wurde bereits 1994 als gleichnamiger Buchtitel eines Sammelbandes gestellt. Die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes um Michael Zwick kamen zu der Diagnose einer „Verzeitlichung“ und „sozialen Entgrenzung“ des Armutproblems. Ein großer Teil der Bevölkerung sei vorübergehend von Armut und Prekarisierungsprozessen betroffen. Martin Kronauer weist in seinem Buch über „Exklusion“ darauf hin, dass die Kontroverse über „Verzeitlichung“ oder „Verfestigung“ im Rückblick eher den Charakter eines Scheingefechtes einnehme, weil beide Verlaufsmuster festzustellen seien: Eine hohe Fluktuation in der Armutpopulation koexistiere mit einem erheblichen Bestand an anhaltender Armut (Kronauer 2002: 99f). Diese Entwicklung von Armut legen auch die Befunde für Deutschland, der Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nahe:

1. Einen stetigen Anstieg der Armutsquoten

Die Einkommensarmut ist von 12,1 % im Jahr 1998 auf 13,5 % in 2003 angestiegen. Das höchste Armutsrisiko tragen in Deutschland Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, alleinerziehende Mütter, Familien mit mehr als drei Kindern.

2. Eine Zunahme der gesellschaftlichen Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und Vermögen und

3. Eine Verfestigung von Armut

So ist ein beträchtlicher Teil der Armen wiederholt und über mehrere Jahre hinweg von Armut betroffen. Dem Armut- und Reichtumsbericht zufolge macht „die Gruppe derjenigen, die zwischen 1998 und 2003 (fast) durchgehend dem Risiko der relativen Einkommensarmut ausgesetzt waren, 7 % der Bevölkerung aus.“ (ebd.: XXIII).

Bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit spielt – mit Pierre Bourdieu gesprochen – neben dem ökonomischen auch kulturelles und soziales Kapital im Elternhaus eine entscheidende Rolle für die Lebenschancen und den Bildungserfolg der Kinder. Armut kann dabei mehrdimensional als Mangel an diesen Ressourcen verstanden werden (vgl. Drilling 2004).

Die im Rahmen des EU-Projektes „PROFIT“¹ befragten ExpertInnen waren sich darüber einig, dass Armut in Gießen für viele Haushalte ein generationenübergreifendes Phänomen ist.

„Da gibt es Namen, Wohnviertel, Quartiere, wo sie herkommen. Es sind immer die gleichen, da gibt es ganz klassische Namen, die kennt man beim Jugendamt, beim Sozialamt, die kennt man überall, das sind ganze Familienverbände.“ (Sozialarbeiterin)

Konstellation	Charakteristika	Bewältigungsstrategien
I. Elterliches Beziehungskapital	Familiäre Beziehungen intakt	Mobilisierung familiärer Ressourcen
II. Milieuspezifische Schranken	Hemmende familiäre Strukturen	(Zeitweiser) Rückzug aus der Familie
III. Abwärtsspiralen	Krisenhafte Ereignisse als Auslöser	Rückzug in die Familie, Duldsamkeit & Einschränkung
IV. Kumulative Deprivation	Zerrüttete Familienstrukturen	Flucht aus der Familie

Zu den Ergebnissen der Untersuchung: Familie und soziales Umfeld

Die ökonomische Situation in allen Familien ist höchst prekär, alle Familien machen lange Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit. Wir haben vier Familienkonstellationen und Lebensausgangslagen in den Familien unterschieden.

In einigen Fällen wird die Unterstützung, die von den Eltern nicht geleistet werden kann, durch institutionelle Hilfe zumindest partiell kompensiert. Die BetreuerInnen vom Jugendamt können als kompetente AnsprechpartnerInnen mangelndes Wissen und fehlende Orientierung ihrer KlientInnen und Eltern kompensieren. Auch motivationale Tiefs konnten so immer wieder abgefangen werden. Bezogen auf die Bewältigungsstrategien führt die institutionelle Hilfe, wenn sie früh und begleitend erfolgt und damit positive Erfahrungen verbunden sind, dazu, dass Unterstützungsleistungen der sozialen Umgebung von den jungen Erwachsenen angenommen und eingefordert werden können. Ereignisse werden so als beeinflussbar und gestaltbar erlebt, Perspektiven können entwickelt werden.

Carmen Ludwig arbeitet am Institut für Politikwissenschaft der Uni Gießen hauptsächlich im Bereich Soziale Ungleichheitsforschung

Strukturelle Bedingungen im Lebensvollzug

Den Befragten ist bewusst, dass sie sich als HauptschülerInnen am unteren Rand der schulischen und gesellschaftlichen Hierarchie befinden und sie sehen für sich auch kaum Perspektiven.

In der Armutsforschung wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass sich armutsbedingte Lebensumstände negativ auf die Lernmotivation und die Schulleistung auswirken können (vgl. Helmhold-Schlösser 2004: 116). In unseren Fällen ist kaum schulische Hilfe durch das Elternhaus möglich. Schwellenängste der Eltern, da sie die Institution häufig mit negativen Erfahrungen und Gefühlen verbinden, führen vielmehr eher zur Kontaktvermeidung mit der Institution Schule. Die jungen Erwachsenen machen in ihrer Schulzeit insbesondere Erfahrungen mit Scheitern, Frustration und Stigmatisierung. Die Schüler mit positiven Schulerfahrungen und vergleichsweise guten schulischen Leistungen haben fast alle Unterstützung, meist durch engagierte Lehrkräfte, erhalten. Dadurch konnten Schülerinnen und Schülern aus sozial deprivierten Haushalten ein Bildungskapitel z.B. in Form von guten Schulabschlüssen und der Behebung sprachlicher Defizite hinzugewinnen.

Statuspassagen: Schule – Ausbildung – Arbeitsmarkt

Durch die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt werden krisenhafte Verläufe im Übergang von der Schule in die Ausbildung für die jungen Erwachsenen mit sozialen Benachteiligungen immer wahrscheinlicher. Dies hängt zum einen mit Veränderungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt und damit auch mit den erhöhten Anforderungen, die an die Qualifikation der Ausbildungssuchenden gestellt werden, zusammen. Die Statuspassage von der Schule in die Ausbildung ist in unseren Fällen gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit, Gelegenheitsjobs und jahrelange „Warteschleifen“ in Beschäftigungsmaßnahmen. Die Phase der Arbeitslosigkeit nach der Schule ist für die jungen Erwachsenen ein zutiefst frustrierendes und demotivierendes Erlebnis. Die jungen Erwachsenen orientieren sich nach dem Prinzip der „Optionslogik“ (Schittenhelm 2005: 28) pragmatisch an den noch für sie erreichbaren Optionen auf dem Arbeitsmarkt. Für die Motivation ist allerdings entscheidend, ob die jungen Erwachsenen für sich in den Optionen eine Perspektive erkennen können. Die wiederholte Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsagenturen wirkt zum Beispiel eher demotivierend und führt zu dem Gefühl, „sich im Kreis zu drehen“.

Auch wenn durch einen Ausbildungsplatz zunächst eine Stabilisierung der Biographie und eine Steigerung der Motivation erfolgt, bleibt die Gefahr bestehen, dass die Befragten auch in ihrem weiteren Lebensweg erneut mit „Drehtüreffekten“ zwischen Arbeitsmarkt und Sozialleistungen konfrontiert werden. Zum einen steht den Befragten mit der zweiten Schwelle, von der Ausbildung in den Beruf, erneut eine höchst kritische Statuspassage bevor. Zum anderen weisen alle Ausbildungsberufe, die den jungen Erwachsenen zur Verfügung stehen, z.B. als VerkäuferIn im Einzelhandel oder GebäudereinigerIn, eine niedrige Entlohnung auf.

Fazit

Es sind eine Vielzahl von Faktoren, die die Lebenslage strukturieren. Mit Blick auf die in den Familien vorgefundene Kapitalausstattung kann die familiäre Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital als defizitär beschrieben werden. Familiäre Muster können vor allem dann durchbrochen werden, wenn die jungen Erwachsenen an kulturellem und sozialem Kapital hinzugewinnen, was ihnen eine größere Handlungsfähigkeit verleiht. Das selektive deutsche Bildungssystem ist jedoch nicht in der Lage, die defizitäre Ausstattung mit kulturellem Kapital im Elternhaus zu durchbrechen, sondern verlängert diese mehrheitlich in die 2. Generation. Eine frühe und gezielte außerfamiliäre Unterstützung wurde von den jungen Erwachsenen, die diese erhalten haben, positiv bewertet. Diese Gruppe kam auch vergleichsweise besser zurecht, weil ihnen damit ein sekundäres Netzwerk außerhalb der Familie zur Verfügung stand.

Was wir in den Familien nicht vorgefunden haben, ist eine „Kultur der Armut“, verstanden als Herausbildung eines eigenen Normsystems oder eine resignative Haltung, die im Laufe der Sozialisation angenommen wird. Mit dem Hauptwunsch in der Untersuchungsgruppe, den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden orientieren sich die jungen Erwachsenen an gesellschaftlichen Normen, also an dem, was gesellschaftlich als erstrebenswert gilt (vgl. auch Callies 2003: 74). Abschließend kann festgehalten werden, dass wir in den Familien sowohl auf reproduzierte als auch auf veränderte Bewältigungsmuster gestoßen sind. Folglich kann keinesfalls von einem Determinismus von „einmal arm, immer arm“ gesprochen werden. Dennoch ist auch eine Entwarnung alles andere als angebracht: Ein Zusammenhang von sozialer Lebenslage und den Lebenschancen der jungen Erwachsenen in Deutschland ist unübersehbar, die Gefahr einer transgenerationalen Verfestigung von Armut beachtlich.

1) Die folgenden Ausführungen basieren auf der Auswertung von 19 mehrheitlich narrativen Interviews mit jungen Erwachsenen zwischen 17 und 28 Jahren aus Gießen und deren Eltern sowie vier Gruppendiskussionen mit lokalen ExpertInnen (Sozialarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer aus sozialen Brennpunkten, NGOs, lokale PolitikerInnen) in Gießen, die im Rahmen des europäischen Forschungsprojekts „Policy Responses overcoming factors in the intergenerational transmission of inequalities“ (PROFIT) unter Leitung von Prof. Dr. Dieter Eißel erhoben wurden.

Literatur:

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2005): *Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht*, Berlin.

Callies, Oliver (2003): *Nachbarschaft als Abseitsfälle? Junge Arbeitslose und ihr Wohnviertel*, Hamburg.

Drilling, Matthias (2004): *Young urban poor. Abstiegsprozesse in den Zentren der Sozialstaaten*, Wiesbaden.

Helmhold-Schlösser, Gabriele (2004): *Frauen Leben am Rande. Generationsübergreifende Aspekte sozialer Benachteiligung*, Wiesbaden.

Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt/New York.

Schittenhelm, Karin (2005): *Soziale Lagen im Übergang. Junge Migrantinnen und Einheimische zwischen Schule und Berufsausbildung*, Wiesbaden.

Zwick, Michael M. (Hg.) (1994): *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland*, Frankfurt/New York.

Re-Familialisierung des Sozialen

Getragen von der Überzeugung, dass der Wohlfahrtsstaat, wie er bislang Bestand hatte, Entwicklungen und Innovationen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt bremse, geraten seit den 1970er Jahren sozialstaatliche Gewissheiten und Errungenschaften zunehmend unter Beschuss.

Soziale Sicherungssysteme und Leistungen werden in Frage gestellt und grundlegend beschnitten. Waren bislang durch den Wohlfahrtsstaat Sozialleistungen, Hilfs- und Unterstützungsangebote im Bedarfsfall zuverlässig erwartbar, wird diese Sicherheit mehr und mehr brüchig. Hilfen, die mit dem Ziel der (Re-)Integration in und Teilhabe an Gesellschaft relativ voraussetzungsreich gewährt wurden, werden zunehmend an konkrete Gegenleistungen des Hilfeempfängers gekoppelt (vgl. Dahme et al 2003).

Diese Brüchigkeit wohlfahrtsstaatlicher Hilfs- und Unterstützungsleistungen führt zu einer zunehmenden Verschiebung gesellschaftlicher Anforderungen ins Private. Die Kompensation sozialer Risiken (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Krankheit etc.) wird damit verstärkt Familien abverlangt. Offensichtlich münden die Ende des 18. Jahrhunderts mit der Etablierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen verbundenen Prozesse einer so genannten „Defamilialisierung“, verstanden als „Abbau familialer und gemeinschaftlicher Abhängigkeiten und Zwänge“ (Ullrich 2005: 109), zunehmend in einen Prozess der gesellschaftlichen Re-Familialisierung: Die aus sozialstruktureller Benachteiligung resultierenden klassen- und geschlechtsspezifischen Zumutungen werden (wieder) stärker zum Privatproblem erklärt (vgl. Pühl 2003).

Politisch wird eine persönliche „Lebensgestaltungsverantwortung“ (vgl. Kessel 2006) von Familien gefordert. Das Sorgetragen für das eigene Wohlergehen und die Verpflichtung, die eigene Absicherung von Risiken zu betreiben, wird ihnen zunehmend individuell überantwortet. Dabei sind Lebensformen mit Kindern in besonderem Maße von sozialen Risiken im Kontext eines „fortgeschrittenen Kapitalismus“ betroffen. Denn Kinder müssen per se als potenzielles Armutrisiko für Familien begriffen werden. Hier sind insbesondere Kinder im Vor- und Grundschulalter betroffen. Seit den 1990er Jahren spricht man vor diesem Hintergrund auch von einer „Infantilisierung von Armut“ (vgl. Holz 2006).

Pluralisierung und Hierarchisierung familialer Lebenskonzepte

Seit den späten 70er Jahren des 20. Jahrhunderts steht der Diskurs um eine strukturelle Pluralisierung und Diversifizierung familialer Lebensformen in sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen im Vordergrund.

Dieser Pluralisierungs- und Individualisierungsdiskurs beinhaltet das Potential, zum Dynamisieren kultureller Selbstverständlichkeiten der Lebensgestaltung beizutragen. Nichtsdestotrotz sind die Diskussionen um die Pluralisierung von Familien vor allem auch als wirkmächtige Hierarchisierungsprozesse zu identifizieren, mit denen gesellschaftliche und kulturelle Zuschreibungspraxen verbunden sind. So stehen Alleinerziehende, „Patchworkfamilien“ und andere „abweichende“ Lebenskonstellationen unter dem Verdacht, den Untergang der Familie insgesamt voranzutreiben. Aber auch vorherrschende heteronormative Kategorien werden im Kontext einer Debatte um die Pluralisierung von Lebensformen nicht per se in Frage gestellt. Referenzrahmen und unhinterfragter Maßstab der Debatten um den „Wandel der Familie“ bleibt in erster Linie die traditionelle Kleinfamilie (vgl. Hartmann 2004).

Verschiedene familiale Lebenskonzepte unterliegen insofern einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewertung, die ein alternatives „so oder so“ der Lebensführung in ein hierarchisiertes „besser oder schlechter“ transferieren¹. Die politisch-kulturelle und auch symbolische Besser- beziehungsweise Schlechterstellung verschiedener familialer Lebensformen mit Kindern zeigt sich dabei insbesondere an ihren materiell benachteiligten Existenzweisen.

Besonders Familien in prekären Lebenslagen werden in diesem Zusammenhang in ihrer „Leistungsfähigkeit“ als defizitär klassifiziert und die Konsequenzen beschränkter Bildungszugänge, Lebenschancen und Machtpotentiale werden ihren Mitgliedern individuell überantwortet, u.a. mit dem Verweis auf die vermeintlich freie Wahl von Lebensführungsweisen „jenseits von Stand und Klasse“. Aktuell zeigt sich die Wirkmächtigkeit von Klassifizierungspraxen besonders offensichtlich in der Debatte um die so genannte „neue Unterschicht“ (vgl. Heite et. al. 2007).

Martina Richter
arbeitet an der Fakultät für Erziehungswissenschaft/ Uni Bielefeld, in den Arbeitsschwerpunkten: Theorien Sozialer Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Familie, Sozialpädagogische Familienhilfe, Ganztägige Bildungssettings, Qualitative Forschung

Bilden Eltern „richtig“?

Vorenthaltene Bildungszugänge und -teilhabe sind als unterschiedliche Verfügbarkeit über „verwertbare“ Formen sozialen und kulturellen Kapitals zu begreifen. Eltern aus sozial benachteiligten Milieus vermitteln im Vergleich zu Erziehenden mit höherem Sozial- und Bildungsstatus keineswegs „defizitäre“ oder aber weniger komplexe Wissensformen und Einstellungsmuster. Vielmehr sind diese Wissensformen unterschiedlich anschlussfähig an die vorherrschenden Logiken und Anforderungen schulischer Bildungsinstitutionen, „die über ein Monopol der Bestimmungsmacht darüber verfügen, welche Wissensformen und Alltagspraktiken als Bildung gelten können und welche nicht“ (Bittlingmayer/Bauer/Ziegler 2005: 16). Infolge der materiellen Ausstattung und gezielten Förderung im Elternhaus gelingt es Kindern aus Familien mit höherem Sozial- und Bildungsstatus eher, spezifische Fähigkeiten und Wissensvorräte zu entwickeln, die ihnen beim Eintritt in den Primarbereich deutliche Vorteile eröffnen. Denn diese Fertigkeiten und Kenntnisse sind mit den formellen, das heißt strukturierten und verpflichtenden Bildungssettings in der Schule sehr viel kompatibler als diejenigen, die Kindern aus Familien mit niedrigerem Bildungsstatus mehrheitlich vermittelt werden. Dieses Phänomen ist nicht zuletzt dadurch begründet, dass Schule als kulturell durch Habitusformen herrschender Milieus geprägte Institution deren Kinder begünstigt und die Handlungsweisen anderer Kinder eher sanktioniert (vgl. ebd.)

Dieser Hinweis sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sozialstrukturell benachteiligte familiäre Lebenswelten oftmals gekennzeichnet sind durch eine Verengung des Sozial- und Erfahrungsraumes der Kinder, geringere Chancen und Möglichkeitsräume der Entwicklung von Interessen, Begabungen und auch Gleichaltrigenbeziehungen. Es zeigen sich in entsprechenden Familienkonstellationen nicht selten benachteiligende Entwicklungsbedingungen aufgrund der unzureichenden materiellen Ressourcen, die den Familienmitgliedern zu Verfügung stehen. Diese sind wesentliche Voraussetzungen, dass Kinder in einem weniger anregenden und fördernden Klima aufwachsen (vgl. Chassé/Zander/Rasch 2005; Holz 2006).

In diesem Sinne ist von weniger günstigen individuellen Passungsverhältnissen zu den aktuellen institutionellen Anforderungen im Bildungssystem auszugehen (vgl. Bittlingmayer/Bauer/Ziegler 2005).

US-amerikanische Studien zeigen, wie zudem die elterlichen Erfahrungen mit Institutionen wie der Schule und die Antizipation ihrer Einflussmöglichkeiten ihre Herangehensweise bestimmen. Während Eltern mit mittlerem und höherem Sozial- und Bildungsstatus eher mit einem „Berechtigungssinn“ ihren Umgang mit Institutionen und Professionellen im Sinne eines Anspruchs auf Unterstützung und Gewährung ihres Anliegens angehen, erleben Eltern mit niedrigerem Sozial- und Bildungsstatus institutionelle Settings oftmals mit einem „Beschränkungssinn“, das heißt als Zwang und sich selbst als relativ ohnmächtig (vgl. Lareau 2003; s. auch Heite et. al. 2007). Eltern, die sich selbst als eher ohnmächtig erleben, artikulieren viel seltener Probleme oder Ansprüche gegenüber Professionellen.

Heite et. al. (2007) verweisen in diesem Zusammenhang unter Bezug auf Eberhard Bolay (1996) und Sighard Neckel (1991) auf die hohe Bedeutsamkeit von Beschämung subdominanter AkteurInnen beispielsweise in institutionalisierten Settings, da die „(wahrgenommene) Unterlegenheit im Feld der Lebensführung, vermittelt über das (...) weitgehend unterschätzte Moment der sozialen Scham eine zentrale Dimension bei der symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit“ (Heite et. al. 2007: 67) darstellt. Insofern beeinflussen unterschiedliche Erfahrungen mit einem „Beschränkungssinn“ beziehungsweise einem „Berechtigungssinn“ auch die Nutzung beziehungsweise Nichtnutzung von wohlfahrtstaatlichen und bildungsbezogenen Leistungen sowie von Beratungs- und Unterstützungsangeboten (ebd.).

**Familie und Soziale Arbeit:
Abschließende Bemerkungen**

Zeitdiagnostische Analysen des aktuellen Familiendiskurses weisen unmissverständlich auf die Wirkmächtigkeit gesellschaftlicher Konventionen und Normierungen sowie wohlfahrtsstaatlicher Artikulationsweisen hin, mit denen Soziale Arbeit eng verwoben ist. Als Teil des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements legitimiert und prägt Soziale Arbeit Diskurse über Familie und familiäre Lebenskonzepte. Zugleich ist sie mit gesellschaftlicher „Thematisierungsmacht“ (vgl. Kessler/Maurer 2005) ausgestattet. Diese „Thematisierungsmacht“ eröffnet Sozialer Arbeit die Chance, normierende und regulierende Artikulationsweisen aufzudecken, zu skandalisieren und zu verschieben. Es geht um den Anspruch Sozialer Arbeit, Einblicke in die Vielfältigkeit familiärer Lebensführung zu geben und die Bandbreite gelebter Konzepte mit und ohne Kinder zu

erweitern sowie neuartige Handlungsoptionen mit Adressatinnen und Adressaten zu kreieren. Soziale Arbeit, die demgegenüber „den standardisierten Bezugsrahmen Familie“ unreflektiert positiv fixiert, bleibt mit dem „Hinweis auf Vielfalt und Pluralität(familialer Lebenskonzepte) innerhalb des hegemonialen Ordnungsmusters“ (Hartmann 2002, S. 216).

Literatur

Bittlingmayer, U./Bauer, U. /Ziegler, H. (2005): Grundlinien einer politischen Soziologie der Ungleichheit und Herrschaft. In: Widersprüche, Heft 98, Nr. 4, 13-28

Bolay, E. (1996): Scham und Beschämung in helfenden Beziehungen. In: Widersprüche, Heft 61, 75-91

Chassé, K.-A./Zander, M./Rasch, K. (2005): Meine Familie ist arm. 2. Aufl. Wiesbaden

Dahme, H.-J./Otto, H.-U./Trube, A./Wohlfahrt, N. (2003): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen

Hartmann, J. (2002): vielfältige Lebensweisen. Dynamisierungen in der Triade Geschlecht – Sexualität – Lebensform. Kritisch-dekonstruktive Perspektiven für die Pädagogik. Opladen

Heite, C./Klein, A./Landhäußer, S./Ziegler, H. (2007): Das Elend der Sozialen Arbeit – Die „neue Unterschicht“ und die Schwächung des Sozialen. In: Kessl, F./Reutlinger, Ch./Ziegler, H. (Hg.): Erziehung zur Armut? Wiesbaden, 55-79

Holz, G. (2006): Chancen und Lebenslagen von Kindern in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26, 7-10

Kessl, F./Maurer, S., 2005: Soziale Arbeit. In: Kessl, F./Reutlinger, C./Maurer, S./Frey, O. (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS, S. 111-128

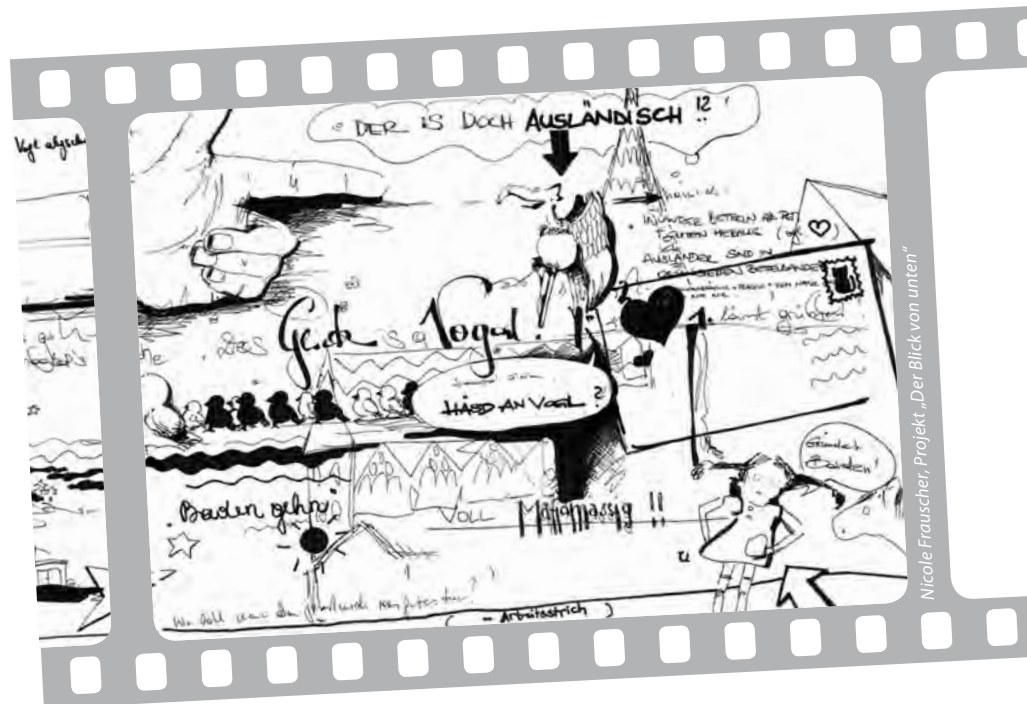
Kessl, F. (2006): Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Governamentalität Sozialer Arbeit. Weinheim, München

Lareau, A. (2003): Unequal Childhoods. Class, Race, and Family Life. Berkely, Los Angeles, London

Neckel, S. (1991): Status und Scham. Frankfurt a. M.

Pühl, K. (2003): Geschlechterpolitik im Neoliberalismus. In: Widerspruch, 23. Jg., 44, S. 61-83

Ullrich, C.G. (2005): Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M., New York



Nicole Frauscher, Projekt „Der Blick von unten“

Thesen zu Hilfeverweigerung und Respektlosigkeit

- Das hehre berufliche Ethos der Profession hindert SozialarbeiterInnen nicht daran, im Einzelfall gelegentliche ausgrenzend, verletzend zu agieren.
- Diese Tendenz ist keineswegs neu, wird nicht erst durch die „neoliberale“ Ideologie generiert, sondern begleitet die Sozialarbeit seit ihren Anfängen. Systemisch betrachtet: Hilfe inkludiert Nicht-Hilfe als ihre „andere Seite“. „Nicht-Hilfe“ als Teil der Hilfe.
- Sozialarbeiterische Fachlichkeit war immer schon ambivalent, und sie diente immer schon auch der Sicherung von Herrschaft. Sie war und ist Teil des Herrschaftskalküls. Eine Idealisierung der staatlichen und subventionierten Sozialarbeit ist nicht angebracht.
- Einige Beispiele aus der Geschichte: Die Sozialarbeiterinnen der Charity Organization Society (COS) als Regulatorinnen für den Zugang zu Hilfe; die repressive Funktion der Jugendwohlfahrt als Instrument der Unterdrückung gegenüber proletarischen Lebensweisen; SA als Instrument der Aussonderung im Nationalsozialismus.
- Sozialarbeit entwickelte eine Fachlichkeit, die Individualisierung und Verlangsamung als zentrale Elemente beinhaltet.
- Individualisierung bedeutet das Sich-Einlassen auf die komplexe konkrete Situation der KlientInnen, auf die Perspektive der Fallbeteiligten. Individualisierung bedeutet die Überzeugung, dass ein Fall nicht anhand einiger scheinbar objektiver Kriterien hinreichend beschrieben werden kann und dass eine schematische Vorgehensweise stets unzureichend oder gar kontraproduktiv ist. Weitere fachliche Regeln, wie Respekt vor den KlientInnen als Personen, Respekt vor ihrer Lebensrealität, das Absehen von moralisierenden Bewertungen etc. können als logische Konsequenz des individualisierenden Zugangs verstanden werden.
- Verlangsamung ist Resultat des Wissens, dass die Komplexität des Einzelfalles, die Einholung der Perspektiven der Fallbeteiligten, Zeit, Aufmerksamkeit und Umwege erfordern; dass Angemessenheit nicht unabhängig von Zeit und Raum in einem Schnelzugriff hergestellt werden kann.
- Die Missachtung von Individualisierung und Verlangsamung als zentrale Komponenten von Fachlichkeit hat gesellschaftliche und organisatorische, aber auch individuelle und subjektive Wurzeln. Erklärungsbedürftig ist nicht nur die politische Ebene, sondern sind auch die fachliche und die individuelle.
- Die Anfälligkeit der Sozialen Arbeit als Profession für die Missachtung der eigenen fachlichen Regeln hat mit ihrem ungeklärten Status zu tun: Die Unklarheit über ihre Kernkompetenz bzw. ihren „Gegenstand“; der mangelhafte Stand der Selbstorganisation der Profession; die mangelnde Standardisierung von Normen der Fachlichkeit.
- Sozialarbeit ist immer wieder auf „Hilfe“ als zentralen Terminus angewiesen. Dieser Terminus enthält allerdings bereits alle Widersprüche, mit denen sich die Profession (und mit ihr das gesellschaftliche System der Hilfe insgesamt) auseinandersetzen muss.
- Es besteht eine Bereitschaft der SozialarbeiterInnen, die Herrschaftsfunktion der Sozialarbeit praktisch überzubetonen, gleichzeitig zu verleugnen.
- Gründe dafür finden sich in menschlichen Schwächen wie Opportunismus, eigener Verletzlichkeit, mangelnder Ambiguitätstoleranz und Vorurteilen.
- Darüber hinaus gibt es organisatorische und politische Rahmenbedingungen, die exkludierende Sozialarbeit begünstigen.
- Der Managerialismus als Pseudoideologie der Machbarkeit und generellen Planbarkeit fördert die Herrschaftsaspekte von Sozialer Arbeit und unterminiert ihren Hilfecharakter. Seine Angriffe zielen auf das professionelle Herz der Sozialen Arbeit, auf Individualisierung und Verlangsamung.
- Alle Professionen, auch die etablierten, stehen unter dem Druck einer Ideologie wissenschaftsbasierten Risikomanagements und statistikgestützter Entscheidungsfindung.
- Die Aufrechterhaltung des Hilfscharakters der Sozialen Arbeit erfordert die Institutionalisierung der Profession und ihrer Regeln, und sie erfordert die Institutionalisierung von Kritik und Partizipation. Soziale Arbeit muss eine offene, offensive, selbstkritische und lernende Profession werden. Sie muss für ihren Arbeitsbereich den ihr gemäßen Typus wissenschaftlicher Fundierung schaffen und durchsetzen.

Peter Pantucek
 unterrichtet an der FH
 St. Pölten und ist Leiter
 des Instituts für Soziale
 Inklusionsforschung

- Darüber hinaus ist Sozialarbeit an der Entwicklung einer partizipativen und inklusiven Demokratie interessiert.
- Das gesellschaftspolitische Engagement der Sozialen Arbeit wird nur dann glaubwürdig sein, wenn es von einer radikalen Bereitschaft zur Selbstkritik und Selbstbefragung begleitet ist. Andernfalls erscheint es bloß als Ausdruck von Partialinteressen. Institutions-, Gesellschafts- und Selbstkritik sind ein notwendiges Element der Sozialen Arbeit.

Gesellschaftlich organisierte Hilfe ist nötig, kann aber auch schaden, ausgrenzen, vernichten. Eine Soziale Arbeit, die sich als Profession und Wissenschaft von den Bedingungen der Wirksamkeit gesellschaftlicher Hilfe versteht, wird Kritik nicht abwehren, sondern interessiert und engagiert aufnehmen und für die Weiterentwicklung ihrer Wissensbasis verwenden.

Ohne die Eigenaktivität der Menschen ist Soziale Arbeit selbst hilflos. Hilflohe Soziale Arbeit ist repressive Soziale Arbeit.

Handbuch Armut in Österreich

Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann,
Martin Schenk (Hrsg)

ca. 800 Seiten, www.StudienVerlag.at, ca 39,-

Die Beiträge dieses Bandes geben einen umfassenden und systematischen Überblick über den aktuellen Stand der Armutsforschung in Österreich und präsentieren neueste Erkenntnisse zu Ursachen, Folgen und Bekämpfung von Armut. Zugleich wird ein europäischer Vergleich geboten und ein Ausblick auf die künftigen Herausforderungen der Sozialpolitik gegeben. Die AutorInnen beschreiben Ursachen und Folgen der Armut, wobei sie zwischen Risiken, Erscheinungs- und Bewältigungsformen differenzieren. Einen weiteren Themenschwerpunkt bilden die bestehenden Instrumente der Armutsbekämpfung.



Ökonomische Nutzenkalküle und neue Formen der Stigmatisierung

Veränderte Bedingungen für Stigmatisierung und Diskreditierung: Das neoliberale Leitbild des „homo oeconomicus“ und die „Ökonomisierung des Sozialen“.

Erving Goffman (Goffman 1967: 10 f.) beschreibt Stigmatisierung als eine „besondere Diskrepanz zwischen virtueller Identität [Charakterisierung im ‚Effekt‘] und aktueller sozialer Identität [dem Individuum nachweisbare Attribute]“: Dabei wird ein Individuum durch die soziale Wahrnehmung diskreditierender Eigenschaften von einer sozial akzeptierten Personenkategorie in eine andere, mindere versetzt und „von einer ganzen und gewöhnlichen Person zu einer befleckten und beeinträchtigten herabgemindert“. Die soziale Wirkung des Stigmas liegt damit in der besonderen Relation zwischen einem Attribut und seiner Bewertung – dieselbe Eigenschaft kann unter verschiedenen Umständen anders bewertet werden. In jedem Fall führt Stigmatisierung zu „Statusdegradierung, die wiederum Ausgangspunkt für Diskriminierung individueller und struktureller Art ist“ (Maeder/Nadai 2004: 136).

Unter welchen strukturellen und situativen Bedingungen werden Menschen nun stigmatisiert und zu „Diskreditierten“ (vgl. Goffman 1967: 12)? Historisch gesehen war der Akt des In-Kontakt-Tretens mit institutionellen Arrangements Sozialer Arbeit immer auch mit Stigmatisierung und Diskreditierung verbunden. Die jeweiligen sozialen Organisationen können strukturell als Orte der Transformation (vgl. Maeder/Nadai 2004: 139) von z.B. „Armen“, „Kranken“ oder „Süchtigen“ zu „Diskreditierten“ verstanden werden, da ihnen allein durch das Aufsuchen der Einrichtung Attribute wie „arm“, „krank“ oder „süchtig“ bewiesen werden. Dies gilt unabhängig von dem konkreten Verhalten in der Interaktion zwischen SozialarbeiterInnen und KlientInnen.

Neben dieser grundlegenden Struktur für sozialarbeiterisches Handeln, das in institutionelle Arrangements eingeschrieben ist, lässt die Interaktionsebene zwischen SozialarbeiterInnen und KlientInnen durchaus mehrere Möglichkeiten des Umgangs mit Stigmatisierung und Diskreditierung offen. SozialarbeiterInnen würden nach Goffman (1967: 40ff) in ihrer professionellen Funktion zur Kategorie der „Weisen“ zählen – als Personen, die mit der Situation der Stig-

matisierten vertraut sind und diese akzeptieren. Wesentliches Element dabei ist der aus dem Berufsethos abgeleitete Verzicht auf moralische Urteile (vgl. Maeder/Nadai 2004: 139).

Insofern sind jene Bedingungen genauer in den Blick zu nehmen, die – abseits einer stigmatisierenden Grundstruktur institutioneller sozialer Arrangements – Stigmatisierungen auf der Interaktionsebene gegenwärtig verstärkt begünstigen und SozialarbeiterInnen auch zur Ausschließung von KlientInnen verführen.

Zu verweisen ist hier auf gegenwärtige Transformationsprozesse, die unter der Überschrift: „Ökonomisierung des Sozialen“ diskutiert werden (vgl. Foucault 2004; Bröckling et al. 2000; Kessl 2005). Gemeint ist damit, dass sich die Logik der Ökonomie auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnt und sich als zentrales strukturierendes Prinzip durchsetzt. Über den Staat, der einer neoliberalen Regierungsrationalität folgt, wird so auch das Feld der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit neoliberal überformt und in ihren fachlichen und politischen Möglichkeiten negativ beeinträchtigt.

Als wesentlicher Baustein eines „neoliberalen Sozialmodells“ müssen Formen einer „aktivierenden Sozialpolitik“ (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2005; Butterwegge 2005) verstanden werden, die die Ursachen und Verantwortung für soziale Probleme individualisieren und auf „Zustimmung“ und „Freiwilligkeit“ der Menschen bauen. Eingepasst in bürokratische Vorgaben sind es nun die diversen sozialen AkteurInnen selbst, die über die Vermittlung radikal-liberaler Wertvorstellungen wie Flexibilität und Selbstverantwortung an der marktformigen Anpassung ihrer KlientInnen beteiligt sind und ihnen notfalls auch mit Kontrolle, Disziplinierung und Zwang zu gesellschaftlicher Konformität – sichtbar in der Regel in der Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit – „verhelfen“.

Ökonomistische Kategorien der Stigmatisierung und Diskreditierung

Die Ökonomisierung des Sozialen vollzieht sich neben Änderungen von Gesetzen vor allem über die neuen Beauftragungsverhältnisse zwischen Financiers und sozialen Organisationen. Wesentlicher

Elisabeth Hammer

ist am Studiengang
Soziale Arbeit an der FH
Campus Wien tätig in den
Forschungsschwerpunkten:
Sozialpolitik und Ökonomie,
Armut und soziale
Sicherung, aktuelle Diskurse
in Sozialpolitik und
Sozialer Arbeit

Marc Diebäcker

ist am Studiengang
Soziale Arbeit an der FH
Campus Wien tätig in den
Forschungsschwerpunkten:
Politische Theorien, Staat
und Soziale Arbeit,
Sozialpolitik, Sozialraum
und Politischer Raum,
Stadtentwicklung und
Gemeinwesenarbeit.

Anspruch seitens der Fördergeber Sozialer Arbeit ist es, verschiedene soziale Leistungen mit quantitativen Indikatoren zu messen, in Statistiken auszudrücken und vergleichbar zu machen, um so eine „rationale“ Zuteilung der finanziellen Mittel sicherzustellen. Der damit verbundene, gegenwärtige Druck zum kostengünstigsten bzw. wettbewerbsfähigsten Angebot lässt Effizienzsteigerungen in der Sozialen Arbeit so als nicht abwendbare Notwendigkeit erscheinen. Dies (ver-)führt – angesichts des gegenwärtigen ökonomischen Primats – zu einer Minderbewertung fachlicher Kriterien. Die fachlich-fundierte offene Suchhaltung gegenüber KlientInnen oder eine unvoreingenommene bzw. unterschiedslose Interaktion mit KlientInnen werden zunehmend beeinträchtigt. Beobachtet werden kann vielmehr ein Mangel an ganzheitlicher Wahrnehmung der Person und damit die Reduktion auf einzelne für die sozialarbeiterische Intervention als relevant angesehene Aspekte der Lebenslage von KlientInnen (vgl. Bakic/Diebäcker/Hammer 2007; Bakic/Diebäcker/Hammer 2008).

So führt der „Druck der Quote“ zur Kategorisierung von KlientInnen in „gute“, „passfähige“ und „erfolgreiche“ oder „schlechte“, „nicht passende“ und „gescheiterte“ Personengruppen. Insofern ist davon auszugehen, dass sich SozialarbeiterInnen in der Interaktion gegenwärtig stärker auf ökonomisierte Kategorien zur Bewertung von Merkmalen und Handlungen der KlientInnen beziehen. Mit diesen Zuschreibungen von SozialarbeiterInnen im KlientInnenkontakt werden ökonomistische Maßstäbe wie Selbstverantwortung, Aktivität, Effizienz und Produktivität betont und negativ bewertete Ausprägungen wie Passivität, Ineffizienz oder Unproduktivität als Kategorien der Diskreditierung und Stigmatisierung angewendet.

Besonders auch aufgrund zunehmend geringerer Zeitressourcen – meist institutionell als unausweichlich definiert – sind SozialarbeiterInnen gefordert, möglichst schnelle Differenzierungen der KlientInnen zu bewerkstelligen. In dieser Zwangslage ist zu vermuten, dass SozialarbeiterInnen auf eigene (möglicherweise moralisierende) Norm- und Wertvorstellungen zurückgreifen, die auch gegenläufig zu professionellen Grundhaltungen liegen können. Angesichts der Hegemonie neoliberalen Denkens und der weiten Verbreitung ökonomistischer Einstellungen (vgl. Heitmeyer/Endrikat 2008) kann dieser Rückzug auf eigene Normen und Werte durchaus an neoliberale Leitbilder, wie jenes des „homo oeconomicus“, angelehnt sein.

In der Interaktion zwischen SozialarbeiterIn und KlientIn stoßen ökonomistische Attribute auch bei KlientInnen auf Zustimmung, insbesondere weil in unteren sozialen Lagen ökonomistische Einstellungen und Nutzenkalküle noch stärker vertreten sind als in höheren sozialen Lagen, wie Heitmeyer/Endrikat (2008) nachweisen. Es ist also davon auszugehen, dass das Eindringen und Ausrichten an „neuen“ Attributen im Interaktionskontext nicht nur von SozialarbeiterInnen bewusst oder unbewusst eingebracht werden, sondern oft auf Akzeptanz (statt Widerstand) bei KlientInnen treffen. Diese Haltung von KlientInnen kann auch als Form des Umgangs mit erfahrener Stigmatisierung verstanden werden. Distinktion wird dann zum Mittel, um „die ganze Härte des auferlegten Stigmas ein wenig abzufedern, indem man eine Distanz zwischen sich selbst und diejenigen legt, auf welche die negativen Stereotypen zutreffen“ (Maeder/Nadai 2004: 143).

Literatur

- Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (2008): Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit in Österreich – eine fachlich-kritische Herausforderung. Erscheint in: *Sozial Extra* 1/2008
- Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (2007): Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit. Online unter: www.sozialearbeit.at/petition.php
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2000) (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.
- Butterwegge, Christoph (2005): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. 2. Auflage. Wiesbaden
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hg.) (2005): *Aktivierende soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis*. Baltmannsweiler
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt a.M.
- Goffman, Erving (1967): *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, Wilhelm/Endrikat, Kirsten (2008): Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände*. Folge 6. Frankfurt a.M., 55-72
- Kessl, Fabian (2005): *Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit*. Wiesbaden
- Maeder, Christoph/Nadai, Eva (2004): *Organisierte Armut. Sozialhilfe aus wissenssoziologischer Sicht*. Konstanz

ArbeitsmigrantInnen – Gefahr oder Gefährdete

Am ersten Halbtage wurde im Forum das Thema über mehrere Schritte aufge- rollt. Begonnen wurde mit der Selbstreflexion der eigenen großen Freiheit zu Mobilität und Migration für europäische BürgerInnen.

In Kontrast dazu wurden die materiellen und rechtlichen Migrationsschranken für den größten Teil der Weltbevölkerung, die Erfahrbarkeit von Ungleichheit gerade auch in Hinblick auf Bewegungsfreiheit gesetzt. Die gegenwärtige Situation zeichnet sich einerseits dadurch aus, dass sich für Betroffene von Freisetzung- und Prekarisierungsprozessen in der reichen Welt – anders als in früheren Perioden der Geschichte – nicht mehr die Emigration anbietet, dass andererseits für die massenhaft „Ausgegrenzten der Moderne“ (Zygmunt Baumann) die reichen Teile der Welt eine große Anziehungskraft haben.

Das staatliche Migrationsregime ist widersprüchlich, neben völliger Öffnung für bestimmte Gruppen (EU-BürgerInnen) und der Anpreisung selektiver (qualifizierter) Immigration als Problemlösungsstrategie (eine implizite Drohung gegenüber den eigenen BürgerInnen) kennt es die strenge Befestigung der Grenzen gegen unerwünschte, als gefährlich wahrgenommene Migration. Dieses Migrationsregime hat Wirksamkeitsgrenzen. Irreguläre Migration lässt sich nicht unterbinden, Abschaffungen nicht realisieren, wohl jedoch die Lebenssituation der MigrantInnen weiter verschlechtern und ihr Status und ihr Image beeinträchtigen. Soziale Entrechtung und Kriminalisierung sind Exzesse der Regulierung unerwünschter Migration.

„Leben in der Schattenwelt“ (Jörg Alt) der irregulären MigrantInnen liefert ein besonderes Beispiel verdeckter, verschämter Armut. Daneben gibt es aber auch insbesondere in den „global cities“ (ausführlicher behandelt wurde dazu eine Studie über Tel Aviv) ganze Stadtteile, Toleranz- und Organisationsräume, wo große (zunächst) irreguläre Migrantengruppen sichtbar, organisations- und konfliktfähig werden können.

Am zweiten Halbtage wurde das Forum mit der Präsentation einer Studie über „ArmutsmigrantInnen hinter Gittern“ fortgesetzt (s.u.).

Zum Abschluss wurde versucht, einige politisch-praktische Schlussfolgerungen zu formulieren, auf drei Ebenen:

1. für die Migrationspolitik als Politik des bewussten sozialen Ausgleichs und der Armutsbekämpfung im globalen (und nicht nur europäischen) Maßstab, anstatt bloßer Abwehr von Armutsmigration
2. für den Umgang mit „Migrationspolitik von unten“, mit irregulären „Migrationsprojekten“ und MigrantInnen, die – ungeachtet einer fairen Migrationsregulierung – Regeln brechen, unerlaubt Grenzen überschreiten
3. für den Umgang mit straffälligen MigrantInnen

ad 1. Für die Migrationspolitik wird die Anerkennung der Tatsache als Ausgangspunkt empfohlen, dass Österreich Einwanderungsgesellschaft ist, sowie die Bejahung auch von Entlastungs- und Wachstumseffekten durch Zuwanderung. Das Recht einer Gesellschaft, den eigenen Arbeitsmarkt und das Sozialsystem zu schützen und Zuwanderung nach Maßgabe eigener Wirtschaftsinteressen zu kanalisieren (z.B. qualifizierte MigrantInnen auszuwählen), kann nicht bestritten werden. Eine großzügigere Aufnahme auch von Armuts- und FluchtmigrantInnen (in einem weiteren Sinn als nach Genfer Flüchtlingskonvention) wäre jedoch ohne Gefahr für das Sozialsystem und würde dem Migrationsregime soziale Legitimation verleihen.

ad 2. Ungeachtet einer geregelten Zuwanderung: „Unerlaubte Zuwanderung wird es geben, solange es weltweit Menschenrechtsverletzungen und Wohlstandgefälle geben wird. Die Mechanismen unerlaubter Zuwanderung wieder kann man durch repressive Maßnahmen zwar verändern, aber nicht beseitigen“ (Jörg Alt: Leben in der Illegalität in Deutschland: Herausforderung für Staat und Kirche auch nach dem 11.9.2001, siehe: http://www.aktivgegenabschiebung.de/links_illegal.html)

Veronika Hofinger
ist Soziologin und arbeitet seit 2004 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien

Arno Pilgram
ist Soziologe und seit 1973 am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien. Mitglied im Aufsichtsrat des Vereins Neustart

Daher braucht es eine Politik des Umgangs mit „Illegalen“, die die Migrationsregeln verletzen. Die Grundsätze dafür sollten sein:

- a. Keine Kriminalisierung illegaler Einreise und illegalen Aufenthalts per se
- b. Entkriminalisierung, staatliche Duldung „humanitärer Beihilfe“ dazu (Akzeptanz der Tätigkeit von Hilfsorganisationen)
- c. Achtung von sozialen Grundrechten auch dieses Personenkreises (kein Ausschluss von medizinischer Versorgung, Schulbildung, gewerkschaftlicher Organisation ..)
- d. Bekämpfung von Ausbeutung (z.B. durch Schlepperorganisationen) und Schutz da-vor (z.B. durch Zeugenschutz)
- e. Rückkehrberatung und -hilfe

ad 3. Für Migranten, die mit dem Strafrecht in Konflikt kommen, ist, unabhängig von ihrem Aufenthaltsrecht, eine Gleichbehandlung und die Berücksichtigung ihrer besonderen Bedürfnisse im Gefängnis zu fordern. Verlust des Aufenthaltsrechts und Remigration entbindet des Strafvollzug nicht von der Resozialisierungsaufgabe, stellt diese vielmehr neu.

Hinweise:

www.irks.at/downloads/KI_2005.pdf

Fremde im österreichischen Strafvollzug

Seit dem Jahr 2001 hat sich der Belag in Österreichs Justizanstalten um ein Viertel erhöht. Im März 2006 befanden sich über 9.000 Menschen in gerichtlicher Haft, was bei einer Kapazität von rund 8.000 Plätzen zu massivem Überbelag führt. Der Zuwachs geht ausschließlich auf Gefangene mit ausländischer Staatsbürgerschaft zurück. Der Anteil der Fremden an allen Gefangenen lag Anfang der 1980er Jahre bei sieben Prozent. Einen ersten markanten Anstieg gab es in den Jahren 1989 bis 1993, nach der Ostgrenzöffnung, auf rund ein Viertel der Gefängnispopulation. Dieser Anteil blieb bis zum Jahr 1999 relativ konstant. Seither steigt die absolute und relative Zahl von Fremden in Haft wieder stark an: Im Jahr 2005 befanden sich knapp 4.000 Ausländer in Österreich in gerichtlicher Haft, ihr Anteil an allen Insassen von Justizanstalten erreichte 45 Prozent.

Bei näherer Betrachtung stammt der jüngste Zuwachs an fremden Gefangenen zu je einem Drittel aus Osteuropa jenseits der neuen EU-Mitgliedstaaten und aus Staaten Westafrikas. Das letzte Drittel teilen sich Personen aus den für Österreich typischen „Gastarbeiter“-Herkunftsländern, aus der Türkei oder den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, und Personen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten.

Die „Prekarisierung“ von Straftätern

Im Strafvollzug haben sich seit jeher Personen aus unterprivilegierten gesell-

Seit dem Jahr 2001 hat sich der Belag in Österreichs Justizanstalten um ein Viertel erhöht. Im März 2006 befanden sich über 9.000 Menschen in gerichtlicher Haft, was bei einer Kapazität von rund 8.000 Plätzen zu massivem Überbelag führt.

schaftlichen Gruppen konzentriert, deren Arbeitsmarktferne und prekäre sozialrechtliche Stellung die Resozialisierungsaufgabe erschwerte. Inzwischen kommt bei immer mehr Insassen ein irregulärer oder unsicherer Aufenthaltsstatus in Österreich hinzu, was die Integrationsperspektiven nochmals reduziert. Unter den Gefangenen fremder Nationalität befinden sich zunehmend solche mit einem prekären Aufenthaltsstatus. Zwar lassen uns die Strafvollzugsstatistiken im Stich, was den fremdenrechtlichen Status der Gefangenen betrifft, die Indizien dafür liefert aber die Polizeiliche Kriminal- bzw. Anzeigenstatistik. Der Zuwachs an Anzeigen gegen Fremde betrifft vor allem Fremde ohne Beschäftigung, Fremde mit prekärem, unbestimmten oder provisorischem Aufenthalt und Fremde mit Asylwerberstatus. Der überwiegende Anteil der Mehranzeigen gegen prekär situierte Fremde betrifft Diebstahlsdelikte oder Drogendelikte. Es sind vor allem diese Gruppen polizeilich ermittelter Straftäter, die die neuen Gefangenen darstellen, die die Gefängnisse füllen und an den Rand einer Krisensituation bringen.

Werden Fremde in Haft diskriminiert?

Grundsätzlich gilt das österreichische Strafvollzugsgesetz mit seinen Ziel- und Ausführungsbestimmungen für Österreicher und Ausländer gleichermaßen. Einzelne Paragraphen beziehen sich auf Ausländer, jedoch eher im Sinne „positiver Diskriminierung“ durch die Zusicherung von Rechten und sollen insbesondere die Nachteile durch Fremdsprachigkeit kompensieren und religiöse Bedürfnisse berücksichtigen. Auch Ausländer, die nach der Haft in ihr Heimatland zurückkehren (müssen), sind während der Haft rechtlich grundsätzlich nicht schlechter gestellt als Inländer. Für Ausländer ist kein Justizvollzug eigener Art oder gar „zweiter Klasse“ vorgesehen.

Gesetzliche Vorgaben, die im Gegensatz zu „draußen“ Rechte nicht an Staatsbürgerschaft koppeln, und einzelne positive rechtliche Diskriminierungen führen gemeinsam mit der teilweise egalisierenden Wirkung „totaler Institutionen“ einerseits zu einer Einebnung von Ungleichheiten zwischen In- und Ausländern, doch der Mangel an Sprachkenntnis, sozialen Netzen und Integrationsperspektiven, von dem Ausländer häufig betroffen sind, wirkt sich andererseits auch im Gefängnis negativ aus und erzeugt Benachteiligungen, die nicht kompensiert werden.

Diese strukturellen Nachteile werden vorwiegend durch das Ignorieren von Differenzen „bewältigt“. Die Bedeutung sprachlicher und kultureller Barrieren, die zu Informationsdefiziten und verminderten Beteiligungschancen führen, wird tendenziell verharmlost. DolmetscherInnen spielen im Alltag im Strafvollzug kaum eine Rolle. Fremdsprachenkenntnisse sind keine entscheidende Qualifikation bei der Aufnahme zur Justizwache. Abgesehen vom „Ausländer-referat“, das derzeit eher an Ressourcen verliert als gewinnt, gibt es in der Justiz keine spezielle Ansprechstelle für Fragen in diesem Bereich. Die Behandlung ausländischer Insassen ist durch ein hohes Maß an Improvisation gekennzeichnet, was zu unterschiedlichen Standards in verschiedenen Justizanstalten führt, etwa in Hinblick auf Deutschkurse für Insassen oder Englischkurse für BeamtInnen.

Eine erstmals ermöglichte statistische IVV-Auswertung verdeutlicht an den Beispielen Lockerungs- und Beschäftigungsmaßnahmen strukturelle Benachteiligungen ausländischer Gefangener. So zeigt sich, dass ausländischen Gefangenen, insbesondere wenn ihnen nach der Haft ein Aufenthaltsverbot droht, deutlich seltener

Vollzugslockerungen gewährt werden, die mit einem Verlassen der Anstalt verbunden sind. Österreicher dürfen im Laufe ihrer Strafhaft durchschnittlich an 3,4 pro 100 Tagen die Anstalt auf Ausgang verlassen, Ausländer hingegen nur an 5 pro 1.000 Tagen in Strafhaft. Beim Freigang sieht es ähnlich aus: Österreichern wird im Durchschnitt (auf die Strafhaftdauer bezogen) an einem von 100 Tagen Freigang gewährt, Ausländern durchschnittlich nur an einem von 1.000 Tagen. Die Statistik zeigt auch, dass die Situation für bestimmte Gruppen von Ausländern besonders schlecht ist: Fast niemand aus den ehemaligen Sowjetrepubliken hat je ein österreichisches Gefängnis auf Freigang oder Ausgang verlassen.

Die Benachteiligung bei Beschäftigung und Arbeitsverdienst resultiert vor allem aus der Tatsache, dass ausländische Gefangene häufiger in Untersuchungshaft angehalten werden, wo es weniger Beschäftigungsmöglichkeiten gibt und auch keine Verpflichtung zur Arbeit besteht. Österreicher verdienen pro Tag in Haft durchschnittlich mehr als doppelt so viel wie Ausländer. Ein anderes Vergleichsmaß, das die Benachteiligung im Bereich Beschäftigung relativiert, erhält man, wenn man die gesamte Verdienstsomme nur auf die Strafhaftzeit bezieht. Wenn man Ausländer und Inländer in Strafhaft vergleicht, so verdienen Österreicher nur noch 1,3 mal so viel wie Ausländer.

Neue Herausforderungen und ihre Bewältigung durch die Institution

Die größten Probleme bringt derzeit nach Meinung der Befragten die Überfüllung der Anstalten, die eine adäquate Betreuung und Unterbringung aller Insassen unmöglich macht. Dass der „Überbelag“ mit einer Zunahme von Fremden einhergeht, ist eine zusätzliche Herausforderung. Man habe „die Kommunikation verloren“, meint ein Personalvertreter verunsichert. „Verständigungsschwierigkeiten“ sind nicht nur sprachlicher Natur. Besonders schwer tut man sich mit Insassen aus der ehemaligen Sowjetunion, wo es neben einer gemeinsamen Sprache oft auch am Willen zur Verständigung mangelt. Problematisch ist auch die starke Kategorisierung von Seiten vieler Justizbediensteter, die alle Insassen aus (Nicht EU)-Osteuropa wenig differenziert als „die Russen“ bezeichnen und dieser Gruppe kollektiv eine Reihe negativer Eigenschaften zuschreiben.

Wo die Integration der Fremden in den Arbeitsprozess und somit in die Anstalt funktioniert, hört man wenig Klagen. Die Zusammenarbeit in den Betrieben, die Per-

spektive, Jahre oder gar Jahrzehnte miteinander zu verbringen, und der tägliche Kontakt führen in vielen Fällen zu einem Abbau von gängigen Vorurteilen. Gerade mit Insassen aus Afrika kommt man gut zurecht, sie werden durchwegs als „angenehmes Klientel“ beschrieben, als „anpassungsfähig“, „arbeitswillig“, „nicht aggressiv“ und „künstlerisch begabt“.

In Justizanstalten mit hohem Ausländeranteil ist ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten. Die Lage wird in den Gesprächen normalisiert, es sei alles „eigentlich wie immer“, meint man etwa in Suben, einer oberösterreichischen Justizanstalt mit einem Ausländeranteil um die 70 Prozent. Man ist im Strafvollzug gewohnt, sich auch an schwierige Umstände anzupassen, schließlich konnte man noch nie jemanden „annahmeverweigern“. Besonders dort, wo ausländische Insassen gefährdete Arbeitsplätze der Justizwache und Standorte von Justizanstalten (oder deren Außenstellen) sichern, hat man sich gut arrangiert. Ausländische Insassen sind in dieser Hinsicht auch „systemerhaltend“ und funktional für den Vollzug, da man sie widerstandsloser in entlegenen Haftanstalten und großen Hafträumen unterbringt und bei ihrer Betreuung (mit Verweis auf bevorstehende Abschiebungen und Sprachbarrieren) eher einspart. In Hinblick auf die Bedingungen in den Heimatländern werden Standards mitunter relativiert und alte „verwahrende“ Vollzugsformen konserviert.

Der Strafvollzug hat sich als Institution durch die Veränderung der Insassenpopulation weniger verändert, als man erwarten könnte. Dass Kommunikation oft kaum möglich ist und der Zweck der Resozialisierung bei so vielen Insassen wegfällt (da man Ausländer ohne Aufenthaltstitel und Arbeitsgenehmigung nicht in die österreichische Gesellschaft reintegrieren kann), führt erstaunlicherweise zu keiner Sinnkrise. Dies legt die Vermutung nahe, dass Resozialisierung bzw. „Wiedereingliederung“, wie es im Strafvollzugsgesetz heißt, auch bisher nicht der allerwichtigste Zweck von Gefängnissen war. In den Anstalten gibt es relativ wenig Wissen darüber, was mit den ausländischen Insassen nach der Haft passieren wird. Der Strafvollzug erscheint insgesamt wenig zukunftsorientiert, wichtiger ist oft die Integration in die Anstalt als Integrationsperspektiven nach der Haft.

Verbesserungsbedarf

Verbesserungsmaßnahmen müssen einerseits im Strafvollzug selbst ansetzen. Es müssten mehr Anstrengungen unternommen werden, um Sprachbarrieren und Informationsdefizite zu beseitigen, etwa durch Sprachkurse für Insassen und Personal, mehrsprachige Informationsblätter und Anträge sowie den Einsatz von Dolmetschern (zumindest bei den besonders sensiblen Ordnungsstrafverfahren und medizinischen Untersuchungen). Unterschiedlichen Standards in Justizanstalten gleicher Funktion sollten nach oben hin angeglichen werden. Justizbedienstete sollten in ihrer Aus- und Fortbildung im Umgang mit Fremden noch intensiver geschult werden. Information über Lebensbedingungen in den Herkunftsländern kann das gegenseitige Verständnis fördern. Wünschenswert wäre auch die gezielte Aufnahme von Personal mit Sprachkompetenzen und Migrationshintergrund.

Reformbedarf besteht jedoch auch auf kriminalpolitischer Ebene. Bei Ausländern werden Alternativen zur Haft seltener genutzt als bei Inländern. Da nicht integrierte Ausländer von den Strafverfolgungsbehörden nicht immer gleich wie Österreicher und integrierte Ausländer behandelt werden können (etwa bei der Verhängung der Untersuchungshaft, bei Diversion oder Bewährungshilfe), braucht es neue kriminalpolitische Konzepte für diese Tätergruppen. Strafvollzug fern der Heimat – der wohl kaum der Re-Integration dienen kann, weder in die österreichische, noch in die Herkunftsgesellschaft – sollte so weit als möglich vermieden werden.

Dieser Bericht beruht auf der Studie „Ausländische Gefangene in österreichischen Justizanstalten und Polizeianhaltezentren“ (Hofinger/ Pilgram 2006), für die Interviews mit Mitarbeitern des Strafvollzugs durchgeführt wurden und die Statistik des österreichischen Strafvollzugs (basierend auf der IVV, der Integrierten Vollzugsverwaltung) ausgewertet wurde.

Die Langfassung des Berichts findet sich auf www.irks.at/downloads/ForeignPrisoners.pdf

Wenn die Adresse zum Stigma wird

Die Polarität „gute Viertel – schlechte Viertel“ setzt eine Bewertung voraus, wobei in der Regel aber unklar bleibt, von wem diese Bewertung anhand welcher Indikatoren vorgenommen wird.

Nur zu oft kann ja beobachtet werden, dass die Bewertung durch die BewohnerInnen dieser Viertel sich von der Außen- durch Personen, deren Eindrücke sich häufig überwiegend auf passagere Eindrücke (mehr/minder beschleunigter Transiterlebnisse) gründen, grundlegend unterscheiden. Generell aber bleibt die lokale Politik eher an der Außensicht und den hier vertretenen Positionen orientiert. Tatsächlich sind jedoch Maßnahmen der Gegensteuerung gut beraten, sich an den für die Innensicht relevanten Indikatoren auszurichten: am (noch) vorhandenen Potenzial, an aktuell bereits gelebten Gegenstrategien sowie an modellhaften Szenarien für einzuleitende Maßnahmen und steuernde Eingriffe durch die AkteurInnen der Stadtentwicklung/Stadtplanung.

Segregation und sind Ergebnis eines komplexen Bedingungsgefüges

Anstelle der umgangssprachlichen Formulierung „schlechte Viertel“ wird im Fachdiskurs zumeist der weniger moralische Begriff „belastete Nachbarschaften“ verwendet. Damit wird eine kritische Entwicklung im sozialen Nahraum angesprochen, die insbesondere in Form von nachbarschaftlichen Beschwerden und/oder Äußerungen der Unzufriedenheit bzw. Beschwerden über unzureichende Wohn- respektive Wohnumfeldqualität zum Ausdruck kommt. Gewissermaßen haben wir es hier mit einem prozesshaften Geschehen im sozialräumlichen Kontext zu tun, das dem dynamischen Modell einer Negativspirale entspricht. Für die Dynamik dieser Negativspirale sind wesentlich zwei gegenläufige und sich wechselseitig verstärkende Aspekte (Push- und Pull-Faktoren) zu nennen.

Im Zuge einer anfänglich normalen Fluktuation der Besiedlung (durchschnittlich etwa 5% des Bestandes) siedeln sich vermehrt/überwiegend neue Personen und Haushalte in diesem Umfeld an, die auf dem sozioökonomischen Parameter eher durch besondere individuelle/soziale Belastungen ausgezeichnet sind (Armutshaushalte, Langzeitarbeitslose, MigrantInnen). Wir können somit von einem ausgeprägten Pull-Effekt sprechen, der zudem zu einem guten Teil von Institutionen der öffent-

lichen Hand gefördert und verstärkt wird, die (in falsch verstandenem Verträglichkeitsdenken dem Image folgen) eine Negativselektion bei den WohnungswerberInnen vornehmen und gezielt Personen und Haushalte zuweisen, die sich durch ein niedriges sozioökonomisches Profil auszeichnen. Eindimensionale wohnpolitische Modelle sind ursächlich am Entstehen negativer Dynamik beteiligt.

Vermehrt ziehen in der Folge Personen mit höherer sozioökonomischer Positionierung aus diesem Umfeld weg, um sich gewissermaßen in sozialräumlicher Hinsicht zu verbessern und sich dem perspektivisch absehbaren Stigma der Wohnadresse zu entziehen. Die Absiedlung von sozioökonomisch besser gestellten Mittelstandshaushalten stellt einen Pushfaktor dar, der die Fluktuation im Viertel nachhaltig erhöht und die Dynamik des Niedergangs zusätzlich anheizt. Dieser Trend wird wesentlich durch (neo)liberale Positionen zur Bewerbung und mithin Förderung von Wohneigentum als Idealfigur mittelständischer Wohnwünsche (Wohnen als Ware und Statussymbol) unterstützt.

Fahrstuhleffekt durch primäre und sekundäre Faktoren wechselseitiger Verstärkung

Den strukturellen Faktoren einer fortschreitenden sozialen Entmischung von Siedlungen und/oder Stadtteilen gesellen sich weitere Aspekte bei, von denen ich glaube, dass diese eher als sekundär bedeutsam eingeschätzt werden können; denen aber gleichwohl große Bedeutung für Tempo und Intensität der angesprochenen Entwicklung auf der Negativspirale zugeschrieben werden muss. Demzufolge kommt es im Zuge der sozialen Entmischung zu einer weitgehenden Verschlechterung der sozioökonomischen Parameter des Siedlungsverbundes sowie zu qualitativen Einbußen.

Besonders sensibel reagieren erfahrungsgemäß – und aus der betrieblichen Logik heraus nur zu verständlich – jene Betriebe und Geschäfte, die zu einem wesentlichen Teil darauf angewiesen sind, dass ihre anvisierte Laufkundschaft sich im näheren Umfeld wohlfühlt. Sobald das nicht mehr der Fall ist und diese Kundschaften gewissermaßen die Nähe dieser Geschäfte zu meiden beginnen, sind die BetriebsinhaberInnen klarerweise gezwungen, sich andere Standorte zu suchen. Die damit leergewordenen Geschäftsflächen und Betriebsstätten haben inzwischen soweit an Wert verloren,

Heinz Schoibl

ist Gesellschafter von Helix – Forschung und Beratung, Salzburg
Forschungsschwerpunkte sind u.a. Armut, Soziale Arbeit und Wohnungslosenhilfe, Jugendarbeit, Stadtforschung und kommunale Sozial- und Wohnpolitik

dass sich an die Stelle eingessener und etablierter Betriebe nun eher solche mit deutlich niedrigeren Erwartungen bezüglich des Zielpublikums niederlassen. Dabei handelt es sich nur zu oft um einschlägige Betriebsstätten mit eher schlechtem Image, prekären Arbeitsplätzen etc. An die Stelle von Cafés und Restaurants treten Take-away- und Auslieferküchen, Spiel- und Wettcafés. Mit dem Wertverlust der Liegenschaften wird damit gewissermaßen auch in ökonomischer Hinsicht der Raum dafür frei, dass sich eine Parallelökonomie von und für MigrantInnen etablieren kann.

Schritt für Schritt verändern diese Stadtteile ihr Äußeres; die öffentliche Hand tut ihr Übriges dazu und beginnt, das Wohnumfeld zu vernachlässigen. Sitz- und Aufenthaltsangebote in den Parks werden z.T. offensiv zurückgebaut. Im öffentlichen Raum entwickeln sich „hot spots“, d.h. Treffpunkte von sozial auffälligen Personen. Öffentlicher Konsum von Alkohol bzw. illegalen Drogen ist ein zusätzliches äußeres Zeichen dafür, dass das Image dieses Stadtteils den Bach runter geht.

Angebote der soziokulturellen Infrastruktur verschwinden aus dem Ortsbild, die Vielfalt der Nahversorgungsstrukturen lässt nach und das Image der öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Schulen, gleicht sich dem allgemeinen Wertverlust an. Die Anteile von Kindern aus Armuts- und/oder MigrantInnenhaushalten steigen überproportional. Die noch im Stadtteil verbliebenen Mittelstandshaushalte beginnen ihre Kinder für den Schulbesuch in anderen Bezirken umzumelden.

Wenn in weiterer Folge Vandalismus und Kleinkriminalität zunehmen, Jugendbanden die Gegend unsicher machen und Präsenz sowie Interventionsdichte der Exekutive ebenso zunehmen wie die Anzeigenstatistik, dann ist der Abstieg des Bezirks in ein „schlechtes Viertel“ wohl endgültig besiegelt.

Letztendlich sind nur mehr die im Viertel übriggeblieben, die nicht mobil genug sind bzw. die es sich nicht leisten können, sich ein anderes Domizil in ansprechenderen Verhältnissen zu suchen. Die Armutsverhältnisse haben sich dann in struktureller und sozialräumlicher Hinsicht soweit verfestigt; dass endogene Potenziale und externe Hilfestellungen zur Armutsbewältigung nicht mehr greifen; im Gegenteil: Die Voraussetzungen dafür, dass diese Armutsverhältnisse an die Generation der in diesem Viertel Heranwachsenden weiter vererbt werden, sind mithin mehr als gegeben.

Gezielte Einflussnahme und Gegensteuerung sind möglich

Es versteht sich wohl von selbst, dass nach Möglichkeit bereits frühzeitig interveniert werden muss, um eine Chance auf die nachhaltige Beeinflussung der Entwicklung und insbesondere die Verhinderung des „Fahrstuhleffekts“ zu haben. Je weiter fortgeschritten die Entwicklung ist, umso schwieriger – soweit kann generell verallgemeinert werden – ist die Gegensteuerung.

Insbesondere geht es dabei um Handlungsmodelle in den Aktionsbereichen von Politik und Verwaltung einerseits sowie der sozialen Arbeit andererseits. Ohne diese hier in aller Komplexität ausbreiten zu können, so kann doch leicht festgestellt werden, dass allen diesen Aktionsbereichen eine Vielzahl an Instrumentarien und Handlungsmodellen zur Verfügung steht, die mehr/minder direkten Einfluss auf die Stadtteilentwicklung nehmen können, sofern es sich dabei nicht um solitäre Schnellschüsse handelt, die sich dann womöglich wechselseitig in ihrer Wirkung aufheben.

A) Handlungsebene der Politik und Verwaltung

Vergabepolitik: In erster Linie steht wohl in Frage, wie es um den Bestand von Wohnungen bestellt ist, auf deren Vergabe die kommunale Wohnungsverwaltung direkten oder indirekten Zugriff hat. Günstigerweise sollte dieser Anteil mehr als die Hälfte des Wohnungsbestandes ausmachen, um auf Perspektive sicherstellen zu können, dass sozialräumlich abgestimmte und gewissermaßen maßgeschneiderte Vergabekriterien ein wirksames Instrumentarium zur Steuerung von sozialem Mix respektive zur Gegensteuerung von entsprechenden Schief lagen darstellen können. Unabhängig davon ist es in dieser Situation unerlässlich, dass sich die Kommune respektive das kommunale Wohnungsamt mit den vor Ort maßgeblichen Wohnbauträgern und Verwaltungskörperschaften ins Einvernehmen setzt, um eine zielorientierte Abstimmung von Vergabe und weitergehenden Maßnahmen der Wohnraumverwaltung vornehmen und vor allem umsetzen zu können.

Bestandspolitik: In der einleitenden Phase des Niedergangs von Stadtteilen/ Bezirken/Vierteln ist in der Regel eine rapide Zunahme in der Fluktuation der Wohnungsbelegung festzustellen. Wohnungen werden frei und es kommt zu mehr/minder langen Phasen des Leerstandes. Dieses Alarmzeichen für den beginnenden Niedergang bietet jedoch

auch gleichzeitig die Chance für eine gezielte Intervention; z.B. durch die Sanierung und Aufwertung von Altbauten, die sich im unmittelbaren Verfügungsbereich der Kommunen befinden. Damit kann in qualitativer Ergänzung zur neu justierten Vergabepolitik auch die Akzeptanz und Bleibeorientierung jener Bevölkerungsteile unterstützt werden, die ansonsten – in Abwehr des befürchteten Fahrstuhleffektes – das Weite suchen würden.

Städtebauliche Maßnahmen: Diese steuernden Maßnahmen auf der Ebene der Bevölkerungsstruktur müssen unbedingt und gleichzeitig durch weitergehende städtebauliche Maßnahmen unterstützt und abgefedert werden, z.B. durch die Entkernung von verdichteten Baustrukturen und/oder die gezielte Erschließung von Zwischen- und Freiräumen für die Verbesserung der Wohnumfeldqualität; z.B. durch den Rückbau von Baukörpern, die eine Freiraumerschließung verhindern bzw. die kommunikative Qualität der Siedlungsbezüge (fehlende Achsen und Brücken zwischen Siedlungsteilen) einschränken. Last but not least wird auf dieser Handlungsebene ein bezirklicher Masterplan als Grundlage für Neubaumaßnahmen benötigt, der schwerpunktmäßig auch Fragen des ruhenden Verkehrs, der kommunikativen Bezüge zwischen den örtlichen Erholungsräumen sowie der Wohnumfeldqualität beantworten kann und auch für Bauvorhaben verbindlich sein muss, die nicht in der Regie der Gemeinde bzw. kooperierender Baugenossenschaften erfolgen.

Wohnumfeldgestaltung: Eine zentrale Rolle für die Etablierung eines anregenden sozialräumlichen Klimas spielen Erholungs- und Begegnungsräume, die auch im Sinne sozialer Freiräume funktionieren und gewissermaßen die – auch unter denkbar schlechten Voraussetzungen – vorhandenen Potenziale und Gestaltungskräfte zur Entfaltung bringen. Ergänzend dazu bedarf es eines Geh- und Radwegenetzes für die fußläufige Erschließung der Erholungsräume und zur Förderung von Austauschprozessen zwischen den einzelnen Siedlungsteilen sowie mit den angrenzenden Vierteln. Ausgangspunkt und Voraussetzung für gelingende Austauschprozesse ist eine zielgruppenspezifische Gestaltung und Möblierung der Freiräume, sodass sich sowohl alte als auch junge Menschen, alleine oder in Gruppen aufhalten und aktiv betätigen können. Von besonderer Bedeutung ist es dabei, dass in diesem

Kontext nicht darauf vergessen wird, dass Jugendliche hier einen adäquaten Platz für ihre Interessen vorfinden.

Verkehrstechnische Erschließung und Anbindung: Die steuernde Gestaltung eines Viertels, insbesondere zur Reanimation eines „schlechten Viertels“ lebt wesentlich von angepassten Maßnahmen verkehrstechnischer Erschließung, unter anderem um zu vermeiden, dass z.B. durch überdimensionierte Durchfahrtswege Kommunikationshürden verfestigt werden und/oder auf Perspektive tote Zonen entstehen. Fragen wie diese erscheinen insbesondere entscheidend dafür, ob und inwieweit es gelingt, Betriebsstätten und damit Arbeitsplätze im Revier zu halten bzw. wieder anzusiedeln. Ohne Arbeitsplätze im Viertel aber bleibt den BewohnerInnen im arbeitsfähigen Alter nur die Perspektive des Auspendelns, was einerseits das Risiko von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit erhöht (Wer nimmt schon jemanden mit der Adresse!), andererseits jedoch unmittelbar einen Substanzverlust für den sozialen Nahraum nach sich zieht. Sind es unter diesen Vorzeichen doch vor allem jene Personen mit höherer sozialer Kompetenz, die in letzter Konsequenz dann ja nicht nur für die Erwerbstätigkeit auspendeln, sondern auch für Bildung, Kultur und Freizeit andere räumliche Bezüge für sich erschließen. Im Stadtteil bleiben dann nur jene, die es sich aus Mobilitäts- und/oder Armutsgründen schlicht nicht leisten können, ihren unmittelbaren Nahraum zu überwinden.

Soziale und soziokulturelle Infrastruktur: Soziales Leben im Stadtteil ist wesentlich abhängig von der sozialen und soziokulturellen Infrastruktur vor Ort, insbesondere davon, inwieweit diese in der Lage ist, sich gewissermaßen als eigenständige und interaktive Stadteilkultur zu etablieren. Kindergärten und Schulen sind in diesem Zusammenhang ebenso zur Mitwirkung aufgerufen, wie Stadteilbibliotheken und Veranstaltungsräumlichkeiten. Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist aber sicherlich, dass für die Entwicklung und Entfaltung dieser Stadteilkultur die geeigneten Ressourcen und Freiräume bereit gestellt werden.

Maßnahmen zur Armutsbekämpfung: Sobald ein Stadtteil zu kippen und der Fahrstuhleffekt zu starten droht, treten – wie oben bereits skizziert – auch erste Erscheinungen einer beginnenden sozialräumlichen Verfestigung von Armuts-

verhältnissen zutage. Spätestens dann ist die kommunale Armutspolitik gefordert, Mittel und Ressourcen für die unmittelbare Armutsbekämpfung bereit zu stellen sowie das kommunale Repertoire an unterstützenden Dienstleistungen zu mobilisieren.

B) Handlungsebene sozialer Arbeit und Stadtteilentwicklung

Um dem gesellschaftspolitischen Auftrag zur entstigmatisierenden Wirkung im sozialen Nahraum entsprechen zu können, sind die sozialen Dienstleistungseinrichtungen in mehrfacher Hinsicht gefordert. Allem voran geht es dabei wohl darum, die Segregationstendenzen innerhalb der sozialen Dienste zumindest soweit rückgängig zu machen, damit sinnvolle Verknüpfungs- und Vernetzungsstrukturen aufgebaut werden können. Nur vor diesem Hintergrund kann die noch eher junge und noch wenig etablierte Zielvorgabe einer Sozialraumorientierung der sozialen Dienste auch tatsächlich umgesetzt werden. Damit könnte sich auf längere Sicht eine neue und radikale Form der Niederschwelligkeit sozialer Arbeit durchsetzen, die ernst macht mit dem hohen Ziel der Normalisierung – insbesondere auch der Lebensbedingungen jener Personen, die aufgrund von Armut, abweichendem Verhalten oder eben auch Abhängigkeit von bewusstseinsverändernden Substanzen aus den „normalen“ Lebensbezügen tendenziell bis tatkräftig ausgeschlossen werden.

Sozialraumorientierung in diesem Sinne würde bedeuten, dass ganzheitliche Angebote der sozialen Arbeit möglichst niederschwellig in die nahräumlichen Gemeinwesenbezüge eingebettet werden und in diesem Rahmen Integration fördern und der Tendenz der sozialräumlichen Verfestigung von Armutsverhältnissen entgegen wirken. Fachspezifische Parallelstrukturen, z.B. für Drogenhilfe, Familienhilfe, Straffälligenhilfe etc., machen in diesem Aufgabenrahmen wenig Sinn. Auf der Ebene der Gemeinwesen müsste stattdessen ein integrativer Grundsatz gelten, der dem Dreierschritt der primären, sekundären und tertiären Prävention auch inhaltlich und ohne Abstriche entsprechen kann. GeneralistInnen haben in diesem Kontext den Vorrang vor SpezialistInnen, die es wohl auch weiterhin brauchen wird – im Rahmen einer sozialraumverpflichteten Grundstruktur sozialer Arbeit.

Bedarfs- und Potenzialanalyse, Monitoring – mit der Methode parteilicher Aktions- und Handlungsforschung – sowie partizipative Angebots- und Strukturentwicklung in den Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, abgestimmt auf die konkreten sozialräumlichen Anforderungen und die konkrete Entwicklungsstufe des bezirklichen Niedergangs, stellen Instrumente sozialer Arbeit dar, die in dieser Situation zuallererst gefordert sind. Allem voran sind die sozialen Dienste darüber hinaus gefordert, Diskursangebote zu setzen und örtliche Öffentlichkeit durch die systematische Forisierung des Sozialraums herzustellen. Zu beachten wird dabei sein, dass diese Öffentlichkeit nicht an den Bezirksgrenzen endet, sondern im Sinne eines brückenschlagenden sozialen Kapitals auch die angrenzenden Sozialräume aktivierend einbezieht.

Wirkfaktoren in Stichworten

Die Stadt Salzburg ist ein ausgesprochen gutes Anschauungsbeispiel, z.T. für spannende und gut gelungene Beispiele, z.T. aber auch für halbherzige und/oder überhaupt verpfuschte Ansätze. Die nähere Betrachtung sowohl der gelingenden als auch ib. der unzulänglichen Versuche gibt Einblick in zentrale Wirkfaktoren, die für ein Gelingen von besonderer Bedeutung sind. Dabei handelt es sich um folgende Gesichtspunkte:

- Informationssicherheit, Auftragssicherheit und Rollenklarheit der Gemeinwesenarbeit
- Überparteilichkeit der Unterstützungsstruktur
- Beteiligungsqualität – sozialräumliche Verortung für Beteiligung und Stadtteilkultur
- Aktives soziales Kapital
- Zielgruppenspezifische und bedürfnisorientierte Angebote zur Förderung von Integration und Begegnung
- Nutzen für alle: Was es braucht? Viele kleine Win-Win-Situationen
- kollektive Formen der Armutsbekämpfung (Tagesstruktur, Eigenarbeit und Zuverdienstmöglichkeiten etc.)
- Austausch zwischen Bezirken – Brückenschlag
- Stadt – Stadtteil – Beziehungsgefüge/ Durchlässigkeit und Mobilität

CHECK-LIST –**Wie Mann/Frau es nicht machen soll**

Am Beispiel einer Neubausiedlung in Salzburg lässt sich deutlich machen, wie man/frau es machen muss, damit es sicherlich nicht klappt:

Diese Neubausiedlung startet mit großen Ambitionen in der Planungsphase und relativ guten Voraussetzungen im Startprozess, die sich in entsprechender Medienpräsenz niederschlagen. Dem ArchitektInnen-Wettbewerb kommt große Aufmerksamkeit zu. Dann aber geht das Projekt im Sinne des Wortes baden; der Rotstift nimmt noch vor dem eigentlichen Start des Neubaus versprochene stadtteilrelevante Infrastruktur und soziale Ansprüche zurück. Es folgt eine massive bauliche Verdichtung und – u.a. aufgrund des gesunkenen Interesses an den angebotenen Wohnungen – eine eher unplanmäßige Vergabe der Wohnungen nach der ganz normalen Dringlichkeitsreihung auf der Warteliste des städtischen Wohnungsamtes. Die Folge ist fehlende soziale Durchmischung respektive Konzentration von Armutshaushalten. Die nachfolgende Rücknahme der geplanten und angekündigten Wohnumfeldangebote tut ein Übriges, um letztlich die Produktionsbedingungen für ein „schlechtes Viertel“ abzurunden.

Bereits kurz nach der tatsächlichen Besiedlung kommt es zu ersten krisenhaften Vorfällen und massiven Beschwerden der BewohnerInnen. Diese sind dann der Anlass für nachträgliche stückweise Verbesserungen bezüglich Dichte, Wohnumfeldgestaltung und soziokulturelle Infrastruktur. Ein BewohnerInnenzentrum wird etabliert und siedlungsbezogene Gemeinwesenarbeit gestartet.

Im Rückblick zeigt sich, dass die strukturellen Fehler in der Startphase nur mit viel Mühe und mit eingeschränkter Wirkung wieder behoben werden konnten. Das Image einer Problemsiedlung aber ist inzwischen verfestigt und nicht mehr so ohne weiteres rückgängig zu machen.

Splitter aus der Diskussion

In der lebhaften Diskussion werden einige zentrale Fragen aufgeworfen, die z.T. zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den von Christoph Stojk und Heinz Schoibl vorgestellten Thesen führen.

Insbesondere wird der **Begriff der Parallelökonomie** als tendenziell entwertend kritisiert und stattdessen die Frage gestellt, ob dies nicht eher als Potenzial und als Chance für das betroffene Viertel gewertet werden müsste. Dahinter steckt doch konkrete Arbeit; insbesondere MigrantInnen erbringen damit Leistungen – auch für das Gemeinwesen.

Äußerst kritisch wird auch thematisiert, ob und inwieweit es überhaupt sachlich gerechtfertigt ist, bestimmte **Kennziffern z.B. Anteil von MigrantInnen** an den BewohnerInnen eines Viertels als Maßstab dafür heranzuziehen, Bezirke und Stadtteile im Sinne der Diktion in „gute“ oder „schlechte“ Viertel zu qualifizieren. Gerade in dieser Frage wird dringend eine sensiblere Sprache eingefordert, um zusätzliche Stigmatisierungen vermeiden zu können.

Ein weiteres Kapitel der Diskussion dreht sich um die **Frage der Verantwortung**. Wenn Sozialraumorientierung eine Responsibilisierung anstrebt und den BewohnerInnen selbst letztlich die Verantwortung zuschreibt, die weitere Entwicklung des Viertels (mit)zu bestimmen, dann wird letztlich die Frage offen und unbeantwortet gelassen, wer denn die Verantwortung dafür trägt, dass es überhaupt so weit gekommen ist. Es wäre doch eine zentrale Aufgabe für die Einrichtungen der sozialen Arbeit und deren MitarbeiterInnen, auch die Agenturen der Wirtschaft, Verwaltung und Politik in die Pflicht zu nehmen, die Responsibilisierung also gewissermaßen umzudrehen und dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Ressourcen bereitgestellt und die entsprechenden Arbeitsaufträge erfüllbar werden. Diese Aufgabe wird von der sozialen Arbeit – nach Meinung einer Teilnehmerin – aktuell zu wenig beachtet, auf die Gefahr hin, dass dann absurderweise den Betroffenen selbst die Aufgabe zugeschrieben wird, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Herausbildung von „schlechten Vierteln“ als Ausdruck zunehmender sozialer Ungleichheit

Seit jeher wurde die Stadt in „gute“ und „schlechte Viertel“ geteilt. Menschen in den „schlechten“ Vierteln leiden darunter aus Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden und sie leiden unter dem schlechten Image, das ihr Stadtteil hat. Es ist vom „Kippen“ der Stadtteile zu hören. Gemeint ist, dass „zu viele AusländerInnen“ dort wohnen würden und die „Durchmischung“ nicht mehr gegeben sei. Diese Ethnifizierung verstellt den Blick auf die tatsächlichen Entwicklungen in westeuropäischen Städten und auf die Ursachen für Zuschreibungsprozesse für Stadtteile.

Die in vielen Städten der nördlichen Hemisphäre zu beobachtende zunehmende soziale Segregation, ist in Österreich in abgeschwächter Form zu erkennen. Anzeichen für eine zunehmende Zergliederung des städtischen Raums gibt es allerdings zahlreiche:

Die Konflikte in und um den Raum nehmen zu: In Wien wurden die Gebietsbetreuungen für die städtischen Wohnhausanlagen eingerichtet, um Nachbarschaftskonflikte und Konflikte um den öffentlichen und halböffentlichen Raum in den Anlagen besser regeln zu können. Der Ruf nach Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von Wohnhausanlagen wird immer lauter (und auch teilweise erfüllt). Es wird diskutiert, welche Menschen und Gruppen in welchen Räumen erwünscht bzw. unerwünscht sind (z.B. Punks in den Einkaufstraßen, Bettelverbote). In vielen Städten finden Auseinandersetzungen darüber statt, ob und wie Moscheen gebaut werden dürfen.

Diese Konflikte sind Ausdruck dafür, dass der Raum umkämpft ist, dass neu definiert wird, wer über den Raum wie verfügen darf. Sie deuten daraufhin, dass im materiellen städtischen Raum gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse sichtbar werden.

Wachsende soziale Ungleichheiten schreiben sich in den Raum

Ursachen für Zuschreibungsprozesse im städtischen Raum sind komplex:

Die zunehmenden sozialen Unterschiede bilden sich auch zunehmend im physischen Raum ab. Menschen mit höherer Bildung verlassen tendenziell die Stadtteile, in denen mehrheitlich benachteiligte Menschen leben. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Die einen verlassen die Wohnhausanlage, weil sie im Vergleich zu benachbarten neu errichteten Siedlungen in baulich schlechterem Zustand ist. Die anderen lei-

den unter dem Image eines Wohngebiets. Und die nächsten wollen die Kinder in eine Schule geben, die mehrheitlich von autochthonen SchülerInnen besucht wird.

Nicht nur zunehmende ökonomische Ungleichheiten haben Auswirkungen auf Prozesse im städtischen Raum, sondern auch zunehmende milieuspezifische Unterschiede. Mit der Ausdifferenzierung von Lebensstilen differenzieren sich Interessenslagen stärker aus, auch in Bezug auf die Raumeignung. Es geht nicht nur um Interessensgegensätze zwischen Jung und Alt (Jugendliche, die in einer Wohnhausanlage Sport betreiben wollen und ältere Bevölkerung, die „ihre Ruhe haben will“). Je nach kultureller Herkunft wird öffentlicher Raum unterschiedlich genutzt. Für das autochthone ArbeiterInnen-Milieu scheint das äußere Erscheinungsbild und der Ruhe- und Erholungswert des öffentlichen Raums im Vordergrund zu stehen. Für manche türkische Milieus dient der öffentliche Raum v.a. der Kommunikation und dem Feiern von Festen. Menschen aus kosmopolitischen, mobilen Milieus nutzen den öffentlichen bzw. halböffentlichen Raum im Wohnviertel ganz anders bzw. weniger, als Menschen aus Milieus mit engen Wohnverhältnissen, die sich viel im Stadtteil aufhalten. Dabei ist nicht nur die Art der Nutzung umstritten, sondern auch wer den Raum wie nutzen darf. Je heterogener die Bevölkerung eines Stadtteils ist und je knapper der Raum ist, umso größer sind auch die Konflikte. Also besonders in den Stadtteilen, in denen eher ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen leben, die eher dicht besiedelt sind und in denen viele verschiedene Milieus aufeinander treffen, sind die Konflikte auch um den Raum im Zunehmen begriffen. Diese konfliktbeladenen Stadtteile gelten dann eher als „schlechte Viertel“. Gesamtgesellschaftliche Ausdifferenzierungsprozesse und zunehmende soziale Ungleichheit, wird also sichtbar und wirksam in den städtischen Räumen, wobei es zu einer Festschreibung

Christoph Stoik

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am FH Campus Wien. Seine Schwerpunkte sind: Gemeinwesenarbeit, Sozialer Raum, Stadt- und Regionalentwicklung, Partizipation, Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit

kommt: Wer in „schlechten Vierteln“ lebt, wird tendenziell mehr aus gesellschaftlichen Teilsystemen, wie Erwerbsarbeit, Bildung und politischer Aushandlung ausgeschlossen. Die, die es sich leisten können, verlassen die Viertel. Gentrification und Aufwertungsprozesse können zwar dazu führen, dass aus „schlechten Vierteln“ interessante und gefragte Stadtteile werden. Allerdings werden ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen in andere Vierteln verdrängt, die dann als „schlechte Viertel“ definiert werden.

Ökonomisch verwertbare Räume ziehen Kapital an

Neben diesen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen wirken auch andere gesellschaftspolitische Transformationsprozesse: Aufgrund von Globalisierungseffekten und neoliberaler Entwicklungen verändern sich die Einflussmöglichkeiten von Sozial- und Stadtentwicklungspolitik. In der Stadtentwicklungspolitik schwindet die direkte Steuerfähigkeit der Politik zu Gunsten einer ökonomischen Steuerung. Kapital will dort investiert werden, wo es ökonomisch interessant ist. So wird der städtische Raum zusehends mehr in ökonomisch verwertbaren Raum und ökonomisch unbedeutenden Raum eingeteilt. Während in den ökonomisch verwertbaren Raum Kapital investiert wird, bleibt es dem Staat überlassen, öffentliche Mittel in die unbedeutenden Räume zu verteilen und die Folgekosten von der Spaltung der Räume zu tragen. Es kann von einer Umverteilung von Mitteln weg von benachteiligten Raum gesprochen werden. Ökonomische Verwertbarkeit nimmt also gegenüber sozialintegrativen, sozialstaatlichen Prinzipien an Bedeutung zu. Das verschärft eine räumliche Segregation. Die Entstehung von „schlechten Vierteln“ hat also auch mit ökonomischen Umverteilungsprozessen zu tun, die zusehends mehr der Gewinnorientierung von Kapitalinvestitionen folgt.

Soziale Arbeit

Die Soziale Arbeit hat die Aufgabe der Integration von Menschen in die Gesellschaft, also auch der Erweiterung von Teilhabemöglichkeiten auf der einen Seite, andererseits wirkt sie an der Festschreibung von sozialer Ungleichheit mit. Wo Soziale Arbeit zum Einsatz kommt, liegt ein „soziales Problem“ vor, ein Mangel. Durch sozialräumliche Programme, wie die Sozialraumorientierung in der Jugendwohlfahrt, aber auch durch die soziale Stadtentwicklung wird nach außen sichtbar, dass ein städtischer Raum als problematisch definiert wird. Die Soziale Arbeit hat also auch die Funktion

der Zu- und Festschreibung von Raumqualitäten. Aus dieser Erkenntnis heraus ergeben sich zumindest zwei wesentliche Konsequenzen: Erstens ist die Soziale Arbeit dazu verpflichtet, zu reflektieren, wie sie selbst Stigmatisierungsprozesse unterstützt. Sie ist gefordert, Strategien zu entwickeln, Stigmatisierungsprozessen entgegen zu wirken. Zweitens ist Soziale Arbeit aufgefordert, einerseits Teilhabeprozesse von Menschen in „schlechten Vierteln“ zu befördern, andererseits, sich sozialpolitisch einzumischen. Soziale Arbeit muss auf Rahmenbedingungen hinweisen, die dazu führen, dass sich soziale Ungleichheiten manifestieren.

Die Entstehung von „guten und schlechten Vierteln“ sind verknüpft mit gesamtgesellschaftlichen Prozessen. Sie haben zur Konsequenz, dass Ungleichheiten räumlich manifestiert werden. Soziale Arbeit hat dabei ebenfalls die Funktion, die Stigmatisierung von Räumen zu manifestieren. Diese Funktion ist zu hinterfragen und ihr entgegen zu wirken, indem Teilhabemöglichkeiten erweitert werden und auf sozialpolitische Rahmenbedingungen Einfluss genommen wird.

Literatur

- Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt am Main. 1986
- Bourdieu, Pierre: *Ortseffekte.* In: Bourdieu, Pierre (et al): *Das Elend der Welt.* Konstanz. 1997
- Burzan, Nicole: *Soziale Ungleichheiten. Eine Einführung in die zentralen Theorien.* Wiesbaden. 2005, 2. Aufl.
- Dangschat, Jens: *Integration – eine Figuration voller Probleme. Warum die Integration von Migrant/innen so schwierig ist.* In: Klein, Gabriele/Treibel, Annette (Hg.): *Skepsis und Engagement.* Hamburg. 2000.
- Häussermann, Hartmut; Siebel, Walter: *Stadtsoziologie. Eine Einführung.* Frankfurt. 2004
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian: *Sozialraum. Eine Einführung.* Wiesbaden. 2007
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hg.): *Handbuch Sozialraum.* Wiesbaden. 2005
- Krummacker, Michael/Kulbach, Roderich/Waltz, Viktoria/Wohlfahrt, Norbert: *Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement.* Opladen 2003
- Löw, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej: *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie.* Opladen u.a., 2007
- Seiß, Reinhard: *Wer baut Wien? Salzburg – München.* 2007
- Stoik, Christoph: *Sozialraumorientierung als theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit.* In: *Sozialarbeit in Österreich.* Nr.: 1/08, Wien, 2008

Verkehrte Arbeitswelten – vom Verschwimmen der Grenzen zwischen drinnen und draußen: Neue Aspekte von Ausgrenzung im deregulierten Kapitalismus

Im Workshop werden zentrale Aspekte von Ausgrenzung und Armutsgefährdung im Zusammenhang mit dem Erwerbssystem thematisiert und dabei vor allem neue Entwicklungen in den Blick genommen. Obwohl Erwerbsarbeit nach wie vor den zentralen Integrationsmechanismus darstellt, verläuft die Trennlinie zwischen drinnen und draußen längst nicht mehr nur zwischen ArbeitsplatzinhaberInnen und Arbeitslosen. Insofern kommt es zu einem Verschwimmen vormals klarer Grenzen. Gleichzeitig finden sich durch neue Exklusionsmechanismen Gruppen vom Ausschluss von Erwerbsarbeit bedroht, die sich das früher nie hätten träumen lassen.

War soziale Unsicherheit in den Wohlfahrtsstaaten westeuropäischer Prägung in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nur an den Rändern der Gesellschaft lokalisiert, weisen inzwischen Entwicklungen, wie die durch die Globalisierung forcierte Verlagerung von Arbeitsplätzen sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Zunahme atypischer, von eben diesem Normalarbeitsverhältnis abweichender, und minder geschützter Beschäftigungsformen, auf eine Rückkehr sozialer Unsicherheit in die Erwerbsarbeits-sphäre und damit ins Zentrum der Gesellschaft hin. Prekarisierung, d.h. unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse und working poor, d.h. Armut(sgefährdung) trotz Arbeit, sind zwei neu entstandene zentrale Begriffe, die diese Entwicklung markieren.

Prekär ist mittlerweile ein gebräuchlicher Begriff, jedoch in unterschiedlichster Verwendung, oftmals auch bedeutungsgleich mit atypischen Beschäftigungsformen. Eine verbreitete Schwäche in derzeitigen Auseinandersetzung mit Prekarisierung liegt in ihrer Konzentration auf die Beschäftigungsform, die uns zu eng gezogen erscheint. Denn zum einen sind nicht alle atypischen Beschäftigungsverhältnisse prekär, auch wenn sie – durch den Zwang zur Unsicherheit – ein prekäres Potential enthalten, zum zweiten sind die sozialen Folgen auch von den subjektiven Verarbeitungsformen und damit verknüpft den individuellen Ressourcen abhängig, und drittens ist Prekarität und damit Armutsbedrohung auch im so genannten Normalarbeitsverhältnis zuhause – etwa in den Niedriglohnbranchen.

Die Frage der Ausgrenzung – also die Frage nach sozialer Desintegration bzw. Integration in und durch Erwerbsarbeit – reicht über die engere Definition von Prekarität hinaus. Nach einem groben Raster (Dörre et al. 2005) lassen sich mit Blick auf Erwerbsarbeit folgende Dimensionen sozialer Integration/Desintegration ausweisen:

Integrationsdimensionen	Integrationsmodus	Desintegrationsmodus
Reproduktive Dimension	Sichere, unbefristete Beschäftigung, Einkommen oberhalb des soziokulturellen Minimums	Einkommen am oder unterhalb des Existenzminimums; unstete, befristete Beschäftigung.
Sinnhaft-subjektbezogene Dimension:	Sinnproduktion über Arbeitsinhalte	Blockierte Sinnproduktion
Sozial-kommunikative und Anerkennungs-Dimension:	Befriedigende Sozialbeziehungen, Integration Stammebelegschaften;	Unbefriedigende Sozialbeziehungen;
Planungsdimension	Möglichkeiten zu längerfristiger Lebensplanung	Zwang zu kurzfristiger, reaktiver Lebensplanung; Verlust der Zukunftsperspektive
Statusdimension:	Feste, gesellschaftlich anerkannte Statusposition	Statusinkonsistenz
Vertragsdimension:	Vertragssicherheit über kollektive Statusrechte	Individuelle Vertragsunsicherheit

Am Beispiel von „älteren“ Arbeitslosen und prekärer Erwerbstätigkeit in der Kreativwirtschaft werden neue Aspekte von Ausschluss- und Armutsbedrohung behandelt. Am Beispiel von „älteren“ Arbeitslosen wird gezeigt, wie das Abwälzen von Marktrisiken auf die Beschäftigten in der Arbeitswelt zu Rahmenbedingungen führt, die eine Ausgrenzung von Älteren zu Folge haben und darüber hinaus Alter zu einem Stigma am Arbeitsmarkt werden lassen. An den hochqualifizierten Kreativen wird deutlich, dass soziale Unsicherheit und Prekarität wirklich bereits den Kern der Gesellschaft erreicht haben und dass Integration in und durch Erwerbsarbeit nicht mehr automatisch und durchgängig gewährleistet ist. Es zeigt sich aber auch, dass soziale Folgen von prekariertem Erwerbsarbeit nicht zuletzt auch von subjektiven Verarbeitungsformen und vor allem der Verfügbarkeit individueller, familialer und sozialer Ressourcen abhängt. Hier kommt wieder soziale Herkunft und Klassenlage und damit auch die Reproduktion sozialer Ungleichheit ins Spiel.

Literatur: Dörre, K.; Kraemer, K., Speidel, F. (2005): *Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus? Endbericht. November 2005. Teilprojekt 2 im Forschungsverbund „Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft“.* Ms: Jena/Recklinghausen.

Manfred Krenn
ist Senior researcher bei FORBA. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: personenbezogene Dienstleistungsarbeit (Pflege), Erfahrungswissen, Arbeitsorganisation, technischer und organisatorischer Wandel, Arbeitsbeziehungen, ältere ArbeitnehmerInnen

Ulrike Papouschek
ist Senior researcher bei FORBA. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Wandel von Erwerbsarbeit und Geschlecht, Verhältnis von Arbeit und Leben, Arbeitsorganisation, Gleichstellung und Gendermainstreaming

Bildbotschaften in Spendenkampagnen – eine exemplarische Analyse

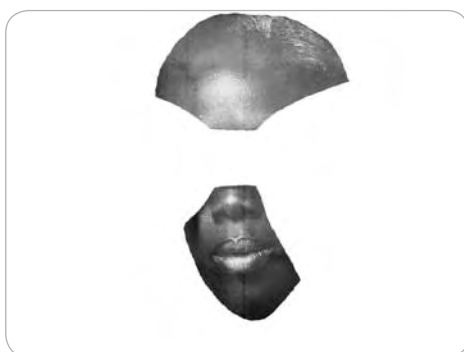
Spendenkampagnen, die mit Bildern arbeiten, lösen vielfältige Assoziationen aus. Die folgende Bildinterpretation will implizite Botschaften deutlich machen. Eine exemplarische Analyse und Einladung zum Mitinterpretieren.

Die Bildinterpretation soll zeigen, welche impliziten Botschaften mit Bildern im Rahmen von Spendenkampagnen verbunden sein können und auch bei einem „flüchtigen“ Blick wirksam werden. Implizite Bildbedeutungen bzw. der implizite Bildsinn wird deutlich, wenn das Bild als Zusammenwirken seiner verschiedenen Elemente betrachtet wird.



Bitte schauen Sie sich dieses Bildsegment an, lassen Sie Assoziationen dazu schweifen und stellen Sie Vermutungen zu den möglichen Bedeutungen dieser rosa Schleife bzw. zu ihren möglichen Bildkontexten an. Tun Sie das, auch wenn Sie schon wissen, in welchem Bildzusammenhang diese konkrete Schleife steht. Zum Beispiel:

- diese rosa Schleife kann bildlich
- als ein Symbol dienen – die Farbe erinnert an jene Schleifen, die für Aids oder Krebs stehen, seine Form ist jedoch unterschiedlich
- sie könnte jedoch auch ein Accessoire einer Mädchenkleidung, eines Haustieres, etc. darstellen.
- es könnte auch eine Schleife um ein Geschenk sein.



Was sehen Sie jetzt?

- Teile des Gesichtes einer Frau
- schwarze Hautfarbe
- Sie haben vielleicht Mund und Lippen bemerkt, die Ihr Auge angezogen haben
- oder die durch einen Lichtglanz hervor gehobene Stirn, die Frisur
- oder: dass die Augen nicht sichtbar sind



In Verbindung mit der abfallenden rechten Schulter sehen wir einen leicht nach links geneigten Kopf – es entsteht ein Ausdruck von Zaghaftigkeit, Bescheidenheit, fast Demut.

Was sehen Sie jetzt in Kombination mit der rosa Schleife und dem Gesicht, den Schultern der Frau?



Offensichtlich sind die Augen verborgen. Es gibt keinen Augenkontakt zu „uns“, den Betrachtern, obwohl das Gesicht und der Körper „uns“ zugewandt sind. Unsere Blicke bleiben unbeantwortet.



Roswitha Breckner ist am Institut für Soziologie der Uni Wien tätig. Ihre Forschungsgebiete sind Methodologie und Methoden interpretativer Sozialforschung (insbesondere Bildanalyse). Arbeiten zu Migration und Biographie sowie Feministischer Theorie und Gender

Der Hintergrund ist dunkel, fast schwarz – es ist keine zeitliche, örtliche oder soziale Situation zu sehen. Das Bild zeigt nicht jemanden bestimmten in einer konkreten Umgebung. Vielmehr typisiert es eine Person als „Frau“, „blind“, „schwarz“ – und nicht zu übersehen: auch als „hübsch“. Es bleibt eine Irritation bezüglich der Bedeutung der rosa Schleife.



Ist die schwarze Frau eine (gesundheitliche) Gefahr oder ein Geschenk? Wenn letzteres, von wem an wen? Unterstreicht die Schleife, wie hübsch die Frau ist? Oder verbirgt sie lediglich ihre Augen, ihren Blick und damit auch ihre Subjektivität?



Was fügt der Text den Bildbotschaften hinzu? Zu lesen ist: „Licht für die Welt – Schenken Sie einem blinden Menschen der Dritten Welt das Augenlicht – mit einer Spende von 30 Euro. Danke. PSK 92.011.650 www.licht-fuer-die-welt.at“. In der kleinsten Zeile lesen wir: „mit freundlicher Unterstützung von Croma Pharma GmbH“ – eine Firma, die u.a. augenärztliche (ophthalmologische) Produkte herstellt. Mit dem Text wird eine der möglichen Bildbedeutungen fixiert: es geht um eine Spende, die bildlich (durch die Schleife) als „Geschenk“ dargestellt wird. Die Schleife ist um das Gesicht, den Kopf einer Frau gebunden, die im Bild den BetrachterInnen zugewandt ist. Dadurch wird jedoch sie implizit als „Geschenk“ dargestellt. Offen ist immer noch, von wem an wen. Zugleich wird mit der Schleife ihre Bedürftigkeit markiert. Bedürftigkeit wird assoziativ mit Blindheit, Frau-Sein, dunkler Hautfarbe und dunklem Hintergrund dargestellt. All dies ist textlich verbunden mit „dritter Welt“.

Wenn wir dieses Bild anschauen wird „schlagartig“ deutlich, ohne dass dies gesagt werden muss, dass „sie“ in Not sind – und nicht „wir“. Not wird mit Fremdheit in Verbindung gebracht, indem Hautfarbe und Gesicht als körperlicher Ausdruck eingesetzt wird um Distanz, oder gar eine trennende Grenze zwischen „uns“ und „ihnen“ zu schaffen. Durch diese Differenz bzw. Grenzziehung befinden „wir“ uns nicht nur auf der „gesunden“, sondern auch auf der „wohlhabenden“ Seite, während „sie“ „blind“, „arm“ und „bedürftig“ sind. Gleichzeitig sind „sie“ „hübsch“ (Mund – Schleife), also wert, „angeschaut“ zu werden. Und „wir“ können „sie“ anschauen oder gar anstarren, ohne dass „sie“ zurückblicken.

In diesem Zusammenhang könnte die Schleife durchaus ein Geschenk symbolisieren – wenn auch entgegen den Intentionen der PlakatproduzentInnen. Für unsere großzügige Spende werden wir mit der Gewissheit beschenkt, auf der „besseren Seite des Lebens“ gelandet zu sein. Werden „wir“ darüber hinaus auch mit einem „hübschen“ „weiblichen“ Anblick beschenkt, der unsere ästhetischen Bedürfnisse befriedigt?

Wenn wir dieses Bild in dieser Perspektive sehen, sehen wir eine typische koloniale Vorstellung, die – vermutlich bzw. hoffentlich nicht bewusst – in die Bildgestaltung einer Kampagne zum Sammeln von Spendengeldern für ein christliches Dritte-Welt-Projekt, die Christoffel Blindenmission, eingeht. Die dargestellte Person wird im Status eines Objektes und nicht als Subjekt in einer konkreten Lebensumgebung gezeigt. Das Bild suggeriert einen ethnischen und vergeschlechtlichen Blick seitens der BetrachterInnen.

Kommentar von Gabriel Müller, Leiter Öffentlichkeitsarbeit von Licht für die Welt:

In der Kürze und Prägnanz jeder Werbebotschaft liegt die Kraft. Das Sozialsujet „Geschenk Augenlicht – afrikanische Frau mit rosa Augenschleife“ von „Licht für die Welt“ besticht durch eine feine Ästhetik mit positiver textlicher Auflösung. Es in Einzelteile zu zerlegen ist vielleicht wissenschaftlich interessant, verzerrt jedoch die in sich ruhende Ästhetik wie auch die kombinierte Botschaft, die sehr wohl - und nicht versteckt - zu Spenden für blinde Menschen in den Armutsgebieten unserer Erde einladen soll. Viele sozial engagierte Menschen in Österreich sind dieser Einladung gefolgt, weil sie gerne augenkranken und blinden Menschen in Entwicklungsländern helfen möchten. Das heißt: Die soziale Botschaft ist angekommen. Wir sind mit dem Sozialsujet überglücklich und unserer Werbeagentur BBDO Austria, die uns pro bono mit Kreativleistungen unterstützt, sehr dankbar.

Das Dilemma der Sozialkampagnen

Über die enge Gratwanderung zwischen Mitleid und Verantwortung

Welche Organisation kennt das nicht: Sie wollen bzw. müssen kommunizieren, um Ihre Ziele zu erreichen – sei es politische Veränderung, gesellschaftliche Veränderung oder aber ganz einfach, um die Mittel zu bekommen, um Ihre Arbeit machen zu können.

Das Hauptproblem dabei liegt gleich am Anfang der Planung – abgesehen von den mangelnden finanziellen Mitteln – in der Frage der Zielgruppe: Nach wem richtet sich die Ausrichtung meiner Kampagne?

Klingt einfach, klar. Im Mittelpunkt stehen die Betroffenen, und nach ihnen muss sich meine Kampagne richten. Doch zu meist haben sie selber keine Stimme, also wer bestimmt was in ihrem Sinn ist? Der Vorstand, die Mitglieder oder MitarbeiterInnen des Vereins? Prinzipiell ja, hat aber zwei Nachteile: Oft sehen sie die Inhalte nur aus der Innensicht und haben zudem wenig Vorstellung, was kommunikativ möglich ist und was nicht. Und der Köder muss nun mal dem Fisch schmecken und nicht dem Angler.

Also brauchen wir Know-How von außen – von Agenturen oder WerberInnen, die diese Außenwelt kennen und wissen, was bei der Bevölkerung ankommt. Ihre Motivation ist klar und – wenn man sie kennt und damit umgehen kann – auch legitim: Werbepreise gewinnen, in Kreativ-Rankings, die die Branche bestimmen, ganz nach oben kommen. Und mit Sozialthemen lässt es sich nun mal kreativer sein als mit Supermarkt-Werbung.

Druck von allen Seiten

Dann sind da noch die SponsorInnen – die man oft braucht, um Kampagnen möglich zu machen. Denn selbst wenn man es schafft, Gratis-Werbefläche zu bekommen, so sind doch noch Produktionskosten da, die bezahlt werden müssen – und das funktioniert idealerweise über SponsorInnen. Doch sie haben natürlich auch ihre Ziele und Vorstellungen: Für sie muss sich das Sponsoring rechnen, d.h. sie wollen es durch entsprechenden medialen Gegenwert von der Steuer absetzen können, und das ist in Österreich mit dem sogenannten „Sponsoring-Erlass“ möglich. Natürlich wollen sie auch oft Gutes tun, das ist nicht abzuspüren, doch letztendlich bleibt ein Unternehmen ein Unternehmen und keine Hilfsorganisation, daran ist nicht zu rütteln.

Dem Dilemma nicht genug, sind da auch noch die Medien. Ihre Motivation ist es, gute Storys zu bekommen, d.h. meine Kampagne sollte möglichst auch diese liefern, um nicht nur als bezahlte Anzeigen sondern auch noch idealerweise redaktionell unterzukommen. Doch dazu muss ich die Welt der Medien kennen, muss wissen, worauf sie abfahren, und die so genannten Nachrichtenfaktoren wie Aktualität oder Personalisierung kennen, schlichtweg: ich muss wissen, wie ich meine Kampagne zu einer Geschichte verpacke.

Handelt es sich bei meiner Kampagne um eine Fundraising-Kampagne, die nicht primär Aufrütteln oder Aufklären zum Ziel hat, sondern Spenden generieren will, dann muss ich meine Botschaften auf dieses Minimum reduzieren und noch emotionaler werden. Das Ergebnis: Oft suggerieren Kampagnen, dass mit Spenden politische Ziele erreicht werden, z.B. das Problem der Armut in Österreich gelöst werden kann. Man gerät dabei in die Gefahr, den Staat aus seiner Pflicht zu nehmen, indem man das Problem mit einem Spendenaufruf zu „lösen“ versucht.

Ist der Fokus wiederum zu stark auf der Kreativität, gibt man dem Druck der Agenturen zu sehr nach, sind die Kampagnen oft zu abgehoben und passen weder zum Ziel noch zur Organisation, d.h. sind weder authentisch noch zielführend. So manche der Kampagnen der letzten Jahre sind so am Ziel vorbeigeschossen und wurden von den Kommunikationsverantwortlichen der Organisationen eher mit Hängen und Würgen genommen – besser eine Kampagne als gar keine Kampagne, ist die Devise.

Ist der Fokus zu stark auf der Innensicht, sind die Kampagnen zu intellektuell und funktionieren nicht. Oft sind sie zudem viel zu textlastig. Wenn man bedenkt, dass man im Normalfall genau eine Sekunde Zeit hat, um ein Plakat zu sehen und zu verstehen. Da ist kein Platz für große Erklärungen.

Im Extremfall sind Kampagnen nicht nur am Ziel vorbeigeschossen, sie können sogar mehr anrichten als bewirken, bis hin zur Stigmatisierung und Entwürdigung der Betroffenen. Und – sie können Vorurteile noch verstärken, anstatt zu helfen. Dies kommt z.B. bei so manchen Kampagnen vor, die die afrikanische Bevölkerung zum

Gabriele Faber-Wiener
ist Director für Public und Non-Profit Kommunikation bei Trimedia Austria, einer der führenden PR-Agenturen Österreichs. Zuvor war sie 20 Jahre in Non-Profit-Organisationen tätig

Ziel haben. Sie bewirken, dass das ohnehin schiefe bis falsche Afrika-Bild, das in Europa und somit Österreich herrscht, noch verstärkt wird, dass „die da unten“ noch mehr als Opferlämmer abgestempelt werden.

Die Lösung: Mehr Selbstbewusstsein und Know-How

Wie schafft man nun die Quadratur des Kreises, wie komme ich aus diesem Dilemma heraus? Die zwei Schlüsselworte heißen Selbstbewusstsein und Know-How. NPOs sind die 3. Macht im Staat, sie spielen eine immense Rolle in der Bevölkerung, sie haben Einfluss auf die Politik – doch sie sind immer noch viel zu bescheiden. In anderen Ländern sieht das ganz anders aus, denken wir nur an den angloamerikanischen Raum, aber auch an Frankreich oder die Niederlande, wo NPOs eine tragende Rolle spielen. In Österreich haben NPOs immer noch das Image der lieben und netten Gutmenschen, denen man Geld gibt, damit sie etwas Gutes tun – die Worte „professionell“ und „Know-How“ werden nur selten mit NPOs in Verbindung gebracht – dabei sind sie es, die die viel schwierigeren Bedingungen zu meistern haben. Sie müssen mangelnde finanzielle Ressourcen oft mit noch viel mehr Kreativität und Know-How aufwiegen – auch in der Kommunikation.

Das gilt es zu bedenken, wenn man an PartnerInnen und AnsprechpartnerInnen herantritt – mehr Selbstbewusstsein, sowohl gegenüber Werbeagenturen als auch gegenüber SponsorenInnen. Gerade in Zeiten von Corporate Social Responsibility, wo ganzheitliches Denken und soziale Anliegen von vielen für sich reklamiert werden, sind NGOs wichtige Player in der Gesellschaft.

Ecken und Kanten zeigen

Dieses Selbstbewusstsein gilt es zu leben: Zeigen Sie Ecken und Kanten! Denn wer sich nicht aus dem Fenster hängt, der wird übersehen. Das gilt auch bei der Medienarbeit: Klare Grenzen haben und diese auch kommunizieren. Gerade als NGO ist man oft Druck ausgeliefert, vor allem von Seiten der Medien und der Politik. Ethik und Prinzipien sollten dabei kein Schlagwort sein, sondern sind gerade für NGOs, deren Image ihr Kapital darstellt, das Um und Auf.

Know-How – der Schlüssel zum Erfolg

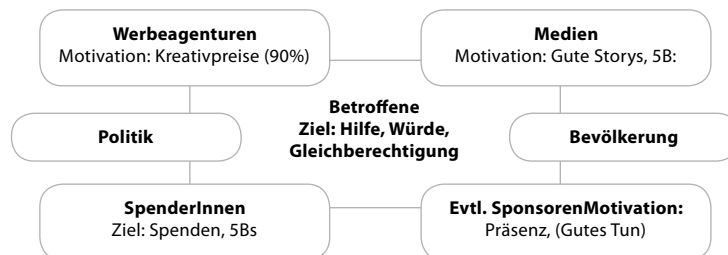
NGOs ziehen international immer mehr Spitzenkräfte an. Ein Fünftel der Harvard-AbsolventInnen geht mittlerweile in den sogenannten 3. Sektor – obwohl sie als Top-Leute in der Wirtschaft ein Vielfaches verdienen könnten.

Dieser Trend lässt sich auch in Österreich feststellen, auch in der Kommunikation. Immer mehr NGOs leisten sich gute PR-Leute mit entsprechender Ausbildung, immer mehr nehmen auch externe Beratung in Anspruch. Dieses Know-How zu entwickeln, ermöglicht letztendlich auch, aus dem Dilemma herauszukommen und entsprechende Kampagnen zu entwickeln.

Kampagnen, die nicht nur wie bisher mit klassischen Mitteln wie Plakat und Inserat, sondern vor allem auch mit anderen, dem Thema gemäßen Medien arbeiten. Nicht alle Kampagnen brauchen Plakate und Inserate, gerade das Web 2.0 ermöglicht viele neue Formen der Kommunikation, die gerade für NPOs wie gemacht sind. Detto der Bereich der kreativen PR, der symbolischen Aktionen.

Hier ist noch ein großes Entwicklungspotential, und wer, wenn nicht NPOs, sind prädestiniert dazu, dieses Potential auszuschöpfen und aus dem Nachteil einen Vorteil zu machen?

Wer bestimmt bei Sozialkampagnen – nach wem richte ich mich?



Die Quadratur des Kreises – wie schaffe ich das?



Ökonomie als Mentorin ungleichheitsfördernder Politik? Für ein Bilderverbot in der Ökonomie

Ökonomische Urteile stehen in einem historischen und sozialen Kontext und reflektieren immer auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Macht, Werte und Interessen.

Neoliberale Menschenbilder in der Ökonomie

Für den liberalen Ökonomen und Nobelpreisträger Friedrich August Hayek war die Diagnose eindeutig: *„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig. Gerade die Unterschiede in der Entlohnung sind es, die den einzelnen dazu bringen, das zu tun, was das Sozialprodukt erst entstehen lässt. Durch Umverteilung lähmen wir diesen Signalapparat. Diejenigen, die die Reichen attackieren, vergessen, dass die meisten von ihnen im Verlaufe des Reichwerdens Arbeitsplätze schufen und so mehr Leuten geholfen haben, als wenn sie ihr Geld den Armen gegeben hätten“* (Hayek 1981).

Sein Menschenbild changiert stillschweigend zwischen dem eines tüchtigen Unternehmers und eines bedürftigen Arbeitssuchenden. Die Argumentation muss inkohärent bleiben. Denn das geläufige Diktum, die Reichen müssten reicher werden (sonst investieren sie nicht) und die Armen müssten ärmer werden (sonst arbeiten sie nicht), operiert mit unterschiedlichen Verhaltensannahmen von Armen und Reichen. Während für das Glück der Vielen ein – zumeist schlecht bezahlter – Arbeitsplatz genügen soll, bedarf es bei den Erfolgreichen massiver monetärer Anreize bei der Entlohnung. Für diese divergierenden Arm–Reich-Menschenbilder beim Thema der Ungleichheit gibt es keine rationale Begründung.

„Das Thema Gerechtigkeit wird bei uns leider völlig falsch diskutiert. Den Armen und Schwachen zu helfen ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit. Gerechtigkeit ist aber vor allem Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit, nicht Gleichheit im Ergebnis. Wir aber schauen immer nur auf die Verteilung. Dabei lässt sich doch nur verteilen, was zuvor erarbeitet wurde. Und damit möglichst viel erarbeitet, also der zu verteilende Kuchen möglichst groß wird, muss sich Leistung lohnen“ meint Herr Josef Ackermann, CEO der Deutschen Bank. Wieder stößt man auf ein widersprüchliches Menschenbild. Für die einen (vermutlich Leute wie Ackermann) muss sich Leistung lohnen, die anderen

sollen sich hingegen begnügen bzw. leisten eben nichts, denn sonst wäre die Einkommensungleichheit ja nicht so groß.

Ungleichheit in der Ökonomie

Für die Soziologie ist soziale Ungleichheit ein Schlüsselthema, die Frage nach dem Ursprung der Ungleichheit war historisch sogar die erste Fragestellung der soziologischen Wissenschaft (Rehberg 2006). In der ökonomischen Literatur ist das Interesse am Ungleichheitsthema hingegen diffuser und heterogener.

Manche Ökonominen – wie etwa Martin Feldstein – meinen, dass Ungleichheit gar kein Thema für die Ökonomie sei. Armut ja, aber Ungleichheit nicht, denn eine bestimmte Einkommensungleichheit wäre als Leistungsanreiz unvermeidlich, da sonst die individuellen Anstrengungen reduziert würden. Sollten also alle etwas dazubekommen, läge doch offensichtlich kein Problem vor, da ja auch die Armen besser gestellt wären.

Der übliche ökonomische Befund lautet demnach, Ungleichheiten sind gerechtfertigt, wenn sie zum Wohlstand einer Gesellschaft beitragen. Solange Ungleichheiten zu Wirtschaftswachstum führen, seien sie sogar wünschenswert. Der amerikanische Philosoph John Rawls hat diese Sicht eingeschränkt. Ungleichheiten seien nur dann gerecht, wenn sie die Lage der Armen verbessern. Eine Anhebung des durchschnittlichen Wohlstands einer Gesellschaft reiche nicht aus, denn die Vorteile der Ungleichheit müssen den Bedürftigen zukommen.

Ökonominen interessieren sich vorrangig für den Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum. Ungleichheit sei schlecht für Wachstum, betonte die Weltbank nun in ihrem Weltentwicklungsbericht 2006. Dies ist eine relativ neue Position in der ökonomischen Wissenschaft. Damit bleibt Gleichheit trotzdem einem instrumentellen Verständnis verhaftet und wird nicht intrinsisch, als Wert an sich, begründet.

Soziale Ungleichheit ist in weit geringerem Ausmaß ökonomisch erforscht als Armut. Bei Ungleichheitsfragen ist auch die methodische Problematik anders gelagert (Jenkins/Micklewright 2007). Verglichen werden müssten Armut mit Reichtum, Inklusion mit Exklusion, Überfluss mit

Martin Schürz
ist tätig in der Abteilung
Geldpolitik,
makroökonomische
Finanzmarktanalyse,
finanzielle
Allgemeinbildung der
Oesterreichischen
Nationalbank (OeNB) -
Abteilung für
volkswirtschaftliche
Analysen in Wien

Für wertvolle
Kommentare danke ich
Martina Kargl

Mangel, Privilegien mit Benachteiligungen. Damit eine solche Zusammenschau gelingt, wäre ein theoretisches Konzept unumgänglich.

Es gibt zwar seit kurzem eine Vielzahl von methodischen Studien zur Messung von Ungleichheit und den damit einhergehenden Datenproblemen (für einen Überblick siehe Milanovic 2004). Soziale Ungleichheit bleibt aber schwer zu bestimmen. Welche Dimensionen (Einkommen, Vermögen, Gesundheit, Lebenschancen, ...) sollen herangezogen werden?

Einkommen ist nicht nur eine Ressource für Ausgaben, sondern auch gesellschaftlicher Maßstab von Anerkennung. Und Ungleichheit ist verwoben mit Fragen der Achtung und des Respekts. Zumeist liegt der Fokus in der ökonomischen Analyse dateninduziert auf Einkommensungleichheit. Vermögensungleichheit wird erst in letzter Zeit aufgrund des Vorhandenseins von Haushaltsbefragungen verstärkt analysiert.

Seit langem wird Kritik am Menschenbild des rationalen, nutzenmaximierenden homo oeconomicus geübt. Es sei unrealistisch und einseitig. Die Bedeutung von sozialen Normen für ökonomische Entscheidungen wurde vernachlässigt.

Wie die Naturwissenschaften haben die Sozialwissenschaften ein Interesse, Gesetze zu formulieren, die Prognosen ermöglichen. Eine strikte Trennung von Subjekt und Objekt, wie sie die Naturwissenschaften kennzeichnet, ist jedoch nicht möglich. Die Volkswirtschaftslehre hat jene soziale Welt zum Gegenstand, an der sie selbst Anteil nimmt. Objektivität in der Ökonomie kann daher nur in Abhängigkeit von den erkenntnisleitenden Interessen konzeptualisiert werden.

Eine auf sich selbst fixierte Ökonomie vernachlässigt aber die Analyse sozialer Prozesse. Ihr Kennzeichen ist ein mathematischer Formalismus. Es wird nicht einmal versucht, die Oberflächenphänomene des Kapitalismus zu dechiffrieren. Fragen nach der Bedeutung von Forschungsergebnissen für die soziale Wirklichkeit werden zurückgewiesen oder durch ad hoc Überzeugungen ersetzt. Die modellierten Individuen haben nichts mit realen Menschen zu tun, und die Beurteilungskriterien des wissenschaftlichen Erfolgs sind im methodischen Feld zu verorten und nicht in der Verbesserung der Lebenssituation armer Menschen oder der Reduktion von Ungleichheit.

Der akademische Wettbewerb führt auch dazu, dass orthodoxe, also die vor-

herrschende Forschung kritisiert werden kann. Die kritische Bezugnahme auf die orthodoxe Ökonomie – und nicht auf Fragen der sozialen Wirklichkeit – wird oft mit einer angeblich notwendigen „Anschlussfähigkeit“ im wissenschaftlichen Diskurs begründet. Man könne sonst nicht mit den KollegInnen kommunizieren. Ein Anschluss ist jedoch stets nur für jene interessant, die dasselbe Spiel des mit Prestige verbundenen wissenschaftlichen Wettbewerbs spielen wollen. Merkmal dieser kritischen ökonomischen Variante ist der Mangel an Distanz zum Spiel. Eine Kritik am neoklassischen Menschenbild etwa ist auch nur methodischer Natur.

Pluralisierung der Ökonomie?

Die gegenwärtige Mainstream-Ökonomie hat meines Erachtens kein einheitliches Menschenbild. Es taucht eine Vielzahl von Bildern in spieltheoretischen und verhaltensökonomischen Arbeiten auf. Diese reichen von Egoismus, Altruismus, Kooperation, Solidarität über Empathie bis zu Habgier. Meist werden die Begriffe in Dichotomien gepresst. Gegenwärtig boomen Forschungsrichtungen wie Verhaltensökonomie, Kulturökonomie und Glücksforschung. Diese dehnen ihr wissenschaftliches Untersuchungsfeld auf alltägliche menschliche Verhaltensweisen aus. Die Modellwelt von monadenhaften Individuen, die vollständig informiert sind und dann rational ihre Eigeninteressen zu maximieren suchen, wird verlassen und sogar Gesellschaft gerät in einer eingeschränkten Weise in den Blickpunkt. In Experimenten wird eine Ungleichheitsaversion der Menschen festgestellt und dass Glück nicht mit großer Ungleichheit zusammengehe. Der methodische Zugang über eine vertraute alltägliche Welt erleichtert dann eine breite mediale Rezeption und ermöglicht quasi en passant die Kritik herrschender Dogmen (wie jene von Nutzenmaximierung und Rationalität). Doch ist mit diesem Befund bereits ein emanzipatorischer Schritt gesetzt?

Die ProponentInnen der verhaltensökonomischen Forschungsrichtung können, wenigstens forschungsimmanent, nicht beanspruchen, einen besonderen Spürsinn für soziale Relevanz zu haben. Es werden ja nur Alltagsbeobachtungen in formalisierter Weise dargestellt. Die Gefahr besteht, sich in der unendlichen Weite des menschlichen Verhaltens zu verlieren. Gewiss, Menschen gewinnen ihr Glück eher über Familie, Sex und Freundschaften als über Geld. Mit der wesentlichen Einschränkung: dann, wenn sie schon ein bestimmtes Einkommensniveau haben. Und dies ist eine

Verschiebung von den monetären Nutzen maximierenden Individuen der neoklassischen Welt zu den vielfältigen Verhaltensformen der Menschen, die beanspruchen mag, realistischer zu sein. Menschen haben Vorstellungen von Gerechtigkeit, und erfahren Ungleichheit als Ungerechtigkeit. Doch dies sind keine zureichenden Charakteristika, die Gesellschaft anhand gerade dieser individuellen Merkmale zu definieren. Es erfolgt eben keine theoretische Konzeptualisierung dieser Verhaltensstrukturen wie etwa im soziologischen Konzept von Bourdieu, welcher das Ensemble an Denkschemata, moralischen Standards und Verhaltensgewohnheiten als Habitus zu konzeptualisieren gesucht hat (Schürz 2008). Die soziale Wirklichkeit in der Verhaltensökonomie erscheint eher wie eine unübersichtliche Menge an unverknüpften Daten und Diskursen.

Für eine normative Ökonomie

Eine gängige Position lautet weiterhin, es gebe das Geschäft der ökonomischen Wissenschaft und dieses folge Regeln, denen alle Beteiligten zustimmen können. Daneben ist gesellschaftspolitisches Engagement gegen soziale Ungleichheit möglich. Zu einer Ungleichheit, die als ungerecht empfunden wird, kann eine persönliche, quasi private Meinung vertreten werden, die sich zumeist in einer vagen normativen Beurteilung der Ungleichheit – groß, übermäßig groß oder steigend – erschöpft. Implizit arbeitet diese Variante mit einem positivistischen Wissenschaftsverständnis. Sie glaubt, dass Werte und Fakten säuberlich voneinander getrennt werden können. Die Welt der Fakten wäre die gemeinsame Basis für wissenschaftliche Diskussionen. Die Werte würde man privat leben und ein wenig vielleicht bei der ökonomischen Themenauswahl. Die ökonomische Wissenschaft ist eine Disziplin, die explizite Werte zu vermeiden sucht. Implizite Werte ließen sich leicht identifizieren. Welche Themen überhaupt wahrgenommen und bearbeitet werden, welche ökonomischen Aspekte zum Problem werden, hat viel mit Wertungen zu tun. Allein dies zu explizieren würde eine Reflexion auf die eigene Disziplin erfordern. Epistemische Werte wie Kohärenz der Gedankenführung und Konsistenz der Argumentation werden als Quasi-Fakten akzeptiert. Dann ist aber zu fragen, warum epistemische Werte akzeptiert und moralische und politische Werte abgelehnt werden.

Halten wir an der aristotelischen Bestimmung des Menschen als eines *zoon politikon* fest, so kann die Dichotomie zwischen wertfreier ökonomischer Fachtätigkeit und

wertenden politischen Überzeugungen nicht überzeugen. Im Gegensatz zum Fachidioten: „idiotes“ ist im griechischen: ein Privater, der nur seine „idia“, seine eigenen Interessen verfolgt. Doch der politische Mensch ist in seinem Beruf als ÖkonomIn nicht wertfrei. Werte müssen auch gar nicht vermieden werden. Wichtig ist es nur, sie in der Arbeit stets auszuweisen. Die klassen- und geschlechtsspezifisch geprägten dominierenden Wertorientierungen, seien es Perspektiven auf Staatsaufgaben, Meinungen zur Reichtumsakkumulation oder wirtschaftspolitische Prioritäten, würden dann offengelegt werden. Und oft wäre die heimliche Verbindung von Ideologie und faktenorientierter Forschung einsehbar.

Konturen einer gesellschaftskritischen Ökonomie

Aus einer emanzipatorischen Sicht krankt die vorherrschende Ökonomie vor allem daran, dass sie mit einer ungleichen Welt so einverstanden ist. Gesellschaftskritische Ökonomie analysiert die soziale Wirklichkeit aus einer emanzipatorischen Perspektive. Sie setzt an den Paradoxien der kapitalistischen Verhältnisse an und untersucht die Formen von Macht und Herrschaft. Durch diese emanzipatorische Perspektive sind gesellschaftskritische ÖkonomInnen parteiisch. Das heißt jedoch nicht, dass sie ihre Untersuchungen unter das Primat des normativ gewünschten Ergebnisses stellen.

Wichtig ist gesellschaftskritische Ökonomie, indem sie aufzeigt, inwiefern gesellschaftliche AkteurInnen von bestimmten ökonomischen Themen betroffen sind. Dies würde es erleichtern, verschiedene Topoi einer demokratischen Entscheidung zuzuführen, die bislang von ExpertInnen vor öffentlicher Kritik immunisiert wurden. Weil gesellschaftskritische Ökonomie explizit normativ orientiert ist, erleichtert sie eine normenorientierte Befragung der ökonomischen Disziplin hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit. Gesellschaftskritische WirtschaftsexpertInnen können ihre gesellschaftspolitischen Interessen benennen, sind in sozialen Auseinandersetzungen parteiisch und entwickeln ihre ökonomischen Argumente entlang der verschiedenen Ausformungen gesellschaftlichen Leids.

Gesellschaftskritische Ökonomie folgt insofern Wissenschaftsvorstellungen des Pragmatismus, da sie dem demokratischen Charakter der wissenschaftlichen Produktion einen hohen Stellenwert beimisst. Zu selten wird überhaupt die Möglichkeit erwähnt, dass der „einfache Mensch von

der Straße“, der vorgebliche Souverän in der Demokratie, die Agenda der ökonomischen Forschung bestimmen könnte. Nach pragmatischer Auffassung ist Wissenschaft erfolgreich, wenn sie demokratisch organisiert ist. Und Erfolg wird als soziale Nützlichkeit verstanden. Ökonomischen Forschungsfragen von öffentlichen Institutionen wären gegenüber allen Betroffenen zu legitimieren.

Gesellschaftskritische Ökonomie bleibt ihrer Natur nach negativ auf die bestehende Gesellschaft bezogen. Ihr Schwerpunkt liegt nicht in der Entwicklung positiver Utopien einer neuen Gesellschaft. Da sie wie andere Wissenschaften arbeitsteilig vorzugehen hat, kann aus ihrer Perspektive kein Blick fürs Ganze gewonnen werden. Für Menschen, die unter der gesellschaftlichen Ungleichheit leiden, wäre schon viel erreicht, wenn Ihnen wissenschaftliche Argumente belegen würden, dass ihr Leiden nicht auf sie selbst zurückzuführen ist, sondern strukturelle Ursachen hat.

Eine gesellschaftskritische Ökonomie muss selbstreflexiv sein. Reflexivität zerstört eine ideologische Allianz von Interesselosigkeit und Expertenkult. Allein um ihren Ruf der Wissenschaftlichkeit zu genügen, müsste Ökonomie reflexiv sein. Sie müsste sich selbst zum Gegenstand machen und die sozialen Determinanten, denen sie ausgesetzt ist, zu erforschen suchen. Die sozialen Determinanten, die bestimmte Forschungszweige mit finanziellen Mitteln fördern, die Machtmechanismen, die gesellschaftskritische Forschungen ausschließen, und die kurzlebigen wissenschaftlichen Moden wären auch ihr Thema.

Gesellschaftskritische Wirtschaftsexpertinnen rekurren in ihrer Arbeit auf andere Disziplinen, da die Ökonomie hinsichtlich ihrer Annahmen zum menschlichen Verhalten zu dürftig ist. Am Menschenbild der ÖkonomenInnen liegt es trotzdem nicht, dass ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen oft ein Mehr an Ungleichheit beinhalten. Eher ist dies darin begründet, dass sie sich an Eliten orientieren und sich nicht darum kümmern, dass soziale Ungleichheit das Gemeinwesen zerfrisst. Nicht ein falsches Menschenbild, sondern die vernachlässigte Analyse von Macht in der Gesellschaft stellt das gesellschaftspolitische Defizit der Ökonomie dar. Nicht, dass der Mensch ohnehin lieb und gegen soziale Ungleichheit sei, ist bereits ein fortschrittlicher Befund, sondern die nüchterne Analyse der Gründe der fortbestehenden sozialen Ungleichheit.

Für eine gesellschaftstheoretische Fundierung

Eine Alternative wäre, ökonomische Ungleichheitsarbeiten in einem gesellschaftstheoretischen Konzept der Ungleichheit zu verorten. Die Ungleichheitstheorie begann bei Karl Marx als Kapitalismustheorie, soziale Ungleichheit war dabei vor allem wirtschaftliche Ungleichheit. Für Pierre Bourdieu zieht sich die soziale Ungleichheitslogik durch alle Verästelungen unterschiedlicher Lebensstile. Ihre klassenspezifischen Spuren finden sich im ästhetischen Geschmack, in den Vorlieben für bestimmte Musik und bestimmte Bilder. Überall finden sich Prägnanzen durch soziale Lagen.

Eine verstehende Methode der Sozialwissenschaften versucht zu eruieren, warum sich Menschen so verhalten, wie sie sich verhalten.

Die Anweisung Spinozas war, „nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen“. In seinem Werk „Das Elend der Welt“ hielt Bourdieu daher auch fest: nicht mitleidsvolle Anteilnahme, sondern verstehender Nachvollzug ist von Nöten. Hierfür benötigen sozialwissenschaftliche ForscherInnen aber selbstreflexive Distanz und dürfen ihre Menschenbilder nicht mit denen der untersuchten Menschen verwechseln.

In seinem Werk „*The Intellectuals and Socialism*“ von 1949 betonte Hayek, dass die zentrale Lektion, welche wahre Liberale von den Erfolgen der Sozialisten lernen müssen, deren Mut sei, Utopien zu haben. Für SozialistInnen galt aber in der Utopie stets ein Bilderverbot. Was ein, nicht vom Kapitalismus deformierter Mensch erst sein könnte, muss in den Sozialwissenschaften offen bleiben.

Literatur

Ackermann, Josef (2008) *Wir sind doch keine Unmenschen*, in: *Der Spiegel* Nr. 10/2008

Bourdieu, Pierre (1998) *Das Elend der Welt*. Konstanz

Hayek, Friedrich A. (1960) (reprinted from 1949) *The Intellectuals and Socialism*, in: de Huszar, G.B. (Hrsg.) *The Intellectuals* Glencoe, Illinois, S. 371-384

Hayek, Friedrich A. (1996) (Interview von 1981) *Ungleichheit ist nötig*, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 3, 11.01.1996

Jenkins, Stephen P./Micklewright, John (2007) *New Directions in the Analysis of Inequality and Poverty*. ECINEQ WP 2007-71

Milanovic, Branko (2004) *Worlds Apart. Measuring International and Global Inequality*. Princeton University Press

Rawls, John (1971) *Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main

Rehberg, Karl S. (Hrsg.) (2006) *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede*. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Frankfurt am Main u.a.

Schürz, Martin (2008) *Pierre Bourdieus Ungleichheitssoziologie und Amartya Sens Fähigkeitsansatz: Unterschiedliche Perspektiven auf gesellschaftliches Leid*, in: *Kurswechsel*, Nr. 1, S. 46-55

World Bank (2006) *Equity and Development World Development Report*. <http://web.worldbank.org>

Betteln – Strategien gegen die Verdrängung

Wer hat das Problem? Die Städte, deren Selbstbild und touristische Attraktivität durch offenkundige Armut im Straßenbild irritiert wird? Die politisch Verantwortlichen der Stadtverwaltungen, die glauben, Durchgriffskompetenz und Handlungsfähigkeit zeigen zu müssen, wenn Geschäftsleute und PassantInnen sich über „Bettlerwesen“ beschweren?

Die Handelskammern, die die Interessen jener Geschäftsleute vertreten, die Umsatzrückgänge den BettlerInnen in die Schuhe schieben? Die PassantInnen, die angesichts entgegen gestreckter Hände, Büchsen, Hüte belästigt sind bei ihrem Bummel durch die Innenstadt oder dem eiligen Gang durch die U-Bahn-Station? Die BeamtInnen der Polizei, die gegen Menschen vorgehen (sollen), die nichts Strafbares tun? Die SozialarbeiterInnen, die ihre Rolle finden müssen, zwischen „Politikberatung“ und Empowerment einer Gruppe ausgegrenzter Menschen?

Letztlich haben wohl einzig und allein die Menschen, für die sich Betteln als einzige Lösung in prekären Lebenssituationen darstellt, wirklich ein Problem: nämlich für sich und für Menschen, für die sie verantwortlich sind, das Überleben zu sichern. Und alle anderen sind in ihrer spezifischen sozialen Verantwortung angefragt, mit dem Problem dieser Menschen umzugehen.

Hamburg: Betteln als soziale Realität

In Hamburg, so Stephan Nagel, dort Mitarbeiter im Diakonischen Werk, hatte es immer wieder Debatten um die Nutzung des öffentlichen Raumes vor allem in der Innenstadt gegeben. Im Dezember 2005 spitzte sich die Lage zu, weil die Handelskammer – in einer Stadt wie Hamburg ein besonders mächtiger Akteur – „Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt“ gesetzt haben wollte: in bestimmten Einkaufsstraßen sollte das Betteln verboten werden. Im Rahmen mehrerer Gesprächsrunden zwischen Handelskammer, VertreterInnen der Kommune, Sozialarbeit, (kirchlichen) Wohlfahrtsverbänden („Runder Tisch St. Jakob“), u.a. konnte ein Konfliktausgleich erzielt werden. Die Hamburger Diakonie hatte dabei die Position vertreten, dass ein Bettelverbot verfassungswidrig wäre und ein Eingreifen über das Ordnungsrecht abgelehnt: es gehe vielmehr darum, Betteln als soziale Realität anzunehmen. Konnten die Konflikte um ein Bettelverbot in Hamburg zunächst erfolgreich beigelegt werden, ist der Konsens mittlerweile wieder gebrochen und neue Auseinandersetzungen stehen an, berichtete Stephan Nagel.

Margit Appel

ist Politologin und arbeitet in der Katholischen Sozialakademie Österreichs - ksoe, mit den Schwerpunkten Sozial- und Wirtschaftspolitik und politische Erwachsenenbildung

Hier fasst sie verschiedene Strategien zusammen und gibt Einblicke in die Diskussion des Forums

Thesen / Lernerfahrungen aus der Hamburger Situation: *Stephan Nagel*

- Grundrechte von „AußenseiterInnen“ können nicht allein juristisch geschützt werden; es muss auch eine zumindest minimale Akzeptanz in der Gesellschaft erreicht werden. Deswegen haben politische Auseinandersetzungen eine große Bedeutung.
- Lokale Bedingungen und Konflikte haben einen großen Einfluss auf die tatsächliche Regulierung des Zugangs zum öffentlichen Raum (Bettelverbote, Aufenthaltsverbote, Trinkverbote etc.).
- Wohlfahrtsverbände, Organisationen der sozialen Arbeit, Kirchen, Bürgerrechtsorganisationen sind gefordert, solche Auseinandersetzungen zu führen bzw. in sie einzugreifen.
- Auch gegen starke wirtschaftliche und politische Interessen können diese erfolgreich sein.
- Menschen- und bürgerrechtliche Argumentationen und nicht mitfühlende und verständnisheischende sollten im Vordergrund stehen.
- In Konflikten um Bettelverbote wird auch ein allgemeinerer Diskurs zu Armuts-, Gerechtigkeits- und Verteilungsproblemen geführt.
- Dabei gibt es oft eine starke Tendenz zur Ethnisierung/Rassifizierung.
- Nur selten gelingt es den Betroffenen, selbst politisch handlungsmächtig zu werden.
- Notwendige advokatorische Politik steht in Gefahr, gegenüber den Betroffenen paternalistisch zu agieren.
- Informelle zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zur Moderierung der Konflikte um die Nutzung des öffentlichen Raumes können einen starken Druck ausüben, Kompromisse auf Kosten (der Rechte) der Betroffenen zu schließen.

Thesen zur Rolle der Sozialarbeit in Konflikten um die Nutzung des öffentlichen Raumes

Stephan Nagel

- Die Sozialarbeit hat in den Konflikten eine widersprüchliche Position. Sie ist eingezwängt zwischen dem staatlichen Versorgungs- und Normalisierungsauftrag und den konkreten Bedürfnissen und Rechten der KlientInnen.
- Soziale Arbeit tendiert häufig dazu, die Betroffenen vorwiegend als Hilfebedürftige aufzufassen.
- Es geht um die Mobilisierung von Verständnis für soziale „Randgruppen“. Richtig, weil: Rechte können nicht nur juristisch, sondern müssen auch politisch verteidigt werden. Jedoch: Gefahr einer Klientelisierung und Entmündigung
- Die Sozialarbeit darf die Kategorie „Hilfebedürftigkeit“ nicht aufgeben, sonst würde sie Menschen, die nicht selbst Hilfe fordern, ihrem Elend überlassen.
- Vor allem als kommunal finanzierte Sozialarbeit muss die Sozialarbeit der Kommune ihre „Problemlösungskompetenz“ demonstrieren, um ihre Existenz und Position zu behaupten. Der Öffentlichkeit wird deshalb eine Problemkonstruktion angeboten, die um die Vermittlerrolle der Sozialarbeit zentriert ist. Die Interessen und Rechte der Betroffenen kommen da schnell zu kurz.
- „Eigenmächtiges“ Handeln der Betroffenen muss dann gegen den „Mitleidsdiskurs“ der Sozialarbeit organisiert werden.
- Auch deshalb ist eine grundrechtliche und bürgerrechtliche Fundierung der Argumente in diesen Konflikten so wichtig.
- Die Sozialarbeit sollte reflektieren
 - auf welche Weise sie in die Konstellation verstrickt ist, die die Betroffenen ohnmächtig macht;
 - welche Ressourcen und welche institutionellen Arrangements ein „Empowerment“ der Betroffenen fördern könnte.

Roma in Graz

Elke Duffek, Nora Fischer, Evelyne Heiling, Heimo Hirschmann und Christian Walter sind Studierende des Studiengangs „Sozialarbeit/Sozialmanagement“ an der FH-Joanneum Graz. Sie ließen sich, an- und aufgeregt von der heftigen „Bettelverbot“-Debatte im Sommer 2006 in Graz, auf eine Begegnung mit der Lebenswelt bettelnder Roma ein. Unter anderem war es ihnen wichtig aufzuzeigen, dass die Diskussion darüber, ob Wegweisung bettelnder

Menschen wünschenswert bzw. rechtlich möglich ist / sein soll und wie die entsprechenden Argumentationsschienen sind, viel zu kurz greift. Von ihrem sozialarbeiterischen Grundverständnis her ging es ihnen vielmehr um den Umgang mit Ausgrenzung: was kann wie getan werden, um Menschen nicht ihren elenden Lebensbedingungen zu überlassen bzw. überlassen zu müssen.

Roma in Graz

Heimo Hirschmann u. a.

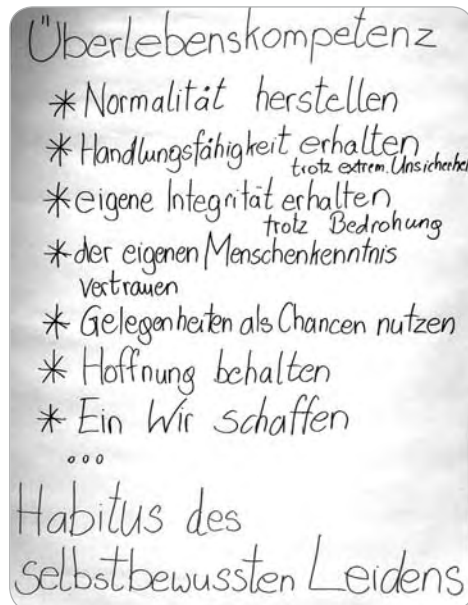
Die Debatte um bettelnde osteuropäische Roma in der Innenstadt von Graz beschäftigt seit Sommer 2006 Politik und Medien in der steirischen Hauptstadt. Der vom BZÖ unterstützte Antrag der ÖVP für ein „Bettelverbot“ konnte durch Ablehnung von SPÖ, Grünen und KPÖ nicht durchgesetzt werden. Diese Diskussion, die durch Medien öffentlich gemacht wurde, erweckte unser Interesse. Wir wollten uns mit den „problematischen“ Roma und ihrer Situation näher auseinandersetzen. Das Hauptziel des Projekts war es, die Lebenswelt und die Ansichten der Roma selbst der Öffentlichkeit näher zu bringen.

Die Begleitung von vier bettelnden Roma in Graz führte uns zu einer Darstellung und Analyse ihrer Lebenswelt. Dieser Tag ermöglichte auch den Roma eine Abwechslung in ihrem Alltag, in dem einmal ihr Leben, ihre Person und nicht ihre Tätigkeit im Mittelpunkt standen. Mit Hilfe dieser gesammelten Eindrücke und Informationen stand für uns schlussendlich im Mittelpunkt, einen Artikel über ihre Lebenswelt zu verfassen und diesen in diversen Medien zu veröffentlichen, um der Gesellschaft eine etwas andere Sichtweise in Bezug auf diese brisante Thematik zu ermöglichen. [Kleine Zeitung, 19. Dezember 2006: „Bettlerstudie: Ich sehe jetzt die Roma mit anderen Augen“, Radio Steier-

mark, 20. Dezember 2006: 6.12 Uhr: „Guten Morgen Steiermark“, KORSO – das nachhaltige Magazin für Graz und Steiermark, Jänner 2007: „Projekt an der FH erforscht Lebenswelten der bettelnden Roma“.]

Unsere aus diesem Projekt erfahrenen Eindrücke und das daraus resultierende Wissen verarbeiteten wir in einem wissenschaftlichen Artikel. Dieser erscheint unter dem Titel „Lebensweltanalyse der bettelnden Roma in Graz“ als Publikation in der Zeitschrift „SiÖ – Sozialarbeit in Österreich – Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung und Politik“. Durch die Darstellung der Lebenswelt der Roma ist es uns gelungen, dieses Thema einem breiteren Publikum (Bewohner/innen der Stadt Graz sowie der gesamten Steiermark, Interessierten und Spezialist/innen) zuzuführen. Mit Hilfe der Präsenz in den Medien konnten wir eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit erreichen, Probleme aufzeigen und den Versuch starten, Mythen abzuklären, sowie Öffentlichkeitsarbeit für unser Projekt und den Studiengang Sozialarbeit/Sozialmanagement an der FH JOANNEUM GRAZ zu leisten. Mit diesem Projekt gelang uns ein großer Schritt, hin zur Erreichung einer gesellschaftlichen Akzeptanz der bettelnden Roma in Graz.

Betteln war in Graz bis 1975 strafrechtlich verboten. Eine Situation, die sich einige GrazerInnen wohl noch immer wünschen, geht man nach der Schilderung der Erlebnisse der Roma, dokumentiert von der Grazer StudentInnengruppe. Und dennoch: „Respekt vor anderen Menschen ist ihnen (den Roma in Graz) sehr wichtig, was sich auch durch ihre Aussage ‚Die Grazer sind gut‘ gezeigt hat, obwohl dieselben ihnen vorwerfen, ihr Stadtbild zu zerstören“ (SiÖ-Beitrag).



Betteln als Beruf?

Für Betteln ist Wissen und Kompetenz notwendig, sagt die Wiener Bildungswissenschaftlerin Marion Thuswald und hat ihre Diplomarbeit unter den Titel „Betteln als Beruf. Wissensaneignung und Kompetenzerwerb von Bettlerinnen in Wien“ gestellt. Die von ihr interviewten und beobachteten Frauen sind in ihren Herkunftsländern mit Prozessen sozialer Ausschließung konfrontiert. Die dadurch entstehende „Überlebensunsicherheit“ ist der Grund für ihre Entscheidung, die Möglichkeiten der Pendelmigration zu nutzen und – der durch Mundpropaganda weiterverbreiteten Hoffnung folgend – in Österreich durch Betteln oder andere Arbeit zu Geld zu kommen.

Bettlerinnen in Wien

Marion Thuswald

Die untersuchten Bettlerinnen in Wien nutzen öffentlichen Raum zum Betteln. Dieser bietet ihnen die Chance des Kontakts zu potentiellen GeberInnen, birgt aber auch zahlreiche Bedrohungen. Neben der Grundversorgung für sich bzw. ihre Familien und der Suche nach Perspektiven zur Verbesserung ihrer Lage müssen die Frauen in Wien auch für ihren Schutz (vor Belästigung, Erniedrigung, Geldabnahme, Verhaftung...) Sorge tragen.

Der Erfolg der Pendelbettlerinnen bemisst sich nicht nur daran, wie viel Geld sie erbeteln, sondern wie viel ihnen nach Abzug der Lebenserhaltungskosten in Wien übrig bleibt. Er hängt außerdem von den sich ändernden Bedingungen vor Ort, ihrer körperlichen Verfassung sowie ihrer Berufserfahrung ab. Zentrale Aspekte ihres notwendigen Berufswissens sind Sprachkenntnisse, Orientierungsfähigkeit in Wien, geeignete Ortswahl, Frustrationstoleranz sowie die Fähigkeit, ihr Anliegen glaubwürdig und eindringlich, aber nicht aufdringlich zu vermitteln.

Unter den gegebenen unsicheren Bedingungen entwickeln die Frauen eine Kompetenz, die als Überlebenskompetenz konzipiert werden kann. Dazu gehören etwa die Fähigkeiten, trotz unsicherer Bedingungen Normalität herzustellen, die Handlungsfähigkeit zu erhalten,

Gelegenheiten als Chancen zu nutzen, die eigene Integrität zu erhalten, der eigenen Menschenkenntnis zu vertrauen, den Glauben an die Menschlichkeit nicht zu verlieren, ein Wir zu schaffen.

Überlebenskompetenz zeigt sich bei den Frauen in der Ausprägung eines Habitus´ des selbstbewussten Leidens. Leiden zeigt sich in den Interviews als eine zentrale Lebenserfahrung der Frauen. Trotzdem erscheinen sie nicht als passive Opfer. Sie eignen sich ihr Leiden an, es wird zu einem zentralen Element ihres Selbstverständnisses und der Legitimität ihres Anliegens.

Wichtige Ressourcen der Frauen sind ihre moralische Integrität und ihre sozialen Netze, die zumeist auf familiären Verbindungen, Hilfe unter Landsleuten sowie Solidarität unter Frauen beruhen. Diese Netze sind auch für den Wissens- und Kompetenzerwerb der Frauen zentral.

Die Strategien von Polizei, Wiener Linien, herrschender Politik und dominanten Medien greifen die Frauen an eben diesen Stärken an: Sie kriminalisieren ihre Beziehungen und sozialen Netze („organisierte Bettelei“) und sprechen ihnen die moralische Legitimität ab („Missbrauch der Kinder“).

Betteln ist Privatsache

Eine Aktion möchte Elisabeth Panholzer, Kunststudentin in Wien, durchführen. Sie hat Stickersujets entworfen (zwei Demonstrantinnen/ein Demonstrant, die Schilder mit folgenden Aussagen hochhalten: „Betteln ist Privatsache“, „Ich geh betteln, wo und wann immer ich will“ und „Ich will nicht betteln, aber dürfen muss ich“), die auf den Homepages möglichst vieler kooperierender Organisationen zum Down-

load angeboten und dann ihren Weg in den öffentlichen Raum finden sollen.

Die Idee zu dieser Aktion hatte Frau Panholzer nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes im Falle eines mit einer Verwaltungsstrafe belegten Bettlers „wegen passiven Bettelns im Stadtgebiet Fürstenfeld.“ In der steirischen Stadt Fürstenfeld galt bis 2006 ein Bettelverbot auch für passives Betteln.

Betteln ist Privatsache (EMRK 8) oder... Ich will nicht betteln, aber dürfen muss ich!

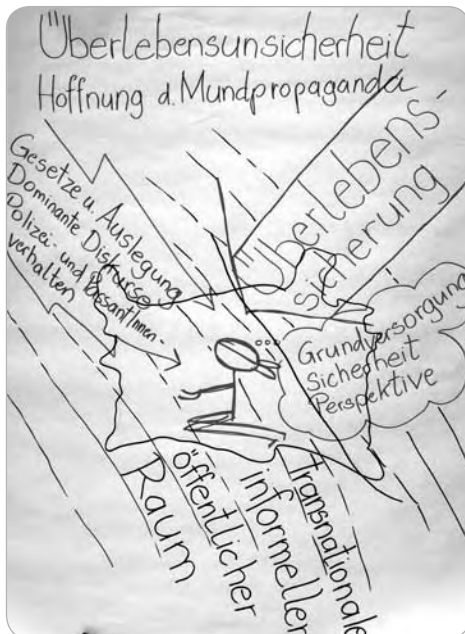
Elisabeth Panholzer

In den letzten Jahren nimmt restriktives Vorgehen gegenüber BettlerInnen zu ... Doch ein Bettler erregt Aufsehen, und ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes lässt aufatmen. Fürstenfeld hat eigenmächtig ein Bettelverbot über das Stadtgebiet verhängt, passives Betteln wurde mit einer Verwaltungsstrafe von 280 Euro belegt. Ein betroffener Bettler wird von einer Anwältin unterstützt und drei Monate später vom Verfassungsgerichtshof freigesprochen, das Bettelverbot in Fürstenfeld aufgehoben.

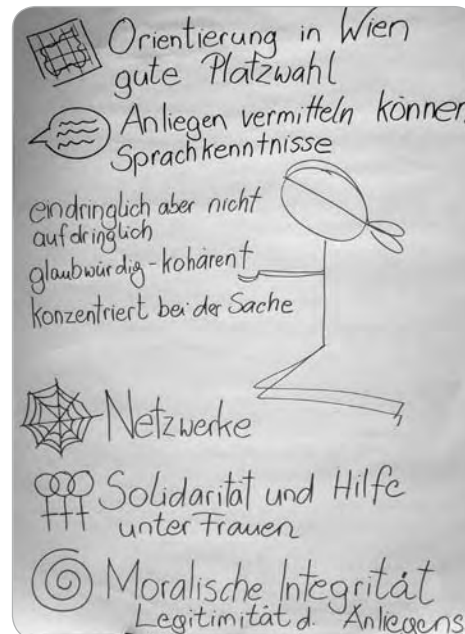
Die Begründung lautet folgendermaßen: Der Bettler (Name unbekannt), der Volksgruppe

der Roma zugehörig, darf sein Recht auf freie Meinungsäußerung einfordern. Weiters wird zugunsten seiner Person entschieden auf Basis des Artikel 8 der EMRK. Da dieser Mann nicht in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden kann und er aber seine Familie ernähren muss, darf er betteln, um sein Privatleben zu erhalten.

Die europäische Menschenrechtskonvention gilt für alle Menschen in diesem Land. Darum ist Betteln Privatsache und jede/r darf Betteln wann und wo immer er/sie will!



Die Diskussion im Forum war differenziert, genau und angeregt. Fragen wurden gestellt, Haltungen abgewogen, Informationen ausgetauscht, Kontakte geknüpft. Ein Recht auf Betteln – und wenn es zur Pflicht wird? Allen gehört der öffentliche Raum für ihre Meinungsäußerung, auch für das Betteln – und wenn diese Toleranz zu „Killing with kindness“ verkommt? Mythen über das Bettlertum nicht unterstützen – und wie den Missbrauch, den es doch auch gibt, nicht übersehen? Und immer wieder



prüfen: wollen wir selbst am liebsten wegsehen oder schaffen wir es, bettelnden Menschen den Respekt zu zollen, zu dem sie uns herausfordern?

In den Wochen nach der Armutskonferenz hat es in Wien, ausgelöst von der Verschärfung des Wiener Sicherheitsgesetzes betreffend Personen, die Kinder dabei haben wenn sie betteln, einige Aktionen gegeben. Eine erfreuliche Folge der Vernetzung bei der Armutskonferenz.

Initiativen gegen Stigmatisierung

Der Inhalt des folgenden Beitrags ist aus der Mitschrift und Reflexion jenes Forums entstanden, in dem Projekte zum Thema „Initiativen gegen Stigmatisierung“ vorgestellt und diskutiert wurden. Unter der Leitung von Gerald Raunig präsentierten darin Tina Oberleitner (Das eigene Leben, documenta 2007), Robert Sommer (Augustin), Peter Krobath (Kuserutzky-Klan) und Hermann Oberdünhofen (Saftladen Salzburg) Projekte und entwickelten mögliche Strategien gegen Stigmatisierung.

Ziel des Beitrags ist es, Gemeinsamkeiten der Projekte herauszuarbeiten und Diskussionsbeiträge zu ordnen. Grundsätzlich sind auch bei diesen Initiativen die beiden Ebenen der Stigmatisierung zu unterscheiden: Stigmatisierung als Prozess auf gesellschaftlicher Ebene (extern) und Scham, als Reaktion des Individuums auf gesellschaftliche Zuschreibungen und Ausgrenzung (intern). Von daher müssen Strategien gegen Stigmatisierung nach deren „externer“ und „interner“ Wirkung analysiert werden.

Die Ideen, die von den einzelnen Projekten gegen Stigmatisierung vorgeschlagen und erprobt wurden, lassen sich in folgende Bereiche ordnen: Thematisieren von Stigmatisierung und Ausgrenzung; Ermöglichen, selbst zu sprechen; Kunst als Ausdrucksform; Selbstermächtigung gegen Scham; und Gesellschaftliche Raumnahme. Diese Punkte möchte ich nun einzeln beleuchten und zum Schluss noch einige Schwierigkeiten in der Umsetzung aufzeigen.

Thematisieren von Stigmatisierung

Der erste Schritt einer Initiative gegen Stigmatisierung besteht darin, durch Publizieren des Themas Problembewusstsein zu schaffen, bzw. als Initiative, als Projekt oder als soziale Einrichtung de-stigmatisierende Arbeitsformen zu erkennen, als solche zu benennen und zu fördern.

Folgende Aspekte erschweren diesen Schritt: Auf institutioneller Ebene das Selbstverständnis von Projekten, die sich zwar oft indirekt gegen Stigmatisierung richten, sich allerdings nicht offiziell als solche bezeichnen; auf individueller Ebene die Zweitrangigkeit des Themas Scham und Stigmatisierung gegenüber Prekarisierung, sozialen oder materiellen Schwierigkeiten. Stigmatisierung und Scham werden daher oftmals weder von professioneller noch von Betroffenenseite thematisiert.

Im Forum waren vor allem die Projekte von Tina Oberleitner und Peter Krobath

bewusst auf das Thema Stigmatisierung fokussiert und dementsprechend konzipiert. Symbolisch traf man sich im Projekt „Das eigene Leben“ sogar im „Saal der Ausgrenzten“.

Betroffeneninitiative - Betroffensprache

Ein weiterer Punkt, den vor allem Tina Oberleitner als Resultat des Kunstprojekts hervorhob, ist die große Bedeutung der eigenen Mitteilungsmöglichkeit. Schwierigkeiten und Probleme werden meist über Dritte kommuniziert, nicht durch die Betroffenen selbst. Als weitere Prämisse von Initiativen gegen Stigmatisierung ist daher die Aufforderung zu sehen, Betroffene selbst zu Wort kommen zu lassen. Professionelle sind aber durchaus angehalten, den Rahmen für Eigeninitiative zu schaffen und Öffentlichkeit zu gewinnen. Explizit wird diese Prämisse vom Absagenservice umgesetzt, wo Betroffene selbst „zu Stift und Zettel greifen“. Auch der Augustin versteht sich als Rahmenschafter für Aktionen von Betroffenen.

Kunst als Ausdrucksform

Vor allem in diesem Punkt gab es große Einigkeit: Kunst als grundlegendes Mittel gegen Stigmatisierung oder zumindest als Mittel, um Stigmatisierung aufzuzeigen. Kunst verbindet die Stigmatisierungsebenen in unübertroffener Weise: Zum einen ist Kunst immer an die Gesellschaft gerichtet – Kunst sucht und braucht Öffentlichkeit; zum anderen ermöglicht Kunst, dass sich Betroffene mit ihrer eigenen Lebenssituation auseinandersetzen, Ausgrenzung reflektieren und Scham überwinden. Das Kunstprojekt Das eigene Leben, an dessen Ende ein Buch, mit künstlerischen Aufarbeitungen des Themas Erwerbslosigkeit stand, liefert ein gutes Beispiel für diese Form der Initiative gegen Stigmatisierung. Projektleiterin Tina Oberleitner stellt generell eine Tendenz zu vermehrter Verschränkung von Sozialem und Kunst fest („Sozialkunst“). Dahinter steht überdies die Idee, dass Kunst selbst durch die primäre Ausrichtung an Eliten zur Ausgrenzung neigt, und durch derartige Projekte Kunst für alle zugänglicher werden soll.

Kunst ist eine Arbeitsform, die auch in sozialen Einrichtungen, wie dem Saftladen, einen Stellenwert hat. In Workshops wird das Mittel hier bewusst eingesetzt, um das Selbstbewusstsein der Betroffenen zu stärken. Ebenso können die F13 Aktionen des Augustin als (Aktions)Kunst bezeich-

Robert Rybaczek
ist Sozialarbeiter,
Projektmitarbeiter der
Armutskonferenz und
Student der
Internationalen
Entwicklung in Wien

net werden. Robert Sommer konstatiert, dass in Zeiten zunehmender politischer Vereinnahmung der Sozialarbeit die Kunst das fehlende politisch-kritische Potential der Sozialarbeit kompensieren kann. Und schließlich ist auch das „Absageservice“ des Kuserutzky-Klans als literarische Kunstform zu betrachten.

Selbstermächtigung gegen Scham

Der folgende Anti-Stigmatisierungsansatz bezieht sich vor allem auf die individuelle Ebene. Durch das Auseinandersetzen mit ihrer Situation bzw. durch die Problematisierung gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen werden Betroffene dabei unterstützt, Selbstbewusstsein aufzubauen und eigene Fähigkeiten zu entdecken. Hermann Oberdünhofen konstatiert, dass Sozialarbeit oft defizitorientiert an Menschen herangeht, während Kunst einen sehr positiven Zugang verfolgt und dadurch beim Aufbau von Selbstbewusstsein unterstützen kann.

Selbstermächtigung kommt vor allem im „Absageservice“ zur Geltung, wo Menschen, die durch Absagen immer wieder Frustrationserfahrungen machen mussten, den Spieß umkehren und sich spielerisch vom großen psychischen und gesellschaftlichen Druck befreien können. Peter Krobath erklärt, dass sich die Erwerbslosen durch den Rollenwechsel auf gleiche Augenhöhe mit den ArbeitgeberInnen begeben. Ebenso arbeiten Augustinprojekte, wie die Obdachlosen-Fußballmannschaft, oder der Augustin-Straßenchor unter dieser Prämisse. Ganz nach dem Motto: Ich bin nicht nur arbeitslos/wohnungslos/AsylwerberIn, ich bin auch SängerIn/FußballerIn/KünstlerIn.

Gesellschaftliche Raumnahme

Insbesondere die Aktionen des Augustin, in denen ganz bewusst Grenzüberschreitungen stattfinden, werden mit diesem Grundsatz verbunden. Öffentlicher Raum wird von Ausgegrenzten besetzt, mit dem Ziel, zu verhindern, dass Randgruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Diese Aktionen bewegen sich oft auf einem schmalen Grat zwischen Provokation und gesellschaftlicher Anerkennung. Die Grenze zwischen Legalität und Illegalität wird dabei bewusst überschritten (Bettelverbote ignoriert, StraßenmusikerInnen, etc.), mit dem Ziel, die Grenze in Frage zu stellen und Diskussion anzuregen. Grenzen sind immer gesellschaftlich gemacht und können daher auch von der Gesellschaft verändert werden.

Wenn es in ihrer Macht steht, sind Initiativen gegen Stigmatisierung also aufgefordert, Raum zu okkupieren und für Randgruppen zu reklamieren.

Schwierigkeiten und Kritik

Unter anderem wurden in der Diskussion folgende Kritikpunkte vorgebracht, die zum Weiterdenken anregen sollen:

Die Konzipierung von Projekten für spezifisch Betroffene (z.B. Arbeitslose, Wohnungslose...) fördert eine Tendenz zur Ghettoisierung. Wenn man Betroffene, denen dasselbe Stigma anhaftet, in eigenen Projekten sammelt, stellt sich die Frage, ob das Stigma dadurch nicht noch verstärkt wird.

Eine weitere Kritik betrifft die kurze Dauer zahlreicher Projekte in diesem Bereich. Das betrifft insbesondere Kunstprojekte, aber auch die Aktionen des Kuserutzky-Klans, die überdies an fehlender Finanzierung leiden.

Einig war man sich in diesem Forum auch, dass Frauen deutlich weniger in den Projekten anzutreffen sind, als Männer. Unabhängig von den tatsächlichen, oft nur spekulierbaren Ursachen für die Unterrepräsentation wurde vor allem die Forderung nach mehr spezifischen Angeboten für Frauen laut.

Initiativen gegen Ausgrenzung haben nur dann Erfolg, wenn es tatsächlich zu Grenzverschiebungen kommt, d.h. wenn den Ausgeschlossenen ein Stück mehr Teilhabe ermöglicht wird, wenn Stereotype abgebaut werden und Scham bezwungen wird. An diesen Kriterien muss die Wirksamkeit von Initiativen gegen Stigmatisierung gemessen werden.

Absageservice, Wellness für Loser und Colonia Catering

Ermutigung und Selbstermächtigung von Armen, Arbeitslosen und so genannten Losern waren ein wesentliches Ziel der künstlerischen Aktionen, welche die Wiener Gruppe Kuserutzky-Klan in den letzten Jahren im Umfeld der Wiener Obdachlosenzeitung „Augustin“ und des Wiener Kunstfestivals „Soho-in Ottakring“ in Szene setzte. Wobei Selbstironie und Augenzwinkern nicht zu kurz kamen.

Das Wiener Absageservice

„Haben Sie es satt, auf Ihre Bewerbungen immer nur Absagen zu erhalten? Sind Sie es leid, sich auf ein ideales Anforderungsprofil hinzubiegen? Wir schaffen Abhilfe“, versprach das Wiener Absageservice per Flugblatt. In Kooperation mit der „Berliner Absageagentur“ wurden Arbeitssuchende aufgefordert, auf Stellenausschreibungen statt einer Bewerbung eine Absage zu schreiben. „Das Absageservice unterstützt Sie dabei, unzumutbarer Lohnarbeit eine Absage zu erteilen. Wir helfen Ihnen, problematische Stellenangebote zu erkennen und dauerhafte Lösungen zu finden.“ Der Kuserutzky-Klan half bei Formulierungen (mit den von Firmanabsagen bekannten Floskeln) und verschickte die Absagen kostenlos mit dem Briefkopf „Wiener Absageservice“ an die ArbeitgeberInnen.

Ein Beispiel: „Sehr geehrte Damen und Herren, es tut mir leid, dass ich Ihnen die Stelle als Immobilienfachberaterin absagen muss. (...) Ich habe nämlich erst vor kurzem eine neue Wohnung bezogen und bin mit dem damit verbundenen Schuldenberg in meinem derzeitigen Leben sehr beeinträchtigt. Aus diesem Grund kann ich Ihren Job leider nicht antreten, da es mit meinem Gewissen nicht vereinbar ist, eine andere Person in eine ähnliche Lage zu bringen, ...“ (Weitere Beispiele finden sich auf www.f13.at/abs/)

Die Aktion begann am 13. 1. 2006, bei dem F13-Aktionstag der Obdachlosenzeitung Augustin, wurde auf einer Internetseite fortgesetzt und hatte dann im Mai 2006 einen zweiwöchigen Bürobetrieb im Rahmen von „Soho in Ottakring“.

Wellness für Loser

Bei „Soho in Ottakring 2007“ setzte sich der Kuserutzky-Klan nicht nur künstlerisch und philosophisch mit dem Thema Wellness und Mindness auseinander, sondern auch praktisch. Geboten wurden unter anderem: Rückenstreicheln mit Haushaltsgeräten, Hometrainers Little Outdoor Adven-

tures, Gottes-Erfahrungen für Ungläubige (wissenschaftlich betreut!), Anleitungen zum Blaumachen, Einschulung zum Hyperventilieren (kostenloser Rauschzustand), die tägliche Fünf-Uhr-Zigarette oder das energetische Phettbergwasser.

Dem selbstbezogenen Diskurs von Wellness, Selfness und Mindness mit seinen postmodernen Anstandsregeln („Halte dich fit!“, „Rauche nicht!“, „Ernähre dich gesund!“, „Sei du selbst!“, „Vertraue deinen Emotionen!“; etc.), dieser Herstellung von Body&Soul-IchAGs, stellte „Wellness für Loser“ den neuen Mega-Trend des „Socialness“ gegenüber. Bei einigen Veranstaltungen wurden Versuche und Ideen dafür (Utopien, Tauschkreise, Kost-nix-Läden etc.) vorgestellt und diskutiert.

Loser in Zeiten des Turbokapitalismus sind für den Klan nur vermeintliche Loser. Denn: Bei den Losern liegt das Potential für grundlegende kreative Veränderungen in der Gesellschaft (GewinnerInnen wollen die Spielregeln nicht ändern).

Colonia Catering

Die Gesellschaft des Hyperkonsums hat sich als Gesellschaft der (Ent)Täuschung entpuppt, schreibt der Philosoph Gilles Lipovetsky. Steigende Lebensmittelpreise und Hungerrevolten haben auch zu einer Diskussion über Lebensmittelüberfluss geführt. Pro Supermarktfiliale werden in Österreich pro Tag rund 50 kg an genießbaren Lebensmitteln weggeworfen. Doch lässt sich die Überfluss- und Wegwerf-Gesellschaft boykottieren?

Bei „Soho in Ottakring 2008“ beschäftigte sich der Kuserutzky-Klan künstlerisch (z.B. mit der Kochperformance „Leben ohne nix“) und aktiv mit dem Thema Konsumverweigerung und Überlebensmüll. Es gab Einschulungen in Dumpster Diving, das Tauchen nach Schätzen in Supermarktcontainern. Gut erhaltene, verwertbare Lebensmittel wurden gesammelt und fürs „Colonia Catering Bankett“ verkocht. Das Motto: Dumpster Diving ist eine Kunst, die satt macht. Ein Überlebenstraining für Arme. Und Colonia Catering ist Teil ihrer zukünftigen Festkultur.

Der Kuserutzky-Klan sind:
Peter A. Krobath,
Andrea Seidling,
Birgit Beermann,
MIG,
Milena Krobath
und Nadja Piplits

NEUSTART – Der Saftladen

Die BesucherInnen des „Saftladens“ sind zum Teil KlientInnen von Bewährungshilfe, Haftentlassenenhilfe oder anderer Sozialberatungsstellen, zu beinahe der Hälfte jedoch ohne sonstige Beratung oder Betreuung. Entsprechend dem Leitbild des Vereins NEUSTART ist der Saftladen auch auf Straffälligenhilfe und Kriminalitätsprävention ausgerichtet. Im Mittelpunkt der Angebote stehen dabei immer die aktuellen Lebensumstände und Problemlagen der KlientInnen. Soziale Fragestellungen wie Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen, Arbeitslosigkeit und Vereinsamung bestimmten die Entwicklung der Einrichtung.

Aufgabe der SozialarbeiterInnen des Saftladens ist die Hilfestellung bei der Strukturierung des Alltags, bei der täglichen Grundversorgung sowie bei den ersten Schritten zur sozialen Rehabilitation. Dazu bietet der Saftladen für seine BesucherInnen Angebote auf drei Ebenen:

Durch das Aufenthaltsangebot wird der Alltag der BesucherInnen gestaltet, das Interesse für eine aktive Zeitgestaltung geweckt und der Vereinsamung entgegengewirkt. Dies geschieht in einer drogen- und gewaltfreien Atmosphäre ohne Konsumzwang. Neben einem Tischfußball- einem Tischtennis- und einem Billardtisch, einer Menge von Brett- und Kartenspielen und den dazu benötigten PartnerInnen findet man im „Saftladen“ immer auch Leute zum Plaudern. Darüber hinaus gibt es spezielle Freizeitangebote sportlicher oder kultureller Natur, auch außerhalb der Einrichtung. Gemeinsam mit Salzburger KünstlerInnen wird immer wieder auch zu kreativen Aktivitäten eingeladen.

Der Versorgungsbereich deckt die alltäglichen Grundbedürfnisse der BesucherInnen ab. Es werden täglich Frühstück, Mittagessen, Imbisse, Kaffee, Tee und alkoholfreie Getränke zu sozialhilfeförderlichen Preisen angeboten. Außerdem stehen Duschen, Waschmaschine und Wäschetrockner gegen geringe Kostenbeiträge zur Verfügung. Zusätzlich bietet der „Saftladen“ die Möglichkeit, sich in der Kleiderkammer kostenlos mit gebrauchter Kleidung zu versorgen.

Im Clearing- und Beratungsbereich werden Problemlagen und bestehender Beratungs- bzw. Betreuungsbedarf der KlientInnen festgestellt, Handlungsspielräume dargestellt und entsprechende Angebote im „Saftladen“, innerhalb von

Der „Saftladen“ des Vereins NEUSTART bietet straffälligen, wohnungs- und obdachlosen sowie langzeitarbeitslosen Menschen, häufig auch mit psychiatrischen Problemen, einen Platz zum Verweilen, zur Regeneration und zur Sozialisation an. Er ist die einzige für alle BesucherInnen offene Aufenthaltseinrichtung in der Stadt Salzburg.

NEUSTART oder auch extern aufgezeigt. Um den BesucherInnen in ihren vielfältigen Lebensschwierigkeiten möglichst adäquate Hilfsangebote bieten zu können, vernetzt sich der „Saftladen“ mit den entsprechenden Beratungs- und Betreuungseinrichtungen in der Stadt Salzburg. Neben den NEUSTART-Leistungsbereichen bestehen gute Kontakte zu Bahnhofsozialdienst und Notschlafstelle der Caritas, der Gefährdetenhilfe und den Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen der „Esage“, der Drogenberatung und einigen anderen Institutionen. Ein guter Teil der sozialarbeiterischen Interventionen im Saftladen geschieht durch die Weitervermittlung zu diesen Institutionen.

Der „Saftladen“ wird von Menschen mit verschiedensten Problemlagen, die oft auch kumulieren, aufgesucht. Neben den klassischen Benachteiligungen wie Haftentlassung und Vorstrafen, Arbeitslosigkeit, Alkohol-, Drogen- oder Spielkrankheit und fehlende oder mangelhafte Wohnversorgung gewinnen in der letzten Zeit auch psychische Erkrankungen an Bedeutung. Darüber hinaus nutzen auch Menschen mit Migrationshintergrund in letzter Zeit verstärkt die Einrichtung. Außerdem frequentieren verstärkt Menschen den „Saftladen“, die nicht immer diesen Problemkreisen zuzuordnen sind, sondern aus verschiedensten Gründen (gesundheitliche Beeinträchtigungen, Ehescheidung, Schulden usw.) an der Armutsgrenze leben, nicht fest in ein Familiensystem oder einen Freundeskreis eingebettet und deshalb zusehends von Vereinsamung bedroht sind. Für die BesucherInnen ist der Saftladen Versorgungseinrichtung, Wohnzimmer und Familienersatz gleichzeitig, sie brauchen das beratende oder entlastende Gespräch mit den SozialarbeiterInnen, einen Billardpartner oder das Angebot eines gemeinsamen Kegelabends genauso wie einen Besuch am Krankenbett, wenn ein stationärer Spitalsaufenthalt notwendig ist.

NEUSTART Saftladen

Schallmooser
Hauptstraße 38
A-5020 Salzburg
T +43 (0) 662 650436-501
F +43 (0) 662 650436-500
saftladen@neustart.at
<http://www.neustart.at>

Öffnungszeiten:
Mo, Di, Mi, Fr: 9.30 – 17.00
Do: 12.00 – 17.00

Das eigene Leben

Die Ausgesetztheit des „nackten Lebens“ war Thema eines Projekts im Rahmen der Kunstvermittlung der documenta 12, das sich mit Arbeitslosigkeit und Armut beschäftigte.

Im Kontext der Kunstvermittlung der documenta 12, einer der weltweit größten zeitgenössischen Kunstaustellungen (Kassel 2007) wollte das Projekt „Das eigene Leben“ zur Vernetzung der verschiedenen Vermittlungsformate und der Bildung eines heterogenen, vordergründig nicht kunstinteressierten Publikums beitragen. TeilnehmerInnen am Projekt waren Hartmut Krüger, Ulrike Hagedorn, Michael Katzer, Günther Rüdiger und Karl H. Funk. Fünf Personen, die von Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen betroffen waren bzw. Interesse an dem Thema Arbeitslosigkeit und Stigmatisierung hatten und in die Öffentlichkeit gehen wollten. Das mit finanzieller Unterstützung des Fonds SozioKultur Kassel und der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführte Projekt orientierte sich an eines der drei Leitmotive der documenta 12. „Was ist das bloße Leben?“, ein Begriff welcher sich auf das „nackte Leben“ von Giorgio Agamben, ein römischer zeitgenössischer Philosoph, der das Buch „Homo Sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben“ 1995 verfaßte, bezieht. Die Frage nach dem nackten und bloßen Leben gilt hier der Ausgesetztheit beziehungsweise der Ausgegrenztheit menschlichen Lebens. Agamben sagt, daß der Mensch von einer rechtlichen Gewalt, die über den Zustand und die Funktion entscheidet, bestimmt und verwaltet wird.¹

Ziel des Projektes war ein Buch, welches sich künstlerisch mit den Themen Arbeitslosigkeit, der mit ihr verbundenen Armut, sowie Stigmatisierung auseinandersetzt. Mein Anliegen war, die Meinungen und Äußerungen der Betroffenen zu zeigen, und nicht wie sonst üblich, die der PolitikerInnen, PressesprecherInnen oder sonstigen Persönlichkeiten. Ebenso war mir wichtig, nicht die Personen, die sich im nackten Leben befinden oder die Betrof-

fenen zu zeigen beziehungsweise zu outen, sondern das Leben, in dem wir uns alle befinden, sichtbar zu machen und zu thematisieren. Im Rahmen des Workshops versuchten wir anhand von gemeinsamen Projekttreffen im Salon des Refusés², sowie von gemeinschaftlichen Ausstellungsbesuchen der documenta 12, die Krise der Erwerbslosengesellschaft zu thematisieren. Wir stellten uns die Frage, wieweit sich das private und intime Leben in der zeitgenössischen Kunst zeigt und konzentrierten uns auf das eigene Leben, ein Leben im Arbeits- beziehungsweise Arbeitslosenalltag und beobachteten dessen Umgang in der Kunst. Entstanden ist eine Sammlung von unterschiedlichsten Werken in Form von Texten, Gedichten, Zeichnungen, Collagen und Fotografien.

Ausgangspunkt für alle TeilnehmerInnen waren Zeichenutensilien, Papier und leere Kalenderblätter für den Zeitraum August, welche Tageszeiten von 8 bis 18 Uhr zuließen, wo Termine und Aufgaben, aber auch Sonstiges formuliert werden konnte. Zeigt uns der Kalender, wie wichtig gewisse Merkmale in unserem gegenwärtigen Alltag geworden sind, oder dreht sich gar das eigene Leben zu einem großen Teil um Arbeit und den Beruf?

Wenn mich jemand fragt, was oder wer ich bin, gebe ich meinen Namen, Tina Oberleitner, zur Antwort und ich bin... Was bin ich? Kunstvermittlerin, Kunstpädagogin oder Künstlerin? Oder bin ich einfach nur ein Mensch, der sich gerne mit Personen und Kunst auseinandersetzt? Als Beruf wird dies allerdings nicht verstanden. Somit auch nichts, womit ich Geld verdienen kann. Willkommen in der Welt der Ausgesetztheit menschlichen Lebens, der Ausgrenzung und Stigmatisierung. Im bloßen, nackten Leben.

Tina Oberleitner
ist Kunstvermittlerin

Das Buch ist erhältlich unter:
www.tinaoberleitner.com
oder
www.documenta12.com



1) Agamben, Giorgio. Homo Sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002

2) Salon des Refusés (refusés – ausschließen); Der Salon der Refusierten, der Zurückgewiesenen im Pariser 19. Jhd. bekannt, wo zurückgewiesene Künstler der offiziellen Kunstaustellung ihre Malereien präsentierten

Leben Sie einmal mit 2,30 Euro am Tag!

Wer vor 15 Jahren versuchte in einem der sehr wenigen Armutsberichte eine Verbindung von Armut und Schulden zu finden, suchte vergeblich. Diese Verknüpfung kam schlicht nicht vor. Erst in den letzten Jahren hat sich ein massives Umdenken ergeben. Schulden sind mittlerweile anerkannte klassische Armutsauslöser geworden.

Auch die Sozialhilfe hat umgedacht. Während früher Schulden bei der Bemessung der Sozialhilfe gar nicht gesehen wurden, ist dies zumindest für einige Sozialhilfeabteilungen anders.

„Ein Einkommen reicht heute oft nicht, um finanziellen Verpflichtungen nachzukommen – daher werden Schulden gemacht ... wird nicht gegengesteuert steht am Ende häufig eine drohende De-logierung ... spätestens dann muss die Sozialhilfe einspringen ... Schulden bedrohen gesicherte Existenzen ... bis hin zur Armut.“

N.N. Leiter einer BH-Sozialhilfeabteilung

300.000 Haushalte haben österreichweit Schuldenprobleme

Davon suchen etwa sieben Prozent Hilfe bei einer Schuldenberatungsstelle in Österreich.

Die Mehrheit dieser Betroffenen ist häufig

- Untergetaucht
- In Schwarzarbeit
- Wohnungslos
- Lebt nach dem Motto „Zwei Löcher auf und eines damit zu“
- Lebt von anderen (LebenspartnerInnen, Verwandten, FreundInnen...)
- Straffällig
- Verdrängt das Problem
- Bleibt vermeintlich weniger „gefährliche“ Dinge schuldig (Miete, Unterhalt, Privatschulden...)
- Nimmt andere mit aufs Schuldenkarussell (Bürgschaften...)
- Lebt arm und ausgegrenzt
- Merkt die beginnende Armut noch nicht, weil Rücklagen vorhanden sind. Tatsache ist jedenfalls, dass die Überschuldung und damit die Armut durch Schulden die Mittelschicht erreicht

Wer Schulden hat, steckt mit zumindest einem Bein in der Armutsfalle. Zusammenhänge und Hintergründe von Überschuldung und Armut sind vielfältig, die Folgen und Lösungsansätze auch.

Die Folgen sind vielfältig und führen in die Armutsfalle.

- Kein Konto
- Ausgegrenzt von sämtlichen Finanzdienstleistungen
- Kein finanzieller Spielraum
- Keine 10€/Tag für Dinge des persönlichen Bedarfs
- Der Arztbesuch: eine Katastrophe
- Der Schulbeginn: ein Albtraum
- Kino, Theater, Konzert: Fremdwörter
- Gäste einladen: war einmal
- Weihnachten: ein Horrortrip
- Urlaub: gibt es nur im Katalog
- Der Gerichtsvollzieher: Dauergast
- Das Inkassobüro: um 22.00 Uhr noch vor der Tür
- Straftaten als ständige Möglichkeit, das Überleben zu sichern
- Bedrohung des Arbeitsplatzes wegen Lohnpfändungen
- Tanken – wenn überhaupt ein Auto vorhanden ist – wird zur Investition, die sich nicht mehr ausgeht ... und eine Reparatur führt zu neuen Schulden

Die Schuldenberatungen in Österreich beraten jährlich ca. 20.000 KlientInnen.

Statistisch sind diese 20.000 Personen nach folgenden Blickpunkten zu sehen:

- 60% haben ein Einkommen unter 1.000 € /Monat
- 60% haben Lohnpfändungen und sind schon darum arm, weil das Existenzminimum um ca. 150 € unter der Armutsschwelle von etwa 860 € liegt, sogar sehr arm!
- Ca. ein Drittel ist arbeitslos
- Durchschnittliche Schuldenhöhe 65.000 €
- Ca. 8.000 Anträge auf Privatkonkurs/Jahr (bei jährlichen Steigerungen)

Um die Situation für die betroffenen 300.000 Menschen zu verbessern, gibt es viele Ansatzpunkte und Verbesserungsmaßnahmen. Viele von denen sind bei entsprechendem politischem Willen rasch und armutsbekämpfend umsetzbar.

Peter Kopf
ist Geschäftsführer der
IfS- Schuldenberatung
Vorarlberg

Top Ten der dringenden Forderungen

1. Existenzminimum auf 1000 € anheben
2. Unterhaltsforderungen immer an erster Stelle bei Lohnpfändungen
3. Berücksichtigung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten bei Pfändungen
4. Bei Zahlungsunfähigkeit: Zinsstopp sofort!
5. Verbesserungen beim Privatkonkurs – Weg mit der 10 % Hürde!
6. Girokonto für jeden Erwachsenen
7. Verbraucherbildung/Finanzkompetenz intensivieren
8. Leichter Zugang zu Sozialleistungen
9. Sozialleistungen armutsfest machen
10. KonsumentInnen auf gleiche Augenhöhe mit der Wirtschaft bringen

Erinnern Sie sich an die Überschrift? Gemeint ist die Zeile mit den 2,30 € pro Tag. Es gibt Familien, die auf Grund der monatlichen Fixausgaben für Miete, Betriebskosten, Müllgebühren, Strom, ORF, Versicherungen, Telefon, Kindergarten, Schule, Bus, Kreditraten pro Kopf und Tag 2,30 € zur „freien“ Verfügung (= Lebensmittel, Bekleidung, Friseur, Ausgehen...) haben. Die aufgezeigten Maßnahmen würden diesen und vielen anderen Menschen mit Schuldenproblemen große Entlastungen bringen. Und das sehr schnell.

Die „Zweite Sparkasse“: Eine „Bank für Menschen ohne Bank“ *Manfred Moth*

Ein wichtiger Schritt zum Recht auf ein Girokonto für jeden Erwachsenen ist das Konto der Zweiten Sparkasse. Nach erfolgreichem Start werden derzeit Filialen in ganz Österreich gegründet.

Etwa 5.000 Menschen suchen jährlich die Beratungs- und Hilfszentren der Caritas Salzburg auf, weil sie arm oder in plötzliche Not geraten sind. Ein besonderes Hindernis, ihr Leben wieder in den Griff zu bekommen, ist der Verlust des eigenen Bankkontos bzw. der Verlust der „Bankfähigkeit“. Um diesen Menschen einen wirtschaftlichen Neubeginn zu ermöglichen, eröffnete die „Bank für Menschen ohne Bank“ mit Hilfe der Salzburger Sparkasse ihre erste Zweigstelle in der Mozartstadt.

Kooperation mit Caritas und Schuldnerberatung Salzburg

Die Caritas und die Schuldnerberatung Salzburg vermitteln geeignete KlientInnen als KundInnen an Die Zweite Sparkasse, wo sie von ehrenamtlichen Mitarbeitern der Salzburger Sparkasse betreut werden. Auch das Habenkonto wurde in enger Kooperation mit diesen Einrichtungen entwickelt. In der Schuldnerberatung macht man immer wieder die Erfahrung, dass eine fehlende Bankverbindung große Nachteile für die KlientInnen bedeutet. So haben Arbeitslose bei der Jobsuche kaum eine Chance auf eine Einstellung, wenn sie keine Bankverbindung vorweisen können. In der Rainerstraße 4 bietet seit kurzem die

Zweite Sparkasse für verschuldete Menschen, die keinen Zugang zu Bankdienstleistungen mehr bekommen, ein Habenkonto. Diese Bank wird von rund 80 aktiven und pensionierten MitarbeiterInnen der Salzburger Sparkasse ehrenamtlich geführt. Menschen, die aus verschiedensten Gründen wie etwa Arbeitslosigkeit, Scheidung, Privatkonkurs oder Krankheit in eine finanzielle Notlage geraten sind, erhalten ein kostenloses Habenkonto und andere Leistungen, die ihnen dabei helfen sollen, wieder an einem „normalen“ gesellschaftlichen und finanziellen Alltagsleben teilnehmen zu können.

Hilfe zur Selbsthilfe

„Dem ursprünglichen, gemeinnützigen Sparkassengedanken folgend bieten wir heute mit den Produkten der Zweiten Sparkasse finanziell benachteiligten Menschen eine neue Grundkonstante für ihr Leben. Denn auch heute gibt es Menschen in Salzburg, die ohne Bank dastehen“, so Johann Lassacher, Generaldirektor der Salzburger Sparkasse. „Unser Leitmotiv ‚In jeder Beziehung zählen die Menschen‘ wird auch die Arbeit in der Zweiten Sparkasse prägen. Diese Sparkasse ist damit für Menschen da, die einen Zweiten brauchen. Denn manchmal geht es nicht alleine“, ergänzt Lassacher.

Die Zweite Sparkasse, Rainerstraße 4, 5020 Salzburg / Termine nach Vereinbarung mit der Schuldnerberatung, Tel. 0662/879901 oder der Caritas-Sozialberatung, Tel. 0662/849373-230

Überschuldung – Versuche des Gesetzgebers ein systemimmanentes Phänomen in den Griff zu bekommen

Die Entwicklungen auf dem Markt laufen oft den gesetzlichen Normierungen davon. Durch eine aufmerksame und vorausschauende Gesetzgebung gelingt es den Schutz der KonsumentInnen auf hohem Niveau zu halten und dadurch Überschuldungen zu vermeiden.

Der Staat, der durch die Einführung des Schuldenregulierungsverfahrens im Jahr 1995 erste Bemühungen zur Entschuldung Privater gesetzt hat, ist nun zu einer Verbesserung der Regelungen aufgerufen um mehr SchuldnerInnen die Möglichkeit zur Restschuldbefreiung zu bieten. Darüber hinaus wird der Ruf nach einer umfassenden VerbraucherInnenbildung als präventive Maßnahme immer lauter.

Die im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch von 1811 (ABGB) zu findenden Bestimmungen zum Schutz von SchuldnerInnen sind rar. Zwar gibt es ein Verbot, bei einer Forderung ohne gerichtliche Geltendmachung die Zinsen über die Hauptschuld wachsen zu lassen; durch die Praxis der Kontokorrentverrechnung bei Krediten werden aber die Zinsen regelmäßig dem Kapital zugeschlagen, so dass die Regelung erst ab Fälligkeit des Kredits zur Anwendung kommt.

Die Anrechnungsregel im ABGB allerdings fördert in erster Linie die Kreditgeber, da demgemäß Zahlungen auf eine Schuld zuerst auf die Zinsen und dann auf das Kapital anzurechnen sind. In der Praxis werden von diesen Zahlungen zu allererst aber noch die Kosten der Rechtsverfolgung abgezogen, so dass nicht selten die Schuld gleich bleibt, in einigen Fällen sich sogar erhöht.

Um die Situation überschuldeter Personen zu erleichtern gibt es daher bereits - auch als Reaktion auf die im Jahr 1997 vom BMSK durchgeführte Wilhelminenbergtagung zum Thema „Verschuldung – individuelle und sozialstaatliche Verantwortung“ – Gespräche im Rahmen einer Arbeitsgruppe im Justizministerium: einerseits wird ein Verbot des Zinseszins (wie in Deutschland) angedacht, andererseits eine Änderung der Anrechnungsregel, wonach zuerst die Kosten, dann das Kapital, und zuletzt die Zinsen getilgt werden, diskutiert. Fraglich ist noch, ab welchem Zeitpunkt diese Regelungen zur Anwendung kommen sollen: möglich wäre eine generelle Anwendung oder eine Anwendung ab Verzug einer Zahlung oder – wie die Kreditwirtschaft das gerne hätte – erst 6 Monate nach Fälligkeit einer Schuld.

Der von den Schuldenberatungen immer wieder kritisierten „Zinsenspirale“ könnte damit ihre Relevanz genommen werden.

Darüber hinaus sind Bestrebungen im Gang das Privatinsolvenzverfahren zu erleichtern. Ein Abgehen von der 10%-Quote,

die SchuldnerInnen jedenfalls an ihre GläubigerInnen abliefern müssen, um in den Genuss der Restschuldbefreiung zu kommen, ist zwar nicht in Sicht; diskutiert wird aber die Möglichkeit einer Erweiterung der Billigkeitsgründe. Diese sind bislang zwar auch nicht abschließend im Gesetz angeführt, so dass RichterInnen durchaus die Möglichkeit hätten im Sinne des Zwecks der Bestimmung weitere Gründe heranzuziehen. Nachdem diese Möglichkeit aber nicht in Anspruch genommen wurde, soll es jetzt zu einer expliziten Erweiterung dieser Gründe im Gesetz kommen. Eine weitere Neuerung könnte eine amtswegige Überleitung in das Insolvenzverfahren bei solchen Personen sein, die innerhalb eines Jahres ihre fälligen Schulden nicht zurückzahlen können und daher immer wieder mit erfolglosen Exekutionen konfrontiert werden.

Um es erst gar nicht so weit kommen zu lassen, sehen viele – darunter auch der IWF, die OECD und die EU – die Verbreitung der VerbraucherInnenbildung, und dabei insbesondere der finanziellen Allgemeinbildung, als probates Heilmittel. VerbraucherInnen müssten nur ausreichend informiert sein, dann wären die meisten Überschuldungen und Insolvenzen zu vermeiden. Dabei ist allerdings zunächst Information und Bildung zu unterscheiden. Während VerbraucherInneninformation sich meist darin erschöpft die Produkte und ihre Vor-, im besten Fall auch ihre Nachteile zu erklären, soll VerbraucherInnenbildung die Menschen befähigen, unter Berücksichtigung der Auswirkungen in der globalisierten Wirtschaft und der Nachhaltigkeit sowie ihrer eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bewusste Entscheidungen zu treffen. Dem steht entgegen, dass lt. einer Befragung der EU aus dem Jahr 2004 sich ca. drei Viertel der europäischen Bevölkerung nicht mit Finanzthemen beschäftigen möchten. Dementsprechend schlecht ist auch das diesbezügliche Wissen.

Will man nachhaltig Änderungen herbeiführen, die wirklich zu einer Haltungsende hin zu kritischen KonsumentInnen führen sollen, so müsste am besten schon in der Volksschule das Interesse an Verbraucherthemen geweckt und kontinuierlich durch geeignete Materialien der eigene Handlungsspielraum ausgelotet und die Hintergründe der Wirtschaft näher gebracht werden.

Beate Blaschek
ist Leiterin der Abteilung für Konsumentenschutz, Finanzdienstleistungen und Verbraucherbildung im BMSK

Finanzielle Verhältnisse von Caritas-KlientInnen

Arbeitslosigkeit und Verschuldung sind die häufigsten Probleme von Caritas KlientInnen. Den daraus erwachsenden Mehrfachbelastungen einer komplexen sozialen Lebenssituation wird das eher willkürliche und uneinheitliche Angebot öffentlicher sozialer Einrichtungen nicht wirklich gerecht.

Im Rahmen der Sozialberatungsstellen der Caritas wurden 2006 österreichweit insgesamt 41.900 Menschen unterstützt (21.234 KlientInnen, 20.644 Mitunterstützte). Die gesamte Beratungsleistung ist mit mehr als 73.300 dokumentierten Beratungen anzugeben. Hier wurden mehr als 2,3 Millionen Euro an KlientInnenaufwendungen zum Einsatz gebracht.

Spezifische Betroffenheitsquoten:

Auf 1000 EinwohnerInnen kommen 3,1 direktbetreute KlientInnen einer Caritas Sozialberatungsstelle, wobei die Quote bei Frauen, speziell zwischen 25 und 29 Jahren, deutlich höher liegt als bei Männern.

Beinahe die Hälfte der KlientInnen der SB lebt in den Landeshauptstädten. 17% der KlientInnen kommt aus dem ländlichen Raum, während 37% ihren Wohnsitz in einer Bezirksstadt haben. Ein Hinweis darauf, dass in ländlichen Räumen von Armut betroffene Menschen weniger Zugang zu Hilfseinrichtungen finden.

Anders als der Bevölkerungsdurchschnitt sind mehr als die Hälfte aller KlientInnen alleinstehend, 19% alleinerziehend und 29% in einer aufrechten Partnerschaft lebend.

Finanzielle Verhältnisse:

- Mehr als ein Drittel aller KlientInnen (34%) erhält hauptsächlich AMS-Zahlungen, überwiegend Notstandshilfe.
- 20% leben von Pensionszahlungen.
- 6% wurden mit keinem eigenen Einkommen angeeignet.
- 9% leben von der Sozialhilfe als Haupteinkommen.
- 19% haben andere Einkommensquellen wie Krankengeld, Kinderbetreuungsgeld...
- AusländerInnen sind häufiger ohne Einkommen als InländerInnen, daher auch weniger Pensionen, AMS-Leistungen, jedoch stärker familienbezogene Leistungen
- Sozialhilfe ist zumeist nur eine Ergänzung zum Einkommen. 59% der KlientInnen beziehen nicht ausschließliche Richtsatzergänzung der Sozialhilfe. Die häufigste Einkommenskombination sind Leistungen des AMS und Sozialhilfe.

Höhe der Einkünfte:

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen beträgt 990 €, die Hälfte aller KlientInnen aber hat weniger als 837 € Einkommen zur Verfügung.

Das Äquivalenzeinkommen beträgt 679 € (die Armutsschwelle der Statistik Austria liegt 2004 bei 900 € mtl).

Gesamtausgaben:

422 € durchschnittlich monatlich

20% der KlientInnen haben maximal 2 € täglich für den Lebensbedarf zur Verfügung.

Hintergrundsituationen:

Arbeitslosigkeit und Verschuldung sind die häufigsten Problemlagen der Caritas-KlientInnen. Es wenden sich jährlich 10.000 -12.000 Haushalte mit diesen Problemlagen an die Sozialberatungen. 56% sind arbeitslos, davon 34% bereits länger als ein halbes Jahr.

Verschuldung:

46% der KlientInnen sind verschuldet, Frauen deutlich häufiger als Männer. Nur 21% können regelmäßigen Ratenzahlungen nachkommen.

Durchschnittlich belaufen sich die monatlichen Schuldentrückzahlungen auf 200€, zumeist ohne Schuldenregulierungsverfahren und Betreuung durch Schuldnerberatungsstellen. Durch die Schuldentrückzahlungen gelangen die KlientInnen häufig in immer wiederkehrende Engpässe bei Miete, Energie und Lebensbedarf. Zusätzlich nötige Ressourcen, wie für Reparaturen und Anschaffungen im Haushalt, nötig sind dann nicht vorhanden.

Die Verschuldung liegt gläubigerseitig bei Banken, Telefonanbietern, Versandhäusern, Privaten. Es bestehen aber auch „existentielle Schulden“ wie Alimente, Verwaltungsstrafen und Energie- und Wohnkostenrückstände.

Viele der KlientInnen können aufgrund einer Verschuldung kein Konto führen und erhalten Ihre Leistungen bar angewiesen. Überweisungen können dann nur mittels teurer Bankspesen vorgenommen werden. Innerhalb der Kooperation mit der Zweiten Sparkasse können betreute KlientInnen zugewiesen werden, die ein Konto infolge von laufenden und beginnenden Dienstverhältnissen (Einkommensanweisung) und für eine Einkommens/Ausgabenverwaltung brauchen, ein solches aber infolge einer Verschuldung nicht erhalten würden.

Martin Litschauer
ist Referatsleiter der
Sozialberatung der
Caritas Wien

Krankheit und Sucht:

22% der KlientInnen sind krank. Jeder Fünfte wurde in der Beratung als psychosozial auffällig eingestuft. Im Vergleich dazu sind Alkohol (7%), Drogen (3%) und Medikamentensucht (3%) eher selten. Alle diese Problemgruppen machen einen Gesamtanteil von 37% aus.

Wohnsituation:

67% der KlientInnen leben in Hauptmietwohnungen, 4% haben Wohnungseigentum. Die verbleibenden 29% befinden sich in einer rechtlich prekären, ungesicherten Wohnsituation. Drohende und akute Wohnungslosigkeit betreffen 36% der KlientInnen. Im Besonderen sind davon MigrantInnen betroffen. Die durchschnittliche Miete beträgt 328 €, und die durchschnittliche Wohnungskostenbelastung liegt bei 36% und damit deutlich über den in der Mindestsicherung vorgesehenen Standards von 25%.

Spezifische Problemlagen:

- 28% weisen Integrationsprobleme auf
- 21% Verlust des Partners, wobei hier Frauen häufiger betroffen sind
- 5% Gewalt oder Haftentlassung
- 2% der KlientInnen sind nicht versichert

Gesamteindruck

Die Lebenssituation der KlientInnen der Caritas Sozialberatung ist geprägt von parallel auftretenden Mehrfachbelastungen:

- Einkommensarmut
- Soziale Isolation
- Mangelnde Finanzübersicht und Kompetenz in der persönlichen Verwaltung

Hohe Zahlungsanforderungen bei primären Kosten wie:

- Miet- und Energiekosten
- Steigenden Lebensbedarfskosten
- Verwaltungsstrafen und Alimentationszahlungen
- Unvorhergesehene Zahlungen überfordern schnell den finanziellen Rahmen
- Finanzielle Überforderung neben falschen Prioritäten (Schuldenzahlungen vor Abdeckung der Existenzkosten)
- Keine langfristige Stabilisierung der Lebenssituation mit parallelem Anwachsen der nicht regulierbaren Verschuldung

Dem Wunsch der KlientInnen nach einer generellen Lösung stehen die hohen Anforderung der komplexen, sozialen Situation gegenüber. Oft bleibt es seitens der sozialen Sicherungsangebote nur bei Maßnahmen, die den KlientInnen ein „Am Le-

ben erhalten und mit den Schulden leben lernen“ vermitteln.

Der Zugang zu Schuldenregelungen ist hier zumeist ausgeschlossen durch:

- Primäre Zahlungsanforderungen (Miete, Energie)
- Dem Fehlen eines ausreichenden, stabilen Einkommens und eines sozialen Auffangnetzes
- Psychische Beeinträchtigungen, die das Treffen von langfristigen Entscheidungen verunmöglichen
- Hörschwellige Zugänge zu Beratungsangeboten
- Mangelhafte Unterstützungen bei Zahlungsproblemen wie Miet- und Energiekostenrückständen

Gerade bei den existentiellen Zahlungen steht ein hoher Bedrohungsfaktor einem eher willkürlichen und uneinheitlichen Angebot öffentlicher sozialer Einrichtungen gegenüber (Sozialhilfe, wenn vorhanden, Delogierungspräventionsstellen und auch Schuldnerberatungseinrichtungen unterscheiden sich in Zugang und Angebot).

Einige Forderungen aus der Sozialberatung zu Primärangeboten:

- Professionelle, entschuldungsorientierte Anlaufstellen auch bei der Lösungsunterstützung von Schulden bei Miet- und Energiekosten, entgegen dem uneinheitlichen Fürsorgecharakter der betrauten öffentlichen Einrichtungen.
- Für die Vermeidung drohender Energiearmut (Energiesperre durch EnergieversorgerIn) braucht es standardisierte, auf Ursachenbekämpfung zielende Lösungsstrategien ähnlich der Delogierungsprävention bei drohendem Wohnungsverlust. Energieversorger wie öffentliche Hilfeinrichtungen müssen gleichermaßen eingebunden sein.
- Aufnahme von Energie (Strom, Heizung...) in den Wertebereich eines Grundbedürfnisses „Wohnen“, verbunden mit einer adäquaten finanziellen Berücksichtigung bei der Bemessung von öffentlichen Grundsicherungsleistungen.
- Verstärkte Anwendung von Sozialarbeit in den öffentlichen Serviceeinrichtungen wie Sozialämtern, Jugendwohlfahrtseinrichtungen, psychosoziale Anlaufstellen..., entgegen dem Trend des Rückzugs, damit Angebote und Lösungsstrategien insbesondere bei mehrfach belasteten komplexen Haushaltslagen nachhaltiger wirksam werden.

„Ich brauche eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern“ Armutsfälle in den Medien

Journalistinnen und Journalisten wollen immer „Fälle“ zeigen, wenn sie über Armut berichten. Um das Problem zu veranschaulichen. Um zu zeigen, dass es Armut wirklich gibt. Um ihr ein Gesicht zu geben. Weil Fälle berühren, bewegen, Betroffenheit erzeugen.

Um zu den Armutsbetroffenen zu kommen – und das muss im schnelllebigen Medienalltag meist gleich und sofort sein – wenden sich Journalistinnen gerne an NGOs und Einrichtungen, die direkt mit Armutsbetroffenen arbeiten. Die wiederum sind im Zwiespalt: Einerseits wollen sie, dass über Armut berichtet wird, dass das Thema Armut öffentlich und medial präsent ist – und das nicht nur aus der Perspektive von PolitikerInnen, sondern auch aus der Perspektive der Betroffenen selbst. Andererseits sind sie den Betroffenen verpflichtet, wollen und müssen deren Privatsphäre wahren. Für die Betroffenen selbst stellt sich die Frage, was es bedeutet – gerade angesichts der Stigmatisierung von Menschen mit Armutserfahrungen – mit und in ihrer schwierigen Situation öffentlich präsent zu sein. Wenn sie ihre Geschichte erst einmal erzählt haben, verlieren sie weitgehend die Kontrolle darüber, was mit ihrer Geschichte passiert: Welche Interviewausschnitte werden gebracht? Welche Aussagen werden nicht gebracht? Werden sie korrekt wieder gegeben? In welchem Kontext wird ihre Geschichte erzählt, welches Bild von Armut wird vermittelt?

In diesem Spannungsfeld standen die Fragen, die Menschen mit Armuts- und Medienerfahrung, NGO-VertreterInnen und JournalistInnen gemeinsam erörtert. Dabei wurde auch die grundsätzliche Frage Betroffene ja oder nein diskutiert. In dieser Frage überwiegen doch, so zeigte die Diskussion, die guten Gründe dafür, Armutsbetroffene in der Armutsberichterstattung zu Wort kommen zu lassen. Dass konkrete „Armutsfälle“ das Problem der Armut verdeutlichen und zeigen können: Armut gibt es wirklich, ist durchaus ein schlagendes Argument. Ein zweites gutes Argument ist das des Sichtbar-Werdens. Armut ist verdeckt, versteckt, stigmatisiert. Armutsbetroffene selbst zu Wort kommen zu lassen, eine mögliche Gegenstrategie. Sichtbar werden ist ein Schritt in Richtung Subjekt-Werden. Wobei: Sichtbar-Werden bedeutet nicht immer und notwendiger Weise

Subjekt-Werden. Ob Armutsbetroffene als Subjekte – und nicht bloß als Projektionsfläche, Illustration, Staffage, eben bloß Arme – sichtbar werden, hängt von der Art der Darstellung ab. Die Frage ist also weniger „Armutsfälle“ ja oder nein, sondern: Wie mit Armutsbetroffenen umgehen, wie sie und ihre Situation darstellen?

Verschiedene Medien – verschiedene JournalistInnen

Nicht alle Medien sind gleich. Printmedien, Radio und Fernsehen funktionieren nach unterschiedlichen Logiken. Und auch innerhalb von Printmedien sowie Radio- und Fernsehsendern bzw. -sendungen gibt es Unterschiede. Einen wesentlichen Unterschied macht die Frage nach dem Bild. Zum einen stehen bildgebende Medien vor dem Problem, dass Armut heute in unseren Breiten unsichtbar ist. Wie also das Unsichtbare sichtbar machen? Zum anderen werden Armutsbetroffene auf Bildern – im Fernsehen oder auf Fotos in Printmedien – viel leichter erkannt als in Texten bzw. im Radio. Und das kann angesichts der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Menschen mit Armutserfahrungen ein Problem sein – ein Problem, das sich verschärft, wenn Kinder im Spiel sind. Ein anderer Unterschied liegt in der Art und Länge von Beiträgen. Magazinbeiträge in Printmedien und im Fernsehen sowie Radio-Features können differenziertere Darstellungen bringen als Nachrichtenbeiträge. Wenn es um die Entscheidung für NGOs geht, Betroffene zu vermitteln, und wenn es für Betroffene um die Entscheidung geht, sich einem Medium zur Verfügung zu stellen, kann die Frage, um welches Medium und um welche Art von Beitrag es sich handelt, durchaus entscheidend sein. Ebenso entscheidend kann sein, um welchen Journalisten bzw. welche Journalistin es sich handelt. Seitens NGOs regelmäßige Kontakte zu JournalistInnen zu pflegen, kann nicht nur eine Vertrauensbasis schaffen, sondern eventuell auch eine Basis für Auswahl: Welchen Medien und welchen JournalistInnen wollen wir Betroffene vermitteln? ist eine Frage, die zu stellen durchaus legitim ist.

Maria Katharina Moser
ORF Hauptabteilung
Religion – Fernsehen

DOs and DON'Ts in der Armutsberichterstattung

Umgang mit Betroffenen: Transparenz und Kommunikation sind wesentlich im Umgang von JournalistInnen mit Menschen mit Armutserfahrungen. Armutsbetroffene wollen vorab gut informiert sein: über Medium bzw. Sendung, über Art, Länge und Zielrichtung des Beitrags; über das konkrete Vorgehen – wie lange wird ein Interview dauern, wie ausführlich wird die interviewte Person im Beitrag vorkommen? Während des Interviews ist Respekt im Umgang mit den InterviewpartnerInnen gefragt: Zurückhaltung bei Regieanweisungen und Inszenierungen (gerade wenn es sich um einen Fernsehbeitrag handelt); die Möglichkeit, auf Fragen auch nicht zu antworten, die eigene Wohnung nicht herzuzeigen; das Angebot von Anonymisierung (Achtung z.B. bei Bildern, ob da durch Straßenschilder o.ä. Adressen erkennbar sind). Welche Möglichkeiten der Kontrolle über das Material gibt es für die Armutsbetroffenen – z.B. Sperre von Beiträgen oder Bildern in Archiven, damit das Material nicht ungefragt von anderen weiterverwendet werden kann. Auch nach dem Interview ist Kommunikation gefordert. Gibt es irgendwelche Änderungen? Wann erscheint der Beitrag bzw. wird der Beitrag gesendet? Zu einer guten Kommunikation gehört auch, interviewten Personen Belegexemplare zukommen zu lassen und ihr Feedback zum fertigen Beitrag einzuholen.

Das Problem Einzelfall und die vielen Gesichter der Armut: „Armutsfälle“ medial aufzugreifen und vorzustellen, birgt die generellen und grundsätzlichen Probleme von Einzelfällen: So sehr der Einzelfall eine Problemlage verdeutlichen kann, so sehr verengt er sie auch – auf den/die dargestellte Einzelne und auf das Spezifische seiner/ihrer Situation. Oft wird über den Einzelfall eben nur ein Gesicht von Armut, eine Facette deutlich. Der Erfahrung von NGOs und Armutsbetroffenen nach besonders beliebt bei Medien sind – der Titel des

Forums bei der Armutskonferenz deutet darauf hin – Alleinerzieherinnen. Sie scheinen besonders gut geeignet, den Skandal der Armut zu thematisieren. Denn bei Alleinerzieherinnen und vor allem bei Kindern kann man davon ausgehen, dass sie nichts können für ihre schwierige Lage. Alleinerzieherinnen sind besonders unschuldige Opfer, der SozialschmarotzerInnenverdacht kommt hier zumindest langsamer auf. Umgekehrt wird die Alleinerzieherin zum Stereotyp für Armut stilisiert. Die Forderungen, die vor diesem Hintergrund an Armutsberichterstattung zu stellen sind: mehrere Gesichter, Facetten und Betroffenheiten von Armut sichtbar zu machen, von Problagen und nicht von Fällen auszugehen, Einzelfälle immer mit der gesellschaftspolitischen Ebene zu verknüpfen und das gesamte Bild – also nicht nur die Betroffenen von Armut, sondern auch die Nutznießer von Ungleichverteilung – zu zeigen. Nicht nur in der Auswahl der „Einzelfälle“, sondern auch in ihrer jeweiligen Darstellung ist die Vermeidung von Stereotypen und Stigmatisierungen zentral, etwa indem auf Sprache geachtet und stigmatisierende Begriffe wie „sozial schwach“ etc. vermieden werden.

Betroffene zwischen Illustration – Interpretation – Interaktion: Ein letzter Herausforderungskomplex – der auch mit dem Problem von Stereotypisierung und Stigmatisierung zusammenhängt – bezieht sich auf die Frage, in welcher Rolle Armutsbetroffene vorkommen: Sind sie dazu da, ein Problem zu illustrieren? Stellen sie eben einen Fall dar, den SozialexpertInnen dann interpretieren und kommentieren? Oder interpretieren sie ihre eigene Situation selbst und werden darüber hinaus auch als politische Subjekte, die Forderungen und Lösungsvorstellungen haben, sichtbar? Nicht nur die negativen Seiten der Armut sind darstellungswürdig, auch Potenziale, Forderungen und Hoffnungen der Betroffenen müssen Eingang in die Armutsberichterstattung finden.

„Ich brauche eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern“

Armutsfälle in den Medien – FORUM

Andrea Brückner, ORF – ZIB

- a) Bild ist authentisch, glaubwürdig – was man sieht, glaubt man.
- b) Armut ist Mangel, gehört aufgezeigt, um zu beweisen, dass es das gibt.
- c) Betroffenheit berührt und bewegt dadurch.
- d) Menschen in schwierigen Lebenssituationen haben etwas zu sagen, zu erzählen.
- e) Austausch, Unterstützung.

Eva Bachinger, Tageszeitung Österreich:

- Meine Kriterien in der Armutsberichterstattung:
- Die Würde des Betroffenen achten, auf Wunsch auch auf Namen und Alter verzichten.
 - Konkrete Fallbeispiele sind wichtig, um das Problem zu veranschaulichen, damit es ein Gesicht bekommt. Ein Foto – auch unkenntlich – ist konkreter als nur ein Sujet-Foto.
 - Ich versuche keinen besonderen Umgang mit Betroffenen zu pflegen. Ich möchte mit ihnen genauso so korrekt und respektvoll sprechen wie mit Politikern und Experten.

Peter Gach, SHG_Misl,
Selbsthilfegruppe für Menschen in schwierigen Lebenssituationen

Meine Erfahrungen im Umgang mit JournalistInnen, die über Armut berichten, sind überwiegend positiv. Zu Beginn (Jänner 2006) kam es bei einem Interview für eine Sendung von Ö1 vor, dass meine Wortmeldungen entstellt und nicht in der zeitlichen Reihenfolge der Aufnahme wiedergegeben wurde, die Aussage selbst war aber in Ordnung.

These 1: Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, haben nicht nur zahlreiche Defizite, sondern sind auch ständigem Stress und Druck ausgesetzt (AMS, Sozialreferat etc.). Darauf muss unbedingt Rücksicht genommen werden.

These 2: Menschen mit Armutserfahrungen und ganz besonders erwerbsarbeitslose Menschen bzw. Menschen mit Sozialhilfebezug sind zahlreichen Vorurteilen ausgesetzt, so etwa, sie wären selbst schuld an ihrer Situation, oder sie würden faul in der sozialen Hängematte herumliegen usw. Diese Vorurteile müssen unbedingt entkräftet werden, am besten mit Beispielen aus der Praxis.

Es gibt sehr viele erwerbsarbeitslose Menschen, die in ihrem ursprünglichen Beruf nicht mehr arbeiten können, die jedoch oft sozial sehr engagiert sind und durchaus andere Beschäftigungen finden, die aber nicht gesellschaftlich anerkannt und daher auch nicht bezahlt werden.

These 3: Wenn es um solche Themen wie Armut und Erwerbsarbeitslosigkeit geht, dann sind unbewusste Ängste im Spiel und es besteht die Gefahr, dass es zu Abwehrreaktionen kommt. Als Erwerbsarbeitsloser bin ich für einen Menschen, der immer noch eine Vollzeitbeschäftigung hat in zweifacher Hinsicht eine Bedrohung: 1. könnte es sein, dass ich seinen Arbeitsplatz will und 2. bin ich als Erwerbsarbeitsloser ein abschreckendes Beispiel.

These 4: Der Anteil an unbezahlter Arbeit ist immer noch höher als der Anteil bezahlter Arbeit, daher

muss Arbeit neu definiert werden. Zahlen einer Schweizer Studie aus dem Jahre 2004 belegen das und es wird wohl auch in Österreich ganz ähnlich sein. (Quelle: Pressemappe der PK vom Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt vom 20.11.2007)

These 5: Geldsperrern des AMS werden in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ausgesprochen wegen Versäumnisse des Kontrolltermins oder anderer geringfügiger Vergehen und nicht wegen Vereitelung eines Arbeitsverhältnisses oder einer Kursmaßnahme. Die erschreckend hohe Zahl der Geldsperrern erzeugt in der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild der Erwerbsarbeitslosen. (Quelle: Pressemappe der PK vom Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt vom 20.11.2007)

These 6: Geldsperrern des AMS sind nicht selten existenzvernichtend. Eine Behörde, die einerseits Betroffene verwaltet und versorgt, auf der anderen Seite aber selbst Geldsperrern verhängt ist ein unlösbarer Widerspruch. Im gewöhnlichen Leben muss ein Rechtsbrecher schon sehr viel anstellen, um eine ähnlich harte Strafe von einem Gericht zu bekommen. Beim AMS werden Geldsperrern oft auf bloßen Verdacht hin ausgesprochen, ohne vorherige Warnung und ohne der betroffenen Person Gelegenheit zu geben, sich rechtfertigen zu können.

These 7: Überhaupt werden Menschen mit Armutserfahrungen, Erwerbsarbeitslose und Sozialhilfeempfänger von den Behörden so behandelt als wären sie nicht in der Lage, über sich selbst zu entscheiden. Sie werden bevormundet, es werden ihnen wesentliche Rechte vorenthalten und oft werden sie so beraten, dass es ihnen zum Nachteil gereicht.

Schlussfolgerung: Das alles sollte von den JournalistInnen berücksichtigt werden im Umgang mit Menschen, die von solchen Dingen betroffen sind.

AKTIONS-WOCHE

STIGMA und SCHAM
25.2. - 29.2.08

„Hunger auf Kunst und Kultur“
4. & 5. März 08

Schande Armut, Stigmatisierung und Beschämung

Ab 25.2.08, 10.00 Uhr
Randmarken
Ausstellung von Stahlplastiken, geschaffen von wohnungslosen Männern. Ausgrenzung vom Arbeitszusammenhang raubt Menschen die wesentliche, zentrale Säule ihrer Identität und ist Hauptursache für materielle Verarmung. Die "Randmarken" stehen hier in stellvertretender Funktion für auch vom kulturellen Leben Ausgegrenzte.
Lentos Kunstmuseum, Foyer, Ernst-Korff-Promenade 1, 4020 Linz

26.2.08, ab 9:30 Uhr
Lichtzeichen
Brennende Kerzen formen zwei Schriftzüge, die in Bezug zu Stigmatisierung und Beschämung stehen.
Spielfort: Am Vorplatz des Lentos Kunstmuseums - der verdoppelnde und spiegelnde Effekt der Glasdecke ist eine Anspielung auf Verborgenes, vordergründig nicht Sichtbares.

26.2.08, 19.00 Uhr
„Bildung als Instrument sozialer Ausgrenzung“
Vortrag von Prof. Herbert Lachmayer (Kunst- und Kulturwissenschaftler, Kunstuni Linz, Director Da Ponte Institut, Wien) anschließend Buffet
Lentos Kunstmuseum, Auditorium, Ernst-Korff-Promenade 1, 4020 Linz

29.2.08, 19.30 Uhr
Lesung Kurt Palm
Vom Kapital zur Kupfermark mit Begleitung von Rapper Déjà Vu anschließend Buffet
Kurt Palm: Ausschnitte aus dem 1867 erschienenen „Kapital“ von Karl Marx und stellt diesen Texten aktuelle Armuts-Berichte aus der Linzer Obdachlosenzettelung „Kupfermucken“ gegenüber. Auf diese Weise bekommt die historische Analyse Marxens, die in ihren Kernaussagen immer noch gültig ist, eine Dimension, die bis in unsere Gegenwart reicht. Angewandte Dialektik sozusagen.
Wissensturm, Raum 109, Körnerstr. 26, 4020 Linz

Veranstaltet von **ARMUT!** 
mit Unterstützung von 


Ohne Geld ka Musi!


Aktionstag 2008
Der lange Tag von Hunger auf Kunst und Kultur

28.2.2008
10:00 Uhr
Eröffnungsaktion vor dem Parlament

11:00 Uhr
Start des Kulturprogramms

Speziell für KulturpassbesitzerInnen am Programm:
Sonderveranstaltungen und Gratis-Führungen.
Den detaillierten Kultur-Kalender finden Sie unter
www.hungeraufkunstundkultur.at


Hunger auf Kunst und Kultur
Gumpendorfer Straße 9/10
A-1060 Wien
Tel.: 31.30908
Tel.: 01/5190329
ZVR: 939922484



KINO & SHOPPEN

Freier Eintritt!

Carla Mittersteig
Mittersteig 10, 1050 Wien

28.2.2008
Beginn 18:00 / Film 19:00

DIE ARMUTSKONFERENZ.

im Rahmen der „Aktionsswoche ArMUT!“

StadT+Wien
Wien ist anders.



KINO

HASS (La haine)
Frankreich 1995
Regie: Mathieu Kassovitz

24 Stunden im Leben dreier erwachsener Jugendlicher in der „banlieue“, einem Ring von Trabantenstädten rund um Paris. Hier wohnen jene, die sich die teuren Metten des Zentrums nicht leisten können. ArbeiterInnenhaushalte, kinderreiche Familien, Erwerbslose, Migranten. Auch Vincent, Hubert und Said haben eine perspektivlose Zukunft. „Hass“ sorgte in Frankreich für heftige Kontroversen.
Zahlreiche Auszeichnungen u.a. Silberne Palme für die beste Regie beim Filmfestival in Cannes 1995, Europäischer Filmpreis für den besten Nachwuchsfilm 1995.

SHOPPING

Vor und nach dem Film:
Einkaufen im 5.000 m² großen Spendenlager der Caritas Wien, 25€ auf alles!

Der **CANISBUS** von Caritas Wien serviert Suppe und warme Getränke.

Mike Mariotti, die legendäre travelling ONE-MAN-Band mit dem englischen Charme sorgt in der Einkaufsstrasse des carla für die richtige Stimmung zum Shoppen, Essen, Tratschen.

Alle Infos zur österreichweiten „Aktionsswoche ArMUT!“ vom 25.2. bis 2.3.2008: www.armutskonferenz.at



PROGRAMM Dienstag 4. März 2008

12.00 ANMELDUNG und MITTAGESSEN

14.00 BEGRÜSSUNG

15.00 REFERAT Die Macht der Stigmatisierung

Status und Scham. Sighard NECKEL (Universität Wien, Institut für Soziologie)

16.30 FOREN / WORKSHOPS

1a. Analphabetismus

Erfahrung moderner „Sprachlosigkeit“ (Teil 1)
Antje DOBERER-BEY (VHS-Ottakring, Wien)

2a. Bloßgestellt – vom Verlust des eigenen Ansehens

Armut, Scham und Stressbewältigung (Teil 1)
Kurt SALENTIN (Universität Bielefeld)

3a. Armuts-Blicke

Ein Sensibilisierungs-Workshop zu Armut und Vielfalt
(geschlossener Workshop) (Teil 1)
Birgit KUPKA, Maria POHN-WEIDINGER (beide Anti Defamation League, Wien)

4a. Fehlt Ihnen etwas?

Stigmatisierung und Scham im Gesundheitsbereich (Teil 1)
Karin GUTIÉRREZ-LOBOS (Medizinische Universität Wien), Irene HOLZER (Caritas Marienambulanz, Graz), Heidemarie DEGENDORFER-REITER (ambermed, Wien), Elke SCHLITZ (Aidshilfe, Wien), Norbert KRAMMER (VertretungsNetz, Salzburg), Hilde WOLF (F.E.M. Süd, Wien)

5a. „Nur für die, die es wirklich brauchen“

Sozialleistungen für alle oder nur für Bedürftige? (Teil 1)
Michael FUCHS (Europ. Zentrum f. Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien), Karin HEITZMANN (WU Wien), Gerhard WOHLFAHRT (Uni Graz)

6a. Einmal arm – immer arm?

Keine Wege aus der Armut? (Teil 1)
Carmen LUDWIG (Uni Frankfurt) und Martina RICHTER (Uni Bielefeld)

7a. Die KlientInnen, die wir nicht mögen

Wenn die HelferInnen stigmatisieren (Teil 1)
Peter PANTUCEK (FH St. Pölten), Elisabeth HAMMER, Marc DIEBÄCKER (beide FH-Campus Wien)

8a. Fremd – illegal – kriminell

ArmutsmigrantInnen – Gefahr oder Gefährdete? (Teil 1)
Veronika HOFINGER, Arno PILGRAM (beide IRKS, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien)

9. Gute Viertel – schlechte Viertel

Wenn die Adresse zum Stigma wird
Heinz SCHOIBL (Helix Austria, Salzburg), Christoph STOIK (FH Campus Wien)

10. Menschen zweiter Klasse - Klischees sind immer richtig!

Stigmatisierung als Notwendigkeit erfolgreichen Spendensammelns und Marketings.

Anke BEEKHIUS (wienwork), Gabriele FABER WIENER (Trimedia Communications Austria GmbH), Roswitha BRECKNER (Uni Wien)

11. Wissenschaft als Mentorin ungleichheitsfördernder Politik?

Das Menschenbild der Ökonomie
Martin SCHÜRZ (BEIGEWUM, Wien)

12. Soziale Arbeit und die „Neue Unterschicht“

Anmerkungen zu einem unterschätzten und prekären Zusammenhang
Fabian KESSL (Uni Bielefeld)

13. Verkehrte Arbeitswelten – vom Verschwimmen der Grenzen zwischen drinnen und draußen

Neue Aspekte von Ausgrenzung im deregulierten Kapitalismus
Ulrike PAPOUSCHEK, Manfred KRENN (beide FORBA, Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, Wien)

18.30 Abendessen

19.30 Buchpräsentation

Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit.

Ein kritisches Handbuch
Josef Bakic, Marc Diebäcker und Elisabeth Hammer, Verlag Löcker

20.30 Lesung

„Ein Licht über dem Kopf“

Dimitre DINEV (Schriftsteller)
am Akkordeon: Martin LUBENOV

Die Foren 1–8 sind jeweils zweiteilig. Der Teil „a“ findet jeweils am Dienstag Nachmittag, der Teil „b“ am Mittwoch Vormittag statt!

Plakatausstellung

Darstellung von Armut in Plakatkampagnen

Portraitsausstellung

Ein Projekt von Studierenden der Universität für Angewandte Kunst, Wien

BETROFFENEN-VOR!-KONFERENZ

Sichtbar werden! Sichtbar machen!

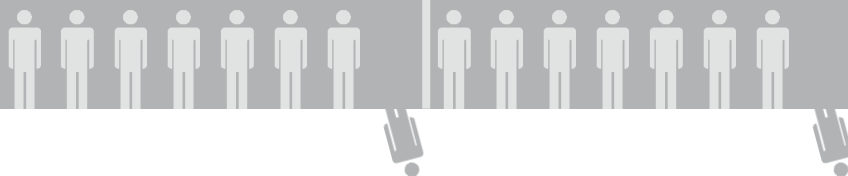
Montag, 3. März 14.30 – 18.00

Austausch und Vernetzung.

Stärkung und Präsenz von Betroffenen (VertreterInnen von Initiativen und Selbsthilfegruppen armutsgefährdeter und - betroffener Frauen und Männer) und ihrer Erfahrungen auf der 7. Armutskonferenz

Erarbeitung von Forderungen

Detailprogramm: www.armutskonferenz.at



9.00 IMPULS

9.30 12 PARALLELE FOREN / WORKSHOPS

1b. Analphabetismus als Strategie zur Stigmatisierung?

Wie Begriffe diskriminieren. Und was wir dagegen tun können

Otto RATH, Alfred BERNDL (beide ISOP – Innovative Sozialprojekte)

2b. Empowerment konkret

Was soziale Arbeit gegen Stigmatisierung und Entmutigung von deprivierten Familien tun kann

Klaus WOLF (Universität Siegen)

3b. Armuts-Blicke

Ein Sensibilisierungs-Workshop zu Armut und Vielfalt (geschlossener Workshop)

Birgit KUPKA, Maria POHN-WEIDINGER (beide Anti Defamation League, Wien)

4b. Fehlt Ihnen etwas?

Vermeidung von Scham und Stigmatisierung im österreichischen Gesundheitssystem

Andreas MIELCK (GSF - Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen, Neuherberg), Anna Maria DIEPLINGER (Allgemeines Krankenhaus der Stadt Linz)

5b. Die Hosen runter!

Was haben Sozialberatung und Sozialamt gemeinsam? Das Dilemma der Fürsorgeleistungen

Stefan SCHNEGG, Helmut KUNWALD (beide DOWAS, Innsbruck)

6b. Einmal arm – immer arm?

„Strategien gegen die Vererbung von Armut“

Strategien für den sozialen Aufstieg

Martina RICHTER (Uni Bielefeld) und Carmen LUDWIG (Uni Frankfurt),

7b. Die KlientInnen, die wir nicht mögen

Wenn die HelferInnen stigmatisieren

Peter PANTUCEK (FH St. Pölten), Elisabeth HAMMER, Marc DIEBÄCKER (beide FH-Campus Wien)

8b. Fremd – illegal – kriminell

ArmutsmigrantInnen hinter Gittern

Veronika HOFINGER, Arno PILGRAM (beide IRKS – Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien)

14. Betteln

Strategien gegen die Verdrängung

Nora FISCHER, Heimo HIRSCHMANN, Evelyne HEILING, Christian WALTER, Elke DUFFEK (alle FH-Johanneum Graz), Stephan NAGEL (Diakonie Hamburg)

15. Initiativen gegen die Stigmatisierung

Projektmarkt und Ideenbörse

Peter KROBATH (Absageagentur Wien), Robert SOMMER (Straßenzeitung Augustin), Hermann OBERDÜNHOFEN (Saftladen Salzburg), Tina OBERLEITNER (das eigene Leben / documenta 2007)

16. Selbst VerSCHULDET!

Überschuldung – finanzielle Ausgrenzung – Gegenstrategien

Peter KOPF (IFS-Schuldenberatung Vorarlberg)

17. „Ich brauche eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern“

„Armutsfälle“ in den Medien

Elisabeth OHNEMUS (freie Journalistin, Ö1), Andrea BRÜCKNER (ORF – ZIB), Eva BACHINGER (Tageszeitung Österreich), Peter GACH (SHG_Misl, Selbsthilfegruppe für Menschen in schwierigen Lebenssituationen)

13.00 Mittagessen

14.00 WELTCafé

Respekt in Zeiten der Ungleichheit!

Moderation: Michaela MOSER (ASB-Schuldnerberatungen)

Erkenntnisse aus Foren- und Workshoparbeit austauschen und verknüpfen. Maßnahmen und Strategien gegen Stigmatisierungsprozesse entwickeln. Für Respekt in Zeiten der Ungleichheit sorgen – und für die Beseitigung der Ungleichheit kämpfen.

16.30 ABSCHLUSSTATEMENTS und VIDEOINTERVENTION

BLICK_KONTAKT

rewalk – stories for tomorrow

17.00 Ende

FRAUEN-VOR!-KONFERENZ

Das arme Mensch – ge-scheiter(t)?

Frauenarmut, Scham und Stigmatisierung

Montag, 3. März 19.00 – 21.00

Kennenlernen und Vernetzung

Austausch zum und Einstieg ins Thema

Dienstag, 4. März 9.00 – 12.00

Analysen und Gegenstrategien zu

Frauenarmut, Scham und Stigmatisierung

Impulsreferate und Arbeitsgruppen

Detailprogramm: www.frauenarmut.at

AKTIONSWOCHE ARMUT!

ES IST GENUG FÜR ALLE DA

In der Woche vom 25. Februar bis 2. März 2008 finden an verschiedenen Orten in Österreich öffentliche Aktionen, Veranstaltungen und kulturelle Aktivitäten wie Filmvorführungen oder Straßentheater statt.

Detailprogramm: www.armutskonferenz.at



sichtbar werden

Treffen von Menschen mit Armutserfahrung.

Die Armutskonferenz koordiniert Vernetzungstreffen und die Entwicklung von Basisbildungsmodulen für organisierte Gruppen von Menschen mit Armutserfahrung.

Mit dabei sind AkteurInnen aus Selbstorganisationen, Selbsthilfegruppen und Initiativen von verschiedenen Betroffenenengruppen: MigrantInnen, Erwerbsarbeitslose, Alleinerzieherinnen, Wohnungslose/MitarbeiterInnen von Straßenzeitingen, psychisch Erkrankte, Menschen mit Behinderungen ...

„Sichtbar Werden“ dient den Bedürfnissen und Wünschen der Betroffenen zur Stärkung ihrer konkreten Arbeit.

Mehr unter www.armutskonferenz.at

Selbst das Notwendigste ist für viele unerreichbar

Armutskonferenz-Initiative „für eine Mindestsicherung, die zum Leben reicht“

460.000 Menschen in Österreich sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen.

Es braucht eine Mindestsicherung, die aus der Armut führt und zum Leben reicht:

- existenzsichernde Mindestlöhne und Sozialleistungen
- gute soziale Infrastruktur: leistbare Wohnungen, gerechte Bildungschancen, flächendeckende Kinderbetreuung, gute Gesundheitsvorsorge, ...
- Qualifizierung und qualitätvolle Arbeitsplätze
- Respekt statt Ausgrenzung

Damit das Notwendigste für alle gesichert ist!

www.mindestsicherung.at



Armut macht verletzlich
Armut macht krank
Armut nimmt Zukunft
Armut beschämt

Über 400.000 Menschen (5% der Wohnbevölkerung) sind in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Das Risiko, ohne Halt abzustürzen, ist gestiegen – auch für Personen, die sich's in ihrem Leben nie gedacht hätten.

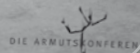
- Es braucht eine Mindestsicherung, die aus der Armut führt und zum Leben reicht:
- existenzsichernde Mindestlöhne und Sozialleistungen
 - gute soziale Infrastruktur: leistbare Wohnungen, gerechte Bildungschancen, flächendeckende Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge, ...
 - Qualifizierung und qualitätvolle Arbeitsplätze
 - Respekt statt Ausgrenzung

Damit das Notwendigste für alle gesichert ist.

www.armutskonferenz.at

Adequate minimum income for all.
Eine Initiative von Armutskonferenz und
European Anti Poverty Network.

DIE ARMUTSKONFERENZ, Gumpendorferstr. 83, 1060 Wien



Wiener Spendenparlament

Stimmen gegen Armut! Spenden mit Stimmrecht

„Es hat mich sehr beeindruckt, wie viel Engagement und Phantasie die einzelnen Sozial-initiativen aufwenden, um Menschen aufzufangen, zu ermutigen und zu begleiten.“ Renate Schütz ist eine Unterstützerin des Wiener Spendenparlaments.

Die 60jährige Pensionistin ist seit Gründung des Spendenparlaments mit dabei: *„Als Bürgerin dieser Stadt ist es mir nicht egal, wie es Menschen neben mir geht.“*

Wer im Jahr mindestens 75 Euro spendet, erwirbt einen Sitz im Wiener Spendenparlament. In jährlichen Versammlungen wird gemeinsam diskutiert und abgestimmt, welche sozialen Initiativen wieviel Geld bekommen sollen. Dieses in Österreich einzigartige Projekt sammelt „Stimmen gegen Armut“ durch „Spenden mit Stimmrecht“.

Seit Gründung des Spendenparlaments vor sechs Jahren wurden 100.000 € an 36 Projekte für Menschen in Not vergeben. Es geht um die Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Menschen.

SchülerInnen engagieren sich gegen Armut

Unter den SpendenparlamentarierInnen engagieren sich auch Schulen für Menschen in Not. *„Wir haben 75 Euro gesammelt, uns mit den Sozialprojekten vertraut gemacht, in der Klasse diskutiert und abgestimmt“.* Valentina Paspalj, Schülerin der 5e der HBLA Reumannplatz, die mit ihrer Klasse am diesjährigen Schulprojekt teilgenommen hat: *„Es hat mir gefallen, mich mit den sozialen Fragen unserer Zeit auseinander zu setzen und dabei gesellschaftlichen Problemen auf den Grund gehen zu können. Man sieht seine Stadt dann mit anderen Augen.“*

www.spendenparlament.at

Stimmen gegen Armut
Das Wiener Spendenparlament

Hunger auf Kunst und Kultur!

Der Kulturpass öffnet Theater, Film, Tanz und Musik für die, die sich`s nicht leisten können.

„Der Kulturpass ist wirklich ein Lichtblick in meinem derzeitigen Alltag.“
sagt Sabine R., Kulturpassinhaberin.

Die von Schauspielhaus und Armutskonferenz initiierte Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ öffnet seit drei Jahren Theater, Film, Tanz und Musik auch für diejenigen, die es sich nicht leisten können. Menschen, die Sozialhilfe oder Mindestpension beziehen, Arbeitslose und Flüchtlinge.

www.hungeraufkunstundkultur.at



Hunger
auf
Kunst
&
Kultur

Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich

Arm ist nicht nur, wer in Pappschachteln am Bahnhof übernachten muss, sondern auch wer am Alltagsleben nicht teilnehmen kann. Die Statistik spricht von Armut und sozialer Ausgrenzung, wenn neben einem geringen Einkommen* schwierigste Lebensbedingungen auftreten:

Die Betroffenen können abgetragene Kleidung nicht ersetzen, die Wohnung nicht angemessen warm halten, keine unerwarteten Ausgaben tätigen, sie weisen einen schlechten Gesundheitszustand auf, sind chronisch krank, leben in feuchten, schimmlichen Wohnungen.

Erwerbslos, alleinerziehend, working poor, zugewandert

460 000 Menschen (6 % der Wohnbevölkerung) in Österreich sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, Frauen stärker als Männer. Ein Viertel der Armutsbevölkerung sind Kinder. Ihre Eltern sind zugewandert, erwerbslos, alleinerziehend oder haben Jobs, von denen sie nicht leben können.

Ein Drittel der Betroffenen sitzt dauerhaft unter den Bedingungen von Armut und Ausgrenzung fest. Die Hälfte aller akut armen Personen ist nur für ein Jahr dieser Situation ausgesetzt.

Nie gedacht

Das Risiko, ohne Halt abzustürzen, ist gestiegen - auch für Personen, die sich's in ihrem Leben nie gedacht hätten. Eine Million Menschen gilt als „armutsgefährdet“. Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgrenze.

Armut macht krank

Menschen, die in Armut leben, sind doppelt so oft krank wie Nicht-Arme. Arme Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen.

Armut ist Stress

Die sogenannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarktrisiko tritt bei Armutsbetroffenen 3mal häufiger auf als bei ManagerInnen.



Armut macht einsam

Wer arm ist, hat weniger freundschaftliche und nachbarschaftliche Kontakte.

Armut nimmt Zukunft

Menschen, die am Limit leben, haben geringere Aufstiegschancen. Ihre Zukunft wird von der sozialen Herkunft bestimmt.

Mangel an Möglichkeiten

Konkret bedeutet Armut: kaum Möglichkeit, in zentralen gesellschaftlichen Bereichen zumindest in einem Mindestmaß teilhaben zu können: Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, Bildung. Wer verarmt, verliert substantielle Freiheiten.

Als Schwelle wird 60% des Median-Pro-Kopf-Haushaltseinkommens definiert: das sind 893 Euro.

Die meisten Einkommen liegen weit darunter (so liegen 251.000 Menschen unter 595 Euro).

Quelle: Statistik Austria 2008, EU-SILC 2006.

Bericht über die soziale Lage 2003-2004, Sozialministerium.

Bericht zur sozialen Lage 2001-2002, Sozialministerium.

Aktuelle Daten unter www.armut.at

Die Mitgliedsorganisationen:

Arbeiter Samariter Bund Österreich
 ARGE MigrantInnenberatung Österreich
 Autonome Österreichische Frauenhäuser
 ASB Schuldnerberatungen GmbH
 Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
 Bundesdachverband für Soziale Unternehmen
 Caritas Österreich
 Dachverband Berufliche Integration
 Diakonie Österreich
 Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
 Evangelische Akademie Wien
 Forum Kirche und Arbeitswelt
 Die Heilsarmee
 Katholische Aktion der Erzdiözese Wien
 Katholischer Familienverband Österreichs
 Katholische Frauenbewegung Österreichs
 Katholische Sozialakademie Österreichs
 Kolping Österreich
 Netzwerk Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
 Neustart, Bewährungshilfe, Konfliktregelung und soziale Arbeit
 Österreichische HochschülerInnenschaft
 Österreichische Plattform für Alleinerziehende
 Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen
 Österreichischer Gewerkschaftsbund / Frauenabteilung
 Österreichischer Verein für Drogenfachleute
 pro mente austria
 SOS Mitmensch
 St. Virgil Salzburg
 Vertretungsnetz: Sachwalterschaft, Patientenanwaltschaft & Bewohnervertretung
 Volkshilfe Österreich
 Wiener Hilfswerk
 Regionale Armutsnetzwerke

- * Salzburg
- * Oberösterreich
- * Kärnten

Armut bekämpfen. Armut vermeiden

Die Armutskonferenz ist seit über 10 Jahren als Lobby derer, die keine Lobby haben, aktiv. Sie engagiert sich, um das verschwiegene Problem von Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich zu thematisieren und eine Verbesserung der Lebenssituation Betroffener zu erreichen.

Fördermitgliedschaft


Vier Vorteile für Sie:

- laufend unsere Pressaussendungen per mail • regelmäßiger Newsletter mit Berichten und Veranstaltungsterminen • Publikationen und Dokumentationen gratis und frei Haus
- freie Teilnahme an den Armutskonferenzen (nur Verpflegungskosten)

Ein großer Vorteil für uns:

Ein unabhängiger Finanzierungsanteil für die Kernarbeit der Armutskonferenz

75 € im Jahr per Überweisung, Dauerauftrag bzw. Abbuchungsauftrag.
Anmeldungen und weitere Informationen unter office@armutskonferenz.at



Wir bringen Wissen und Erfahrung zusammen

Inhaltlich aktuelles, praxisorientiertes und abwechslungsreiches
Lernen in der pro mente Akademie

- Psychotherapeutisches Propädeutikum
- Diplomlehrgang für Lebens- und Sozialberatung
- Mediation für den Sozial- und Gesundheitsbereich
- Sozialmanagement
- Diplom für sozialpsychiatrische Arbeit
- Betriebliche Gesundheitsförderung
- Ressourcenorientierte Beratung
- Lehrgang interkulturelle Kompetenzen

Die Publikationen des Fonds Gesundes Österreich



Alles zu den Themen
seelische Gesundheit;
Bewegung;
Älter werden,
aktiv bleiben;
Gesund mit Pflanzen
und Ernährung
 mit wertvollen Tipps
 und Adressen.

Ein Geschäftsbereich der
 Gesundheit Österreich GmbH



**Fonds Gesundes
 Österreich**



Alle Publikationen
 erhalten Sie gratis beim
Fonds Gesundes Österreich,
 ein Geschäftsbereich der
 Gesundheit Österreich GmbH,
 Mariahilfer Straße 176, 1150 Wien
 Tel.: (01) 895 04 00
 Fax: (01) 895 04 00-20
 E-Mail: info@fgoe.org;
 Web: www.fgoe.org

www.volkshilfe.at



armut tut weh.

Margit Fischer

Spenden hilft.
PSK 90.175.000 BLZ 60000

volkshilfe.
 solidarität leben



meinespende.at

Bank Austria

ÖSTERREICH

WIENER STÄDTISCHE
 VIENNA INSURANCE GROUP

urban media

Spendenzahlscheine in jeder Filiale von Post, BAWAG P.S.K und Bank Austria



„Wie ich's schaff? Mit dem waff.“

So viel Hilfe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt's nur in Wien. Für Menschen, die im Beruf weiterkommen wollen. Der waff macht's möglich.

Neue Chancen: Wir beraten Sie gerne.

© 217 48-555, www.waff.at

Ein Fonds der
StoDt+**Wien**

Wiener ArbeitnehmerInnen
Förderungsfonds

waff

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG

INDUSTRIE IST VERANTWORTUNG

www.iv-net.at

Industrieland Österreich

„Armut ist in Oberösterreich überwiegend weiblich. Die Grüne Grundsicherung für alle ohne ausreichendes Einkommen schafft hier wirksam Abhilfe.“

LT-Abg. Doris Eisenriegler
3. Präsidentin des Oö. Landtages

www.ooe.gruene.at

Österr. Verein für Drogenfachleute

unparteilich – unabhängig – überregional

www.oevdf.at oevdf@oevdf.at

familien^v
Der Katholische Familienverband Österreichs

9 x in Österreich

1010 Wien - Spiegelgasse 3 - Tel: 01/515 52-3201 - www.familie.at

Fördern Sie Lesen über Nachhaltigkeit

Stiften Sie Förder-Abos für Schulen & Gemeinnützige

Aus 1 mach 2:
Spenden Sie ein **Förder-Abo*** für

- Schulen & Universitäten
- Gemeinnützige Vereine
- Gemeinnützige Stiftungen
- Gemeinnützige Verbände

Ein Abonnement (Glocalist Magazine & Glocalist Review) geht an Sie, ein Abo an die Begünstigten ihrer Wahl.

>> [mailto: office-wien@glocalist.com](mailto:office-wien@glocalist.com)

**Kleingedrucktes: Das Förder-Abo (Glocalist Magazine und Glocalist Review) ist völlig unverbindlich und erlischt nach Ablauf 1 Jahres automatisch ohne weitere Kosten für Geförderte sowie den Fördernden.*

Ein Förder-Abo kostet für den Fördernden 125,- Euro. Es umfasst 2 Zusendungen (Förderer und Geförderter) je 10 Ausgaben Glocalist Magazine und 41 Ausgaben Glocalist Review.



Die mitdenkende Studienbeihilfe > „Die Lebenswelten der Studierenden ernst nehmen und danach handeln“ (Bundesminister Johannes Hahn) > für jedes Kind 60 € Zuschlag



Johannes Hahn



GO

und Verlängerung der Anspruchsdauer auf Kinder bis 6 Jahren > verlängerte Förderungsdauer und angehobene Altersgrenzen für Studierende mit Kind und gesundheitlich beeinträchtigte Studierende > Anhebung der Einkommensgrenzen > Anhebung der Zuverdienstgrenze auf 8000 € egal ob aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit > 2800 zusätzliche Leistungs- und Förderungsstipendien > Erleichterungen bei Studienwechsel und Masterstudium > Stipendium ins EU-Ausland mitnehmen Ab Herbst 2008 4000 Beihilfenbezieher/-innen mehr: **4000 x mehr Realitätsnähe.**

BMWF^a

VERLIEBT. VERLOBT. VERPRÜGELT.

0800-222 555
HILFE BEI GEWALT

LIGA: graphic design/Foto: M. Rössle

FRAUENHELPLINE GEGEN MÄNNERGEWALT
GEWALT IN DER FAMILIE IST KEIN SCHICKSAL.
RUFEN SIE AN: 0800/222 555.
WIR HELFEN KOSTENLOS, RUND UM DIE UHR,
ANONYM UND ÖSTERREICHWEIT.

Gemeinsam gegen Gewalt

BUNDEKANZLERAMT FRAUEN



EINE INITIATIVE UNTERSTÜTZT VON DER
FRAUENMINISTERIN

Kultur für alle!

Auch für jene Menschen, die gerne am kulturellen Leben teilnehmen möchten, es sich im Moment aber nicht leisten können.

Der Kulturpass macht es möglich. In Wien, Salzburg, der Steiermark, Oberösterreich, Vorarlberg und Tirol.

Informationen unter www.hungeraufkunstundkultur.at



Hunger auf Kunst & Kultur

Initiiert 2003 von Schauspielhaus Wien und der Armutskonferenz

STUDIEN ZUR SOZIALPÄDAGOGIK, BAND 8

Gerald Knapp / Heinz Pichler (Hrsg.)
Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit

Armut und soziale Ausgrenzung stellen eines der zentralen Probleme im 21. Jahrhundert dar. Die Flexibilisierung der Lohnarbeit als Folge von Technologieentwicklung, Globalisierung und Neoliberalismus führen in den westlichen Gesellschaftssystemen nicht nur zu einem Verlust biographischer Sicherheit, sondern auch zu einem Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum. Die daraus resultierenden sozialen Probleme sind eine Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Soziale Arbeit. Der vorliegende Band greift die Armuts- und Reichtumsentwicklung in Österreich im Kontext des globalen Zeitalters auf und stellt Lebenslagen und Konfliktfelder der von Armut betroffenen gesellschaftlichen Gruppen sowie Perspektiven zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung dar.
Erschienen in der Reihe „Studien zur Sozialpädagogik“ als Band 8. Reihe des Instituts für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung (Abt. Sozial- und Integrationspädagogik) der Universität Klagenfurt, hrsg. von Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Gerald Knapp

IN DER REIHE „STUDIEN ZUR SOZIALPÄDAGOGIK“ SIND BISHER ERSCHEINEN:

Band 1:
Knapp/Scheipl (Hrsg.)
Jugendwohlfahrt in Bewegung
 Reformansätze in Österreich
 357 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden
 € 29,-; ISBN 978-3-85013-818-5

Band 2:
Gerald Knapp (Hrsg.)
Wissenschaftliche Weiterbildung im Aufbruch?
 Entwicklungen und Perspektiven
 474 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden
 € 33,-; ISBN 978-3-85013-893-2

Band 3:
K. Lauerermann / G. Knapp (Hrsg.)
Sozialpädagogik in Österreich
 Perspektiven in Theorie und Praxis
 504 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden
 € 33,-; ISBN 978-3-85013-996-0

Band 4:
Gerald Knapp (Hrsg.)
Soziale Arbeit und Gesellschaft
 Entwicklungen und Perspektiven in Österreich
 726 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden
 € 41,-; ISBN 978-3-7086-0102-1

Band 5:
A. Heimgartner / K. Lauerermann (Hrsg.)
Kultur in der Sozialen Arbeit
 Festschrift für Univ.-Prof. Dr. Josef Scheipl
 482 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden
 € 28,-; ISBN 978-3-7086-0262-2

Band 6:
Gerald Knapp / Stephan Sting (Hrsg.)
Soziale Arbeit und Professionalität im Alpen-Adria Raum
 574 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden
 € 36,-; ISBN 978-3-7086-0325-4

Band 7:
Gerald Knapp / Stephan Sting (Hrsg.)
Schule und Soziale Arbeit
 Zur Reform der öffentlichen Erziehung und Bildung in Österreich
 817 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden
 € 46,-; ISBN 978-3-7086-0338-4

www.hermagoras.at

STUDIEN ZUR SOZIALPÄDAGOGIK

Gerald Knapp / Heinz Pichler (Hrsg.)
Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit
 Perspektiven gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich

798 Seiten, 15,5 x 24 cm, gebunden;
 Preis: € 46,-
 ISBN 978-3-7086-0362-9

verlag@hermagoras.at
 Fax: 0463/51 41 89
www.hermagoras.at

Mohorjeva Hermagoras

Ich bestelle das Buch / die Bücher:

- Knapp/Pichler: *Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit*, Bd. 8 (€ 46,-)
- Knapp/Lauerermann: *Schule und Soziale Arbeit*, Bd. 7 (€ 46,-)
- Knapp/Sting: *Soziale Arbeit und Professionalität im Alpen-Adria-Raum*, Bd. 6 (€ 36,-)
- Heimgartner/Lauerermann: *Kultur in der Sozialen Arbeit*, Bd. 5 (€ 28,-)
- Knapp: *Soziale Arbeit und Gesellschaft*, Bd. 4 (€ 41,-)
- Lauerermann/Knapp: *Sozialpädagogik in Österreich*, Bd. 3 (€ 33,-)
- Knapp: *Wissenschaftliche Weiterbildung im Aufbruch*, Bd. 2 (€ 33,-)
- Knapp/Scheipl: *Jugendwohlfahrt in Bewegung*, Bd. 1 (€ 29,-)

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____ Datum: _____

An den Verlag Hermagoras / Mohorjeva
 Viktringer Ring 26
 A-9020 Klagenfurt/Celovec

email: verlag@hermagoras.at
 Fax: 0463/51 41 89
www.hermagoras.at

Die Druckerei Berger wird derzeit in der 4. und 5. Familiengeneration mit großer sozialer Verantwortung geführt. Das ständige Bemühen die Arbeitsplätze der 250 Mitarbeiter in der strukturschwachen Region Waldviertel zu sichern, bedeutet für die Mitarbeiter und deren Familien gesichertes Einkommen - frei sein von Existenzsorgen!



G R A F I K H I A S L
 M A T T H I A S F Ü R P A S S
 L A N G E N L O I S / W I E N
 G R A F I K @ H I A S L . A T
 + 4 3 / (0) 6 6 4 / 2 1 4 8 2 2 5
 W W W . H I A S L . A T

VertretungsNetz

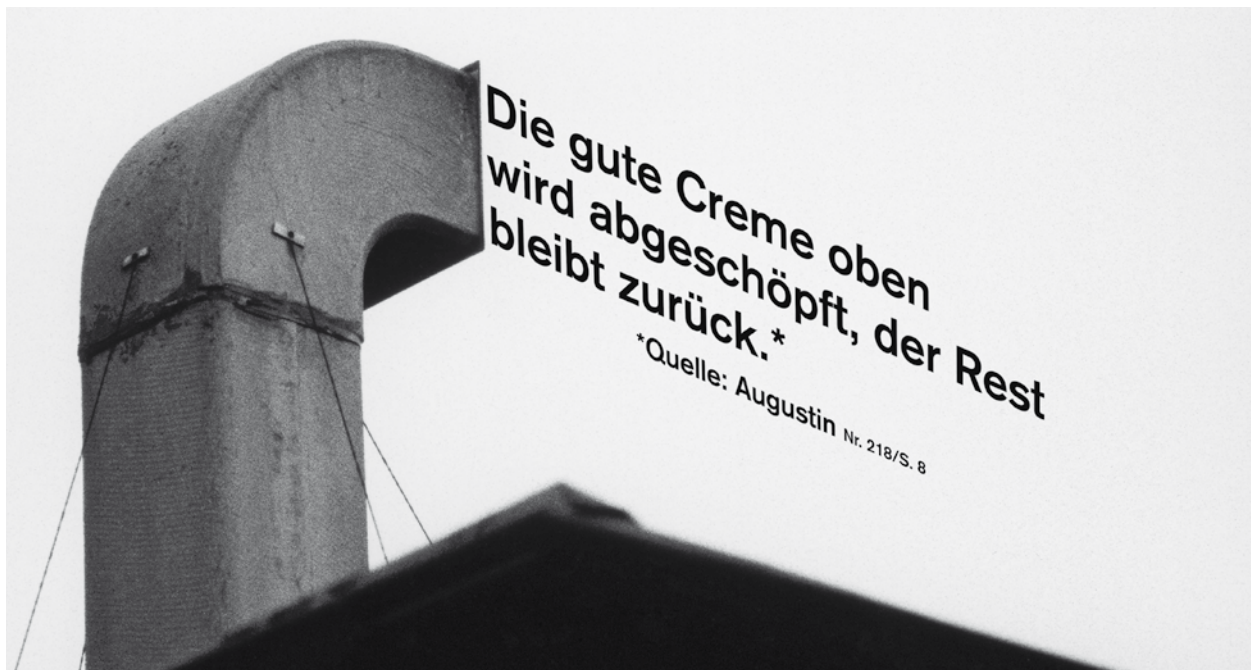
Muss es wirklich Sachwalterschaft sein?

VertretungsNetz – Sachwalterschaft erhält vom Gericht den Auftrag zu beraten und Alternativen zu prüfen

Wir

- ermöglichen persönliche Kontakte zwischen den Beteiligten
- ersparen oder erleichtern den Betroffenen das Verfahren
- sammeln Informationen für die Verfahrensentscheidung
- ermutigen Angehörige zur Übernahme einer Sachwalterfunktion
- beraten und schulen Angehörige

»Nicht zuviel und nicht zuwenig – Das Richtige finden«



Nachrichten aus der Tiefe der Stadt:
 alle 14 Tage im Augustin.

Nicht die meistgelesene Zeitung, aber die meistgebrauchte.



Wien – Sozialhauptstadt Europas

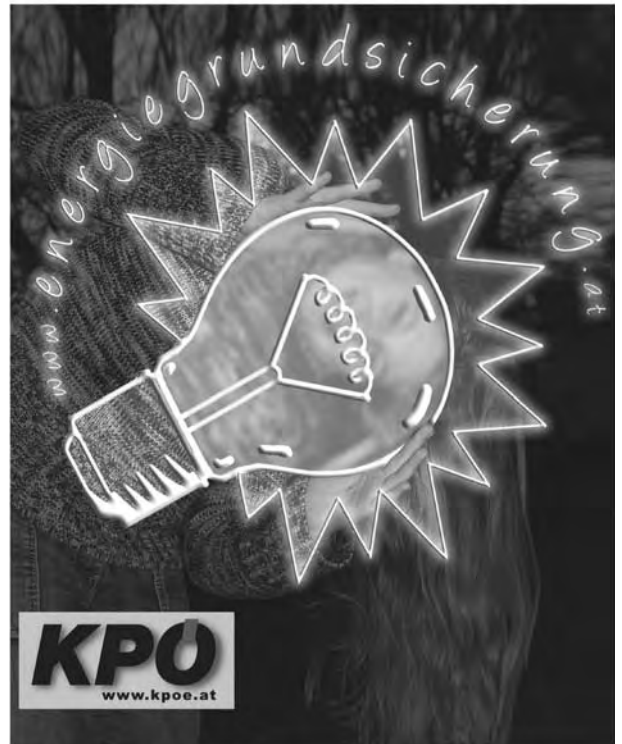
Die Stadt Wien setzt in Sachen Armutsbekämpfung auf einen Maßnahmen- und Angebotsmix: Sozialberatung, sozialarbeiterische Betreuung, SchuldnerInnenberatung, Krisenintervention, Wohnungssicherung, Gesundheitsförderung sowie medizinische Betreuung, usw. Seit dem Frühjahr 2008 gibt es außerdem den Mobilpass, der SozialhilfebezieherInnen die stark ermäßigte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht. Letztlich ist aber auch klar: Existenz sichernde Arbeitsplätze leisten den nachhaltigsten Beitrag zur Armutsbekämpfung. Die Stadt Wien investiert daher enorme Summen in Maßnahmen der Arbeitsintegration. Auch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) wird sich ab Mitte 2009 gut in die Vielfalt der Wiener Angebote einpassen.

Im Vollzug der Sozialhilfe, wie sie derzeit besteht, ist für mich die Wahrung des Rechtsanspruchs für Betroffene das oberste Prinzip. Im österreichweiten Vergleich gibt es kein anderes Bundesland, in dem auch nur annähernd so viele Anspruchsberechtigte Sozialhilfe beantragen und beziehen wie in Wien – sowohl anteilmäßig als auch nominal. Die WienerInnen wissen also, dass sie im Fall der Fälle ihren Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen können und diese dann auch tatsächlich ausbezahlt wird. Die Zahl der MitarbeiterInnen in diesem Bereich wurde erst kürzlich deutlich erhöht. Damit sie rasch und kundInnenorientiert arbeiten können, bekommen die MitarbeiterInnen laufend Fortbildungsangebote und Supervision. Weil: Wer um Sozialhilfe ansucht, hat ein Recht auf ein professionelles und wertschätzendes Gegenüber.



mag^a sonja wehsely
Amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales

...damit die Wohnung nicht kalt und finster wird



Eine Energiegrundversicherung ist notwendig und finanzierbar



Versicherungsagentur Michael Höffken

Telefon: 0664 240 92 39
E-Mail: michael.hoeffken@basler.co.at

Seit 1973 in der Versicherungsbranche tätig.
Attraktive und innovative Lösungen
in den Bereichen:

- Versicherung
- Vorsorge
- Vermögensbildung





lynn.art
photography

Photodokumentation
der Armutskonferenz '08:

lynn.art | artists. events. photography
+43/ 676-586-52-58 | lynn.art@gmx.at

NEUSTART

DIE BESTE KRIMINALPOLITIK IST
EINE EFFIZIENTE SOZIALPOLITIK.

ARMUTSVERMEIDUNG IST ALSO
DIE BESTE KRIMINALPRÄVENTION!

... LEBEN OHNE KRIMINALITÄT. WIR HELFEN.
... www.neustart.at



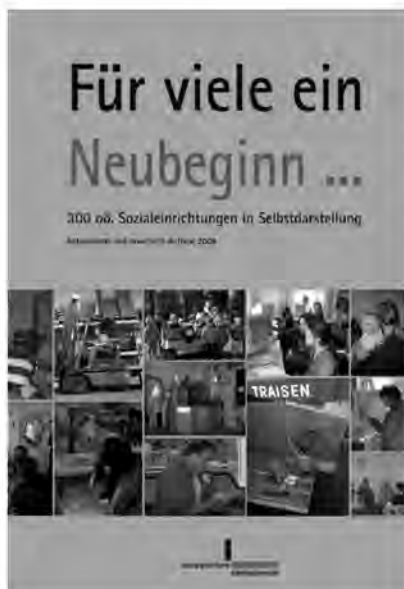
**ZAHLEN.
DATEN.
FAKTEN.**

DAS WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTATISTISCHE TASCHENBUCH DER AK – ONLINE IM INTERNET

- Internationale Übersicht
- Entwicklung der Österreichischen Wirtschaft
- Gesetzliche Bestimmungen

Zum Blättern, Downloaden, Weiterrechnen

<http://statistik.arbeiterkammer.at>



„Für viele ein Neubeginn ...“

Die Anforderungen an die soziale Arbeit werden ständig höher. Ein guter Überblick über jene, die sie tun und über das, was sie tun, ist daher von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gut 80% der sozialen Dienstleistungen, die in einer modernen Gesellschaft notwendig sind, werden vom Staat „bestellt“ und von privaten Einrichtungen erbracht. Die 6. und erweiterte Auflage bietet einen Einblick in die Welt dieser Einrichtungen.

300 Sozialprojekte bzw. Sozialeinrichtungen auf 372 Seiten. Ein umfangreiches Suchregister erleichtert das Finden nach Namen, Themen und Dienstleistungen.

Neuaufgabe 2008, Erhebungsstand Herbst 2007
ISBN: 978-3-9500406-5-4

Preis:
15 Euro (10 Euro für SchülerInnen und Studierende sowie Mitgliedsvereine)

Zu bestellen:
Sozialplattform ÖÖ, Weingartshofstr. 38, 4020 Linz
Tel: 0732-667594, Fax: DW 4
office@sozialplattform.at, www.sozialplattform.at



Josef Bakic, Marc Diebäcker,
Elisabeth Hammer (Hg.)

**Aktuelle Leitbegriffe
der Sozialen Arbeit**
Ein kritisches Handbuch

Löcker Verlag Wien
12,5 x 20,5 cm
Broschur
ca. 300 Seiten
19,80
ISBN 978-3-85409-477-7

Löcker

Das Praxisfeld der Sozialen Arbeit ist vielfältig im Umbruch. Die gesellschaftlichen Ökonomisierungstendenzen und die zunehmende Verbetrieblichung sozialer Dienste verschlechtern in vielen Organisationen die Rahmenbedingungen für fachliches Arbeiten. Zunehmende Formalisierungstendenzen und geringere Zeitrressourcen für Soziale Arbeit wirken sich negativ auf die Unterstützungsleistungen für KlientInnen aus.

In diesem Kontext ist es mehr denn je notwendig jene Diskurse kritisch zu analysieren, die gegenwärtig als Mainstream in der konkreten Praxis Bedeutung und Umsetzung finden sowie diese als Ansatzpunkte für theoretische Reflexion wie auch empirische Forschung anzubieten. Nicht zuletzt soll mit dieser Publikation für Akteure des Sozialen die Möglichkeit eröffnet werden, politische Prozesse aus einer aufgeklärten theoretischen Haltung heraus mitzugestalten.

Anhand der Begriffspaare Aktivierung und Soziale Kontrolle, Auftrag und Mandat, Biographie und Lebenswelt, Case Management und Clearing, Diagnose und Sozialtechnologie, Diversity und Ausschluss, Ideologie und Theoriebildung, Management und Steuerung, Neue Unterschicht und Soziale Sicherung, Norm und Abweichung, Prävention und Disziplinierung, Profession und Geschlecht, Qualität und Effizienz, Recht und Wettbewerb, Sozialraum und Governance, System und Subjekt, Vorsorge und Fürsorge werden aktuelle Diskurse der Sozialen Arbeit einer systematischen Analyse unterzogen. Die HerausgeberInnen haben dies gemeinsam mit Christine Stelzer-Orthofer, Frank Bettinger, Rudolf Egger, Roland Fürst, Michael Galuske, Nicole Rosenbauer, Samira Baig, Albert Scherr, Michael Winkler, Franz Kolland, Agnieszka Dzierzbicka, Margrit Brückner, Nikolaus Dimmel, Fabian Kessl und Michael Opielka in die Tat umgesetzt.

Wien, 2008



Mit einem landesweiten Sesselmeer am 10. Oktober wollen wir die Diskussion über eine faire Bleiberechtsregelung vorantreiben. Bild: CC flickr.com/photos/kurlvink

Tag des Bleiberechts 10. Oktober 2008

Viele Migrant/innen haben in Österreich ihre Wurzeln geschlagen – Arbeit, Freund/innen und eine Perspektive gefunden. Doch unzeitgemäße Gesetze sehen für diese Menschen keinen legalen Aufenthalt vor – auch nicht nach Jahren.

Um auf die Notwendigkeit einer fairen Bleiberechtsregelung hinzuweisen, erklären wir den 10. Oktober 2008 zum Tag des Bleiberechts.

Wir appellieren an Wirtschaft, Politik, Interessensverbände und Zivilgesellschaft, einen Beitrag zu dieser notwendigen Debatte zu leisten.

www.sosmitmensch.at

Tag des Bleiberechts
10. Oktober 2008



FAIR statt PREKÄR

L
E
S
E
H
E
F
T

4

✕ an Werktagen ● Nachtschicht
 † an Sonntagen ○ Tagschicht ⊗ an Feiertagen

Atypische Beschäftigungsformen – prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen

... Teilzeit, Geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Freie Dienstnehmer/innen, Neue Selbständige und EPU's, Generation Praktikum, Migrant/innen – atypische Arbeitsformen – ihre sozial- und arbeitsrechtlichen Konsequenzen und ihre betriebliche Einbettung.

Atypisch muss nicht prekär sein – ist es bzw. wird es aber oft – ein Leseheft des Armutnetzwerks ÖÖ

Zu bestellen: office@sozialplattform.at

Impressum:
 Armutnetzwerk ÖÖ
 c/o Sozialplattform ÖÖ
 Weingartnerstraße 38
 4020 Linz
www.sozialplattform.at
 Erscheinungstermin:
 Anhang Oktober

Enkhjargal Bajinjam, Elektrikerin (Asyiwerberin)

„Ich darf nicht arbeiten.
Heißt das jetzt, dass ich mich nicht integrieren will?“

Integration heißt auch Chancengleichheit.

www.integrationshaus.at

Dolores Schmidinger, Kabarettistin

„Ich trinke keinen Alkohol.
Heißt das jetzt, dass ich mich nicht integrieren will?“

Integration heißt nicht simple Gleichmacherei.

www.integrationshaus.at

Emmanuel Ekeigwe, Team-Manager SC NAFA

„Ich darf hier nicht wählen.
Heißt das jetzt, dass ich mich nicht integrieren will?“

Integration heißt auch politische Partizipation.

www.integrationshaus.at

Mit Beiträgen von:

Margit Appel
Eva Bachinger
Alfred Berndl
Beate Blaschek
Roswitha Breckner
Andrea Brückner
Marc Diebäcker
Ursula Dietersdorfer
Anna Dieplinger
Antje Doberer-Bey
Gabriele Faber-Wiener
Verena Fabris
Elisabeth Freithofer
Michael Fuchs
Peter Gach
Elisabeth Hammer
Karin Heitzmann
Heimo Hirschmann
Traude Hlawaty
Veronika Hofinger
Irene Holzer
Peter Kopf
Kuserutzky-Klan
Norbert Krammer
Manfred Krenn
Birgit Kupka
Rudolf Lehner
Martin Litschauer
Carmen Ludwig
Andreas Mielck

Manfred Moth
Maria Katharina Moser
Michaela Moser
Stephan Nagel
Sighard Neckel
Neustart Saftladen
Tina Oberleitner
Maria Pohn-Weidinger
Elisabeth Panholzer
Peter Pantucek
Ulrike Papouschek
Arno Pilgram
Martina Richter
Erica Riener
Katja Russo
Robert Rybaczek
Kurt Salentin
Heinz Schoibl
Elke Schlitz
Martin Schürz
Michi Schütte
Lucia Sindinger
Gabriele Skledar
Christoph Stoik
Karl-Heinz Ströhle
Marion Thuswald
Martin Viereg
Roswitha Weingrill
Hilde Wolf
Klaus Wolf
Michael Wrentschur